

Der Springer Verlag AG, Postf. 20 60 04, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 10 11
Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28)
347-1 / Anzeigenannahme Krefeld (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung
Hamburg (040) 347-1. Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Vergleiche schicken sich nicht für Politiker. Man sollte sie den Historikern überlassen.

Das argentinische Innenministerium ordnete am Wochenende den verstärkten Schutz britischer Einrichtungen im Lende an. Die Anordnung erfolgte, nachdem argentinische Jugendliche am Freitagabend nach einer

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kronzeugen-Fortsetzung

Von Enno v. Loewenstern

Naturngemäß mußte auch der Jungliberalen-Kongreß in Hamburg sich der Kronzeugenfrage widmen. Kurios war es freilich, wie erst Beifall ein Papier begleitete, das Bedenken gegen den Kronzeugen konstatierte, wie dann Genscher Beifall erteilte für seine Verteidigung des Kronzeugen („ganz sicher kein Kurswechsel in Richtung auf weniger Freiheit“) und wie Genscher schließlich Beifall erteilte für seine Verteidigung derjenigen, die gegen die Kronzeugen-Regelung sind. Aber eine Partei, die mehr über die „liberale Identität“ zu reden pflegt als über die Zweckmäßigkeit von polizeilichen und prozessualen Mitteln zum Schutz des Lebens von Bürgern, bedarf wohl all dieses Zuspruchs zur Dampfablassung.

So mußte es wohl auch sein, daß die verschiedenen Seiten glühende Worte wider einander fanden und diese anschließend einander um die Ohren schlugen. Der CDU-Generalsekretär Geißler hat gesagt: „Ich behaupte, wer die Chancen der Kronzeugenregelung nicht nutzt, der macht sich zum Komplizen des Terrorismus.“ Das trug ihm wütende Vorwürfe von Burkhard Hirsch (FDP) ein: mit Recht, denn solche Argumente sind unerträglich und belasten zudem das Koalitionsklima unnötig. Seiner Partei hat Geißler damit keinen Gefallen getan. Daß allerdings SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz sich entrüstete („moralisch verächtlich“, „geistige Selbstzerstörung“), wirkte doch überaus peinlich.

Denn Geißler hat seine Deutung dem SPD-Fundus entnommen. In einer gemeinsamen Erklärung der Innen- und Justizminister der SPD mit der SPD-Bundestagsfraktion unmittelbar vor dem Geißler-Auftritt hieß es, die Kronzeugen-Regelung „läuft auf eine Komplizenschaft auch mit Mördern hinaus“ und sei „legalisierte Begünstigung von Mord“.

Es wäre ganz sicher kein Kurswechsel auf weniger Freiheit, sondern ein Kurswechsel auf mehr politische und juristische Kultur, wenn das Für und Wider von Regelungen wie der Kronzeugenfrage in Zukunft anders behandelt werden könnte. Der Bürger, der sich vor Mördern geschützt wissen will, möchte sachliche Überlegungen hören, wie das am besten zu machen ist.

Bankrotterklärung

Von Evangelos Antonaros

Es kreierte der Berg und gebar eine Maus. Die am Wochenende vollzogene Umwidmung des Kabinetts Papandreu, seit dem Debakel der Kommunalwahlen vor zwei Wochen mit Trommelschlag angekündigt, hat eine Neugestaltung der Sozialisten-Regierung nicht erbracht.

Von einer Kabinettsreform oder von neuen Impulsen kann nicht die Rede sein, wenn vier Minister ausgewechselt und zwölf unbedeutende Staatssekretäre – aber nicht der für Kulturfragen zuständige Papandreu-Sohn Georgios – nach Hause geschickt werden. Die Kabinettsreform sollte zeigen, ob Papandreu die Bedeutung des für ihn völlig unerwarteten Wahlschicksals begriffen, ob er die Protesthaltung der einst für ihn schwärmenden Griechen wahrgenommen hat.

Wer sich die neue Kabinettsliste anschaut, gewinnt zwangsläufig den Eindruck, daß alles beim Alten geblieben ist. Sei es aus politischer Mutlosigkeit, aus Mangel an Ideen oder aus Rücksichtnahme auf die in seiner Pasok-Partei koexistierenden sehr zerbrechlichen ideologischen Gleichgewichte: Die längst fällige Großoperation hat der große Zauderer, der starke Sprüche liebt und vor starken Taten zurückschreckt, nun doch gescheut. Er macht mit seiner alten Mannschaft weiter, als ob das griechische Volk ihn nicht deutlich genug aufgerufen hätte, mit seinem amateurhaften Regierungsstil Schluß zu machen, sich die Ärmel hochzukrempeln und nach bereits verstrichenen fünf Amtsjahren zu zeigen, was er und seine Partei können.

Griechenlands selbstgefälliger Premier hat sich für eine Lösung entschieden, die übrigens auf dem Balkan nicht neu ist: Wie sein Freund Ceausescu glaubt er, mit der Umbesetzung einiger Ressorts und der Trennung von einigen angeblich unfähigen Ministern jede Krise meistern zu können. Die Griechen allerdings, das ist die Bedeutung des Wahlergebnisses, lassen sich von ihm nicht mehr beeindrucken. Daher kommt die Mini-Kabinettsreform einer persönlichen Bankrotterklärung Papandreus gleich. Er hat anscheinend nicht begriffen, daß der Countdown für ihn begonnen hat.

Nicht beten, dann Reis?

Von Henk Ohnesorge

Was soll der Entwicklungsdienst der Kirchen bewirken? Was ist die Zielvorstellung, wie ist die Praxis? Die Antwort auf diese Fragen müssen jetzt in Bad Salzuflen die hundertzwanzig Synodalen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), des höchsten Beschlussorgans des Protestantismus in der Bundesrepublik Deutschland, zu geben versuchen.

„Nicht Gleichgesinnte und Gleichgestimmte finden sich da zusammen, die sich schnell einigen können, sondern sehr unterschiedliche Positionen und Perspektiven werden eingebracht“, sagte der Berliner Bischof Martin Kruse, der Ratsvorsitzende der EKD, am Sonntag in seinem Rechenschaftsbericht zur Eröffnung der Synode. „Diese Konsensbildung dient ebenso der Einheit der EKD wie auch der Orientierung und dem Zusammenhalt unserer auseinanderstrebenden, spannungsvollen Gesellschaft.“

Die Entwicklungshilfe muß – darüber sind sich die meisten Kritiker einig – als Hilfe der Kirche, eines Tendenzbetriebs erkennbar sein. Das heißt nicht, in der bösen Karikatur der Missionen von einst: Erst beten, dann Reis. Dies heißt aber, daß die Entwicklungshilfe der Kirchen etwas anderes sein muß als humanitäre Hilfe allein, wie sie schon zahlreiche andere Organisationen leisten.

Elend kennt keine Parteien. Hungertod gibt es in der Sahelzone wie in Äthiopien, in Ost-Timor wie in Nicaragua. Es ist schwer verständlich, daß kirchliche Entwicklungshilfe meist dort eingesetzt wird, wo die Ideologie des jeweiligen Staates im Christentum bestenfalls eine zu unterdrückende Konkurrenz sieht. Allerdings: Von den Gesinnungsfreunden kommen statt Brot Waffen. Entwicklungshilfe aber, Hilfe zur Selbsthilfe, kommt nicht aus diesen Quellen. Man hat selbst Mangel, außer bei Ideologie und Tötungsinstrumenten.

Daß Hilfe eine moralische Pflicht ist, daran erinnerte auch Minister Jürgen Warnke bei seiner Grußbotschaft im Namen der Bundesregierung. Die Entwicklungshilfe der EKD aber steht unter dem Verdacht politischer Einseitigkeit. Diesen Verdacht auszukurieren, ist eine Aufgabe dieser Tagung in Bad Salzuflen.



BROOKINGS / THE RICHMOND TIMES DISPATCH

Schnitt bei den Ärzten

Von Paul F. Reitze

Am Mittwoch wird nach einem genauen Szenario ein bildungspolitisches Großereignis abrollen. Lange bevor sie überhaupt wissen, ob und wie gut (oder schlecht) sie das Abitur bestehen, müssen Oberprimaner, die im Wintersemester 87/88 zum Studium der Tier-, Zahn- und Humanmedizin zugelassen werden möchten, eine erste Hürde nehmen. Es handelt sich um einen aufwendigen Test.

Die Teilnahme ist nicht mehr – wie viele Jahre hindurch – freiwillig. Sozusagen eine Generalprobe hatte es im vergangenen Februar gegeben, als der Test erstmals auf obligatorischer Basis abgenommen wurde. Künftig wird der Termin einheitlich Ende Oktober oder Anfang November liegen.

Rund 28 000 Medizin-Aspiranten werden sich in 300 Städten auf fast 500 Lokale verteilen. Punkt 8.15 Uhr öffnen sich die Tore. Wie bei einer Wahl werden Benachrichtigung und Ausweis kontrolliert. Die Arbeitsplätze sind vorab schon mit Nummer und Namen gekennzeichnet worden. Eine halbe Stunde später, nach Hinweisen zum Ablauf und nach detaillierten Instruktionen, werden „Testhefte“ ausgegeben. Nun diktiert die Uhr. Für jeden der neun Untertests muß sich der Teilnehmer genau an Zeitvorgaben halten. Vor- oder Rückblättern ist nicht gestattet.

Zu jeder Aufgabe findet der Kandidat fünf Antworten vorformuliert. Der Schwierigkeitsgrad wächst von Frage zu Frage. Gegen 16 Uhr neigt sich der Testtag zu Ende. Die reine Bearbeitungszeit beträgt fünf Stunden; dazwischen gibt es eine Mittagspause.

Ebenfalls lange vor dem Abitur, Mitte Dezember, erfährt der Teilnehmer, wie er abgeschnitten hat. Es gibt einen standardisierten Mittelwert von hundert Punkten. Tatsächlich liegt die Spannbreite zwischen 70 und 130. Dem Kandidaten wird mitgeteilt, wieviele Konkurrenten besser (oder schlechter) waren. Unbestreitbar eine psychische Belastung, die das Abiturergebnis mitbeeinflussen kann.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat 60 000 Flugblätter drucken lassen, in denen sie erneut gegen den Test vom Leder zieht. Sie fordert Lehrer und Hochschullehrer auf, keinesfalls freiwillig an der Abnahme mitzu-

wirken. Seit über zehn Jahren verlangt sie die Auslösung der Medizin-Plätze. Dies liefe, durchaus beabsichtigt, auf eine Bankrotterklärung der Bildungspolitik hinaus.

Der Test ist das kleinere Übel. Wenn nicht erzwungen, so doch nahegelegt hat ihn das Bundesverfassungsgericht, das in mehreren Urteilen zum Ausdruck gebracht hat, daß jeder Hochschulbesuch eine reelle Chance erhalten müsse. Wartezeiten von fünf und mehr Jahren für alle, die nicht ein Spitzenabitur geschafft haben, waren zweifellos nicht akzeptabel. Vom Test erhofft man sich eine Art „Paternoster-Effekt“. Aus dem Schulnoten-Keller soll ein Weg nach oben führen. Auf der anderen Seite können gute Abitursuren nicht mehr in jedem Fall die sofortige Zulassung garantieren.

Der „Paternoster“ greift indes lediglich in gut jedem zweiten Fall. Die zehn Prozent Testbesten können sich auch dann einschreiben, wenn sie in der Schule schlecht gewesen sein sollten, vorausgesetzt, sie schaffen das Abitur überhaupt. 45 Prozent der Plätze werden nach einer Mischnote aus Test und Abitur verteilt, wobei das Abitur etwas stärker berücksichtigt wird. Der Rest wird nach seit Jahren gültigen anderen Kriterien, etwa der Wartezeit, vergeben. Eine Neuerung dabei: Auch die Hochschulen können, aufgrund eines von ihnen in eigener Verantwortung durchgeführten Auswahlge-



Tests vorher, dennoch sinkt das Niveau: Jungmediziner am Krankenbett. FOTO: BOHNERT-NEUSCH

sprächs, bis zu 15 Prozent der Studenten selber bestimmen.

Der Test soll für den Arztberuf notwendige Fähigkeiten und Anlagen (wie das räumliche Vorstellungsvermögen, aber auch das Personengedächtnis) abdecken, die vom Abitur kaum oder gar nicht erfaßt werden. Dies gelingt jedoch nur teilweise. Gerade Mediziner benötigen eine geschickte Hand. Um das festzustellen, sind Apparate konstruiert worden. Sie wurden jedoch nicht eingesetzt, weil befürchtet wurde, daß solche Geräte von der Industrie bald auf dem freien Markt angeboten worden wären. Wer sich eine solche Anschaffung leisten könnte, hätte davon dann erhebliche Vorteile. Manuelle Grundfertigkeiten lassen sich nämlich, soweit vom Test feststellbar, trainieren.

Um einen Platz in einem der medizinischen Studienfächer bemühen sich noch immer bis zu sechsmal so viele junge Leute, wie zugelassen werden können. Dabei sind die Kapazitätsgrenzen längst rein rechnerische Größen, an deren Festlegung Verwaltungsgerichte kräftig mitwirken, die von zunächst abgewiesenen Bewerbern angeufen wurden. Anwaltskanzleien haben sich auf solche Fälle spezialisiert. Natürlich müssen Rechtswege offen sein. Aber alle – nicht nur die angehenden Ärzte, sondern vor allem die künftigen Patienten – entrichten dafür einen ständig höheren Preis. Die Auszubildenden werden immer chaotischer, das Niveau sinkt beängstigend. Wer schützt eigentlich die Interessen der Kranken?

Der Kollaps des Medizin-Studiums in der Bundesrepublik ist hausgemacht, wie ein Blick über die Grenzen zeigt. Die Schweiz beispielsweise hat frühzeitig Vorsorge getroffen. Das hat insgesamt nicht schlecht funktioniert.

Wenn die Bewerber-Flut alle Dämme im Vorfeld, bei der Zulassung, niederspült, dann hätte man dahinter, in den ersten Studienabschnitten, neue Schutzwälle hochziehen müssen. Wir reißen indes selbst die noch vorhandenen ein: Wenn beim Physikum die Durchfallquote steigt, dann wird so lange manipuliert, bis wieder fast alle durchgekommen sind. Gibt es Leistung ohne Gefahr des Scheiterns?

Ausgerechnet am Tag des Einmarsches in Budapest

Das KSZE-Treffen in Wien: Was ist, wenn Inspektionen verweigert werden? / Von Carl Gustaf Ströhm

Vermutlich waren sich weder die östlichen noch die westlichen Teilnehmerstaaten des nun in Wien beginnenden KSZE-Nachfolgetreffens der Tatsache bewußt, daß das morgige Eröffnungsdatum für das Thema „Sicherheit und Zusammenarbeit“ in Europa eine ominöse Bedeutung hat. Am 4. November vor genau dreißig Jahren begann der sowjetische Panzerangriff gegen Budapest zur Niederschlagung des ungarischen Volksaufstandes. Man darf gespannt sein, ob dieses schicksalhafte Datum europäischer Geschichte morgen auch nur von einem einzigen der Eröffnungs- und Begrüßungsredner beim Namen genannt wird.

Aber selbst wenn man der äußeren Harmonie willen manches aus der jüngsten Geschichte verschwiegen werden sollte – zumindest darf man hoffen, daß die Mehrheit der westlichen, neutralen und blockfreien Teilnehmerstaaten (und insgeheim vielleicht auch einige Staaten des sowjetisch-kommunistischen Machtbereichs) sich

im Stillen darüber einig sind, daß es wenigstens für die Zukunft zu verhindern gilt, daß gegen europäische Völker, Staaten oder Regierungen mit bewaffneten Interventionen von außen vorgegangen wird. Das bezieht sich sowohl auf „blockübergreifende“ Aggressionen als auch auf sogenannte „brüderliche Hilfeleistungen“ innerhalb eines Blocks.

Während uns ersteres in Europa (allerdings nicht in Afghanistan) bisher erspart geblieben ist, hat es seit dem Fall Ungarn 1956 mindestens zwei aggressive Aktionen innerhalb des von der Sowjetunion beherrschten Bündnisystems gegeben: 1968 den Einmarsch sowjetischer und anderer Warschauer-Pakt-Truppen (mit Ausnahme Rumäniens) in der Tschechoslowakei und 1980/81 den Aufbau einer sowjetischen militärischen Druckkugel gegen Polen (in Form eines Truppenaufmarsches und von Manövern). Letzteres hat entscheidend dazu beigetragen, daß es zur Verhängung des Kriegszustandes

durch General Jaruzelski und zum Ende der „legendären“ Tätigkeit der Solidaritäts-Bewegung kam.

Damit ist das erste heikle Thema des Wiener Treffens bereits sichtbar. Es geht nämlich nicht nur um den Schutz der europäischen Staaten vor Atomwaffen und den auf fast alle westeuropäischen Städte gerichteten sowjetischen Mittelstreckenraketen. Selbst eine beiderseitige Null-Lösung im Mittelstreckensbereich würde ja zunächst nichts bewirken als das Hervortreten der sowjetischen konventionellen Überlegenheit.

Wenn also atomare Abrüstung oder auch nur Reduzierung zur Folge hätte, daß die sowjetische Armee besser als bisher in den Stand versetzt würde, einen konventionellen Krieg in Europa zu führen, wäre dies nicht der Anfang, sondern das Ende aller Sicherheit hier. Es geht hier auch nicht darum, festzustellen, ob die Sowjets einen Krieg „wollen“ oder nicht.

Erstens können sich Absichten über Nacht ändern – vor allem,

IM GESPRÄCH H. Gordon Rubio

Chiles neuer Mann

Von Günter Friedländer

Keine Organisation ist in Chile so umstritten wie die „Central Nacional de Informaciones“ (CNI). Hinter dem vagen Namen „Nationale Nachrichtenzentrale“ verbirgt sich eine Art Geheimpolizei der Regierung des Generals Augusto Pinochet, der Übergriffe gegen die Menschenrechte nachgesagt werden.

Daß Pinochet eine Auflockerung der Spannungen zwischen seiner Junta und der demokratischen Opposition dadurch suchen würde, den General Humberto Gordon Rubio (60, seit 1981 Chef der CNI, als Vertreter des Heeres gegen dessen bisherigen Vertreter, General Julio Canessa, in der Junta auszutauschen, könnte absurd erscheinen.

Es ist nicht so: Gordon war vom ehemaligen Präsidenten Eduardo Frei zum Adjutanten ernannt worden. So lernte er den Kreis christdemokratischer Politiker kennen, die Frei umgaben. Dies führte zu Freundschaften, die inzwischen verstrichenen Jahre überdauert haben und ihn zu einem idealen Mitglied der Junta in dem Augenblick machen, in dem die demokratische Opposition von der radikalen Linken strömen muß, um nicht mit Terroristen identifiziert zu werden.

Die Christdemokraten sind die am besten organisierte Kraft dieser Opposition. Beobachter der chilenischen Krise sprechen gern von der in dreizehn Jahren erprobten Einheit der Junta. Diese Einheit aber zerbrach, als vor einigen Monaten in der Junta die Kommandanten der Kriegsmarine, der Luftwaffe und der Polizei im Gegensatz zu Pinochet einige Forderungen der Opposition diskutabel fanden und auch nicht abgelehnt, die Verfassung von 1980 zu ändern, damit die Wahl des nächsten Präsidenten Chiles die Rückkehr zur Demokratie ermöglicht. Diese Junta-Mitglieder verstanden es, ihre Äuße-



Pinochets Verhandlungsführer mit den Parteien: Gordon. FOTO: DEWAT

rungen klar, dabei aber auch so vorsichtig zu machen, daß das Prinzip der Disziplin nicht gebrochen wurde.

Nun hat Pinochet mit der Ernennung Gordons einen Weg beschritten, der die demokratische Opposition wieder an den Verhandlungstisch bringen kann, den sie verlassen hatte und an den sie auch nicht zurückkehren wollte, als Pinochet kurz vor seinem Innenminister befahl, Gespräche mit ihren Führern aufzunehmen. Sie zieht als Gesprächspartner die Junta einem einzelnen Minister vor. Dafür mußten die Wege gefunden werden, die die Statuten des Heeres nicht verletzen.

Das geschah durch eine im Grunde regelwidrige Beförderung Gordons zum General der Infanterie, sozusagen „ehrenhalber“ wegen seiner großen Verdienste besonders bei der Auffindung der Waffenlager der radikalen Linken in Nordchile. Wie das entsprechende Dekret sagt, schafft die Beförderung „keinen Präzedenzfall“. Sie soll wirklich nur den Weg zu Gesprächen ebnen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LE MATIN

Die Partner Zeitung bewertet die Ereignisse in Seoul.

Für seine Gegner ist Präsident Chun Doo-hwan nichts als ein brutaler Diktator, der ein seit über fünfzig Jahren herrschendes Militäregime verewigt ... Sein Kredo ist ein radikaler Antikommunismus, den er in der Bevölkerung bestens auszusprechen versteht. Die meisten Südkoreaner leben mit der Angst vor einer Wiederholung des Angriffs von 1950 durch ihre kommunistischen Nachbarn im Norden. Sie haben den Krieg nicht vergessen, der zwei bis drei Millionen Tote forderte ... Gleichzeitig fällt es ihnen immer schwerer, die täglichen Exzesse einer autoritären Regierung hinzunehmen.

Hannoversche Allgemeine

Sie meint zur Falkland-Lage:

Argentinien hat die britische Reaktion herausgefordert, indem es in seinen neuen Fischereibereichen mit der Sowjetunion und mit Bulgarien über die reichen Fischgründe im Bereich der Inseln eigenmächtig verfügte, um dadurch eine indirekte Anerkennung seiner Souveränitätsansprüche durch die Partnerstaaten zu erwirken.

BERLINER MORGENPOST

Sie glorifiziert den Abzug aus Afghanistan:

Aus Deutschland ziehen regelmäßig sowjetische Truppen ab. Dann werden stets die Bahnhöfe von Güstrow, Jüterbog, Brandenburg, Wittenberg, Oschatz und Halle mit Girlanden geschmückt, Sprechchöre rufen lauthals „Drushba, Drushba“ und

Karl-Liebknecht-Ehrenbanner werden mit Tränen in den Augen den scheidenden Iwans in die Proletariatsäuste gedrückt. Dennoch stehen in der „DDR“ die Russi-Kasernen nicht leer. Das alles hat sich in den letzten Tagen nun auch in Afghanistan abgespielt.

Neue Presse

Sie kommentiert die Terrorismus-Diskussion:

Die mangelnde Seriosität und Ernsthaftigkeit vieler Zeitgenossen erkennt man daran, daß sie auf die Bemerkungen Geißlers weitläufig aufgebracht reagieren als auf die Taten politischer Verbrecher. Selbstverständlich stört es unser Rechtsempfinden, daß ein Verbrecher straflos ausgehen soll, wenn er dabei hilft, andere zur Strecke zu bringen. Aber es fällt viel weniger ins Gewicht als die Verpflichtung, weitere Mordtaten der RAF mit allen Mitteln des Rechtsstaates zu verhindern.

Neue Zürcher Zeitung

Sie geht auf die Rot-Kreuz-Konferenz ein:

Der humanitäre Kern der Rot-Kreuz-Idee und ihr notwendigerweise apolitischer Charakter werden noch längst nicht überall in der Welt verstanden ... Doch soll man der Anfechtung nicht dadurch recht geben, daß man sich entgegenläßt. Die Herausforderung besteht darin, der Idee Dunants durch die humanitäre Tat und durch Überzeugungsarbeit trotz allem zu ihrem Recht zu verhelfen in einer Welt, die politisch wie moralisch zerklüftet ist und sich längst nicht überall an europäische Wert- und Rechtsvorstellungen hält.

Nur die Spitze eines verborgenen Traumes

Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen hat am Wochenende zum zweiten Mal ein Denkmal der Öffentlichkeit übergeben, zu dem vor fast 178 Jahren der Grundstein gelegt wurde. Bis heute blieb jedoch die Symbolik dieses Bauwerks, Erinnerung an die Befreiungskriege, weitgehend unbekannt.

Von DANKWART GURATZSCH

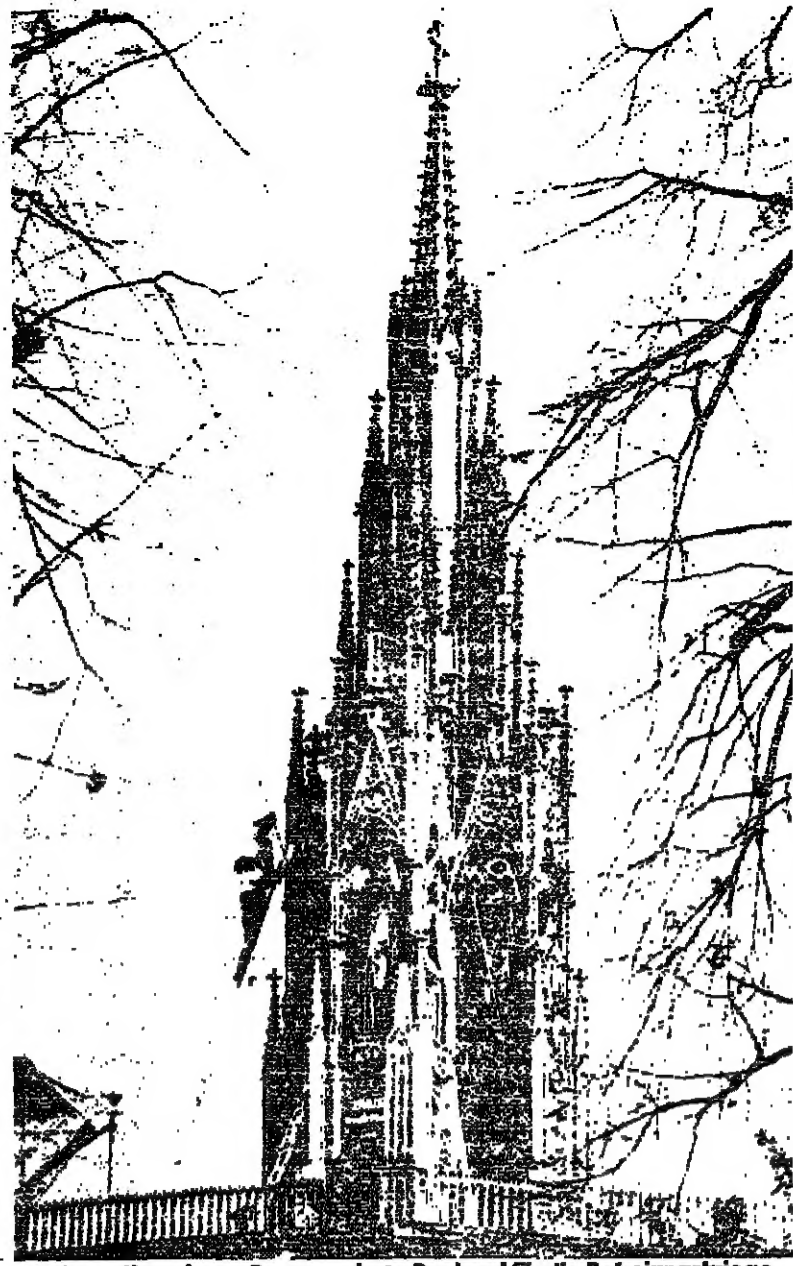
Karl Friedrich Schinkel, der große deutsche Baumeister, war noch ein kaum erprobter Architekt, als er auf die wohl ungewöhnlichste Idee für ein Denkmal verfiel, die je in Deutschland aufkam. Als es nun frisch restauriert wieder der Öffentlichkeit übergeben wurde, da wurden viele grundsätzliche Dinge gesagt, aber das eine nicht: daß das Publikum bei diesem feierlichen Akt wenigstens nach der geheimen Vorstellung Schinkels, nur den kleinsten Teil dieses mysteriösen Denkmals vor sich sah. Denn mit seinen riesigen Ausmaßen und seinem Allerheiligsten ist es wie Kaiser Friedrichs Thron im Kythäuser den Blicken verborgen.

Das Bauwerk, 19 Meter hoch, steht auf einem 40 Meter hohen Sandhügel mitten in Berlin, zwei Kilometer Luftlinie von der Sektorengrenze entfernt. Es wurde 1818-21 auf Befehl Friedrich Wilhelms III. errichtet und ist ein Eisenbau der Königlich Preussischen Bauverwaltung. Auf der Spitze trägt es das Eisener Kreuz der Befreiungskriege. Damit hat es zuerst dem Hügel, der einmal Tempelhofer Berg hieß, und dann dem ganzen Stadtteil seinen Namen gegeben: Kreuzberg. Aber seine geheime Botschaft enthält es nicht.

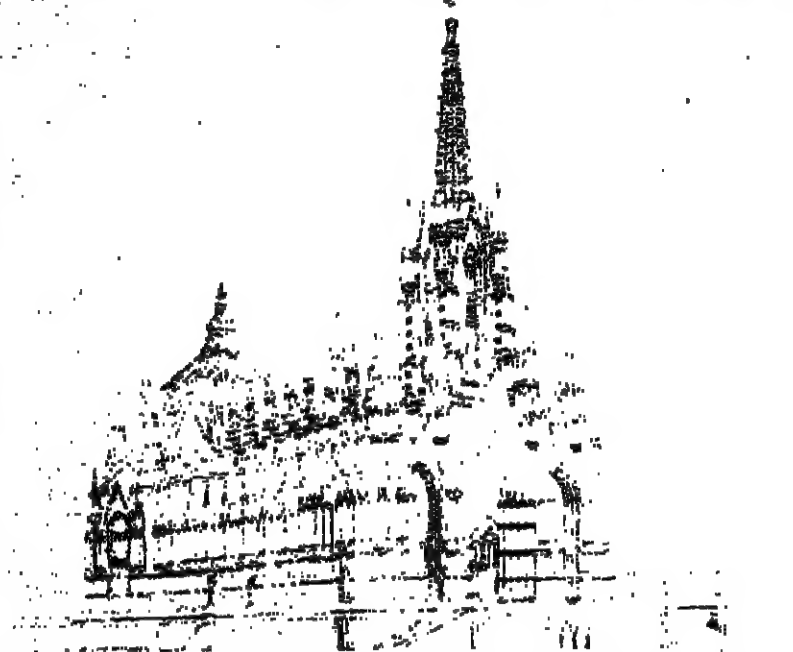
Man wird sie nur finden, wenn man seine Vorgeschichte studiert. Nach dem Wunsch des Königs sollte Schinkel ein „National-Denkmal zur Erinnerung an die Befreiungskriege“ entwerfen. Für ein solches Denkmal hatte der junge Maler, lange bevor er seinen ersten Bauauftrag bekam, auf eigene Faust schon zahlreiche Entwürfe gezeichnet. Sie zeigen einen riesigen gotischen Dom, denn ganz wie Goethe war Schinkel überzeugt, daß die mittelalterliche Gotik „aus dem eigenen Freiheitssinne“ der Deutschen entstanden sei.

In immer neuen und großartigen Entwürfen und Gemälden hat Schinkel das Idealbild dieser Kathedrale, in der die geheimen Sehnsüchte seiner Jugend und des ganzen Volkes nach Einheit und Freiheit für alle Deutschen Gestalt gewinnen sollten, mit einer fast magischen Eindringlichkeit beschworen: Zuletzt schwebte ihm ein Bau vor, an dem – so wie an der jahrhundertalten Hoffnung auf ein einiges Vaterland – Generation um Generation weiterbauen sollten und der doch niemals ganz vollendet sein würde.

Als ihm der König jedoch den Auftrag erteilte, da fehlte das Geld. Der Vorschlag für einen gotischen Dom vor dem Potsdamer Tor wurde als zu aufwendig abgelehnt. Da verfiel Schinkel auf die grandiose Idee, diesen Dom dennoch zu bauen – aber als Mythos. Nur seine Spitze ließ er aus



Auf dem Kreuzberg: Das renovierte Denkmal für die Befreiungskriege



Schinkels Entwurf eines deutschen Denkmalsdorns

FOTOS: DPA/DIE WELT

dem Tempelhofer Berg ragen, und er wählte dafür das Material, das man zu jener Zeit für unvergänglich hielt: das moderne Gießblei.

Wie es gemeint hat, das zeigt eine nur daumengroße Bleistiftskizze auf einem 34 mal 19 Zentimeter großen Blatt: Man sieht darauf den Hügel, aus dem ein „turmartiges Gebäude“ wächst, das laut Schinkel im Maßstab dem (damals noch unvollendeten) „Dom zu Köln“ nachgebildet werden sollte. Der gewaltige Bau selbst ist wie der Traum von Freiheit und Einheit des Reiches als ein Geheimnis der Nation im Innern des Berges verborgen.

Schinkel hat sein Vermächtnis schriftlich nirgends niedergelegt. Auch die Königsfamilie, die Staatsminister, Generäle und der russische Kaiser Alexander, die bei der Grund-

steinlegung am 19. September 1818 anwesend waren, ahnten nichts vom großen Glauben dieses unfehligen Mannes. Bis wenige Jahre vor seinem Tod hat Schinkel nie wieder ähnlich großartige Entwürfe für ein gotisches Bauwerk gezeichnet – aber er verfolgte und unterstützte die Pläne für die Vollendung des Kölner Doms, in denen er ein Projekt nach der Art seines „National-Denkmal“ sah.

1880, als der Dom fertiggestellt war, 39 Jahre nach Schinkels Tod, waren durch Bismarcks „kleindeutsche Lösung“ die Hoffnungen auf Einheit und Freiheit wenigstens der Mehrzahl der Deutschen in Erfüllung gegangen. Erst heute wissen wir, daß Schinkels Dom unter der Erde von Berlin seine Botschaft am reinsten bewahrt hat – jetzt und für andere Zeiten.

Rückkehr in eine schwarze Oase

Als aus Rhodesien Zimbabwe wurde, als die Schwarzen unter Führung von Robert Mugabe das Zepher übernahmen, da verließen viele Weiße das Land – vor allem Richtung Südafrika. Unterdessen kommen Tausende zurück. Ängste sind verflogen, und ein bescheidener Aufschwung macht Zimbabwe wieder attraktiv. Ein Aufschwung, den der Südafrika-Konflikt gefährdet.

Von WILLY LÜTZENKIRCHEN

Es ist wie in alten Zeiten: In der Halle des verstaubten „Ambassador“-Hotels sitzt Andrew, brüht über Zahlenkolonnen auf der Rückseite einer Zigarettenschachtel. Der rundliche Grieche mit den wägrigen Augen wartet in den schabigen Plastiksesseln wieder auf Kundschaft. Andrew war einmal die erste Adresse für todsichere Tipps bei den Pferderennen in Borrowdale, wo die weißen Siedler ihr Geld verjuxten.

Seine Geschäfte waren immer etwas zwielichtig: Devisenhandel, Gold, Elfenbein, Grundstücke, Beteiligungen an irgendwelchen Minen im Landesinnern. Zuletzt hortete er Smaragde und andere Edelsteine in Plastikbeuteln verpackt in der WC-Spülung seiner Etagenwohnung. Zwei Jahre nach der Machtübernahme der Schwarzen packte Andrew die Koffer und zog nach Südafrika. Das hat er bereut: „Ich habe mich in Durban als Barman und Taxifahrer durchgeschlagen. Aber das war kein Leben, ich bekam keinen Fuß auf die Erde. Mit der Wirtschaft ging's nur bergab. Es gab nichts zu verdienen. Und arme Weiße gibt's da unten schon genug.“

Andrew gehört zu den angeblich 30 000 Weißen, die in den letzten zwölf Monaten nach Zimbabwe zurückkehrten, vor allem aus Südafrika, aber auch aus Europa und Australien. Die Zahlen über die Rückkehrer sind heftig umstritten, einige Tausend werden es wohl sein. Nach dem mörderischen Buschkrieg und der Machtübernahme durch Robert Mugabe war die Zahl der Europäer von 278 000 auf weniger als 100 000 gesunken. Die meisten „Rhodies“ waren dem politischen und sozialen Klimawechsel psychisch nicht gewachsen und wanderten aus. In Südafrika wurden sie als „when-we's“ verspottet, weil ihre Sätze immer begannen mit „Als wir noch in Rhodesien waren...“

Die verblüffende Rückkehr der Weißen nach Zimbabwe hat viele Gründe: Einige sind tatsächlich vor blutigem Terror und Rassenkrawallen in Südafrika geflohen oder wollten den Wehrdienst vermeiden. Die meisten waren jedoch den Bedingungen des südafrikanischen Arbeitsmarktes nicht gewachsen, sehnten sich nach den langen „tea breaks“ im gemächlichen Büro-Alltag von Zimbabwe. Für besser bezahlte Jobs in Südafrika fehlte ihnen oft die Qualifikation. Die älteren Rückkehrer werden von Renten-Ansprüchen gelockt, die nur in Zimbabwe in lokaler Währung ausbezahlt werden.

Andere haben Grundbesitz geerbt oder hängen, mangels Chancen in Südafrika, dem „rhodesischen Traum“ nach: dem Leben in verträubelten Bars und Country Clubs, mit Gin Tonic und Brandy, einem billigen Häuschen und Personal, niedrigen Steuern und endlosen Pokerrunden. Eine welcke Siedler-Idylle im Schatten der Jacaranda-Alleen. Viele fanden es in Südafrika oder Europa „zu eng und

zivilisiert“, mögen ein Leben als Tramp, ziehen mit leichtem Gepäck über Land, lassen sich als Farmverwalter, Vornann auf einer Mine oder einem Sägewerk anheuern, schlagen keine Wurzeln. Einige spekulieren aber auch auf den labilen Zustand des Landes, der genug Spielraum läßt für illegale Geschäfte, Schmuggel, Devisenschlebung, Schwarzmarkt, Handel mit Gold, Edelsteinen, Elfenbein und Fellen.

Die Ängste vor der schwarzen Regierung unter Mugabe haben sich weitgehend verflüchtigt. Helen, eine Krankenschwester, Mitte 30, sagt nach der Rückkehr aus Südafrika: „Wir dachten wirklich, daß uns die Schwarzen das Leben schwermachen würden nach diesem furchtbaren Krieg. Aber wir lagen falsch – und wir hätten gar nicht abhauen sollen. Hier sehe ich eine positive Zukunft, was man über Südafrika heute nicht mehr sagen kann.“

Das sehen nicht alle Rückkehrer so. Ein Kaufmann sagt nach seiner glücklosen Odyssee durch Südafrika: „Zimbabwe sieht im Moment nicht schlecht aus. Hier zündet dir keiner das Haus an oder wirft dir Steine aufs Auto. Aber als Weißer ist man heute genauso rechtlos und politisch machtlos, wie es die Schwarzen unter Ian Smith waren. Wer das kapiert und nicht aufblüht, kann hier durchhalten.“

Im Vergleich zu anderen Staaten des südlichen Afrika ist Zimbabwe heute eine Oase bescheidenen Wohlstandes. Zimbabwe ist zum Dreikreis aus der Nahtstelle zwischen Südafrika und den Frontstaaten geworden. Über Zimbabwe läuft der Handel zwischen Südafrika, Botswana, Sambia, Zaire, Malawi und Mocambique. Zimbabwe hat die Rolle eines Verschiebebahnhofs zwischen Kap und Kongo übernommen. Ganze Lkw-Flotten werden von Harare aus gesteuert, versorgen die Länder nördlich des Sambesi mit südafrikanischen Nahrungsmitteln, Düngern, Maschinen, Ersatzteilen.

Bergbau und Landwirtschaft sorgen für einen kräftigen Devisenschub: Die Tabak-Auktionen schlossen mit einer Rekordbilanz von über 300 Millionen Dollar, die Mais- und Hirse-Ernten haben ebenfalls Rekordmarken erreicht. Die Versorgung scheint bewältigt, vor allem durch die Ernten der 5000 weißen Farmer, die zwei Drittel der Nahrungsmittel produzieren. Nur im Matabeland sind noch etwa 500 000 Menschen auf Hilfslieferungen angewiesen. In Harare werden neue Luxushotels und Wolkenkratzer aus dem Boden gestampft, die Dampfisenbahn wird auf Strom umgestellt.

Trotz der marxistischen Rhetorik Mugabes, die vor allem ausländische Investoren abschreckt, gibt es Zeichen für eine wirtschaftliche Gesundung. Dies hat viele Weiße in die alte Heimat gelockt, trotz einer entschlossenen Afrikanisierung in allen Bereichen. Dennoch wirkt das Land manchmal wie ein Naturschutzgebiet für weniger qualifizierte Weiße: In den Warenhäusern von Woolworths und Barbours harrten weiße Verkäuferinnen mit Violettönen im grauen Haar auf Kundschaft, verkauften Lotterielose, Zigaretten und Deosprays. In den Boutiquen und Friseursalons dominieren üppige Schönheiten aus Italien, Griechenland oder Belgien. Elegante und trinkfeste Damen in Pumps und engen Rücken, wie aus der Revlon-Werbung entsprungen, die lustvoll ihre Nägel lackieren oder am Campari nippen. Business as usual in der trüben, herblichen Stimmung der späten Trockenzeit, wenn in Harare die blauen Blüten der Jacaranda-Bäume aufblühen.

Das immer noch komfortable Leben der Weißen und Schwarzen steht nun auf dem Spiel: Zimbabwe, soviel steht fest, wird als erstes Land in den Sog der Sanktionen gegen Südafrika geraten, muß sich auf eine Wirtschaftskrise gefaßt machen. Im Kampf gegen das „Apartheid-Regime“ sei Zimbabwe zu jedem Opfer bereit“, erklärte Premierminister Mugabe. Das wird er bald beweisen können: Die Sanktionen der USA und anderer Länder gegen Südafrika werden ebenso Zimbabwe treffen wie auch andere „Frontstaaten“.

Zu 93 Prozent wird der Außenhandel Zimbabwes zur Zeit über südafri-

ge, chemische Grundstoffe, elektronische Geräte, Dünger, Pumpen und andere Maschinen werden bisher aus Südafrika geliefert. Für die austarischen Zimbabwes und anderer Nachbarstaaten (Tabak, Tee, Baumwolle, Kaffee, Chrom, Asbest, Kupfer, Nickel, Zinn usw.) stehen nur Transportwege via Südafrika zur Verfügung, nachdem Savimbi Unit und die Rebellen des Nationalen Widerstandes, beide von Südafrika unterstützt, den Verkehr zu den Häfen Angolas und Mocambiques lahmgelegt haben.

Ein Kaufmann in Harare sagt: „Ich habe nicht die leiseste Ahnung, wie wir ohne Südafrika noch ans Ausland den Weltmarkt halten können. Die Sanktionen können uns blitzschnell die Luft abdrehen. Wie sollen wir den Tabak herausschaffen oder Benzin bekommen? Die Transportkosten über Südafrika sind gewaltig, aber es gibt keine andere Option. In Mocambique warten die Guerrillas nur darauf, unsere Transporte in die Luft zu sprengen.“

Ein Tabakfarmer aus dem Norden: „Wenn die Sanktionen kommen, kann ich den Betrieb zumachen. Ich fahre selber nach Südafrika, um Ersatzteile für Traktoren, Pumpen und Generator einzukaufen. Batterien und Pflanzenschutzmittel und alles mögliche Gerät auf der Farm stammen aus Südafrika. Wir können uns doch keine Sanktionen leisten, wenn wir weiter exportieren wollen. Ohne



Zimbabwe unter Mugabe: „Wer nicht auffällt, kann hier durchhalten“

FOTO: EVAN SIMON

kanische Bahnen und Häfen abgewickelt. Bis 1983 liefen immerhin noch 53 Prozent des Handels über die Häfen von Mocambique. Unter dem Druck antikomunistischer Partisanen sind jedoch die Verkehrsverbindungen durch Mocambique zusammengebrochen. Zimbabwe muß 5000 bis 7000 Soldaten aufbieten, um wenigstens Pipeline, Bahn und Straße nach Beira gegen Guerrillas zu sichern. Die Sicherung und Sanierung des „Beira-Korridors“ gerät zur politischen Überlebensfrage für Zimbabwe, das als Binnenland völlig vom südafrikanischen Transportnetz abhängig wurde.

Südafrika kann den Handel mit Zimbabwe und anderen Staaten Schwarzafrikas drosseln oder unterbrechen, mit katastrophalen Folgen. Treibstoff, Nahrungsmittel, Fahrzeug-

die Züge und Lastwagen, ohne die Häfen da unten läuft hier nichts mehr. Dann sind wir schnell ruiniert. Das muß Mugabe doch wissen.“

Die Zeitbombe der Sanktionen tickt für die Wirtschaft Zimbabwes. Schon heute wird der Handel mit dem verhassten Nachbar zum Teil über Schmuggelkanäle abgewickelt. Zimbabwische Soldaten haben an den Straßen nahe der Grenze Straßensperren errichtet und durchsuchte Lieferungen aus Südafrika. Ein Landeskennzeichen: „Hier wird man mit allen Tricks arbeiten müssen, um zu überleben. Das heißt Schmuggel und gekürzte Lieferungen über Eotswana. Wenn es Sanktionen gibt, wird der bescheidene Boom hier zusammenbrechen. Für Schieber und Schmuggler werden das goldene Zeiten. Aber das Land wird fürchterlich leiden.“

Der Gold Maple Leaf aus Kanada. Kaufen Sie ihn bei der Deutschen Bank.

Der Gold Maple Leaf mit einem Feingehalt von 999,9 ist besonders rein – und daher ideal für Ihre Anlage in Gold.

Daß Sie den Gold Maple Leaf aus Kanada bei der Deutschen Bank kaufen sollten, hat gute Gründe:

Die Deutsche Bank hat schon vor mehr als hundert Jahren mit Edelmetall gehandelt. Eine Erfahrung, die für Sie Geld wert ist.

Selbstverständlich sind wir auch heute rund um die Uhr auf allen Märkten der Welt präsent und deshalb für Sie der richtige Partner in erfolgreichen Geldanlagen.

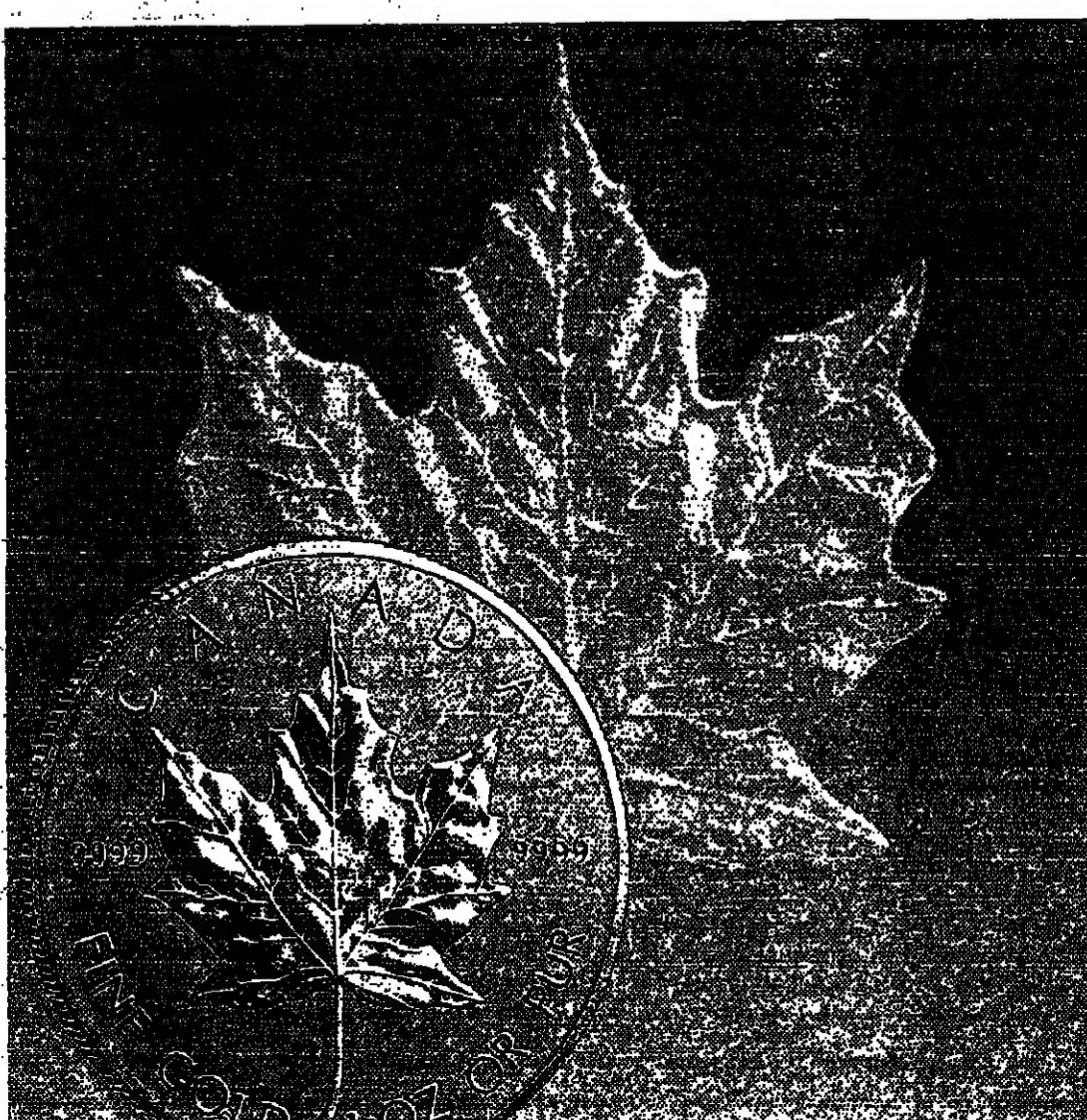
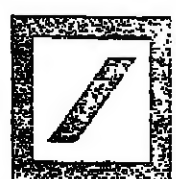
Verwirklichen Sie jetzt mit dem Gold Maple Leaf Ihre individuellen Anlageziele. Der Zeitpunkt ist günstig. Wir beraten Sie jederzeit in einem persönlichen Gespräch über Ihre Anlage in Gold.



Gold Maple Leaf, Feingehalt 999,9, 1/2, 1/10, 1/4 Unze.

Fragen Sie die Deutsche Bank.

Deutsche Bank



Windeln: SED gibt Archive an Westen zurück

dpa, Tingleff

Das zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR im Mai dieses Jahres unterzeichnete Kulturabkommen hat nach Angaben des Bundesministers für Innere Angelegenheiten, Heinrich Wundt (CDU), zu ersten erkennbaren Ergebnissen geführt. Wie Wundt am Wochenende vor der deutschen Volkskammer die Hoffnung, daß Teile von Archivbeständen, die vor mehr als 40 Jahren in den Kriegswirren ausgelagert wurden, aus der DDR bald wieder an die Städte in der Bundesrepublik zurückgegeben werden.

Nach Angaben des Ministers handelt es sich um wesentlichen um Archivbestände aus den Hansestädten Lübeck, Hamburg und Bremen sowie

Jahrgang 1936

Schlagzeilen aus einem Jahr, das unser Jahrhundert prägte:

Ganz Deutschland im Olympia-Rausch - Jesse Owens umgibt - König Eduard VIII. verzichtet zugunsten einer Frau auf den englischen Thron Der Spanische Bürgerkrieg beginnt - Deutsche Truppen marschieren in das entmilitarisierte Rheinland ein - Entartete Kunst am Prager Max Schreier schlägt Joe Louis - Der erste Volkswagen ist da, und das Auto bekommt Stromlinien - Die Leinwand wird sauber - Fakten, Bilder und Erinnerungen im Jahrgangsband Chronik 1936

Nach Informationen über die Jahrgangsbücher der Chronik-Bücher des 20. Jahrhunderts bei Ihrem Buchhändler oder direkt beim Chronik Verlag, Postfach 1302, 4400 Dortmund 1.

Mainz: Windeln: „Die Verhandlungen sind in ein entscheidendes Stadium getreten.“

Auch die Verhandlungen mit der DDR über ein Wissenschaftsabkommen seien weit vorangeschritten. Nach der Einigung mit der Sowjetunion könne man jetzt erwarten, daß „der Weg frei“ sei für ein Rahmenabkommen mit der DDR.

Für Parteizwecke

Durch einen Übermittlungsfehler ist in einem Teil der Samstagsausgabe der WELT berichtet worden, daß Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen in seiner damaligen Eigenschaft als CDU-Fraktionsvorsitzender von dem Bauunternehmer Kurt Franke 75 000 Mark für „Privatzwecke“ erhalten habe. Es muß richtig heißen für „Parteizwecke“.

DIE WELT (ISSN 0035-5700) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Jetzt fahndet die Polizei verstärkt nach der Terrorgruppe „2. Juni“

Verübte „aufgelöste“ Organisation Anschlag auf Hollenberg? / „The Blues goes on“

Von WERNER KAHL

Tatort Berlin: „The Blues goes on“. Erzählten sich Gäste linker Kneipen am Wochenende nach den Schüssen auf den Leiter der Berliner Ausländerbehörde, Harald Hollenberg, durch bisher nicht gefasste Terroristen. Im Verdacht, den Anschlag verübt zu haben, stehen plötzlich auch Anhänger der früheren Gruppierung „Bewegung 2. Juni“, die sich angeblich 1980 auflöste und mit der „Rote Armee Fraktion“ (RAF) vereinigte.

Bei den Ermittlungen nach dem Täterkreis suchen die Sicherheitsbehörden in West-Berlin und im übrigen Bundesgebiet nach früheren Angehörigen dieser Gruppierung, die in den sechziger Jahren als „Blues“ anti-autoritär auftrat, bis dieses Etikett zum Synonym für den Weg in den Linksextremismus wurde. In Erinnerung an den Tod des Demonstranten Berno Ohnsorg bei einer Anti-Schah-Kundgebung am 2. Juni 1967 in West-Berlin bemühten sich Anhänger der Bewegung seit Anfang der siebziger Jahre unter diesem Todesdatum als Gruppennamen. „Widerstand auf der Straße“ zu tragen. Reizthemen sollten unabhängig von der RAF durch spontane Aktionen „vermittelbar“ werden. „Durch entscheidende Aktionen müssen wir das Volk auf unsere Seite bringen“, sagte der wegen terroristischer Aktivitäten verurteilte Klaus Viehmann vor Gericht unter Anspielung auf die Entführung des Berliner CDU-Politikers Peter Lorenz. Der „Bewegung 2. Juni“ werden außerdem die Ermordung des Kammergerichtspräsidenten Günter von Drenkmann und die Inszenierung der Entführung des Wiener Textilkaufmanns Palmers zur Last gelegt, vom dem Inge Viett, eine der Anführerinnen, im Jahre 1977 rund 4,3 Millionen Mark als Lösegeld erpreßte.

Inge Viett, frühere Berliner Kindergärtnerin aus Stenwarden in Norddeutschland, wird verstärkt als Nummer eins der alten „Bewegung 2. Juni“ gesucht. Die 42jährige, die 1976 aus dem Berliner Frauengefängnis ausbrach und seitdem gesucht wird, schloß sich nach der Flucht der RAF an. Im kommunistischen Südjemen wurde sie in einem Palästinaerlager militärisch ausgebildet. Ihr wird eine Reorganisation des militanten Untergrundes nach mehrjähriger ver-

hältnismäßig ruhiger terroristischer Phase in der Stadt zugetraut.

In früheren Jahren hielten sich weitere Mitglieder des „2. Juni“ zur Ausbildung in Lagern palästinensischer Organisationen im Nahen Osten auf. Eine der ersten war Ingrid Siepmann, eine aus Marienberg (Sachsen) stammende Frau, die den Spitznamen „Banklady“ trug. In knapp einhundert Jahren verübte sie mit Komplizen sechs Überfälle auf Westberliner Geldinstitute. Nach ihrer Verurteilung 1974 zu zwölf Jahren Haft war sie bereits im März 1975 im Austausch gegen den entführten da-



In Inge Viett sieht die Polizei den Kopf der Terrororganisation „2. Juni“ FOTO: DPA

maligen Berliner CDU-Landesvorsitzenden Peter Lorenz freigegeben worden. Seit einigen Jahren ist Ingrid Siepmann in Libanon verschollen. Es wird angenommen, daß sie bei den Kämpfen in Südbanban auf Seiten der PLO gegen die Israelis während eines Bombenangriffs verschüttet wurde.

Einige Anhänger des „2. Juni“ versuchen in den siebziger Jahren in Nordrhein-Westfalen eine „Rote Ruhr-Armee“ zu bilden. Zu den mutmaßlichen Initiatoren wurde Gabriele Kröcher-Tiedemann gerechnet, die später mit dem Venezolaner RIch Ramirez-Sanchos, genannt „Carlos“, die Konferenz der Opec-Ministerrunde in Wien überfiel. Der damalige Ehemann der Terroristin wurde 1977 in

Stockholm unter dem Verdacht der geplanten Entführung eines schwedischen Regierungsmittels verhaftet.

Festnahmen durch die in- und ausländische Polizei, der Tod des Professorensohns Georg von Rauch bei einer Schießerei und der „Ausstieg“ des früheren „2. Juni“-Anhängers Michael „Bommi“ Baumann bedeuteten eine Zäsur für die Gruppierung. In einem Reorganisationspapier im Jahre 1975 hieß es über diese Phase der Bewegung und über die Bedingungen eines weiteren Agierens unter anderem: „Georg von Rauch wurde erschossen, viele Genossen wurden verhaftet, andere gaben auf, einige versuchten sich durch Verrat freizukaufen (es handelte sich um erfolgreiche Regelungen einer Art Kronzeugenpraxis, wie sie heute als gesetzliche Regelung diskutiert wird - die Red.).“

Die Verfasser betonten in ihrem Rundschreiben an Anhänger und Unterstützer der Terrororganisation, es sei „trotz dieser folgenreichen Rückschläge - die Infrastruktur der Gruppe wurde von den Bullen mehr als einmal durch Verrat zerschlagen“, der Polizei nicht gelungen, „die Bewegung aufzubrechen oder sie aus der Stadt zu vertreiben.“

Daraus erklären sich Zweifel, ob die „Bewegung 2. Juni“ tatsächlich aufgelöst wurde. Bei den Sicherheitsbehörden gibt es Hinweise, daß in der Bundesrepublik in den letzten Jahren einige militante frühere „2. Juni“-Anhänger Mini-Gruppen von der Art „Revolutionärer Zellen“ gebildet haben. Diese werden als selbständige „Untergruppen der Bewegung 2. Juni“ oder zumindest dieser nahestehend eingeschätzt. The Blues goes on?

In dem Anschlag auf den Berliner Behördenchef sehen Sicherheitsexperten durchaus eine Aktion, um sich bei anderen deutschen Extremisten, insbesondere aber auch bei arabischen Gruppierungen, ins Gespräch zu bringen. Für diese Anknüpfung können die Gewalttäter die „Revolutionären Zellen“ gewählt haben.

Diepgens Rezept: Polizisten weniger am Schreibtisch

D. D. Berlin

Berlins Straßen und öffentliche Verkehrsmittel sollen sicherer werden. Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) kündigte ein neues „Programm für die Innere Sicherheit“ an. Durch organisatorische Veränderungen soll die Präsenz der Polizei in der Öffentlichkeit verstärkt werden - weniger Beamte am Schreibtisch, mehr beim Streifendienst.

In Berlin sind im vergangenen Jahr 268 814 Straftaten begangen worden. Gegenüber 1984 ist dies eine Steigerung um vier Prozent. Mit einer Aufklärungsquote von 48 Prozent stand Berlin aber an der Spitze aller Bundesländer und besser als der Bundesdurchschnitt (47,2 Prozent).

Mit dem neuen Programm sollen, so Diepgen, Überfälle verhindert, der Drogenhandel eingedämmt und Straftaten vorgebeugt werden. Auf verschiedenen S- und U-Bahnstrecken ist, ähnlich wie in Hamburg, zur Sicherheit der Fahrgäste der Einsatz uniformierter Polizisten geplant sowie besonders in den späten Abendstunden und in der Nacht eine verstärkte Kontrolle der Bahnhöfe. Nach Diepgens Vorstellungen sollten zum Beispiel zur Bewachung von Parkhäusern - diese werden von „Autoknackern“ bevorzugt - private Wachdienste herangezogen werden.

Mit dem Programm wird sich der Senat in den nächsten Sitzungen befassen. Die zuständige Innenverwaltung und die Polizeiführung wurden aufgefordert, Vorschläge zu machen. „Besonders ältere Menschen und Frauen müssen sich in der Stadt sicher fühlen“, betont Diepgen. Er will sich dafür einsetzen, daß alle notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, damit Berlin im Hinblick auf die 750-Jahrfeier 1987 den Ruf einer sicheren Stadt behalte.

Rund 60 Prozent aller Straftaten in Berlin sind Diebstähle. So wird alle 13 Minuten ein Auto aufgebrochen und alle 67 Minuten in eine Wohnung eingebrochen. Etwa 80 Prozent der Einbrecher sind Drogenabhängige.

In einer Veranstaltung der WELT wies vor einiger Zeit der Berliner Landespolizeidirektor Manfred Kittlaus darauf hin, daß von 1974 bis 1985 die Zahl der Straftaten 33 Prozent, die Zahl der Beamten, Kripo und Schutzpolizei aber nur um acht Prozent gestiegen sei.

Bangemann ermahnt die FDP zum Schulterschuß

DIETHART GOOS, Hamburg

FDP-Chef Martin Bangemann hat seine Partei dringend davor gewarnt, von den positiven Beschlüssen des Präsidiums und der Bundestagsfraktion zum Kronzeugen wieder abzurücken. In einem WELT-Interview beichtete er den SPD-Fraktionsvorsitzenden und früheren Justizminister Hans-Jochen Vogel der Unwahrheit, weil dieser behauptet hatte, die SPD habe früher niemals Vorstellungen zum Kronzeugen gehabt, wie sie jetzt vom Kabinett beschlossen worden seien.

Gerät Ihre Partei über die neuen Maßnahmen zur Terroristenbekämpfung in eine Zerreißprobe?

Bangemann: Vielleicht ist Zerreißprobe ein zu starkes Wort. Aber es ist eine Tatsache, daß die neuen Maßnahmen kontrovers in der FDP diskutiert werden. Ich erwarte, daß die Partei am Ende dieser Diskussion die Positionen einnimmt, die Präsidium und Bundestagsfraktion bereits bezogen haben. In einer Situation, wo Terrorismus eine neue Dimension erreicht hat mit seinen Angriffen auf den Rechtsstaat, muß man aus der Defensive heraus.

Was sagen Sie zum Vorwurf aus Ihrer Partei, Sie hätten liberale Grundsätze der Rechtspolitik aufgegeben?

Bangemann: Dieser Vorwurf ist völlig unberechtigt und zeigt, daß die Diskussion nicht mit Argumenten geführt wird, sondern von Emotionen, Übertreibungen und Ängsten bestimmt wird. Vergleicht man die Kronzeugen-Regelung mit bereits bestehendem Recht, so wird man feststellen, daß diese Überlegungen im Bereich Rauschgiftkriminalität sowie bei Hoch- und Landesverrat vorhanden sind. Es geht bei der Kronzeugen-Regelung in erster Linie um Abschreckung.

Wie bewerten Sie den Vorwurf der SPD, Sie würden eine Komplizenschaft mit Mördern eingehen?

Bangemann: Das ist absolut ungerechtfertigt und eine böswillige und polemische Unterstellung. Denn Straffreiheit wird ja nicht zwingend vorgeschrieben. Der Generalbundesanwalt und der Ermittlungsrichter haben Ermessensfreiheit in jedem einzelnen Fall. Daß ein Mörder seine Mithilfe zur Bekämpfung des Terrorismus anbietet, ist sicher nur der Ex-

tremfall. Das Umfeld ist für uns besonders wichtig. Hier sind die klassischen Kronzeugen zu finden.

SPD-Fraktionschef Vogel sagt, die SPD habe niemals Gesetzgebungsmaßnahmen zum Kronzeugen geplant. Stimmt das?

Bangemann: Das ist falsch und das werden wir ihm nachweisen. Zur Bekämpfung des Terrorismus haben FDP-Innenminister und auch der damalige Justizminister Vogel ähnliche Regelungen vorgeschlagen. Sie sind wegen starker Bedenken damit nicht durchgekommen. Und auch heute bestehen durchaus Bedenken.

Stimmt der Vorwurf aus der FDP, Sie hätten überhastet reagiert?

Bangemann: Durch die Erklärung der Terroristen nach der Ermordung Gerold von Braunmühls ist deutlich geworden, daß sie viele weitere Anschläge gegen einen großen Kreis von Bürgern planen. Wer auf diese massive Bedrohung nicht reagiert, setzt sich dem berechtigten Vorwurf aus, angesichts möglicher neuer terroristischer Taten nichts getan zu haben.

Wird das Thema Kronzeuge den FDP-Bundesparteitag bestimmen?

Bangemann: Es wird ein wichtiges Thema sein. Ich hoffe, daß die Diskussion bis dahin rational geführt wird. Ich erwarte einen Parteitagbeschluss, der es der Fraktion ermöglichen wird, am Gesetzgebungsverfahren weiter mitzuwirken, um weitere terroristische Gewaltakte zu verhindern. Auch eine liberale Partei kann nicht an einmütigen Entscheidungen ihrer Führungsorgane vorbeigehen.

Rechnen Sie mit weiteren auf die Bundestagswahl zielenden terroristischen Gewalttaten?

Bangemann: Mit Sicherheit. Man darf sich nicht täuschen. Nach der Ermordung von Braunmühls gab es eine Vielzahl von Sprengstoffanschlägen, die auch völlig wahllos Passanten hätten treffen können.

Und wenn die Opposition die Terroristenbekämpfung zu einem Wahlkampfthema macht?

Bangemann: Dann ist das unendlich. Vor allen Dingen wenn man unter Ausnutzung allgemeiner Unkenntnis behauptet, es gebe bereits genügend Mittel und Praktiken, um mit Mördern fertig zu werden. Wir brauchen ein wirkungsvolles Instrumentarium einschließlich der Rasterfahndung und der Kronzeugen-Regelung.

Grüne verstehen Raus Distanz

AP, Stuttgart

Der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Tischer, kann verstehen, wenn Johannes Rau sich als Christ von den Grünen distanzieren. Innerhalb der Grünen wird mit der christlichen Ethik sehr fähig umgegangen. Wenn Rau nach der Bundestagswahl seine Ablehnung gegen ein Bündnis mit den Grünen aufrechterhalte, werde bei diesen bereits Oppositionsführer Vogel als Kanzlerkandidat gehandelt. Mit Vogel seien bereits Gespräche geführt worden, die allerdings nicht seine Kanzlerschaft zum Gegenstand gehabt hätten. Vogel selbst nannte die Behauptung Tischer, Grüne hätten Gespräche mit ihm geführt, eine „reine Erfindung“.

IG Metall droht mit Warnstreiks

dpa, Osnabrück

Der Stuttgarter IG Metall-Betriebsleiter Ernst Eisenmann hat für die nächste Tarifrunde über die 35-Stunden-Woche Anfang 1987 Warnstreiks von bisher unbekannten Ausmaßen angekündigt. In der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ sagte Eisenmann, die Arbeitgeber müßten sich darauf einstellen, daß die Aktionen über einen Tag hinausgingen, sich insgesamt über Wochen und Monate hinziehen und mehrmals im selben Betrieb stattfinden. Ferner sollten alle Teile der Bundesrepublik Deutschland einbezogen werden. Die Warnstreiks würden die gesamte Metallbranche und nicht nur die Automobilindustrie umfassen.

RAF-Terroristen an der Riviera?

AP, Frankfurt/Rom

Die italienische Polizei hat nach Zeitungsberichten am Wochenende sechs Personen, darunter zwei Deutsche, wegen des Besitzes von Sprengstoff festgenommen. Gleichzeitig berichtete die Tageszeitung „La Repubblica“, daß sich das deutsche Ehepaar Horst Ludwig und Barbara Meyer, das zu den meistgesuchten Mitgliedern der Rote Armee Fraktion (RAF) gehört, nur 50 Kilometer vom Ort der Festnahme entfernt in der Stadt Montegrosso an der Riviera gehalten habe. Der Sprecher von Generalbundesanwalt Rebmann, Frechtel, sagte zu den Berichten über das Ehepaar Meyer: „Nach unserer Kenntnis ist das keine heiße Spur.“

Glottz: FDP darf sich nicht beugen

DW, Köln

SPD-Generalsekretär Peter Glottz hat die FDP aufgefordert, ihr „liberales Erbe zu retten“ und der „Kronzeugen“-Regelung nicht zuzustimmen. Glottz in Köln: „Express“. „Wenn sich die FDP ihrer Führung beugt und der Kronzeugen-Regelung zustimmt, gibt sie das Vermächtnis von Thomas Dehler und Karl-Heinz Flach auf und schmiedet so auch ihre Wahlchancen in Hamburg und bei der Bundestagswahl.“ Mit dem Kronzeugen „würden wir ein Stück Rechtsstaatlichkeit verlieren“, sagte Glottz. Es komme darauf an, „Hysterie und Überreaktion des Staates nach den Terror-Anschlägen zu verhindern“.

Genscher: Kein Kurswechsel

DIETHART GOOS, Hamburg

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat die Freien Demokraten entschieden gegen den Vorwurf in Schutz genommen, ihnen mangle es in der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus an Entschlossenheit. Auf dem Bundeskongress der Jungen Liberalen (Julls) nannte Genscher gestern in Hamburg solche Unterstellungen „politische Falschmünzerei“.

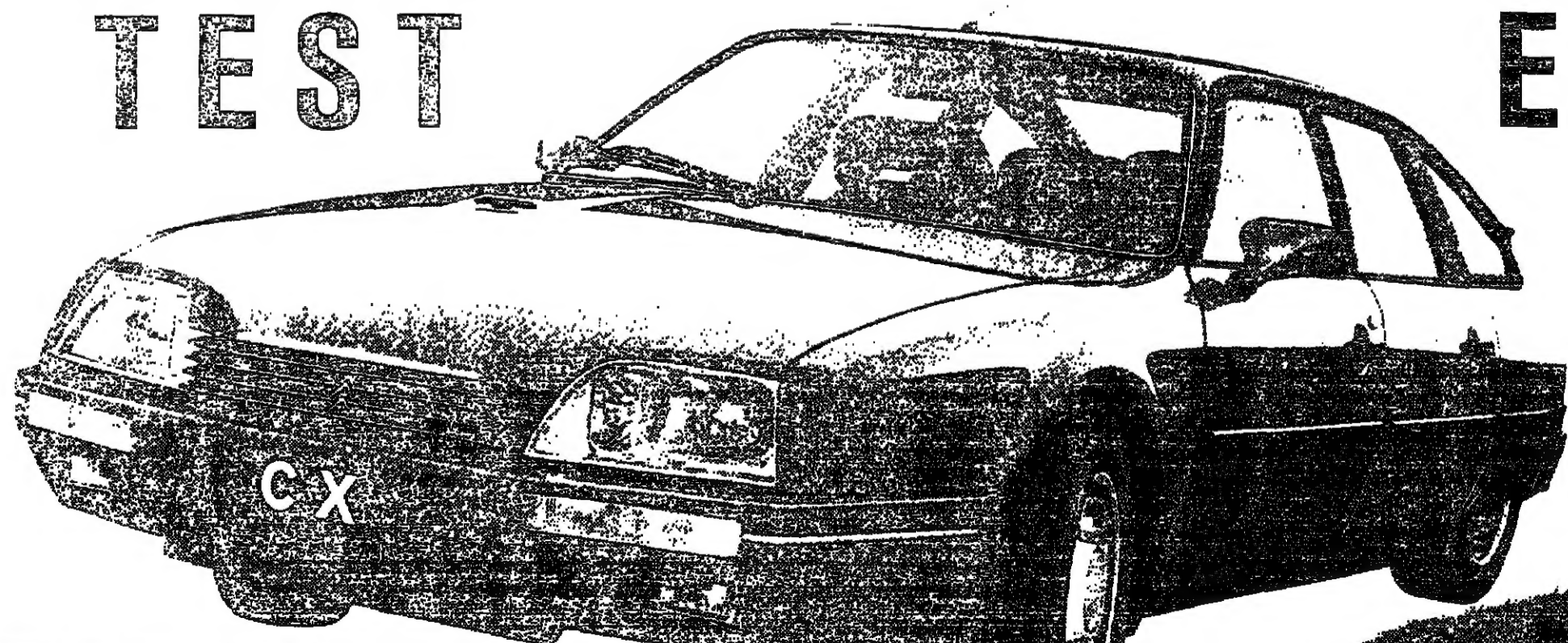
Der frühere FDP-Chef versicherte unter tosendem Applaus, es werde in der FDP keinen Kurswechsel in der Innen- und Rechtspolitik geben. „Eine Kronzeugenregelung ist ganz sicher kein Kurswechsel in Richtung auf weniger Freiheit.“ Ausdrücklich nahm Genscher ebenfalls bei lang anhaltendem Beifall und Bravo-Rufen

der Juli-Delegierten FDP-Kritiker der Kronzeugen-Regelung in Schutz. „Wenn einige Leute aus dem Unionslager sich auf Burkhard Hirsch und Gerhart Baum einschließen, dann erwarte ich, daß die ganze Partei sich geschlossen vor unsere Freunde stellt. Mit opportunistischen Selbstzweifeln schaden wir uns doch nur selbst.“

Vor Beginn der Rede Genschers, der im Gegensatz zu FDP-Chef Bangemann stürmisch gefeiert wurde, hatten die Jungen Liberalen eine parlamentarische Anhörung zu den Antiterrormaßnahmen gefordert. In einem mit großer Mehrheit verabschiedeten Papier heißt es, gegen die Einführung des Kronzeugen würden die Bedenken überwiegen.

TEST

ERLEBNIS.



Ein Wochenende im CX.

Jetzt können Sie was erleben: einen CX. Und mit etwas Glück haben Sie ja sogar schlechtes Wetter. Dann können Sie ein Wochenende lang nicht nur einen CX, sondern auch seine Wintertauglichkeit testen: Sein beruhigend sicheres Citroën HP-Fahrwerk (Hydropneumatik) mit automatischem Niveauausgleich. Seinen spurstabilen Frontantrieb. Sein dreimoment-optimiertes Triebwerk. Sein stufenlos einstellbares Belüftungssystem. Seine automatische Heizungsregulierung. Oder das bei den meisten Modellen lieferbare Anti-Blockier-System (ABS). Aber testen Sie selbst. Sie schicken uns den Coupon, und wir vermitteln Ihnen einen Citroën-Händler, der Ihnen für ein Wochenende einen CX unverbindlich zur Verfügung stellt. Einverstanden?

Citroën CX 25 Modellvarianten. Von 64 kW/75 PS bis 122 kW/168 PS. Als Diesel oder Benzin, mit und ohne Turbo. Als Limousine oder Break. In insgesamt 15 schadstoffarmen Versionen, mit und ohne Katalysator. Leicht zu finanzieren und zu leasen durch die Citroën Partnerbank, die P.A.-Creditbank. Citroën empfiehlt Total.

Einverstanden.

Ich schicke Ihnen diesen Coupon, Sie vermitteln mir einen Citroën-Handler, der mir für ein Wochenende einen CX unverbindlich zur Verfügung stellt. Hier ist meine Anschrift:

Name, Vorname: _____
 Straße: _____
 PLZ/Wohnort: _____
 Telefon: _____
 (Bitte senden Sie diesen Coupon an die Citroën AG, Abteilung Vertrieb, Nikolausstr. 84-90, 5000 Köln 90.)

CITROËN
Die Kraft der Kreativität.

سكنيا من الأمل

Düsseldorf verteidigt Mediengesetz

Die nordrhein-westfälische Landesregierung wird auch im parlamentarischen Beratungsverfahren für das Landesmediengesetz nicht vom Verbot der „Unterbrecher-Werbung“ abgehen. In einem Gespräch mit der WELT sagte der Chef der Staatskanzlei von Ministerpräsident Johannes Rau, Klaus Dieter Leister: „Das Verbot der Unterbrecher-Werbung wird keinen seriösen Rundfunkveranstalter davon abbringen, sich in Nordrhein-Westfalen niederzulassen. Der Gesetzentwurf ermöglicht großzügig Werbeeinnahmen. An Sonn- und Feiertagen ist Werbung nach 18 Uhr erlaubt. Die Werbung darf bis zu 20 Prozent der täglichen Sendezeit betragen. Diesen Spielraum kann bisher kein einziges privates Rundfunkprogramm ausschöpfen.“

Leister verteidigte auch einen der umstrittensten Punkte in dem Gesetzentwurf, die Beteiligung der Kommunen mit maximal 15 Prozent der Kapital- und Stimmrechtsanteile an einer Veranstaltungsgemeinschaft für lokalen Rundfunk. „Die Gemeinden erhalten damit nicht einmal eine Sperrminorität, geschweige denn einen erheblichen Einfluß. Eine solche Minderheitsbeteiligung ist verfassungsrechtlich unproblematisch, sie soll publizistisch dazu beitragen, daß das kommunale Geschehen ausreichend in die Gestaltung lokaler Rundfunkprogramme einbezogen wird.“ Die Medienpolitiker von CDU und FDP in Düsseldorf vertreten in dieser Frage einen entgegengesetzten Standpunkt. Sie äußern die Befürchtung, durch die Beteiligung der Kommunen werde gegen das auch vom Bundesverfassungsgericht postulierte Prinzip der „Staatsferne“ des Rundfunks verstoßen.

Die Regierung in NRW nennt auch die Beteiligung des WDR, wie Leister in dem WELT-Gespräch hervorhebt, „sinnvoll und erwünscht“. Der WDR soll sich nur an den Betriebsgesellschaften – sie sind nicht für das Programm zuständig – beteiligen. Leisters Argumentation: „Bei den Betriebsgesellschaften haben zunächst die Zeitungen mit Lokalausgaben vorrangig Zugang, sie haben bei der „Erstfrequenz“ selber die Entscheidung in der Hand, ob sie den WDR „mit an Bord nehmen“. Die Ermöglichung einer solchen Kooperation kann sich gerade in strukturschwachen als Segen erweisen.“

WELT-Interview mit Ministerpräsident Lothar Späth: Die Konzernsanierung „muß von den Banken in die Hand genommen werden“

„Der Verkauf der Neuen Heimat an Herrn Schiesser war eine Panik-Entscheidung“

Herr Ministerpräsident, hat die Politik überhaupt noch ein Interesse an der Sanierung der Neuen Heimat? Oder ist das Debakel willkommener Anlaß, die DGB-Spitze vorzuführen?

Späth: Die Vorgänge um die Neue Heimat sind ungeeignet, eventuelle politische Rechnungen zu begleichen. Die DGB-Führung hat hoffentlich erkannt, daß sie es sich im Interesse der Millionen Gewerkschaftsmitglieder nicht leisten kann, in eine prinzipielle Kontra-Position zur Bundesregierung zu gehen. Andererseits muß auch die Bundesregierung – was sie immer wieder getan hat – Zeichen für Gesprächsbereitschaft und Verständigungswillen setzen. Was das Verhalten der DGB-Führung im Zusammenhang mit der Neuen Heimat betrifft, so muß ich ehrlich sagen: Ich verstehe dieses Vorgehen nicht. Der Verkauf der Neuen Heimat an Herrn Schiesser war eine Panik-Entscheidung. Der DGB wollte das Problem loswerden, weil er gespürt hat, daß er es nicht bewältigen kann. Aber zu nächst hatte der DGB die Politik, die im Grunde schon aus Eigeninteresse zumindest auf der Ebene der Bundesländer hilfreich war, provoziert.

Provoziert? Späth: Durch die Erklärung, daß der DGB nicht gewillt ist, Milliarden für ein Sanierungskonzept locker zu machen. Das war seine Position zu Beginn gegenüber der Politik. Dann hat der Gewerkschaftsbund an Herrn Schiesser verkauft. Bei diesem Verkauf ist er Verpflichtungen eingegangen, die sich auf fast zwei Milliarden Mark summieren. Diese Absicherung für Herrn Schiesser hat die finanzielle Größenordnung, die jetzt durch den Verkauf von 51 Prozent der Bank für Gemeinwirtschaft erwirtschaftet werden soll. Wäre der DGB diesen Weg, den er jetzt mit Herrn Schiesser geht, von Anfang an mit den Banken und der Öffentlichen Hand gegangen, dann wäre manches machbar gewesen. Er hätte sich außerdem viel Kritik erspart. Denn wenn der DGB gesagt hätte, wir bringen zwei Milliarden Mark aus Vermögenswerten ein, wenn sich angesichts dieser Voraussetzung auch die Öffentliche Hand kooperationsbereit gezeigt hätte, dann hätten die Banken sich sicherlich nicht verschlossen.

Gibt es überhaupt noch Lösungen für die Neue Heimat, außer dem Konkurs?

Späth: Mein Eindruck ist, daß der Konzern als Ganzes kaum zu sanieren ist. Richtig ist die Überlegung, nach regionalen Lösungen zu suchen und in diesem Fall sind die Länder die Ansprechpartner. Was den Zustand der Regionalgesellschaften der Neuen Heimat betrifft, so ist mein Eindruck, daß die bayerische Gruppe für sich funktionsfähig ist. Die baden-württembergische Gesellschaft ist in sich sanierungsfähig. Ich würde sagen, das geht Null auf Null auf. Aber sie kann weiterexistieren, ihre Wohnbestände verwalten, auch unter einem anderen Eigentümer, wenn dieser die Gemeinnützigkeit garantiert. Die hessische Gesellschaft ist an das Land Hessen verkauft worden. Sie ist ebenfalls nach meiner Einschätzung in sich tragfähig. Aber ich glaube kaum, daß die Gesellschaften in Nordrhein-Westfalen, in Bremen und in Hamburg noch sanierungsfähig sind. Aber zum Beispiel in Bremen ist es so, daß der Anteil der Neuen Heimat am Gesamtwohnungsbestand so gewaltig ist, daß ein Zusammenbruch der Gesellschaft gravierende Probleme für den Immobilienmarkt mit sich bringen würde.

Einen Konkurs schließen Sie aus? Späth: Nein, den schließe ich nicht aus, aber ich kann mir nicht vorstellen, daß die Banken aus ihrer Interessenslage heraus einen Konkurs so ohne weiteres zulassen. Ich glaube nicht, daß die Banken zu einer Holter-der-Polter-Konkurslösung kommen wollen. Die Banken müßten eher an einer Lösung interessiert sein, die ihr Risiko bei nicht-gesicherten Krediten mindert. Die Banken haben bei einer außergerichtlichen Vergleichslösung mehr Möglichkeiten, weil die Länder das gesamtwirtschaftliche Interesse sehen müssen.

Wie könnte eine solche Banken-Lösung aussehen?

Späth: Ich bin, um das vorweg zu sagen, sicher, daß die Sanierung von den Banken in die Hand genommen werden muß. Es muß eine Banken-Lösung gefunden werden, für jedes Land. Das bedeutet in der Praxis dann, daß die brauchbaren Teile der Neuen Heimat saniert und abgestoßen werden. Die Basis dafür ist ein

außergerichtlicher Vergleich, was nichts anderes heißt, als daß Herr Schiesser und die Gewerkschaftsbildung BGAG erklären, was sie zur Abschreibung einbringen. Dann müssen die Banken sagen, wieviel sie von ihren Krediten abschreiben. Natürlich wird es Ausfälle geben.

Eine Gesamtlösung für die Neue Heimat halte ich für nahezu ausgeschlossen, und zwar deshalb, weil bei den öffentlichen Bürgschaften die Interessen sehr verschieden sind. Beispielsweise gibt es Bundesländer, die haben bis zu 100 Prozent der Finanzierung verbürgt. In Baden-Württemberg gibt es keine öffentlichen Darlehen, die über 70 Prozent des Buchwertes hinausgehen und damit ist in Baden-Württemberg kein Kredit gefährdet. Das bedeutet natürlich, daß eine pauschale Lösung, ein pauschaler Banken-Verzicht, etwa für unsere landeseigene Wohnungsbau- und Kreditanstalt, nicht zumutbar wäre. Eine ähnliche Situation wird sich in Bayern stellen. Und zum Schluß werden die Banken zur Öffentlichen Hand kommen und ihre Vorstellungen entwickeln. Dabei wird Herr Schiesser eine ganz beschränkte Rolle spielen können. Denn ich kann mir nicht vorstellen, wo das unternehmerische Konzept sein sollte, das alle schwerwiegenden Probleme bei der Neuen Heimat überspielt.



Lothar Späth, von 1970 bis 1974 selbst einmal im Management der Neuen Heimat gewesen, kann sich nicht vorstellen, daß Schiesser ein Patentrezept zur Genesung des Baukonzerns gefunden hat. Mit Lothar Späth sprach Manfred Schell.

Mir ist es in Baden-Württemberg nicht langweilig . . .

Lothar Späth als Kanzler nach Bonn? – Der baden-württembergische Ministerpräsident ist während eines Aufenthaltes in London von Mitarbeitern telefonisch über die in Bonn in Umlauf gesetzten Gerüchte informiert worden. Er antwortet sich darüber: „Bonn ist für mich kein aktuelles Thema.“

Die Frage nach seiner politischen Lebensplanung beantwortet Lothar Späth so: „Die ist ganz einfach. Es ist eine faszinierende Aufgabe, ein Bundesland, das wirtschaftlich so gesund und so vielfältig ist wie Baden-Württemberg, zu führen. Ich will hier das eine oder andere verwirklichen, was eine Art Pilot-Pro-

jekt für die Republik sein kann. Also: Mir ist es in Baden-Württemberg nicht langweilig.“

Aber natürlich hat der Ministerpräsident und stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU eine Meinung zu Bonn, obwohl er nicht viel von gegenseitigen Ratschlägen innerhalb der Koalition hört. „Die FDP muß mit ihren Problemen fertig werden. Wir müssen unsere Fragen lösen. Ich würde mir allerdings wünschen, daß die Freien Demokraten wieder etwas berechenbarer würden. Ich fand es schade, daß wir so lange um die Probleme der Inneren Sicherheit gestritten haben und es erst wieder neuer Herausforde-

rungen durch den Terrorismus bedurfte, bis klar war, daß der freiheitliche Rechtsstaat auch mal die Zähne zeigen muß.“ Das Recht der FDP, sich vor allem in Fragen der Wirtschaftsentwicklung zu exponieren, will Späth nicht bestreiten. Aber es müsse auch sichtbar bleiben, daß eine Koalition aus CDU/CSU und FDP „keine Laissez-faire-Wirtschaftspolitik betreiben kann, die auf die sozial Schwachen zu wenig Rücksicht nimmt.“

Über die Sicherung der Montan-Mitbestimmung, so meint Späth, sollte man in der Koalition nicht in einen riesigen Streit verfallen. Die Zahl der davon betroffenen Betriebe

ist nicht so groß, daß wir uns umbringen, wenn wir sagen, wir wollen hier ein Zeichen setzen, wir halten die Montan-Mitbestimmung in diesen Betrieben.“

Späth ist sich sicher, daß die Koalition bei der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 „einen klaren Wahlsieg“ davontragen wird. Einmal, weil sie überzeugende Arbeit geleistet habe, aber auch, weil „sie ohne Alternative ist“. Die SPD, das werde zunehmend sichtbar, „hat hinter Rau ihre Grundlinie nicht gefunden“. Aber eine Partei, die „sich nicht entschieden hat, wird große Schwierigkeiten haben, sich als Alternative zu präsentieren“.



Was es bedeutet, Bank eines Exportlandes zu sein.

Exportbank zu sein bedeutet mehr als die schnelle Abwicklung des Zahlungsverkehrs unserer Kunden mit dem Ausland. Es bedeutet vor allem: Über die Finanzierung mitzuheifen, daß sich ein Produkt auf dem Weltmarkt verkauft.

Denn erst Ware und Finanzierung zusammen ergeben oft das Angebot, das sich im internationalen Wettbewerb durchsetzt.

Das beginnt bereits bei den Vorverhandlungen. Schon hier können wir Sie

begleiten. Beispiel Bestseller-Kredit. Heute ist es meist der Besteller, den wir finanzieren, um dem Exporteur Märkte offen zu halten. Beispiel Anlagenbau: Projekte, die über eine lange Zeit geplant und realisiert werden. Hier kann ein

langfristiger Kredit mit kalkulierbarem Festzins bei den Preisverhandlungen ausschlaggebend sein.

Ein wichtiger Grund mehr, mit der Bank eines exportorientierten Landes zu sprechen.

WestLB

Die Bank Ihrer Initiativen.

Westdeutsche Landesbank Girozentrale

SPD: Einkommen bis 8000 Mark stärker entlasten

dpa/AP, Frankfurt
Bei einem Wahlsieg im Januar 1987 wollen die Sozialdemokraten die Familieneinkommen bis 8000 Mark monatlich stärker entlasten, als es die Koalition von Union und FDP vorhat. Dies erklärte der frühere Bundesfinanzminister und jetzige stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans Apel, gestern im Hessischen Rundfunk.

Bei der von der SPD geplanten Einführung eines neuen Lohn- und Einkommensteuertarifs müßten Familien, die ein höheres Einkommen haben, allerdings mit einer geringeren Entlastung rechnen.

Apel verwies auf die seiner Ansicht nach schlimmen Entwicklungen der vergangenen Jahre. So bekommen ein



Zuständig für Finanzthemen: Wilhelm Rahlfs
FOTO: DIE WELT



Zuständig für Frauenfragen: Sabine Krüger-Spitta
FOTO: DIE WELT



Zuständig für alles: Ingo von Münch
FOTO: SVEN SIMON

Der FDP-Logik vermag so mancher Zuhörer nur mehr schwer zu folgen

Von UWE BAHNSEN

Damit in Hamburg nicht wieder alles beim alten bleibt – diese zentrale Wahlaussage haben die Freien Demokraten der Hansestadt im Bürgerschaftswahlkampf, der ihnen nach acht Jahren den Weg zurück ins Rathaus ebnet, mit vielfältigen Wahlslogans variiert, die sämtlich harsche Kritik an hanseatischen Zuständen üben. Der rührige „Freundeskreis der F.D.P. Hamburg“ etwa brachte blau-gelbe Aufkleber mit Aufschriften wie „Hamburgs Finanzen. Das Loch im Norden“ oder „Hamburg. Tor zur Welt. Geschlossen ab 18.30 Uhr.“ unter das Wählervolk. Die eine Parole persifliert den offiziellen Werbeslogan der Stadt, „Hamburg, das Hoch im Norden“, die andere das Ladenschlußgesetz.

Die Eliberalen um den 53-jährigen Staats- und Verwaltungsrechtler Professor Ingo von Münch haben sich – mit unterschiedlichem Erfolg – um einen kreativen, argumentativen Wahlkampfstil bemüht und setzen dabei ganz besonders auf den Mittelstand und die freien Berufe – eine Priorität, die in der freidemokratischen Bürgerschaftsliste sehr deutlich Spuren hinterlassen hat. Hinter dem Vornamen von Münch kandidiert Sabine Krüger-Spitta, eine 45-jährige Bibliothekarin und Kunsthistorikerin mit besonderen Interessen in der Kultur- und Frauenpolitik, gefolgt von Wilhelm Rahlfs, einem 48-jährigen Diplomvolkswirt, der bislang in der

Wirtschaftsbehörde der Hansestadt für die Hamburg-Werbung zuständig war und sich im Wahlkampf besonders zur Finanzpolitik, den Problemen des Hafens, und zu den öffentlichen Unternehmen der Hansestadt äußert. Auf den übrigen Plätzen finden sich vornehmlich Hochschullehrer, Kaufleute, Anwälte, Handwerker. Zugleich läßt diese Liste jedoch ein Manko der Partei deutlich werden:



Nur drei der insgesamt 25 Kandidaten haben Erfahrungen im Landesparlament.

Ingo von Münch und seine Freunde kokettieren gern ein wenig damit, daß die FDP als kleine Partei nicht die gleichen materiellen Möglichkeiten wie die SPD oder gar die CDU habe und sich daher in ihrem Wahlkampf bescheiden müsse. Das mag für den unmittelbaren Wahlkampf, der die Freien Demokraten in der Hansestadt ein solides Potential von Anhängern, die eher zu den betuchten Schichten der Bevölkerung gehören und Hilfestellung geben – in der Regel nicht der liberalen Ideale, sondern handfester Interessen wegen.

Der Rechtsprofessor an der Spitze, der auch im Wahlkampf seine Lehr-

verpflichtungen an der Universität weiter wahrnimmt, kämpft mit äußerster persönlicher Einsatz, um das Credo der Liberalen zu verkünden: „Diese Stadt hat alle Voraussetzungen dazu, wieder ein Tor zur Welt zu werden, nur darf sie nicht im Filz verkommen“. Das ist eine Botschaft, die im bürgerlichen Lager weithin akzeptiert wird. Und dennoch deutet alles darauf hin, daß der FDP eine Rückkehr in die Bürgerschaft nur mit einem knappen Ergebnis über der Fünf-Prozent-Marke gelingen könnte.

Für diese Prognose gibt es einen gewichtigen Grund. Zwar werben die Freidemokraten mit dem Slogan „Hamburgs F.D.P. – liberal – lebendig – logisch!“, doch gerade das letzte dieser Adjektive ist es, das ihnen auf den in der Regel gut besuchten Wahlveranstaltungen zu schaffen macht: Es ist eben nicht logisch, und vielen Zuhörern will denn auch nicht einleuchten, daß eine, noch dazu derzeit im Parlament nicht vertretene, Partei einerseits mit dem Motto, „Ein nicht wieder alles beim alten“ bleiben, durchgreifende Reformen verlangt, andererseits aber beharrlich die Auskunft darüber verweigert, welcher der beiden großen Parteien sie denn diesen Wandel durchsetzen wolle. Die Standardantwort der freidemokratischen Wahlkämpfer auf dieses Argument lautet sinngemäß: „Zunächst wollen wir wieder ins Parlament zurückkehren. Dann werden wir weitersehen.“

Kruse: Einheit der EKD ist gefährdet

ohn. Bad Salzungen

„Wir erfahren, daß vieles auseinanderdrifft, daß die Einheit der evangelischen Kirche auf allen Ebenen heute besonderen Belastungen ausgesetzt ist“, sagte der Berliner Bischof Martin Kruse in seinem ersten Bericht als Ratsvorsitzender vor der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) am Sonntag in Bad Salzungen.

Unter den vielen Schwerpunkten seines Berichts war auch das Stichwort „Tschernobyl und die Atomenergie“. Hierzu meinte der Ratsvorsitzende, in allen Ländern der Erde bestehe Anlaß, die Risiken der Atomenergie erneut zu bedenken, zu vermindern und die Suche nach alternativen Lösungen der Energieversorgung energisch voranzutreiben. Das Reaktorunglück stelle erneut die Frage, was unter den gegebenen Umständen die spezielle Aufgabe der Kirche sei. „Wir können keine besondere Kompetenz in wissenschaftlichen und rechtlichen Fragen beanspruchen“, sagte Bischof Kruse, doch fordere die Angst seelsorgerische Worte und Taten.

„Vorwürfe unberechtigt“

Im Zusammenhang mit Wackersdorf und Brokdorf und den dortigen Ausschreitungen sagte der EKD-Ratsvorsitzende: „Verschiedentlich ist der unberechtigte Vorwurf erhoben worden, daß kirchliche Gruppen und kirchliche Mitarbeiter zur Verschärfung der Situation beitragen. Nach Auffassung des Rates haben die Kirchenleitungen und verantwortungsbewußte Christen in der bayerischen und nordbayerischen Kirche eine stellvertretende Verantwortung umsichtig wahrgenommen.“

Zur beunruhigend hohen Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen sagte Bischof Kruse unter anderem: „Ein Verzicht auf den Schutz des ungeborenen Lebens ist ethisch unter keinen Umständen zu billigen... Aber eine Weckung des Gewissens und eine tiefgreifende Änderung des Menschen ist von der Drohung mit dem Gesetz nicht zu erwarten.“ Deshalb setze der Rat keine Hoffnungen auf eine neuerliche Gesetzesänderung.

Zur Frage der Asylsuchenden in unserem Lande erklärte Bischof Kruse, der Rat habe sich knapp und klar gegen den Mißbrauch des Asyls ausgesprochen. Er dringe jedoch darauf, daß sich die Bundesrepublik den aus politischen, rassischen und religiösen Gründen Verfolgten nicht verschließen: „Wer soll denn für die Stummreden, wenn nicht die Kirchen, die von Wahlkampfprüfungen und allgemeinen Stimmungen frei sind oder sein sollten? Besonders froh bin ich über die Einmütigkeit mit der römisch-katholischen Schwesterkirche“, sagte Kruse.

Gegen Sonntagsarbeit

Diese Einmütigkeit stellte der Ratsvorsitzende auch bei der Ablehnung von Versuchen heraus, das Verbot der Sonntags- und Feiertagsarbeit noch weiter zu lockern: „Wir stehen an einer einschneidenden Wegegabelung unserer Zivilisation und Kultur. Der Gewinn von mehr Freizeit kann niemals durch den Verlust des Sonntags ausgeglichen werden.“

„Schwarzer Kanal“ mit Grünem für den Osten

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Mit dem Aufruf zu einem „Nationalen Protest-Tag“ gegen vermutete Strahlungsgefahren durch den unverminderten Ausbau der „DDR“-Atomindustrie meldete sich am Freitagabend zum ersten Mal eine Art „Schwarzer Kanal“ mit grünen Themen aus Ost-Berlin: Knapp 30 Minuten lang blockierte die Premiere dieses Protest-Senders die 99,2-Megahertz-Frequenz des offiziellen „Berliner Rundfunks“. Auf die Sendung, die von starken Nebengeräuschen überlagert war, hatten in Ost-Berlin aufgetauchte Flugblätter aufmerksam gemacht. Sie kam bruchstückhaft sogar noch im Südwesten von West-Berlin an.

Um 22.00 Uhr Ironisches durch den Berliner Äther

„Hier spricht die erste unabhängige Sendeanstalt der Deutschen Demokratischen Republik. Wir melden uns direkt aus dem Atomkraftwerk Rheinsberg“, tönte es exakt um 22.00 Uhr in der vergangenen Freitagnacht ironisch durch den Berliner Äther. Die Ost-Station „Berliner Rundfunk“ begann soeben mit ihrem angekündigten Potpourri aus Operette und Musical, als die Dissidenten-Funktor auf Sendung gingen: Mangelhafte Informationspolitik der „DDR“ nach dem Unglücksfall von Tschernobyl, brüske Zurückweisung von Beschwerden von Umweltschützern durch die Staatsorgane sowie Kritik an der massenhaften Einfuhr von möglicherweise strahlenbelastetem Elchfleisch von Skandinavien in die „DDR“ („Die Dussels in der DDR werden's schon essen“) bildeten einige der Themen.

Die Moderatoren am Mikrofon – durchweg Hochdeutsch mit leichtem Berliner Akzent sprechend – unterbrachen die Sendung mehrfach, um angeblich „den Standort zu wechseln“. Leider müsse das „Sendeteam“ anonym bleiben, hieß es: „Wir haben nicht die geringste Lust, leicht noch in den Knast zu gehen.“

Hin und wieder vom durchbrechenden Strauß-Couplet „Glücklich ist, wer vergißt, was doch nicht zu ändern ist“ (in der „eigentlichen“ Sendung des Ostberliner Stadtsenders ausgestrahlt, verbreitete die offener mit westlichen autonomen Umweltschutz-Gruppen zusammenarbeitende Truppe hauptsächlich Informationen über den Stand des „DDR“-Kernkraftausbaus.

Das neue Atomkraftwerk bei Stendal werde 1991 ans Netz gehen: „Im Jahre 2000 sollen etwa 30 bis 40 Prozent der Elektroenergie aus AKWs kommen.“ Es habe Mitarbeiter wissenschaftlicher Institute drüben gegeben, die die Ergebnisse eigener Strahlungsmessungen nach Tschernobyl zur Warnung an Bekannte weitergegeben hätten. Denn: „Die offiziellen Erkenntnisse liegen in den Tresoren unter Verschluss.“

Die radioaktive Belastung in der „DDR“ werde wieder zunehmen, hieß es, wenn jetzt die Trockenfütterperiode in der Landwirtschaft beginne. Zitat aus der Sendung: „Ich hörte auch, daß viele Kinder im Westen nach Tschernobyl keine Milch tranken durften. Das gibt es bei uns nicht.“

Hier steht der Mensch im Mittelpunkt – oder besser in der Schußlinie!

Die Sprecher des „Schwarzen Kanals“ – sie wählten diese Bezeichnung in Anspielung auf die Ostberliner antiwestliche TV-Sendung von Karl-Eduard von Scharitzler mehrfach – erwähnten ein Rundschreiben von staatlicher Seite: „Es trüdelte im September in den Kindergärten ein. Dabei wurden Fragen nach Kinderkrankheiten seit Mai gestellt.“ Die Atom-Katastrophe in der Ukraine hatte sich Ende April zugetragen.

Die Aufforderung des Sendeteams – das zwischendurch Beatles- und Biermann-Songs spielte – nach einem „Nationalen Protest-Tag“ kam angeblich aus dem „Plenarsaal der Volkskammer“. Diese Aktion solle zeigen, daß es „noch zehn Prozent der DDR-Bevölkerung gibt, die auch nach der Volkskammer-Wahl noch ihre Stimme hat“. Zum Zeichen des Widerstands sollten an einem bestimmten Tag in allen Ostberliner Haushalten sämtliche elektrischen Geräte eingeschaltet werden und „beim Gong der ‚Tagesschau‘ alle Sicherungen herausgedreht und nach fünf Minuten wieder hineingeschraubt“ werden. Auf diese Weise gebe es in den Kraftwerken ein Chaos.

Westliche Experten erklärten am Wochenende auf Befragen, es sei so gut wie unwahrscheinlich, daß der Sender tatsächlich vom Ostberliner Gebiet aus arbeite. „Die Post drüben hätte ihn, selbst bei Standortänderungen, beim heutigen Stand der Technik innerhalb von Minuten aufgespürt.“ Es sei wahrscheinlich, daß sich die Anlage unmittelbar an der Sektorengrenze, aber auf westlicher Seite, befunden habe. „Zum Betrieb genügt schon eine Antenne auf einem vierstöckigen Haus, die überhaupt nicht auffällt. Vermutlich handelt es sich um eine 100-Watt-Anlage, die in jeden Schrank von 60 Zentimeter Breite paßt.“

Verstoß gegen die Fernmeldebestimmungen

Die am Flughafen Tegel stationierte Funkstrahlungsmeßstelle der Landespostdirektion mußte die Sendeanstalt, falls das Radio tatsächlich im Westteil der Stadt stationiert gewesen wäre, wegen Verstoßes gegen verschiedene fernmelderechtliche Bestimmungen belangen. Fachleute gehen davon aus, daß der Sender ohnehin automatisch arbeitete – das heißt, ein fertig bespieltes Band „abspielte“, nachdem der Sender von einem dritten Ort aus automatisch in Betrieb gesetzt worden war. „Entsprechende Schalter kosten im Fachgeschäft keine 50 Mark“, sagte ein Funkexperte zur WELT.

Eine erste politische Bewertung des Vorgangs gab gestern die amtliche Nachrichtenagentur ADN. „Laut amtlichen Feststellungen“ handle es sich „um einen Sender, der auf dem Territorium von Berlin (West) stationiert“ sei. Der Sender sei eine „eindeutige Verletzung internationaler vertraglicher Regelungen“.

Auch die Reaktionen im Westen hielten sich bedeckt. Senatssprecher Winfried Fest sagte zur WELT: „Wir haben noch keine Erkenntnisse, aber wir werden den Vorgang überprüfen.“

Anzeige

Jetzt gibt's die BERUFS-WELT: Berufliche Chancen, die Sie anderswo kaum finden.

Die macht den großen Stellenanteil der WELT jeden Samstag besonders interessant für Sie: 70 Prozent dieser Berufs-Chancen für Fach- und Führungskräfte finden Sie gleichzeitig in keiner anderen vergleichbaren Tageszeitung.

DIE WELT

Arbeitnehmer, der 4000 Mark monatlich verdient und eine Erhöhung von 100 Mark erhält, davon nur noch 39 Mark ausbezahlt. Diese Entwicklung in der Zeit der „Wendezeitung“ machten es nötig, zu dem Grundsatz zurückzukehren, daß sich Arbeit wie der lohnen müsse.

Der SPD-Finanzpolitiker sprach sich ferner für ein einheitliches Kindergeld aus, das die derzeitige Koalition zugunsten von Freiberuflern abgeschafft habe. Diese Beträge hätten den unangenehmen Effekt, daß sie Spitzenverdiener zweieinhalbmal mehr erhalten als den Normalverdiener. Die SPD wolle eine Regelung, bei der für das erste Kind hundert Mark, für das zweite 200 Mark sowie für das dritte und alle weiteren je 300 Mark monatlich gezahlt würden.

Helmut Schmidt besuchte Gierke

AP, Warschau

Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt, der sich zu einem vierstägigen Besuch in Polen aufhält, ist in Katowice auch mit dem früheren polnischen Parteichef Edward Gierke zu einem privaten Meinungsaustausch zusammengetroffen.

Der 73-jährige Gierke war 1980 nach Arbeiterunruhen von seinem Posten abgelöst worden. Aus der Begleitung Schmidts verlaute, die Begegnung im Haus Gierkes habe etwa zwei Stunden gedauert. Es wurde darauf verwiesen, daß Schmidt in seiner Abschiedsansprache im Bundestag am 10. September Gierke als „Freund“ bezeichnet hat, der sich um die weitere Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen bemühte.

Döding: Nur Zeitarbeitsplätze

dpa, Hamburg

Das Beschäftigungsförderungsgesetz schafft nach einer Umfrage der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) keine neuen Dauerarbeitsplätze. Die NGG teilte gestern in Hamburg mit, in 518/56 Prozent von 927 befragten Betrieben der Branche mit 170 082 Beschäftigten seien in der Zeit vom März bis Ende Juni 1986 insgesamt nur 1974 befristete Arbeitsverträge abgeschlossen worden, davon 2696 (34,2 Prozent) für Frauen.

Der NGG-Vorsitzende Döding sagte zu dem Umfrageergebnis: „Mit dem Gesetz werden die Arbeitgeber nicht nur zu einer Politik des Heuerns und Feuerens umarmt, mit befristeten Arbeitsverträgen bleibt auch die soziale Sicherheit auf der Strecke.“

Lambsdorff gegen TÜV-Monopol

dpa, Düsseldorf

Für mehr Privatisierung bei öffentlichen Dienstleistungen hat sich der FDP, Graf Lambsdorff, ausgesprochen. Auf der Landesversammlung des Verbandes Freier Berufe in Nordrhein-Westfalen forderte er, der Staat dürfe nur Dienstleistungen anbieten, wenn sie kostengünstiger seien als im privaten Bereich. Er verlangte eine Öffnung des TÜV-Monopols zugunsten freier Sachverständiger, auch zum Verkehrs-, Entsorgungs-, Bau- und Gesundheitsbereich müßten Überlegungen angestellt werden. Lambsdorff kündigte an, auf dem Gesundheitssektor werde die FDP der Union künftig „mehr Mut zur Marktwirtschaft machen“.

Probe-Führerschein im Alleingang

dpa, Düsseldorf

In Nordrhein-Westfalen wird es von heute an den Führerschein auf Probe geben. Verkehrsminister Christoph Zöfel (SPD) hat die Behörden und die Technischen Überwachungsvereine (TÜV) angewiesen, den Fahr-schülern nach bestandener Prüfung den auf zwei Jahre befristeten Anfangs-Vermerk in den „Schein“ zu stempeln. Die Konsequenzen für jene, die in der Probezeit im Verkehr über die Stränge schlagen, gelten allerdings erst mit dem Inkrafttreten der Ausführungsbestimmungen. Diese haben sich verzögert, weil Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) mit gleichzeitig geplanten Gebührenerhöhungen nicht einverstanden ist.

DER SPIEGEL

IN DIESER WOCHE:

- Strauß über Kohls Kanzleramt: „Auf der Ölspur der eigenen Dummheit fahren die Karussell.“
- Bonns Kronzeugen-Gesetz: Der neue Unfall der FDP.
- Atomminister Wallmann im SPIEGEL-Gespräch: „Selbstverständlich ist eine Kernschmelze denkbar.“
- Nuklearpark Hanau: Schlimmer als eine Schwarzbrennerei.
- BfG: Ausverkauf bei den Gewerkschaften.

Deutschlands erfolgreichste Redakteurin
Doris Dörrie

Die „Männer“-Frau

سكنا من الجدل

Die „Jeanne d'Arc“ der Philippinen kann die Armen nicht satt machen

Als Mutter von fünf Kindern, Hausfrau und Witwe, im politischen Geschäft ein unbekanntes Blatt, war sie gegen ein Staatsmann angetreten, der den Trick kannte und einsetzte, um 20 Jahre lang, zuletzt mit diktatorischen Vollmachten, über das 55-Millionen-Volk der Philippinen zu herrschen. Im Duell um das Mandat dieses Volkes unterlag der einst gefeierte Volkstribun Ferdinand Marcos der manchmal biedereren, aber immer entschlossenen aufstrebenden Herausforderin, die ihren Landsleuten lediglich versprach, ihnen eine ehrliche, saubere Regierung zurückzugeben.

Heute mußte Enrile den Führungsstil von Frau Aquino sicher ähnlich bewerten, denn er ist gleich geblieben. Seit Urteil über die Entscheidungen der Präsidentin dürfte jedoch negativ ausfallen. Zu scharf ist der Verteidigungsminister mit ihrer Politik gegenüber den kommunistischen Rebellen ins Gericht gegangen.

Ist Corazon Aquino glaubwürdig geblieben, so wie sie es in ihrer Wahlkampagne immer versprochen hatte? Die Mehrheit der 55 Millionen Filipinos verehrt ihre „Cory“ immer noch, obwohl sie mit der neu gewonnenen Freiheit nicht viel anzufangen weiß, denn sehr viele sind weiter ohne Arbeit, ihre Mägen klingen immer noch.

Hier wird die Präsidentin angegriffen, denn ihr Versprechen, das Los der Armen – 70 Prozent leben unter dem Existenzminimum – zu bessern, hat sie noch nicht einlösen können. Fragen nach ihrem eigenen Großgrundbesitz weicht sie aus: „Das Land ist schon lange in unserem Besitz. Die Regierung hat jetzt eine Landreform in Angriff genommen.“ Auf der „Hacienda Luisita“ in Tarlac, die ihr und ihrem Bruder José Cojuangco gehört, müssen 25 000 Landarbeiter in Pappkarton-Hütten, ohne Elektrizität und Wasseranschluß, bei Minimal-Löhnen dahnvegetieren.

Der Arbeitseifer der Hausfrau im Präsidentenamt ist enorm. „Ich bin von frühmorgens bis in die Nacht hinein gefordert. Und wenn ich abends spät nach Hause komme, habe ich noch Akten aufzuarbeiten. Danach bin ich total erledigt.“ Ihr Gehalt beträgt 100 000 Peso (10 000 Mark) pro Jahr, was 273,97 Peso (27 Mark) pro Tag entspricht.

Der heimtückische Mord war es auch, der in Corazon Aquino den Entschluß reifen ließ, sich an die Spitze dieser Bewegung zu stellen und damit das Lebenswerk „Ninoy“ fortzusetzen.

Hat das höchste und verantwortungsvollste Amt, das in den Philippinen zu vergeben ist, aus Corazon Aquino einen anderen Menschen gemacht? Ist aus der vom Volk als „Jeanne d'Arc“ und „Madonna der Philippinen“ verehrten Frau eine Golda Meir, Indira Gandhi oder Margaret Thatcher geworden – oder etwa eine Mischung aus allen dreien, wie ein ihrer Berater kürzlich festzustellen glaubte? Diejenigen, die ihr nahe stehen, wie Präsidenten-Sprecher René Saguisag, sind davon überzeugt: „Sie hat sich nicht verändert. Sie ist sich treu geblieben.“

Saguisag meint jene Mischung aus entwerfender Offenheit und unbeirrbarer Entschlossenheit, mit der Corazon Aquino jene Kritiker verstummen ließ, die in ihr nur eine schwache Frau ohne jedes Format sehen wollten. Und in der Tat: Hat sie sich einmal zu einem Standpunkt durchgerungen, kann sie kaum irgend jemand oder irgend etwas mehr davon abbringen.

Nach der Präsidentenwahl vom Februar weigerte sich Frau Aquino zum Beispiel beharrlich, die offiziellen, von der Marcos-Maschinerie veröffentlichten Wahlergebnisse anzuerkennen und die Proklamation von Marcos zum Präsidenten zu akzeptieren. Selbst US-Präsident Reagan erhielt eine Kostprobe vom Stehvermögen Corazon Aquinos, als sie den amerikanischen Vermittlungsvorschlag rundweg ablehnte, ja nicht einmal für erwägenswert erachtete.

Und bis heute hat Frau Aquino diesen Charakterzug bewahrt, denn trotz ständigen Nachstoßens von amerikanischer Seite weigert sie sich weiterhin, einen konkreten Hinweis auf die Zukunft der amerikanischen Militärbasen auf den Philippinen zu geben. „Ich werde die bestehenden Verträge (sie gelten bis 1991, die Red.) respektieren. Für die Zeit danach werde ich mir die Entscheidung jedoch offenhalten.“

Ihr Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile, einige Monate nach Aquinos Amtseinführung nach dem Führungsstil der Präsidentin befragt, verteilte nüchternes Lob: „Ich glaube, sie ist eine gute Präsidentin. Ihr Führungsstil ist so, wie er von jenen praktiziert werden sollte, die eine so komplexe Organisation wie die Republik der Philippinen zu leiten haben. Sie delegiert. Man ist ihr gegenüber für seine Entscheidungen verantwortlich, ebenso wie sie dem Volk gegenüber für ihre Politik die Verantwortung trägt. Das was sie tut, tut sie richtig. In Kabi-

nettsitzungen trifft sie Entscheidungen erst dann, wenn sie alle Meinungen gehört hat. Bislang hat sie gute Entscheidungen getroffen.“

Es war der Tag der Rückkehr von Senator Benigno „Ninoy“ Aquino aus dem amerikanischen Exil in die philippinische Heimat, zurück zu Familie, Frau und Kindern. Doch statt eines Wiedersehens gab es eine Trauerfeier. Auf der Rollbahn des Flughafens von Manila streckten ihn die Kugeln eines Mörders nieder. Die Schüsse rissen Millionen von Filipinos aus ihrer politischen Lethargie, das Anti-Marcos-Lager, heillos zerstritten, fand in seltener Einmütigkeit zusammen, und das „Parlament der Straße“ scholl zu einer spontanen Massenbewegung an, die alle gesellschaftlichen Schichten des philippinischen Volkes umfaßte.

Voraussetzung für eine Legalisierung muß in jedem Falle sein, daß die Kommunisten sich verpflichten, jeder Gewaltanwendung zu entsagen. Doch das ist nur ein Punkt unter vielen, die zuvor erwogen werden müssen.

Aquino: Erstens: Ich bin mir nicht sicher, ob sie das wirklich will. Einige Kommunisten haben diesen Willen zwar bekundet, doch handelt es sich bei ihnen nicht um die höchsten Führer. Zweitens: Wir müssen dabei natürlich berücksichtigen, welche Auswirkungen ein solcher Schritt auf die übrige Gesellschaft haben würde.

WELT: Sollte die Kommunistische Partei der Philippinen, die KPP, Ihrer Meinung nach legalisiert werden, falls es auf dem Verhand-

lungsweg zu einer politischen Lösung kommt?

Aquino: Ja, ich bin mir nicht sicher, ob sie das wirklich will. Einige Kommunisten haben diesen Willen zwar bekundet, doch handelt es sich bei ihnen nicht um die höchsten Führer. Zweitens: Wir müssen dabei natürlich berücksichtigen, welche Auswirkungen ein solcher Schritt auf die übrige Gesellschaft haben würde.

Voraussetzung für eine Legalisierung muß in jedem Falle sein, daß die Kommunisten sich verpflichten, jeder Gewaltanwendung zu entsagen. Doch das ist nur ein Punkt unter vielen, die zuvor erwogen werden müssen.

Aquino: Erstens: Ich bin mir nicht sicher, ob sie das wirklich will. Einige Kommunisten haben diesen Willen zwar bekundet, doch handelt es sich bei ihnen nicht um die höchsten Führer. Zweitens: Wir müssen dabei natürlich berücksichtigen, welche Auswirkungen ein solcher Schritt auf die übrige Gesellschaft haben würde.

WELT: Was würden Sie deutschen Geschäftsleuten raten, die sich auf den Philippinen stärker engagieren wollen?

Aquino: Wenn sie hierher kommen, um zu investieren, dann rate ich ihnen, sich mit philippinischen Geschäftsleuten in Joint-ventures zusammenzutun. Auf diesem Wege lassen sich vielleicht neue Märkte in ihrem eigenen Land erschließen. Dies würde unserer Wirtschaft sicher sehr helfen.

WELT: Wie wird es wohl auf den Philippinen im Sommer 1987 ausfallen – nach dem Volksreferendum über die Annahme des neuen Grundgesetzes und den ersten Wahlen?

Aquino: Die Lage in unserem Lande wird dann sehr stabil sein. Schon deswegen, weil dann der konstitutionelle Prozeß, die Demokratisierung, beendet sein wird. Wir werden dann nicht nur eine neue Verfassung, sondern auch einen Kongreß haben, dessen Mitglieder direkt vom philippinischen Volk gewählt worden sind. Darüber hinaus werden im Mai ja auch die regionalen und lokalen Volksvertreter gewählt. Das wird zur Stabilität beitragen.

WELT: Wie wird es wohl auf den Philippinen im Sommer 1987 ausfallen – nach dem Volksreferendum über die Annahme des neuen Grundgesetzes und den ersten Wahlen?

Aquino: Die Lage in unserem Lande wird dann sehr stabil sein. Schon deswegen, weil dann der konstitutionelle Prozeß, die Demokratisierung, beendet sein wird. Wir werden dann nicht nur eine neue Verfassung, sondern auch einen Kongreß haben, dessen Mitglieder direkt vom philippinischen Volk gewählt worden sind. Darüber hinaus werden im Mai ja auch die regionalen und lokalen Volksvertreter gewählt. Das wird zur Stabilität beitragen.

WELT: Wie wird es wohl auf den Philippinen im Sommer 1987 ausfallen – nach dem Volksreferendum über die Annahme des neuen Grundgesetzes und den ersten Wahlen?

Aquino: Die Lage in unserem Lande wird dann sehr stabil sein. Schon deswegen, weil dann der konstitutionelle Prozeß, die Demokratisierung, beendet sein wird. Wir werden dann nicht nur eine neue Verfassung, sondern auch einen Kongreß haben, dessen Mitglieder direkt vom philippinischen Volk gewählt worden sind. Darüber hinaus werden im Mai ja auch die regionalen und lokalen Volksvertreter gewählt. Das wird zur Stabilität beitragen.

WELT: Wie wird es wohl auf den Philippinen im Sommer 1987 ausfallen – nach dem Volksreferendum über die Annahme des neuen Grundgesetzes und den ersten Wahlen?

Aquino: Die Lage in unserem Lande wird dann sehr stabil sein. Schon deswegen, weil dann der konstitutionelle Prozeß, die Demokratisierung, beendet sein wird. Wir werden dann nicht nur eine neue Verfassung, sondern auch einen Kongreß haben, dessen Mitglieder direkt vom philippinischen Volk gewählt worden sind. Darüber hinaus werden im Mai ja auch die regionalen und lokalen Volksvertreter gewählt. Das wird zur Stabilität beitragen.

WELT: Wie wird es wohl auf den Philippinen im Sommer 1987 ausfallen – nach dem Volksreferendum über die Annahme des neuen Grundgesetzes und den ersten Wahlen?

Aquino: Die Lage in unserem Lande wird dann sehr stabil sein. Schon deswegen, weil dann der konstitutionelle Prozeß, die Demokratisierung, beendet sein wird. Wir werden dann nicht nur eine neue Verfassung, sondern auch einen Kongreß haben, dessen Mitglieder direkt vom philippinischen Volk gewählt worden sind. Darüber hinaus werden im Mai ja auch die regionalen und lokalen Volksvertreter gewählt. Das wird zur Stabilität beitragen.

WELT: Wie wird es wohl auf den Philippinen im Sommer 1987 ausfallen – nach dem Volksreferendum über die Annahme des neuen Grundgesetzes und den ersten Wahlen?

Aquino: Die Lage in unserem Lande wird dann sehr stabil sein. Schon deswegen, weil dann der konstitutionelle Prozeß, die Demokratisierung, beendet sein wird. Wir werden dann nicht nur eine neue Verfassung, sondern auch einen Kongreß haben, dessen Mitglieder direkt vom philippinischen Volk gewählt worden sind. Darüber hinaus werden im Mai ja auch die regionalen und lokalen Volksvertreter gewählt. Das wird zur Stabilität beitragen.

WELT: Wie wird es wohl auf den Philippinen im Sommer 1987 ausfallen – nach dem Volksreferendum über die Annahme des neuen Grundgesetzes und den ersten Wahlen?

Aquino: Die Lage in unserem Lande wird dann sehr stabil sein. Schon deswegen, weil dann der konstitutionelle Prozeß, die Demokratisierung, beendet sein wird. Wir werden dann nicht nur eine neue Verfassung, sondern auch einen Kongreß haben, dessen Mitglieder direkt vom philippinischen Volk gewählt worden sind. Darüber hinaus werden im Mai ja auch die regionalen und lokalen Volksvertreter gewählt. Das wird zur Stabilität beitragen.

WELT: Wie wird es wohl auf den Philippinen im Sommer 1987 ausfallen – nach dem Volksreferendum über die Annahme des neuen Grundgesetzes und den ersten Wahlen?

Aquino: Die Lage in unserem Lande wird dann sehr stabil sein. Schon deswegen, weil dann der konstitutionelle Prozeß, die Demokratisierung, beendet sein wird. Wir werden dann nicht nur eine neue Verfassung, sondern auch einen Kongreß haben, dessen Mitglieder direkt vom philippinischen Volk gewählt worden sind. Darüber hinaus werden im Mai ja auch die regionalen und lokalen Volksvertreter gewählt. Das wird zur Stabilität beitragen.

WELT: Wie wird es wohl auf den Philippinen im Sommer 1987 ausfallen – nach dem Volksreferendum über die Annahme des neuen Grundgesetzes und den ersten Wahlen?

Aquino: Die Lage in unserem Lande wird dann sehr stabil sein. Schon deswegen, weil dann der konstitutionelle Prozeß, die Demokratisierung, beendet sein wird. Wir werden dann nicht nur eine neue Verfassung, sondern auch einen Kongreß haben, dessen Mitglieder direkt vom philippinischen Volk gewählt worden sind. Darüber hinaus werden im Mai ja auch die regionalen und lokalen Volksvertreter gewählt. Das wird zur Stabilität beitragen.

WELT: Wie wird es wohl auf den Philippinen im Sommer 1987 ausfallen – nach dem Volksreferendum über die Annahme des neuen Grundgesetzes und den ersten Wahlen?

Aquino: Die Lage in unserem Lande wird dann sehr stabil sein. Schon deswegen, weil dann der konstitutionelle Prozeß, die Demokratisierung, beendet sein wird. Wir werden dann nicht nur eine neue Verfassung, sondern auch einen Kongreß haben, dessen Mitglieder direkt vom philippinischen Volk gewählt worden sind. Darüber hinaus werden im Mai ja auch die regionalen und lokalen Volksvertreter gewählt. Das wird zur Stabilität beitragen.

WELT: Wie wird es wohl auf den Philippinen im Sommer 1987 ausfallen – nach dem Volksreferendum über die Annahme des neuen Grundgesetzes und den ersten Wahlen?

Aquino: Die Lage in unserem Lande wird dann sehr stabil sein. Schon deswegen, weil dann der konstitutionelle Prozeß, die Demokratisierung, beendet sein wird. Wir werden dann nicht nur eine neue Verfassung, sondern auch einen Kongreß haben, dessen Mitglieder direkt vom philippinischen Volk gewählt worden sind. Darüber hinaus werden im Mai ja auch die regionalen und lokalen Volksvertreter gewählt. Das wird zur Stabilität beitragen.

WELT: Wie wird es wohl auf den Philippinen im Sommer 1987 ausfallen – nach dem Volksreferendum über die Annahme des neuen Grundgesetzes und den ersten Wahlen?

Aquino: Die Lage in unserem Lande wird dann sehr stabil sein. Schon deswegen, weil dann der konstitutionelle Prozeß, die Demokratisierung, beendet sein wird. Wir werden dann nicht nur eine neue Verfassung, sondern auch einen Kongreß haben, dessen Mitglieder direkt vom philippinischen Volk gewählt worden sind. Darüber hinaus werden im Mai ja auch die regionalen und lokalen Volksvertreter gewählt. Das wird zur Stabilität beitragen.

WELT: Wie wird es wohl auf den Philippinen im Sommer 1987 ausfallen – nach dem Volksreferendum über die Annahme des neuen Grundgesetzes und den ersten Wahlen?

Aquino: Die Lage in unserem Lande wird dann sehr stabil sein. Schon deswegen, weil dann der konstitutionelle Prozeß, die Demokratisierung, beendet sein wird. Wir werden dann nicht nur eine neue Verfassung, sondern auch einen Kongreß haben, dessen Mitglieder direkt vom philippinischen Volk gewählt worden sind. Darüber hinaus werden im Mai ja auch die regionalen und lokalen Volksvertreter gewählt. Das wird zur Stabilität beitragen.

WELT: Wie wird es wohl auf den Philippinen im Sommer 1987 ausfallen – nach dem Volksreferendum über die Annahme des neuen Grundgesetzes und den ersten Wahlen?

Aquino: Die Lage in unserem Lande wird dann sehr stabil sein. Schon deswegen, weil dann der konstitutionelle Prozeß, die Demokratisierung, beendet sein wird. Wir werden dann nicht nur eine neue Verfassung, sondern auch einen Kongreß haben, dessen Mitglieder direkt vom philippinischen Volk gewählt worden sind. Darüber hinaus werden im Mai ja auch die regionalen und lokalen Volksvertreter gewählt. Das wird zur Stabilität beitragen.



Das Lächeln von Corazon Aquino (53) war vor acht Monaten ein Markenzeichen ihrer friedlichen Revolution. Heute ist die zierliche Frau, die über den Diktator Marcos triumphierte, ernster und nachdenklicher geworden.

FOTO: SVEN SIMON

Ist es fünf vor zwölf, Frau Aquino?

wirtschaftliche Hilfsprogramme durchzuführen. Doch werden wir in einzelnen Notgebieten damit anfangen, um der Öffentlichkeit und den Rebellen zu demonstrieren, daß wir die Misere wirklich beseitigen wollen.

WELT: Sie sagten vorher, Sie wollten mit Ihrer Politik gegenüber den Rebellen Leben retten. Tatsache ist jedoch, daß die Rebellen über Frieden reden und die Waffen sprechen lassen. Über 2000 Menschen starben seit Ihrer Amtseinführung in Kampfhandlungen mit den Guerillas. Glauben Sie, daß es eine politische Lösung oder ist die militärische wahrscheinlicher?

Aquino: Sowohl als auch. Sehen Sie, in der Vergangenheit hat es Marcos

mit der totalen militärischen Lösung versucht. Dies mißlang gründlich. Er hatte soviel Zeit zur Verfügung (vor 17 Jahren gingen erstmals kommunistische Rebellen in den Untergrund; diese Gruppe bestand damals aus nur 50 Leuten, die Red.), und dennoch reichte sie nicht aus, um die Bedrohung auf militärischem Wege abzuwehren. Daraus ziehe ich die Lehre, daß wir zusätzlich zum militärischen Druck auch die politischen Möglichkeiten ausschöpfen und dabei gleichzeitig nach sozialen und wirtschaftlichen Lösungen suchen.

WELT: Sollte die Kommunistische Partei der Philippinen, die KPP, Ihrer Meinung nach legalisiert werden, falls es auf dem Verhand-

lungsweg zu einer politischen Lösung kommt?

Aquino: Erstens: Ich bin mir nicht sicher, ob sie das wirklich will. Einige Kommunisten haben diesen Willen zwar bekundet, doch handelt es sich bei ihnen nicht um die höchsten Führer. Zweitens: Wir müssen dabei natürlich berücksichtigen, welche Auswirkungen ein solcher Schritt auf die übrige Gesellschaft haben würde.

Voraussetzung für eine Legalisierung muß in jedem Falle sein, daß die Kommunisten sich verpflichten, jeder Gewaltanwendung zu entsagen. Doch das ist nur ein Punkt unter vielen, die zuvor erwogen werden müssen.

Aquino: Erstens: Ich bin mir nicht sicher, ob sie das wirklich will. Einige Kommunisten haben diesen Willen zwar bekundet, doch handelt es sich bei ihnen nicht um die höchsten Führer. Zweitens: Wir müssen dabei natürlich berücksichtigen, welche Auswirkungen ein solcher Schritt auf die übrige Gesellschaft haben würde.

WELT: Was würden Sie deutschen Geschäftsleuten raten, die sich auf den Philippinen stärker engagieren wollen?

Aquino: Wenn sie hierher kommen, um zu investieren, dann rate ich ihnen, sich mit philippinischen Geschäftsleuten in Joint-ventures zusammenzutun. Auf diesem Wege lassen sich vielleicht neue Märkte in ihrem eigenen Land erschließen. Dies würde unserer Wirtschaft sicher sehr helfen.

WELT: Wie wird es wohl auf den Philippinen im Sommer 1987 ausfallen – nach dem Volksreferendum über die Annahme des neuen Grundgesetzes und den ersten Wahlen?

Aquino: Die Lage in unserem Lande wird dann sehr stabil sein. Schon deswegen, weil dann der konstitutionelle Prozeß, die Demokratisierung, beendet sein wird. Wir werden dann nicht nur eine neue Verfassung, sondern auch einen Kongreß haben, dessen Mitglieder direkt vom philippinischen Volk gewählt worden sind. Darüber hinaus werden im Mai ja auch die regionalen und lokalen Volksvertreter gewählt. Das wird zur Stabilität beitragen.

WELT: Wie wird es wohl auf den Philippinen im Sommer 1987 ausfallen – nach dem Volksreferendum über die Annahme des neuen Grundgesetzes und den ersten Wahlen?

Aquino: Die Lage in unserem Lande wird dann sehr stabil sein. Schon deswegen, weil dann der konstitutionelle Prozeß, die Demokratisierung, beendet sein wird. Wir werden dann nicht nur eine neue Verfassung, sondern auch einen Kongreß haben, dessen Mitglieder direkt vom philippinischen Volk gewählt worden sind. Darüber hinaus werden im Mai ja auch die regionalen und lokalen Volksvertreter gewählt. Das wird zur Stabilität beitragen.

WELT: Wie wird es wohl auf den Philippinen im Sommer 1987 ausfallen – nach dem Volksreferendum über die Annahme des neuen Grundgesetzes und den ersten Wahlen?

Aquino: Die Lage in unserem Lande wird dann sehr stabil sein. Schon deswegen, weil dann der konstitutionelle Prozeß, die Demokratisierung, beendet sein wird. Wir werden dann nicht nur eine neue Verfassung, sondern auch einen Kongreß haben, dessen Mitglieder direkt vom philippinischen Volk gewählt worden sind. Darüber hinaus werden im Mai ja auch die regionalen und lokalen Volksvertreter gewählt. Das wird zur Stabilität beitragen.

WELT: Wie wird es wohl auf den Philippinen im Sommer 1987 ausfallen – nach dem Volksreferendum über die Annahme des neuen Grundgesetzes und den ersten Wahlen?

Aquino: Die Lage in unserem Lande wird dann sehr stabil sein. Schon deswegen, weil dann der konstitutionelle Prozeß, die Demokratisierung, beendet sein wird. Wir werden dann nicht nur eine neue Verfassung, sondern auch einen Kongreß haben, dessen Mitglieder direkt vom philippinischen Volk gewählt worden sind. Darüber hinaus werden im Mai ja auch die regionalen und lokalen Volksvertreter gewählt. Das wird zur Stabilität beitragen.

WELT: Wie wird es wohl auf den Philippinen im Sommer 1987 ausfallen – nach dem Volksreferendum über die Annahme des neuen Grundgesetzes und den ersten Wahlen?

Aquino: Die Lage in unserem Lande wird dann sehr stabil sein. Schon deswegen, weil dann der konstitutionelle Prozeß, die Demokratisierung, beendet sein wird. Wir werden dann nicht nur eine neue Verfassung, sondern auch einen Kongreß haben, dessen Mitglieder direkt vom philippinischen Volk gewählt worden sind. Darüber hinaus werden im Mai ja auch die regionalen und lokalen Volksvertreter gewählt. Das wird zur Stabilität beitragen.

WELT: Wie wird es wohl auf den Philippinen im Sommer 1987 ausfallen – nach dem Volksreferendum über die Annahme des neuen Grundgesetzes und den ersten Wahlen?

Aquino: Die Lage in unserem Lande wird dann sehr stabil sein. Schon deswegen, weil dann der konstitutionelle Prozeß, die Demokratisierung, beendet sein wird. Wir werden dann nicht nur eine neue Verfassung, sondern auch einen Kongreß haben, dessen Mitglieder direkt vom philippinischen Volk gewählt worden sind. Darüber hinaus werden im Mai ja auch die regionalen und lokalen Volksvertreter gewählt. Das wird zur Stabilität beitragen.

WELT: Wie wird es wohl auf den Philippinen im Sommer 1987 ausfallen – nach dem Volksreferendum über die Annahme des neuen Grundgesetzes und den ersten Wahlen?

Aquino: Die Lage in unserem Lande wird dann sehr stabil sein. Schon deswegen, weil dann der konstitutionelle Prozeß, die Demokratisierung, beendet sein wird. Wir werden dann nicht nur eine neue Verfassung, sondern auch einen Kongreß haben, dessen Mitglieder direkt vom philippinischen Volk gewählt worden sind. Darüber hinaus werden im Mai ja auch die regionalen und lokalen Volksvertreter gewählt. Das wird zur Stabilität beitragen.

WELT: Wie wird es wohl auf den Philippinen im Sommer 1987 ausfallen – nach dem Volksreferendum über die Annahme des neuen Grundgesetzes und den ersten Wahlen?

Aquino: Die Lage in unserem Lande wird dann sehr stabil sein. Schon deswegen, weil dann der konstitutionelle Prozeß, die Demokratisierung, beendet sein wird. Wir werden dann nicht nur eine neue Verfassung, sondern auch einen Kongreß haben, dessen Mitglieder direkt vom philippinischen Volk gewählt worden sind. Darüber hinaus werden im Mai ja auch die regionalen und lokalen Volksvertreter gewählt. Das wird zur Stabilität beitragen.

WELT: Wie wird es wohl auf den Philippinen im Sommer 1987 ausfallen – nach dem Volksreferendum über die Annahme des neuen Grundgesetzes und den ersten Wahlen?

Aquino: Die Lage in unserem Lande wird dann sehr stabil sein. Schon deswegen, weil dann der konstitutionelle Prozeß, die Demokratisierung, beendet sein wird. Wir werden dann nicht nur eine neue Verfassung, sondern auch einen Kongreß haben, dessen Mitglieder direkt vom philippinischen Volk gewählt worden sind. Darüber hinaus werden im Mai ja auch die regionalen und lokalen Volksvertreter gewählt. Das wird zur Stabilität beitragen.

WELT: Wie wird es wohl auf den Philippinen im Sommer 1987 ausfallen – nach dem Volksreferendum über die Annahme des neuen Grundgesetzes und den ersten Wahlen?

Aquino: Die Lage in unserem Lande wird dann sehr stabil sein. Schon deswegen, weil dann der konstitutionelle Prozeß, die Demokratisierung, beendet sein wird. Wir werden dann nicht nur eine neue Verfassung, sondern auch einen Kongreß haben, dessen Mitglieder direkt vom philippinischen Volk gewählt worden sind. Darüber hinaus werden im Mai ja auch die regionalen und lokalen Volksvertreter gewählt. Das wird zur Stabilität beitragen.

WELT: Wie wird es wohl auf den Philippinen im Sommer 1987 ausfallen – nach dem Volksreferendum über die Annahme des neuen Grundgesetzes und den ersten Wahlen?

Aquino: Die Lage in unserem Lande wird dann sehr stabil sein. Schon deswegen, weil dann der konstitutionelle Prozeß, die Demokratisierung, beendet sein wird. Wir werden dann nicht nur eine neue Verfassung, sondern auch einen Kongreß haben, dessen Mitglieder direkt vom philippinischen Volk gewählt worden sind. Darüber hinaus werden im Mai ja auch die regionalen und lokalen Volksvertreter gewählt. Das wird zur Stabilität beitragen.

WELT: Wie wird es wohl auf den Philippinen im Sommer 1987 ausfallen – nach dem Volksreferendum über die Annahme des neuen Grundgesetzes und den ersten Wahlen?

Aquino: Die Lage in unserem Lande wird dann sehr stabil sein. Schon deswegen, weil dann der konstitutionelle Prozeß, die Demokratisierung, beendet sein wird. Wir werden dann nicht nur eine neue Verfassung, sondern auch einen Kongreß haben, dessen Mitglieder direkt vom philippinischen Volk gewählt worden sind. Darüber hinaus werden im Mai ja auch die regionalen und lokalen Volksvertreter gewählt. Das wird zur Stabilität beitragen.

WELT: Wie wird es wohl auf den Philippinen im Sommer 1987 ausfallen – nach dem Volksreferendum über die Annahme des neuen Grundgesetzes und den ersten Wahlen?

Aquino: Die Lage in unserem Lande wird dann sehr stabil sein. Schon deswegen, weil dann der konstitutionelle Prozeß, die Demokratisierung, beendet sein wird. Wir werden dann nicht nur eine neue Verfassung, sondern auch einen Kongreß haben, dessen Mitglieder direkt vom philippinischen Volk gewählt worden sind. Darüber hinaus werden im Mai ja auch die regionalen und lokalen Volksvertreter gewählt. Das wird zur Stabilität beitragen.

WELT: Wie wird es wohl auf den Philippinen im Sommer 1987 ausfallen – nach dem Volksreferendum über die Annahme des neuen Grundgesetzes und den ersten Wahlen?

Aquino: Die Lage in unserem Lande wird dann sehr stabil sein. Schon deswegen, weil dann der konstitutionelle Prozeß, die Demokratisierung, beendet sein wird. Wir werden dann nicht nur eine neue Verfassung, sondern auch einen Kongreß haben, dessen Mitglieder direkt vom philippinischen Volk gewählt worden sind. Darüber hinaus werden im Mai ja auch die regionalen und lokalen Volksvertreter gewählt. Das wird zur Stabilität beitragen.

Vor acht Monaten trug eine Welle von Enthusiasmus und Hoffnungen Corazon Aquino in den Präsidenten-Palast von Manila. Heute beginnt der Mythos der Frau, die den Diktator Marcos stürzte, zu verblassen. Die wirtschaftliche Situation der Philippinen – nach 20 Jahren Marcos-Herrschaft eines der ärmsten Länder Südostasiens – hat sich nicht entscheidend verbessert. Die kommunistischen Rebellen setzen ihren Guerrillakrieg mit unverminderter Härte fort: 2000 Menschen starben seit dem Amtsantritt von Frau Aquino. Und bei den Streitkräften wächst die Unzufriedenheit. Verteidigungsminister Enrile trägt in aller Öffentlichkeit seine Meinungsverschiedenheiten mit der Präsidentin aus. Für die WELT sprach Jochen Hehn in Manila mit Corazon Aquino.

Wie die Präsidentin über ihren Minister denkt

WELT: Madame, Ihr Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile hat Ihnen durch seine Revolte im Februar den Weg zum Präsidentenamt geschnitten. Jetzt läßt er keine Gelegenheit aus, Ihre Politik zu kritisieren. Dennoch ist er immer noch Ihr Verteidigungsminister. Halten Sie Enrile für ein loyales Mitglied Ihres Kabinetts oder ist seine Handlungsweise Ausdruck der neuen Demokratie auf den Philippinen?

Aquino: Wie Sie sicher wissen, standen wir uns während der vergangenen 20 Jahre in feindlichen Lagen gegenüber. Mein Ehemann (Benigno Aquino, die Red.) war unter dem Marcos-Regime eingekerkert, und Minister Enrile war derjenige, der die Befehle für meinen Mann unterzeichnete. In der Februar-Revolution jedoch war es notwendig, daß alle diese verschiedenen Lager sich zusammenschlossen, um Marcos aus seinem Amt zu vertreiben. Ich will damit folgendes sagen: Menschen, die aus gegensätzlichen Lagern kommen und zudem noch unterschiedliche Überzeugungen haben, brauchen einfach lange Zeit, um zusammenzuarbeiten zu können.

WELT: Woher unterscheiden Sie sich?

Aquino: Wir stimmen in vielen Dingen nicht überein, weil wir voneinander abweichende Vorstellungen haben, wie wir in unserem Land die Demokratie etablieren sollen. Doch wir alle spielen eine wichtige Rolle in der Februar-Revolution. Jeder Einzelne trug zum Erfolg bei. Er wäre nicht möglich gewesen, hätten nicht alle Gruppen zusammengearbeitet.

WELT: Sie haben inzwischen mit Herrn Enrile gesprochen?

Aquino: Ja, ich habe mit ihm unsere Differenzen diskutiert und darunter auch unser dringendes Problem,

nämlich wie wir die kommunistischen Rebellen bekämpfen sollen. Ich denke, daß noch nicht alles verloren ist.

Um es noch einmal zu betonen: Wir sind eine schillernde Regierung, die sich aus Menschen und Gruppierungen unterschiedlicher Richtungen, Ideen und Weltanschauungen zusammensetzt. Der einigende Faktor ist jedoch, daß alle in dieser Regierung die neu gewonnene Demokratie bewahren wollen, die wir errichtet haben. Auf dieser Grundlage werden wir auch in der Lage sein, unsere Differenzen beizulegen.

WELT: Teilen Sie die Auffassung von Herrn Enrile, Ihre Regierung sei eine Koalition, und wenn er seinen Hut nehme oder nehmen müsse, sei diese Koalition beendet?

Aquino: Ich glaube wirklich nicht, daß es notwendig sein wird, das Kabinett umzuformen. Denn im nächsten Jahres stehen die ersten Wahlen an, und viele Minister meines Kabinetts werden für den Kongreß oder den Senat kandidieren. Somit werden wir dann ohnehin ein Revirement im Kabinett haben.

WELT: Ist Enriles Rückhalt im Militär stärker als Ihr Rückhalt an „People's Power“?

Aquino: Es war die Kombination der militärischen und zivilen Macht, die uns in der Februar-Revolution zum Sieg verholfen hat. Es war eine einzigartige Situation, daß die revoltierenden Militärs Zivilisten auffordern mußten, zu den beiden Militärkamps (in denen sich Enrile und General Ramos verschanzt hatten, die Red.) zu stürmen, um sie zu beschützen. Viel wichtiger jedoch als die Frage: Wer ist stärker – die Macht des Militärs oder des Volkes? – ist es, die militärischen und zivilen Kräfte dazu zu bringen, gemeinsam für unser Land zu arbeiten.

Warum die Präsidentin mit Kommunisten verhandeln will

WELT: Der Konflikt mit Enrile ist vor allem in Ihrer Politik gegenüber den Kommunisten begründet. Ist es wirklich „fünf vor zwölf“, so wie es Enrile behauptet?

Aquino: Der Chef unserer Nachrichtendienstes hat mir eben ein Verstecktes, daß nur fünf Prozent der Rebellenarmee (von Zeit schätzungsweise zwischen 17 000 und 20 000) bewaffnet sind. Alle anderen sind junge Menschen, die lediglich den Verfolgungen und Härten des vergangenen Regimes entfliehen wollten. Ich glaube nicht, daß es wirklich so schlimm steht. Wichtiger ist doch, daß wir in der Lage sind, Leben zu retten.

WELT: Wie wollen Sie das tun?

Aquino: Ich bin immer noch davon überzeugt, daß der Konflikt friedlich beigelegt werden kann. Dadurch nämlich, daß wir die Rebellen davon überzeugen, es sei besser, aus dem Untergrund hervorkommen und sich in die Gesellschaft einzufügen. Gleichzeitig sollten wir die Wirtschaftslage in den rebellenverseuchten Gebieten verbessern anstatt Geld für blutige Kämpfe auszugeben. Es genügt einfach nicht, sich nur mit den Rebellen allein zu befassen. Die Lösung dieses Konflikts erfordert es, daß wir die Ursachen beseitigen, die friedliche Filipinos zu Rebellen werden lassen.

WELT: Um welche Ursachen handelt es sich?

Aquino: Die Hauptursache ist eindeutig die verzweifelte wirtschaftliche Situation jener Menschen, die nichts zum Leben hatten und deren somit kaum eine andere Wahl blieb, als sich den Rebellen in den Bergen anzuschließen, einfach um Überleben zu können.

zu können. Die Regierung muß zuerst dafür sorgen, daß das Leben dieser Menschen besser wird als es war. Hier ist die enge Zusammenarbeit der verschiedenen Ministerien gefordert. Dies betrifft im besonderen die Minister für Landwirtschaft, Gesundheit, Soziales, Verteidigung und Erziehung. Nur dann, wenn alle in die gleiche Richtung ziehen, an einem Programm arbeiten, werden wir in der Lage sein, die Lebensgrundlage dieser Menschen zu verbessern und damit die Ursachen für die Rebellen-tätigkeit auszuräumen.

WELT: Welche konkreten Maßnahmen haben Sie schon eingeleitet?

Aquino: Natürlich haben wir noch nicht alle Mittel, um im ganzen Lande

zu können. Die Regierung muß zuerst dafür sorgen, daß das Leben dieser Menschen besser wird als es war. Hier ist die enge Zusammenarbeit der verschiedenen Ministerien gefordert. Dies betrifft im besonderen die Minister für Landwirtschaft, Gesundheit, Soziales, Verteidigung und Erziehung. Nur dann, wenn alle in die gleiche Richtung ziehen, an einem Programm arbeiten, werden wir in der Lage sein, die Lebensgrundlage dieser Menschen zu verbessern und damit die Ursachen für die Rebellen-tätigkeit auszuräumen.

WELT: Welche konkreten Maßnahmen haben Sie schon eingeleitet?

Aquino: Natürlich haben wir noch nicht alle Mittel, um im ganzen Lande

zu können. Die Regierung muß zuerst dafür sorgen, daß das Leben dieser Menschen besser wird als es war. Hier ist die enge Zusammenarbeit der verschiedenen Ministerien gefordert. Dies betrifft im besonderen die Minister für Landwirtschaft, Gesundheit, Soziales, Verteidigung und Erziehung. Nur dann, wenn alle in die gleiche Richtung ziehen, an einem Programm arbeiten, werden wir in der Lage sein, die Lebensgrundlage dieser Menschen zu verbessern und damit die Ursachen für die Rebellen-tätigkeit auszuräumen.

WELT: Welche konkreten Maßnahmen haben Sie schon eingeleitet?

Aquino: Natürlich haben wir noch nicht alle Mittel, um im ganzen Lande

Interview mit Bundeskanzler Helmut Kohl - Wie der Regierungschef nach seiner Amerikareise den KSZE- und Abrüstungsprozeß bewertet

Herr Bundeskanzler, morgen beginnt das Wiener Folgetreffen der KSZE. Wie bewerten Sie den KSZE-Prozeß?

Kohl: Der KSZE-Prozeß, wie er vor elf Jahren mit der Unterzeichnung der Schlussakte in Helsinki eingeleitet worden ist, gewinnt immer größere Bedeutung. Dies gilt gerade für uns Europäer in West und Ost. Mit der KSZE-Schlussakte konnte eine Grundlage geschaffen werden, auf der die West-Ost-Beziehungen konstruktiv gestaltet und entwickelt werden können. Und gerade die letzten sechs Jahre haben bewiesen, daß damit auch schwierige Phasen im West-Ost-Verhältnis überwunden werden können.

Ich will nur an ein Beispiel erinnern: Als 1983 während des Höhepunkts der leidenschaftlichen Auseinandersetzung über den Doppelbeschluß der NATO die Sowjetunion mit Beginn der Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen die Genfer Abrüstungsverhandlungen aus Protest verließ, haben wir Europäer und vor allem wir Deutsche darauf gedrängt, daß die damalige KSZE-Folgekonferenz in Madrid erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Warum? Weil damit im Januar 1984 in Stockholm die KVAE-Konferenz beginnen konnte. Und das war wichtig, weil sie auch für beide Weltmächte die Gelegenheit bot, den Dialog nach dem Scheitern von Genf wieder aufzunehmen. Dies geschah mit dem Treffen des amerikanischen Außenministers Shultz und des damaligen sowjetischen Außenministers Gromyko. Und außerdem konnte diese KVAE-Konferenz vor zwei Monaten mit eindrucksvollen Ergebnissen abgeschlossen werden.

Dennoch, Herr Bundeskanzler, hat man gelegentlich den Eindruck, daß beide Weltmächte diesen KSZE-Prozeß mehr oder weniger als politische Spielwiese der Europäer betrachten.

Kohl: Diese Vermutung ist nicht ganz falsch. Es ist ja auch nicht immer leicht und bequem, Vereinbarungen zwischen 35 Teilnehmerstaaten zu erreichen. Gespräche und Verhandlungen zwischen zwei, wie sie in Genf und in Reykjavik stattfanden, sind zwar in der Sache nicht einfacher, aber sicherlich im Verfahren weniger kompliziert. Aber in diesen zweiseitigen amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen stehen vor allem die Interessen beider Weltmächte im Vor-

„Vier Abkommen können erreicht werden“

dergrund - mit weltweitem Charakter. Dagegen geht es bei den KSZE-Konferenzen vorrangig um die gesamteuropäischen Interessen, in die auch die neutralen und unbundenen Staaten Europas eingebunden sind. Und dort gilt es, daß sich beide Weltmächte mit den europäischen Staaten in West und Ost auseinandersetzen und sich auf einen gemeinsamen Nenner zusammenfinden müssen. Und das ist wichtig und unverzichtbar, weil dadurch ja auch eine Wechselwirkung entsteht zwischen dem, was Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow auf ihren Gipfeln besprechen und den Verhandlungen auf den KSZE-Folgekonferenzen.

Herr Bundeskanzler, welche Wechselwirkung sehen Sie denn zwischen den Ergebnissen der Gipfeltermine von Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow in Reykjavik und dem Wiener KSZE-Treffen?

Kohl: Diese Wechselwirkung, von der ich gesprochen habe, wird sich gerade jetzt in Wien erweisen. Wenn Sie, Herr Schell, die Summe aller Ergebnisse von Reykjavik analysieren, dann wird erkennbar, daß Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow über sehr umfassende und weitreichende Abrüstungsvorschläge gesprochen haben, die unmittelbare Auswirkungen auf die Sicherheit Westeuropas haben würden, wenn sie Wirklichkeit werden sollten.

Dies gilt vor allem für den Abbau der Atomwaffen. Sehen Sie, die Verteidigungsstrategie der NATO der flexiblen Antwort beruht auf der Existenz nuklearer Systeme. Je mehr abgebaut werden, desto unwirksamer wird diese Strategie. Gleichzeitig müßten Maßnahmen ergriffen und Verhandlungen zwischen West und Ost geführt werden, um auch im konventionellen Bereich ein für uns Westeuropäer erträgliches Gleichgewicht zu schaffen. Und gerade darüber soll jetzt in Wien verhandelt werden. Dort sollen alle 35 Mitgliedstaaten einen gemeinsamen Auftrag beschließen, auf welchem Verhandlungstisch und mit welchen Zielen über die konventionelle Rüstungskontrolle gesprochen und Ergebnisse erreicht werden sollen. Auch dort ist

das Ziel: Mehr Sicherheit durch weniger Waffen.

Herr Bundeskanzler, jetzt drei Wochen nach der aufsehenerregenden Gipfelbegegnung in Reykjavik: Wie bewerten Sie heute gerade auch nach Ihren Gesprächen in Washington mit Präsident Reagan diese Ergebnisse?

Kohl: Ich fühle mich heute mehr denn je bestätigt, daß es richtig war, daß die von mir geführte Bundesregierung von Anfang an, als sie im Oktober 1982 die Amtsgeschäfte

wetunion. Dazu muß die Verpflichtung kommen, auch über die Mittelstreckensysteme kurzer Reichweite zu verhandeln mit dem Ziel, sie zu reduzieren und gleiche Obergrenzen festzulegen.

Zweitens könnten alle strategischen Nuklearwaffen auf 50 Prozent verringert werden. Drittens wäre ein weltweites Verbot chemischer Waffen jetzt erreichbar. Viertens könnte vereinbart werden, daß die Atomtests entsprechend dem Abbau der Nuklearwaffen schrittweise eingeschränkt

genseitige Vertrauen weiter stärken und damit dazu beitragen, daß man dann auch in den wesentlich komplizierteren Fragen weitere Fortschritte erreicht.

Herr Bundeskanzler, was war denn das wichtigste Ergebnis Ihrer Gespräche mit Präsident Reagan in Washington? Wie beurteilt der Präsident den Fortgang der Gespräche mit der Sowjetunion?

Kohl: Für mich war besonders wichtig zu erfahren, daß Präsident Reagan überzeugt ist, daß jetzt Ergebnisse in

Bundesrepublik, aber auch in Paris und London skeptische Stimmen. Auch Ihre Gespräche mit Präsident Mitterrand und Premierminister Chirac vor acht Tagen in Frankfurt vermittelten den Eindruck, daß die Europäer die Ergebnisse in Reykjavik nicht nur optimistisch, sondern auch mit Sorge beurteilen.

Kohl: Es ist doch selbstverständlich, daß wir Europäer - ich glaube in West und Ost - Verhandlungen beider Weltmächte immer mit großer Aufmerksamkeit verfolgen und die Auswirkungen auf unsere Sicherheit überprüfen. Ich habe ja deshalb bereits vor Reykjavik in Schreiben an Präsident Reagan wie an Generalsekretär Gorbatschow unsere Vorstellungen und Interessen übermittelt. Was wir wünschen und anstreben ist, daß auf der Grundlage der Fortschritte in Reykjavik die Sicherheitsinteressen des freien Europa und der Atlantischen Allianz in Einklang bleiben mit allen Abrüstungs- und Rüstungskontrollvorschlägen, die zwischen West und Ost auf dem Verhandlungstisch liegen und erörtert werden.

Wir wollen auf keinen Fall weniger Sicherheit mit weniger Waffen, sondern unser Ziel muß es bleiben: Mehr Sicherheit mit weniger Waffen. Deshalb hatte ich es besonders begrüßt, daß ich in Washington die Möglichkeit hatte, dem Präsidenten zu sagen, daß die Auffassungen der Bundesregierung in den wichtigsten Fragen der Abrüstung in Übereinstimmung sind mit denen der britischen und französischen Regierung. Und in Frankfurt habe ich mit Präsident Mitterrand und Premierminister Chirac vereinbart, daß wir gemeinsam mit Premierminister Thatcher unsere Positionen zukünftig noch enger abstimmen wollen.

Dies erhöht unser Gewicht und unseren Einfluß und dient unseren gemeinsamen Sicherheitsinteressen. Präsident Mitterrand spricht zu Recht immer wieder von der deutsch-französischen Schicksalsgemeinschaft.

Herr Bundeskanzler, die West-Ost-Beziehungen haben sich im letzten Jahr auf fast allen Ebenen mit großer Dynamik entwickelt. Auch in den deutsch-sowjetischen Bezie-

hungen gab es wichtige Fortschritte, wie die Unterzeichnung des wissenschaftlich-technologischen Abkommens gezeigt hat. Wie beurteilen Sie die weitere Entwicklung?

Kohl: Herr Schell, ich habe vom ersten Tag meiner Regierung an darauf hingewirkt, daß sich die West-Ost-Beziehungen auf allen Ebenen entwickeln, insbesondere das Verhältnis der beiden Weltmächte USA und Sowjetunion. Je besser diese Beziehungen sind, desto größer sind auch die Chancen der Bundesrepublik Deutschland, ihre Beziehungen sowohl zur Sowjetunion wie zu den einzelnen Warschauer-Pakt-Staaten auszubauen und zu intensivieren.

Die Sowjetunion, die im Zweiten Weltkrieg schwer gelitten hat, ist unser wichtigster Nachbar im Osten. Wir wollen normale, wenn möglich gute Beziehungen auf der Grundlage der Verträge, die noch viele Möglichkeiten eröffnen. Dies war in der Vergangenheit nicht immer leicht, aber es hat gerade in den letzten Monaten wichtige Fortschritte gegeben. Ich will ganz entschieden diese Politik fortführen.

Aber gerade in den jüngsten Tagen scheinen zwischen der sowjetischen Regierung und der Bundesregierung Irritationen aufgetreten zu sein. Der Besuch von Forschungsminister Riesenhuber in Moskau wurde kurzfristig verschoben. Die Opposition wirft Ihnen vor, daß Sie mit Ihrem Interview in dem amerikanischen Magazin „Newsweek“ Generalsekretär Gorbatschow in unzulässiger Weise in die Nähe von Goebbels gebracht hätten. Was sagen Sie dazu?

Kohl: Das Interview ist eine nicht korrekte Wiedergabe eines Gesprächs, das ich mit „Newsweek“ geführt habe. Dabei ist der falsche Eindruck entstanden, ich hätte die Person von Generalsekretär Gorbatschow mit der Goebbels verglichen. Ich bedauere das sehr und distanzieren mich mit Entschiedenheit davon. Es war nicht meine Absicht, den sowjetischen Generalsekretär zu beleidigen. Ich habe einen Zweifel daran gelassen, daß ich die Bemerkungen des Generalsekretärs um eine Verbesserung der West-Ost-Beziehungen ernst nehme. Diese Einschätzung ist auch der Grund für den intensiven Meinungsaustausch, den ich mit ihm seit geraumer Zeit im Interesse unserer Beziehungen führe.

Bundeskanzler Helmut Kohl besuchte vom 20. bis zum 23. Oktober Amerika. Präsident Reagan informierte ihn über Reykjavik. WELT-Chefredakteur Manfred Schell sprach mit dem Kanzler über die Ergebnisse seiner Amerika-Reise.



übernahm, auf diese Gipfel diplomatie gedrängt hat. Sie zwingt beide Weltmächte dazu, darüber nachzudenken, zu welchen Ergebnissen sie kommen wollen. Und wir haben heute ein Ausmaß an Annäherung der Positionen in Rüstungskontrollfragen zwischen West und Ost erreicht, wie es vor einem Jahr noch niemand für möglich gehalten hat. Verhandlungen zwischen den Experten sind wichtig. Aber die Erfahrung zeigt, daß die Entscheidungen selbst nur von der jeweiligen höchsten Spitze durchgesetzt werden können. Dieser Prozeß muß fortgeführt werden. Reykjavik hat bewiesen, daß jetzt wichtige Abrüstungsschritte erreichbar sind.

Aus meiner Sicht könnten in nächster Zeit vier Abkommen erreicht werden: Erstens über den Abbau aller Mittelstreckenwaffen längerer Reichweite in Europa und über ihre Reduzierung im asiatischen Teil der So-

werden. Dies wären wichtige Fortschritte, auf die die Menschen in der ganzen Welt hoffen.

Generalsekretär Gorbatschow hat aber, Herr Bundeskanzler, noch in Reykjavik erklärt, daß er nur zu einer Paketauflösung bereit sei. Demnach ist Ihre Hoffnung auf Einzelabkommen doch vergeblich?

Kohl: Ich hoffe, daß dies nicht das letzte Wort des sowjetischen Generalsekretärs war. Die Verhandlungen sind ja auch noch nicht abgeschlossen. In den anderen schwierigen Fragen wie der strategischen Verteidigungssysteme und ihrer Erforschung haben sich beide Weltmächte auch schon aufeinander zubewegt und weitere Flexibilität signalisiert. Ich bin sicher, daß uns jetzt eine Position des Alles oder Nichts nicht weiterhilft. Ich bin im Gegenteil davon überzeugt, daß jetzt alle Abkommen zum Abschluß gebracht werden sollten, die möglich sind. Dies wird das ge-

der Abrüstung und Rüstungskontrolle möglich werden könnten. Außenminister Shultz sprach von der Wasserscheide, die erreicht werden könnte: Nachdem über Jahrzehnte in West und Ost Rüstungen angehäuft wurden, könnte jetzt der Zeitpunkt gekommen sein, die Schritte für Schritt abzubauen. Das heißt im Klartext: Die amerikanische Regierung ist entschlossen, diesen Weg des Dialogs, der Zusammenarbeit und der Rüstungskontrolle konsequent fortzusetzen. Ich habe wie Präsident Reagan keinen Zweifel, daß auch Generalsekretär Gorbatschow dies will. Seine weitreichenden Vorschläge deuten darauf hin. Jetzt fehlt nur noch der Schritt, diesen Willen in konkrete Abkommen umzusetzen. Dabei müssen beide Seiten aufeinander zugehen.

Dies klingt ja alles sehr hoffnungsvoll. Herr Bundeskanzler, Dennoch gab und gibt es auch bei uns in der

Wie ein umstrittener Satz entstehen konnte

Das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin „Newsweek“ in dem auch die Bemerkung über Propaganda-Fähigkeiten fiel, ist in der Ausgabe vom 27. Oktober erschienen. „Newsweek“ zitierte Kohl mit den Worten: „Er (Gorbatschow) ist ein moderner kommunistischer Führer, der sich auf Public Relations versteht. Goebbels, einer von jenen, die für die Verbrechen der Hitler-Ära verantwortlich waren, war auch ein Experte in Public Relations.“ (Im Original: „He is a modern communist leader who understands public relations. Goebbels, one of those responsible for the crimes of the Hitler era, was an expert in public relations, too.“)

Kohl hatte die Newsweek-Korrespondenten Maynard Parker und Andrew Nagorski am Donnerstag, dem 18. Oktober, zu einem Gespräch vor seiner USA-Reise empfangen. Es dauerte etwa eine Stunde und zwanzig Minuten und wurde auf Tonband mitgeschrieben.

Der Bonner Bürochef von Newsweek, Andrew Nagorski, gab am nächsten Tag eine ausgeschriebene englische Übersetzung des auf Deutsch geführten Gesprächs zur Abstimmung an Regierungssprecher Friedrichhelm Ost. Nagorski: „Bei Staats- und Regierungschefs tun wir das, um sicherzustellen, daß die Übersetzung auch korrekt ist.“ Da diese Langfassung noch gekürzt werden sollte, bat Staatssekretär

Ost darum, Korrekturen erst an der endgültigen Fassung vorzunehmen.

Dies geschah am Samstag, dem 18. Oktober, im Telefonat mit Nagorski. Dabei bat Ost neben einigen kleineren Änderungen auch darum, den Goebbels-Vergleich ganz zu streichen. Auf die Frage nach dem Warum wies Ost darauf hin, daß die meisten Newsweek-Leser wohl kaum etwas mit dem Namen Goebbels anfangen könnten.

Nagorski war nicht bereit, den ganzen Satz zu streichen, akzeptierte aber auf Wunsch von Ost die „identifizierende“ Einfügung: Goebbels sei einer von jenen, die für die Verbrechen der Hitler-Ära verantwortlich waren.“ Bundeskanzler Kohl hat den Text vor der Veröffentlichung nicht gesehen.

Laos: Der stille Abgang des Roten Prinzen

Staatschef Souphanouvong gibt sein Amt auf / Wegbereiter für vietnamesische Besatzer

JOCHEN HEHN, Hongkong
Die turbulente Geschichte von Laos - vormals das von Königen regierte „Land der Millionen Elefanten“ - seit 1975 eine von Kommunisten beherrschte „Demokratische Volksrepublik“ - ist auch die Geschichte einer erbitterten Rivalität zweier Prinzen, die zudem noch Halbbrüder sind. Beide, Souvanna Phouma, Sohn der ersten, und Souphanouvong, Sohn der zweiten Frau des zu Beginn des Ersten Weltkrieges verstorbenen laotischen Vizekönigs Boun Khong, hatten sich ein Vierteljahrhundert lang auf feindlichen Seiten gegenübergestellt. Souvanna Phouma starb vor zwei Jahren. Souphanouvong trat jetzt als Staatspräsident seines Landes zurück - aus gesundheitlichen Gründen, wie der staatliche laotische Rundfunksender knapp meldete.

Seinen Beinamen „roter Prinz“ verdankt Souphanouvong weniger einer marxistisch-leninistischen Einstellung, sondern der Tatsache, daß er über zwei Jahrzehnte lang, von 1949, dem Jahr der Unabhängigkeit von Laos, bis zur Machtübernahme durch die Kommunisten im Jahre 1975, nominiell den bewaffneten und politischen Kampf der national-kommunistischen Pathet-Lao-Guerrillas gegen die „Neutralisten“, die von seinem Halbbruder angeführt und von den USA unterstützten Regierungstruppen, leitete.

In den Jahren des laotischen Bürgerkrieges seit Mitte der 50er Jahre, als Laos zum Nebenkriegsschauplatz des Indochinakrieges geworden war, „residierte“ der „rote Prinz“ in primitiven Kalksteinhöhlen im Norden des Landes entlang der Grenze zum damaligen Nord-Vietnam und organisierte von dort aus die Aktionen der Pathet-Lao-Partisanen. Mehrere Ver-

suche, Koalitionsregierungen zu bilden - 1957 und 1961 nach der Genfer Laos-Konferenz - brachten keine Lösungen des Konflikts.

Von 1965 an gelang es Souphanouvong mit seiner Pathet Lao schließlich, immer weitere Teile des Landes unter Kontrolle zu bringen. 1973, nach dem Waffenstillstand, kontrollierte die Pathet Lao schon zwei Drit-

tel von Laos. Dennoch stimmte Souphanouvong einem Waffenstillstand und der Bildung einer Regierung der „Nationalen Einheit“ mit ihm selbst als Präsidenten und seinem Halbbruder Souvanna Phouma als Ministerpräsidenten zu.

Ernurnert durch den Sieg der Kommunisten in Vietnam sah auch die Laotische Kommunistische Partei den Zeitpunkt gekommen, allein die Macht in Laos an sich zu reißen. Nach einigen Monaten der Unruhe, durch einen Aufbruch der Kommunisten und militärische Operationen der Pathet Lao ausgelöst, setzte Souphanouvong

kurzerhand die Koalitionsregierung ab und proklamierte die „Demokratische Volksrepublik“, der er seit dieser Zeit als Staatspräsident vorstand.

Die Monarchie wurde abgeschafft, obwohl die Pathet Lao sie während des bewaffneten Kampfes stets beibehalten hatte. Souphanouvongs Einfluß ist es wohl zuzuschreiben, daß die Kommunistische Partei die königliche Familie einlud, der neuen Regierung als Sonderberater zur Verfügung zu stehen. Während Souvanna Phouma akzeptierte, lehnte König Savang Vatthana, ein Cousin der beiden ungleichen Prinzen, und Kronprinz Vong Savang ab. Zwei Jahre später wurden die beiden aus Furcht vor einem Umsturzversuch königstreuer Laoten ins vietnamesische Grenzgebiet gebracht und unter Hausarrest gestellt.

Obwohl im siebenköpfigen Politbüro der Laotischen KP an anderer Stelle rangierend, war Souphanouvong im wesentlichen repräsentative Aufgaben zugeteilt. Starker Mann der Regierung war und ist Khe-Cher und Ministerpräsident Kaysone Phomvihane, der auch den stellvertretenden Ministerpräsidenten Phoumi Vongvichit zum vorläufigen Nachfolger Souphanouvongs ernannte. Die endgültige personelle Entscheidung wird wohl auf dem Parteikongreß Mitte dieses Monats fallen.

Die tatsächliche Macht in Laos wird aber von Vietnam ausgeht: Das starke Truppenverbände in Laos stationiert hat und das Nachbarland eng an sich gebunden hat. In den letzten Wochen sind jedoch deutliche Anzeichen dafür zu erkennen, daß Laos seine Beziehungen sowohl zum Nachbar Thailand als auch zur Volksrepublik China zu verbessern sucht.



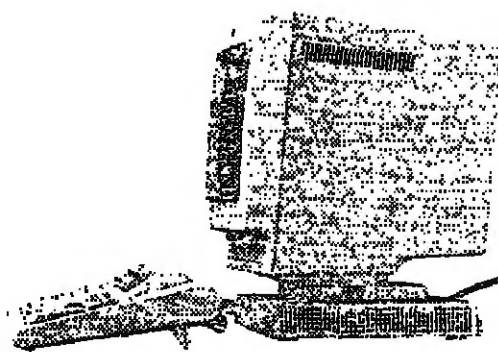
Ein Vierteljahrhundert Kampf gegen den Halbbruder Prinz Souphanouvong

→ Bürokommunikation von IBM:

Das neue Büro.

Wir freuen uns, Sie zum zweitenmal im neuen Büro begrüßen zu können. Heute erleben Sie einige neue Beispiele dafür, wie mit Programmen für die IBM Bürokommunikation Mitteilungen verschickt, Daten aufbereitet oder Dokumente archiviert und schnell wiedergefunden werden - mit Computern, Bildschirmen und Druckern, die Sie vielleicht schon haben. Und heute hat auch unser Chef für Sie Zeit. Bitte, er ist gerade von seiner Besprechung zurückgekommen.

IBM



Fortsetzung →

سكيا من لاص

Montag, 3. November 1986, Nr. 256 - DIE WELT

Peinliche Mahnungen für die Sowjets bei der KSZE

Dissidenten und Flüchtlinge nutzen Folgetreffen als Forum

CARL GUSTAF STRÖM, Wien
Als die Sowjetunion ihre Zustimmung gab, daß die Wiener Helsinki-Nachfolgekonferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa am 1. November offiziell eröffnet werden soll, hatten die Kreml-Diplomaten eine wichtige Tatsache offenbar vergessen: daß dies nämlich genau das Datum ist, an dem vor 30 Jahren der Angriff sowjetischer Panzer auf Budapest begann. Selbst wenn keiner der versammelten Minister und Diplomaten es offen aussprechen sollte - Spitz der KSZE-Nachfolgekonferenz ist es, daß sich solche Formen militärischer Aggression, sei es gegen „Feindstaaten“, gegen Neutrale oder eigene „Bundesgenossen“, niemals mehr ereignen dürfen.

Protest der Balten

Nicht nur dieser ominöse Jahrestag hat dazu geführt, daß zahlreiche Menschenrechtsorganisationen, Dissidenten und Flüchtlinge aus den sowjetisch beherrschten Ländern im Umkreis der offiziellen Konferenz aktiv sein werden. So läßt die „Ungarische Menschenrechts-Stiftung“ aus New York zu einer Messe ein, die morgen von Kardinal Franz König in der Wiener Karlskirche feierlich wird. Die Messe findet im Gedenken an die „Helden und Opfer des ungarischen Freiheitskampfes 1956“ statt. Zugleich wolle man aber auch daran erinnern, daß 30 Jahre danach besonders in der Rumänien und der Tschechoslowakei lebenden Ungarn noch immer ihre Menschenrechte beraubt seien.

Gleichfalls für den Eröffnungstag des KSZE-Treffens haben estnische, lettische und litauische Organisationen eine Demonstration unter der Parole: „Friede und Freiheit für die baltischen Staaten - Demokratie und Selbstbestimmung für Litauen, Lettland und Estland“ in der Wiener Innenstadt organisiert. Bereits am Vorabend wird der Baltische Welttag, in dem die in der freien Welt lebenden Esten, Letten und Litauern zusammengefaßt sind, vor der Presse über den Stand der Menschenrechte im sowjetischen Baltikum berichtet. Der „Weltbund der freien Letten“ läßt überdies für den 7. November - ironischerweise ist dies auch der Jahrestag der sowjetischen Oktoberrevolu-

tion - zu einem Empfang „anlässlich der Gedenkfeier des Unabhängigkeitstages Lettlands“ ein.

Neben den Freien Tschechoslowaken und dem Slowakischen Weltkongreß sowie dem „Gedankenkommitee 1938 der Ungarn in Österreich“ werden die russischen Dissidenten in Wien besonders aktiv sein. So wird der von den Sowjets ausgebürgerte Schriftsteller Wladimir Maximow als „geschäftsführender Präsident der Internationale des Widerstandes“ unter anderen die Sowjet-Dissidenten und früheren politischen Häftlinge Wladimir Bukowski, Juri Orlov, Anatolij Schtscharanskij in der Gesellschaft des ehemaligen APO-Stars Daniel Cohn-Bendit (inzwischen zum Antikommunismus bekehrte, der früheren amerikanischen UNO-Botschafterin Jeane Kirkpatrick und des gleichfalls von links zur Mitte abgewanderten französischen Chansonniers Yves Montand präsentieren. Am gleichen Tag wird der Wiener Vizebürgermeister Erhard Busek (ÖVP) im Messepalast der österreichischen Hauptstadt eine Ausstellung mit dem Titel „Helsinki-Spiegel“ eröffnen. Hier wird über die Verletzung der Menschenrechte in der Sowjetunion und Osteuropa berichtet. Eine besondere Pressekonferenz gilt der sowjetischen Aggression in Afghanistan.

Die Schau stehlen

Dann gibt es ein Seminar zum Thema „Inhaftierte und verfolgte Frauen in der Sowjetunion“ sowie eine Pressekonferenz über die Lage in der Ukraine, die vom bekannten ukrainischen Dissidenten und ehemaligen Gefangenen in sowjetischen psychiatrischen Kliniken, Leonid Pjutschsch, geleitet wird. Der österreichische PEN-Club wird ein Kolloquium über „Die Unterdrückung der Meinungsfreiheit, Methoden und Mechanismen“ abhalten.

Es sieht so aus, als würden alle diese „NGO“-Gruppen (Non-Government-Organizations) der offiziellen Konferenz - trotz des vorgesehenen Treffens von Außenminister Shults mit seinem sowjetischen Kollegen Schewardnadse - zunächst die Schau stehlen. Die Sowjetunion sieht sich ebenfalls mit einer Fülle von recht peinlichen Fragen konfrontiert.

Die Mafia: Vor 55 Jahren teilten sich 24 Familien den amerikanischen Untergrund auf, jetzt verfällt ihre Macht

Von FRITZ WIRTH

Sein Anzug, angefertigt vom teuersten Schneider New Yorks, kostete 1900 Dollar. Für seinen Diamantring zahlte er 50 000 Dollar. Seine Socken sind mit seinem Monogramm J. G. verziert. Das alles zeigt: Im Leben des 45-jährigen John Gotti, Sproß aus armen Haus mit 13 Kindern, gibt es einen ausgeprägten Hang zum Stolz und zur Eitelkeit. Er will die Welt wissen lassen, daß er es zu etwas gebracht hat.

Wäre da nicht ein Haken. Seit einem Monat steht John Gotti vor Gericht. Und wenn er der Schurke sein sollte, als den die Staatsanwältin Diane Giacalone ihn darstellt (sie klagte ihn mehrerer Morde, des illegalen Glücksspiels, der Entführung und des Raubes an), dann wird der stinkfeine John gute 40 Jahre mit sehr billiger Gefängnisstrafe zufrieden sein müssen. Für John Gotti ist das ärgerlich, denn er ist erst seit kurzer Zeit am Ziel seiner Wünsche. Er ist seit der Ermordung von Paul Castellano in einem New Yorker Stadt-House Ende letzten Jahres der Boss einer der großen amerikanischen Mafia-Familien, der Gambinos.

John Gotti ist kein Einzelfall. Auf der anderen Seite des East River stehen vor dem Bundesgerichtshof in Manhattan vier weitere Gangsterbosse vor dem Kadi: Anthony Salerno, der Urvater der Genovese-Familie, Anthony Corallo, Oberhaupt der Lucchese-Familie, Carmine Persico, Chef der Colombo-Familie, und Philip Rastelli, der die Bonanno-Familie anführt. Und wer sich auskennt in der Mafia-Familiengeschichte, von New York, weiß, daß damit der gesamte „Aufsichtsrat“ der New Yorker Mafia vor dem Richter steht. Dies sind düstere Tage für die Dunkel-männer von New York. Aber nicht nur von New York, das gesamte Establishment dieser Verbrechens-GmbH in den USA steht mit dem Rücken zur Wand. Das FBI hat zum großen Schlag ausgeholt.

Wie ernst die Lage ist, belegt kürzlich das amerikanische Wirtschafts-magazin „Fortune“, das zu gleicher Zeit, da das Konkurrenzblatt „Forbes“ die 400 reichsten Amerikaner vorstellte, eine „Bestenliste“ der 50 reichsten Mafiosi in den USA veröffentlichte. Doch was eigentlich eine Hitliste des Erfolgs sein sollte, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als Bilanz des großen Ma-

Die Glanzzeit der Mafiosi in den USA scheint vorbei, es ist die Zeit des großen Elends: 17 der 25 reichsten Bosse stehen vor Gericht oder sitzen im Gefängnis. Für die „ehrenwerten Familien“ schlim-

mer noch ist der Generationenkonflikt und der Mangel an Respekt vor der Hierarchie. Zu viele Mitglieder arbeiten auch für das FBI. Aber das weitverzweigte Verbrecher-Syndikat hat noch Reserven.



Die Top-Liste der reichsten Mafiosi wird angeführt vom „fetten Tony“ Salerno (l.). Ihm folgen „Big Tony“ und „Tony Ducks“. John Gotti (r.) steht erst an 15. Stelle.

FOTO: AP

Vom Spielcasino bis zur Müllabfuhr - In USA sind die Bosse fast überall dabei

fla-Elends, denn von den ersten 25 Männern dieser Mafia-Bestenliste sitzen zur Zeit 17 hinter Gittern oder stehen gerade vor Gericht.

So schmutzig und so blutig ihr Geschäft in den USA auch war, die Mafia war stets eine ausgesprochen strikt und disziplinierte organisierte Institution. Ordnung haben als erste zwei Männer in diese Gangster-Verbrechens-GmbH gebracht: Der legendäre „Lucky“ Luciano und Salvatore Maranzano. Sie teilten das Territorium des amerikanischen Untergrunds vor 55 Jahren unter 24 Mafia-Familien auf, von denen fünf sich in New York die Beute der Gewalt, des Wuchers und der Erpressung teilten.

An der Spitze dieser fünf „Familien“ stand die „Kommission“, der Aufsichtsrat, die „Bosse aller Bosse“. Sie verteilten die Beute, grenzten die Operationsgebiete ab und eliminierten eiskalt, wer ihnen im Weg stand und sich nicht an die Spielregeln hielt.

Die zweite große Mafia-Zentrale ist Chicago, seit vielen Jahren fest in der

Hand einer Organisation namens „Outfit“, deren Einfluß bis nach Las Vegas, Los Angeles, Phoenix, Milwaukee und Kansas City reicht. Insgesamt konzentrieren sich 75 Prozent aller amerikanischen Mafia-Mitglieder auf die Städte New York und Chicago.

Nach Schätzungen des FBI gibt es heute in den USA insgesamt 1700 „eingeschworene“ Mafia-Mitglieder, also Männer, die den Bluteid auf die Mafia geschworen haben. Auf jeden dieser „Männer“ kommen jeweils zehn sogenannte „Associates“, also Mitarbeiter. Das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Mafiosi wird auf 220 000 Dollar geschätzt, das eines „Associates“ auf 80 000 Dollar. In den letzten sechs Jahren sind 988 Mitglieder und „Associates“ der Mafia verhaftet und verurteilt worden. Es gab Zeiten, da war die Mafia in den USA eine geheime Verschwörung. Heute ist das anders.

Die Bosse der großen „Familien“ kennen offen, Mafia-Mitglieder zu sein, beispielsweise im gegenwärtigen New Yorker Prozeß gegen die „Mafia-Kommission“. „Wieso soll es ein Verbrechen sein, Mafia-Mitglied zu sein“, fragte beispielsweise vor wenigen Wochen erstaunt der Mafia-Anwalt Samuel Dawson. Grundtenor: Dies sind ehrenwerte Familien. Ihr Hauptanliegen ist es, Konflikte zu vermeiden.

Es sind vor allem gutverdienende Familien. Jedes der „Familienoberhäupter“ ist heute mehrfacher Millionär. Darüber hinaus ist die Mafia zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor geworden, mit einem höheren Jahreseinkommen als dem der amerikanischen Stahl- und Eisenindustrie zusammen. Das Wirtschafts-magazin „Fortune“ schätzt dieses Mafia-Jahreseinkommen auf 50 Milliarden Dollar. Haupteinnahmequellen sind die Glücksspielindustrie, der Baumarkt, die Müllabfuhr, die in vielen amerikanischen Staaten fest in der Hand der Mafia ist, Prostitution, Erpressung und Rauschgifthandel. In Chicago, Detroit und New York

gen New Yorker Prozeß gegen die „Mafia-Kommission“. „Wieso soll es ein Verbrechen sein, Mafia-Mitglied zu sein“, fragte beispielsweise vor wenigen Wochen erstaunt der Mafia-Anwalt Samuel Dawson. Grundtenor: Dies sind ehrenwerte Familien. Ihr Hauptanliegen ist es, Konflikte zu vermeiden.

Es sind vor allem gutverdienende Familien. Jedes der „Familienoberhäupter“ ist heute mehrfacher Millionär. Darüber hinaus ist die Mafia zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor geworden, mit einem höheren Jahreseinkommen als dem der amerikanischen Stahl- und Eisenindustrie zusammen. Das Wirtschafts-magazin „Fortune“ schätzt dieses Mafia-Jahreseinkommen auf 50 Milliarden Dollar. Haupteinnahmequellen sind die Glücksspielindustrie, der Baumarkt, die Müllabfuhr, die in vielen amerikanischen Staaten fest in der Hand der Mafia ist, Prostitution, Erpressung und Rauschgifthandel. In Chicago, Detroit und New York

gen New Yorker Prozeß gegen die „Mafia-Kommission“. „Wieso soll es ein Verbrechen sein, Mafia-Mitglied zu sein“, fragte beispielsweise vor wenigen Wochen erstaunt der Mafia-Anwalt Samuel Dawson. Grundtenor: Dies sind ehrenwerte Familien. Ihr Hauptanliegen ist es, Konflikte zu vermeiden.

finanzieren viele Autofahrer mit ihren Parkgebühren unwissentlich die Mafia mit. In New York ist die Mafia bei jedem Projekt, dessen Bausumme über zwei Millionen Dollar liegt, mit zwei Prozent der Bausumme dabei.

Der Frachtverkehr am Kennedy-Flugplatz in New York wird strikt von der Mafia kontrolliert, und zahlreiche Gewerkschaften sind wissentlich oder unwissentlich Handlanger der Mafia. Streiks werden von der Mafia angeordnet, um zahlungsunwillige Bauherren oder sonstige Unternehmer unter Druck zu setzen.

Eine Kommission zur Untersuchung des organisierten Verbrechens kam in diesem Jahr zu dem Ergebnis, daß dem amerikanischen Staat durch die Aktivitäten der Mafia jährlich 6,5 Milliarden Dollar an Steuereinnahmen vorenthalten werden. Daß die Mafia trotz solcher Umsätze und Gewinne im Augenblick in einer so tiefen Krise steckt, hat mehrere Ursachen. Zunächst einmal ist sie in ihrer Führungsspitze hoffnungslos überaltert und vergrist. Ein Generationenkonflikt hat sich aufgetan. Es gibt innerhalb der Mafia keinen Respekt mehr vor dem Alter.

Darüber hinaus bedroht die Mafia einen starken Disziplin- und Loyalitätsverlust unter ihren Mitgliedern. Die Brüder „singen“ heute gegenüber der Polizei wie niemals zuvor. Das ist der Grund, warum die „Familienbosse“ von New York allesamt vor dem Kadi stehen. Sie wurden Opfer der bisher größten Abhör-Operation des FBI. Einige der Mafia-Mitglieder ließen sich vom FBI winzige Abhörgeräte auf die Haut kleben, mit denen sie jahrelang Gespräche aus der engsten Umgebung der Mafia-bosse belauschten. Der New Yorker FBI-Chef John Hogan ist optimistisch: „Die Sonne geht unter im Mafia-Empire“.

Derweil bleibt dem eitlen John Gotti, der eigentlich große Chancen gehabt hätte, eine neue Mafia-Generation anzuführen, ein kleiner Trost: Sein Titelbild des „Time-Magazin“, das Andy Warhol malte, wird künftig in der der Nationalen Portrait-Galerie in Washington aushängen, in vollem Glanz, mit 1800-Dollar-Anzug und 50 000-Dollar-Diamantring.

Morgen in der Welt:
Die Mafia: Noch eine politische Macht?

„Lagerkrieg“ in Beirut verschärft

AP, Beirut

Bei schweren Kämpfen zwischen Einheiten der schiitischen Amal-Miliz und Palästinensern sind am Wochenende in Westbeirut nach Polizeiangaben fünf Menschen getötet und weitere 20 verletzt worden. Seit dem Wiederbeginn des sogenannten Lagerkriegs, um die Herrschaft über die palästinensischen Flüchtlingslager am Mittwoch sind in Beirut 13 Menschen getötet und rund 70 verwundet worden. Im Mittelpunkt der Gefechte, bei denen die Amal-Miliz auch Panzer des sowjetischen Typs T-54 einsetzte, steht das 50 000 Einwohner zählende Flüchtlingslager Burdsch el Baradscheh im Süden der libanesischen Hauptstadt. Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) teilte mit, auch im Süden Libanons sei gekämpft worden, wobei fünf Flüchtlinge des Lagers Raschidieh ums Leben gekommen seien.

Rückschlag für Regierung Chirac

AFP, Paris

Der französische Staatsrat hat zu den beiden Kernpunkten der von der Regierung angestrebten Reform des Gesetzes über die Staatsangehörigkeit ein negatives Urteil abgegeben. Wie am Wochenende aus gut unterrichteter Quelle verlautete, lehnt der Rat die Abschaffung der Klausel ab, wonach jedes in Frankreich geborene Kind ausländischer Eltern mit der Volljährigkeit im Alter von 18 Jahren automatisch die französische Staatsbürgerschaft erhält. Außerdem habe sich der Staatsrat gegen die Abschaffung des Erwerbs der französischen Staatsangehörigkeit nach sechsmonatiger Ehe mit einem Franzosen ausgesprochen, hieß es. Zwar ist das Urteil des Staatsrates für die Regierung nicht bindend, doch gibt es den Gegnern der Reform neuen Auftrieb für einen Einspruch beim Verfassungsgericht.

General Moczar in Polen gestorben

rtr, Warschau

Der polnische General Mieczyslaw Moczar ist im Alter von 73 Jahren in Warschau gestorben. Er galt als einer der umstrittensten Politiker der Nachkriegsgeschichte. Dreimal versuchte er vergeblich, Chef der kommunistischen Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) zu werden. Im Jahre 1968 war er als Innenminister für die Niederschlagung von Studentenprotesten verantwortlich und wollte Gomulka aus dem Amt drängen. Als dieser 1970 nach Arbeiterunruhen an der Ostseeküste seinen Posten verlor, unterlag Moczar im Machtkampf gegen Giersek. 1980 tauchte Moczar wieder aus der politischen Versenkung auf und Ende des Jahres sah es so aus, als ob er Parteichef Kania ablösen könnte. 1981 wurde jedoch General Jaruzelski in dieses Amt gewählt, der Moczar nach und nach entmachtete.

Wiener Versteckspiel hinter Vranitzky

oag, Wien

„Diesmal werden wir Vranitzky daran hindern, sich auf unsere Vorschläge draufzusetzen und zu behaupten, es seien seine eigenen“. Mit diesen Worten kommentierten Politiker der christlich-demokratischen ÖVP die von ihnen für heute durchgesetzte Einberufung einer Sondersitzung des bereits nach Hause geschickten Wiener Parlaments. Einziges Thema der Sitzung knapp drei Wochen vor dem Wahltermin und bereits ganz im Zeichen des Wahlkampfes, ist der von der amtierenden Regierung Vranitzky vorgelegte Haushaltsplan für das kommende Finanzjahr.

Dieser Haushaltsentwurf der SPÖ/FPÖ-Koalition in Wien wird vom Generalsekretär der ÖVP, Michael Graß, als „unehrlich“ bezeichnet, weil er „falsche Zahlen“ enthalte. Auch der Industrie-Experte der christlich-demokratischen Opposition, Josef Taus, kritisierte das Budget, das eine weitere „exorbitante“ Steigerung des Haushaltsdefizits auf etwa 114 Milliarden Schilling (18 Milliarden Mark) und keinen echten Ansatz für eine Sanierungspolitik enthalte.

Das Ziel der ÖVP-Opposition ist klar: Sie möchte den Wahlkampf entpersonalisieren. Die SPÖ, die genau weiß, daß ihr amtierender Bundeskanzler Franz Vranitzky mit seinen Sympathiewerten weit vor seiner Partei rangiert, hat Ideologie, Programm und ihr „rotes“ Image hinter dem Kontext der fotogenen, fischen, energischen und kompetent wirkenden ehemaligen Bank-Generaldirektors zurücktreten lassen. Selbst der Name der Partei wird auf den Vranitzky-Plakaten nur noch ganz klein gedruckt - so als wolle man den Wahl-



Notwendiges As für die Linke: Vranitzky FOTO: POLY-PRESS

ler geradezu drängen, den politischen Heimatbahnhof des Spitzenkandidaten zu vergessen.

Zähneknirschend nehmen die Linken und Ideologen in der SPÖ - besonders bei den Jusos - zur Kenntnis, daß Franz Vranitzky viel von Marktwirtschaft, ja sogar von Privatisierung und von der Senkung der Höchststeuersätze, aber fast nicht vom Sozialismus und von seiner eigenen Partei spricht. Die SPÖ-Linken aber müssen schweigen. Selbst zu der verunglückten Wahl-Show des SPÖ-Kanzlers Vranitzky und des SPÖ-Vorsitzenden Sinowatz gemeinsam mit der Ex-Lido-Tänzerin Marie Charell, die in alt-sozialdemokratischen Wiener Kreisen Befremden und bei der politischen Konkurrenz Schadenfreude hervorrief, dürfen die Parteiradikalen nichts Negatives sagen. Der rote Parteivorsitzende Sino-

watz hatte mit Stöckchen und Zylinder Can-Can auf der Bühne getanzt.

Da der ÖVP-Kanzlerkandidat Alois Mock nicht über die an John F. Kennedy erinnernde Ausstrahlung seines sozialistischen Gegenspielers verfügt, muß die Volkspartei in der Tat alles daran setzen, im Wahlkampf vom Persönlichen zum Sachlichen zu kommen. Denn in den Meinungsumfragen liegt die ÖVP gegenüber den Sozialisten dann eindeutig vorne, wenn es um die Lösungskompetenz in Wirtschaftsfragen geht.

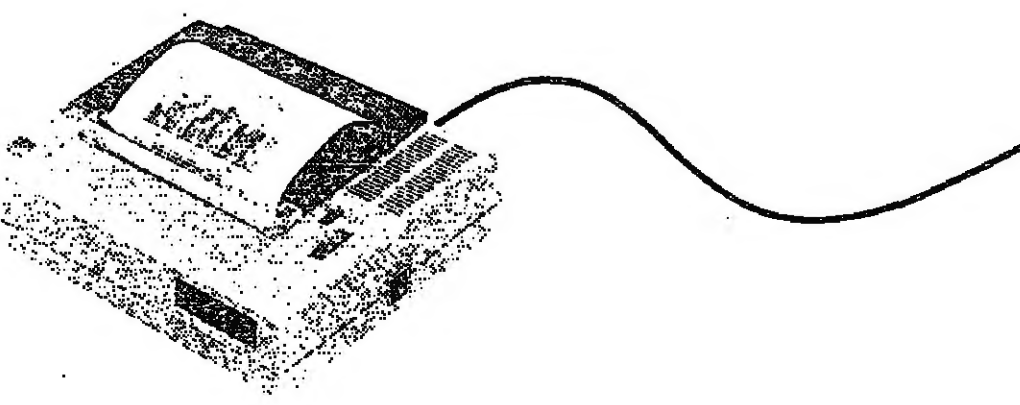
Einstweilen diagnostizieren die Meinungsforscher ein hartes Rennen zwischen ÖVP und SPÖ, mit einem etwa zweiprozentigen ÖVP-Vorsprung. Dieser aber könnte bis zum Wahltermin verlorengehen, zumal die Volkspartei zwei für sie ungünstige Faktoren in Rechnung stellen muß: Erstens den neuen FPÖ-Vorsitzenden Jörg Haider. Sollte dieser mit seiner „populistischen“ Linie Erfolg haben und mehr als 4,5 Prozent Stimmen erhalten, ginge dies auf Kosten der ÖVP. Deshalb will die ÖVP auf der heutigen Parlamentssondersitzung die Freiheitlichen dazu zwingen, für das seinerzeit von den FPÖ-Ministern mitbeschlossene Vranitzky-Budget zu stimmen, um so dem FPÖ-Chef die Aura des Oppositionspolitikers zu nehmen.

Zweitens ist auch die Selbstzerstörung der österreichischen Grünen - hier konnten sich ein konservativ und gemäßigt grüner Flügel mit den radikalen Grün-Alternativen nicht auf eine eigene Liste einigen - für die ÖVP nicht günstig. Denn das grüne Potential kommt hauptsächlich aus dem Stimmenreservoir der Sozialisten. Wohin es jetzt eben wieder abzuwandern droht.

→ Bürokommunikation von IBM:

Das neue Chefzimmer.

Damit Sie das Unternehmen kennenlernen, hat der Chef aktuelle Daten ausgedruckt. Aber weil ein Zahlenfriedhof nur Probleme schafft, sind die Daten über die Produktentwicklung gleich in klare Grafiken umgesetzt. Die kann er auch über den Bildschirm eines IBM PC, Abteilungsrechners oder Großrechners abrufen. Denn für die IBM Bürokommunikation arbeiten alle IBM Systeme nach gemeinsamen Regeln, nach denen sie Informationen anzeigen und austauschen. **IBM**



Fortsetzung →

Personen

GEBURTSTAG

Ein Wiedersehen mit der Schauspielerin Ruth Hellberg, die gestern in München ihren 80. Geburtstag feierte, bringt heute das Fernsehen. In der Reihe „Ein Stück aus ihrem Leben - Menschen über 80“ ist Ruth Hellberg im Ersten Programm in einem Lustspiel zu sehen. Die gebürtige Berliner, die in ihrem reichen



Ruth Hellberg

Schauspielerleben oft zwischen ihrer Geburtsstadt sowie München, Hamburg und auch anderen Theatertropen hin und her gewandert. Sie kommt aus einer Theaterfamilie. Die jüngste Frau und Multiplikatrice Darstellerin unter anderem in Max Reinhardts Wiener Josefstadt-Ensemble und bei Gustaf Gründgens in Berlin die größten Erfolge. Sie kam durch die Verbindung zu Wolfgang Liebeneiner auch zum Film der 30er Jahre.

WAHL

Zum neuen Leiter der Pressestelle des Westfälischen Bischöflichen Ordinariats hat der in Ost-Berlin residierende Kardinal Joachim Meisner den Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, Dieter Hanky (54), ernannt. Der bisherige Ordinariatsrat Wolfgang Knauff, der das Büro seit knapp zwei Jahren leitete, bleibt Beauftragter für die katholische Fernseh- und Rundfunkarbeit und wird sich Fragen der Nutzung der Neuen Medien für die Verkündigung widmen.

AUSWÄRTIGES AMT

Günther Garbe, neuer Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Zentralafrikanischen Republik, hat seine Tätigkeit in der Hauptstadt

Bangui aufgenommen. Garbe wurde Nachfolger von Botschafter Harry Adt, der in das Auswärtige Amt zurückgekehrt war und stellvertretender Referatsleiter Südostasien wurde. Botschafter Garbe ist 1943 in Lauenburg/Pommern geboren. In Tübingen und Paris studierte er Volkswirtschaft. Zunächst arbeitete er als Rundfunkjournalist. 1973 trat er in den Auswärtigen Dienst ein. Er war als Kulturreferent am Generalkonsulat in New York und an der deutschen Botschaft in Prag tätig. Seit 1984 arbeitete er im Auswärtigen Amt in der Außenwirtschaftsabteilung und war dort für Energiefragen zuständig.

UNIVERSITÄT

Dr. Heinz Pürer (39), Leiter des „Kuratoriums für Journalistenausbildung“ in Österreich und Dozent an der Universität Salzburg, ist auf den neu geschaffenen zweiten Lehrstuhl für Kommunikationswissenschaft an der Universität München berufen worden. Pürers Forschungsschwerpunkte lagen bisher besonders in den Medienwissenschaftlichen Inhalten problemorientiert auf praktisch-handwerkliche und berufskundliche Fragen des Journalismus umzusetzen. Er legt Wert auf eine möglichst praxisnahe Ausbildung der Studenten für eine künftige Tätigkeit im Bereich der Kommunikationsberufe.

Dr. Wilhelm Kuttler, bisher Privatdozent am Institut für Geowissenschaften in Bochum, hat den Lehrstuhl für Landschaftsökologie an der Universität Gesamthochschule Essen übernommen. Einer der Schwerpunkte der wissenschaftlichen Tätigkeit von Professor Kuttler ist die Erforschung der klimatischen Verhältnisse in den Städten unter besonderer Berücksichtigung der Lufthygiene.

EHRUNGEN

Für seine Literaturübersetzungen aus dem Spanischen ins Deutsche hat Rudolf Wittkopf in Madrid den von einer spanisch-deutschen Jury vergebenen Preis „Hülfe für die Übersetzung“ erhalten. Wittkopf hat unter anderem Federico Garcia Lorcas „Divan del Tamarit“ übersetzt. Zugleich wurde der Preis für Über-

setzungen aus dem Deutschen ins Spanische Eustaquio Barjañán für das Übertragen von Peter Handkes „Doktrin von St. Victoire“ verliehen. Die Preise waren vom deutschen Bundesaußenministerium und vom spanischen Kulturministerium gestiftet worden. Die Preisvergabe fand im Rahmen einer vielbeachteten Begegnung spanischer und deutscher Autoren mit ihren Übersetzern statt.

Der niederländische Ministerpräsident Rudolphus F. M. Lubbers erhielt für seine Bemühungen um die Aussöhnung seiner Landsleute mit den Deutschen in diesem Jahr die „Niederrhein-Eule“. Die Auszeichnung der CDU Niederrhein, die vor



Rudolphus F. M. Lubbers

ihm unter anderem Helmut Kohl und Jaques Chirac bekamen, wurde ihm gestern in Krefeld überreicht. Die „Niederrhein-Eule“ als Zeichen politischer Klugheit ist die Nachbildung einer antiken Eulenfigur aus Bronze, die bei Ausgrabungen auf dem römischen Gräberfeld in Krefeld-Gellep gefunden wurde.

VERANSTALTUNG

Bundeskanzler Helmut Kohl und CDU-Generalsekretär Dr. Heiner Gelller werden Hauptredner bei der Zielgruppenveranstaltung „Mittelstand“ sein, zu der die CDU am 15. November zwischen 1000 und 2000 Gäste in die Stadthalle Düsseldorf einlädt. Nach Begrüßungen durch den Bundesvorsitzenden der Mittelstandsvereinigungen, Minister a. D. Professor Dr. Gerhard Zeitel, den Vorsitzenden der CDU Nordrhein-Westfalen, Professor Dr. Kurt H. Biedenkopf, und den Vorsitzenden

des Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansheinz Hauser, soll in sechs verschiedenen Foren diskutiert werden. Ein breites Themenspektrum bietet sich den Mittelständlern an, von der Steuerpolitik zur Entbürokratisierung bis zu Fragen der Existenzgründung. Für diese Foren haben sich bundesweit Diskussionssteher angemeldet, die sich als Diskussionspartner zur Verfügung stellen. Zu ihnen gehören der Präsident des Bundeskartellamtes, Dr. Wolfgang Kartte, Niedersachsens Finanzministerin Birgit Brenzel, Berlins Wirtschaftssenator Rainer Piroth sowie der Bonner Parlamentarische Staatssekretäre Dr. Rudolf Sprung (Wirtschaft), Wolfgang Vogt (Arbeit), Friedrich-Adolf Jahn (Wohnungsbau), Benno Erhard (Justiz), Horst Waffenschmidt (Innenministerium).

BERUFUNG

Das Wissenschaftskolleg zu Berlin hat einen neuen Rektor. Es ist der Soziologieprofessor Wolf Lepenies, um den sich erst kürzlich die amerikanische Spitzenuniversität Princeton bemüht hatte. Lepenies folgt dem Gründungsrektor dieser wissenschaftlichen Einrichtung - sie war 1981 ins Leben gerufen worden - Peter Wapnewski. Er bleibt dem Kolleg als „Ständiges wissenschaftliches Mitglied“ erhalten. Das Wissenschaftskolleg bietet nach dem Vorbild des amerikanischen „Institute for Advanced Studies“ in- und ausländischen Gelehrten jeweils für ein Jahr die Chance, sich fernab vom Universitätsbetrieb auf eine Aufgabe zu konzentrieren. Zur Zeit leben 37 international berühmte Experten in dieser Einrichtung. Das Institut erhält jährlich sieben Millionen Mark aus Bundes- und Landesmitteln.

GESTORBEN

Der Architektur Fotograf Karl-Hugo Schmölz ist, wie erst jetzt bekannt wurde, am 22. Oktober im Alter von 69 Jahren in Köln gestorben. Der aus Köln stammende Fotograf, der strengen Bildaufassung in der Nachfolge des Bauhauses und der Neuen Sachlichkeit verpflichtet, erwarb sich nach dem Krieg auch einen Ruf als bedeutender Werbefotograf.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 835 714

Das Kraftwerk Ibbenbüren

„Anträge aus Düsseldorf“, WELT vom 29. Oktober

Das Thema Kraftwerk Ibbenbüren hat nichts mehr mit Umweltschutz zu tun, sondern nur noch mit Politik. Der Kommentar von Herrn D. Gu-ratzsch führt absolut in die Irre. Er erweckt den Eindruck, daß wir mit dem jetzt beschlossenen Einbau einer Entstickungsanlage auf der Reingas-seite unsere Ziele nicht erreichen werden. Er bezieht sich auf ein Interview im „Bonner Energiereport“ vom 23. 10. 1986, Seite 20, in dem ich feststelle, daß an die Entstickungs-anlage, die in Ibbenbüren gebaut werden muß, extrem hohe Anforderungen zu stellen sind, die heute noch nicht Stand der Technik sind. Hier-beziehe ich mich auf eine Unsicher-heit, ob wir die Ziele zu 100 Prozent oder nur zu 90 Prozent erreichen werden. Nicht mehr und nicht weniger. Dabei muß immer auf die Im-missionsprobleme hingewiesen werden, weil nur sie letztendlich die vermuteten Umweltschäden verursachen können. Dazu ist festzustellen, daß im Hauptimmissionsbereich um den Standort Ibbenbüren bei einer Vor-

belastung von weniger als 35 Prozent der zulässigen Grenzwerte die zusätz-lichen Immissionen aus dem neuen Kraftwerk eine Mehrbelastung von



Hans-Günther Stalp

nur zwei Prozent betragen werden. Nach Einbau der Entstickungsanlage wird diese Belastung auf weniger als 0,5 Prozent zurückgehen.

Dr. Hans-Günther Stalp, Vorstandsmitglied der Preussag AG, zuständig für den Energiebereich des Konzerns, Hannover

Wahlplakate

„Mit Bier und Pappmache-Gefühl“, WELT vom 27. Oktober

Die zoologisch eingebundenen Wahlplakate der Hamburger Libe-ralen unterscheiden sich abgesehen von den herkömmlichen Klischees, den Plakaten mit den retuschierten Stadtansichten, den aufputzten Bücher-regalen, eingerahmt von Nadelstrei-fen und Krawatte.

Sigrid Bosse, Hamburg 90

Die Minister

Wenn man in Wahlzeiten den Blät-terwald studiert, fällt auf, daß bei der Nennung eines Ministers sehr oft die Parteizugehörigkeit erwähnt wird. Hier scheint sich ein Gedankenfehler zu offenbaren: Ein Minister ist mit seiner Verteidigung allein dem Wohle des Ganzen verpflichtet und nicht mehr Parteifunktionär. Minister heißt bekanntlich Diener des ganzen Volkes.

Dr. jur. Albert Tilmann, Northorn

Österreich

„Kernenergie: Wien über Bonn ver-keim“, WELT vom 23. Oktober

Von der einstmalig so geschätzten politischen Kultur Österreichs, orien-tiert man sich an Namen wie Wald-heim, Steger und jetzt Jankowsky, scheint nichts mehr übriggeblieben zu sein. Armes Österreich!

Otto Wildgruber, Dormitz

Sparer danken

In der Bundesrepublik darf sich die Millionenzahl der Sparer einer ho-hen Geldwertstabilität erfreuen, wie nie zuvor. Es sollte darum denen ein-mal im Namen der Millionen Sparer Dank und Anerkennung ausgesprochen werden, die ständig bemüht sind, den Geldwert zu erhalten. Es sind dies Bundesfinanzminister Dr. Gerhard Stoltenberg und der Präsi-dent der Deutschen Bundesbank, Dr. h. c. Carl Otto Pöhl.

Carl Doehring, Sparkassendirektor a. D., Vorsitzender der Hermann-Lindrath-Gesellschaft, Hannover

Elternwahlrecht

„Durchaus dem Libanon vergleichbar“, WELT vom 16. Oktober

Wie Eltern das Recht besitzen, für ihre Kinder in kultureller, finan-zier, religiöser Hinsicht zu entschei-den, so muß man ihnen dies auch auf politischem Gebiet zugestehen. Der undemokratische Zustand, daß ein kinderloses Ehepaar wahlrechtlich gleichgestellt wird mit einer mehr-köpfigen Familie, die eine viel grö-ßere Zahl an Einzelpersonen repräsen-tiert und die ein entsprechende Mehr-faches an Lasten zum Erhalt unseres Volkes auf sich nimmt, bedarf drin-gend der Änderung. Durch das Ge-wicht dieser Stimmen, die für etwa zwölf Millionen Kinder sprächen, würde mehr für Kinder, Familie und unser Volk bewirkt als durch alle son-stigen Programme und Appelle zu-sammen.

Dr. Bonifat Ullrich, Bliestal

SPD und Steuern

„Unverteilung anders“, WELT vom 28. Oktober

Immer wieder benutzt Herr Rau das Wort „gerecht“ für seine Vorstel-lungen. Das ist eine pseudomoralische Anmaßung und gleichzeitig Irreführung. Wie alle Sozialisten strebt Herr Rau in realen Worten: Egalisie-rung und Nivellierung an. Die Opfer dieser Steuerperversion sind die Bür-ger, die durch Fleiß, Tüchtigkeit und Sparsamkeit unseren Staat tragen.

Günther Albers, Hamburg 90

Sprechverbot

„Kundmachung“, WELT vom 17. Oktober

Ich hätte es nie für möglich gehalten, daß die Bundeswehr dem Oberfeldarzt Dr. Erös Sprechverbot erteilen würde, weil er sich während sei-nen Urlaubs im Verleite in Adhant-stan gekümmert hat.

Dr. F. W. v. Seyditz-Kirchbach, Ulm

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinntrennend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto größer ist die Möglichkeit der Veröf-fentlichung.

Wort des Tages

„Das naive menschliche Denken geht von der Sache aus, das wis-senschaftliche von der Methode.“

Carl Friedrich von Weininger, deutscher Philosoph und Physiker (geboren 1912)

Bundestag und Strafgericht

„Streit um die Verhaftung des BGAG-Chefs Lappas“, WELT vom 22. Oktober

Nach Ansicht des früheren Verfas-sungsrichters Martin Hirsch (SPD) haben die Vorgänge um den BGAG-Chef Lappas gezeigt, daß die rechtli-chen Befugnisse eines Bundestags-Untersuchungsausschusses „völlig unvollkommen geregelt“ sind. Dem ist entschieden zu widersprechen. Eine neue gesetzliche Regelung, wie sie von Hirsch gefordert wird, ist ebenso überflüssig wie gefährlich. Was nützt ihm überlegen ein neues Gesetz, wenn man - wie gerade der Fall Lappas zeigt - nicht fähig und bereit ist, die bestehenden einschlägigen Gesetze genau zu lesen und anzuwenden.

In Artikel 44 des Grundgesetzes ist bestimmt: (1) Der Bundestag hat das Recht und auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder die Pflicht, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der in öffentlicher Verhandlung die erforderlichen Beweise erhebt. (2) Auf Beweiserhebungen finden die Vorschriften über den Strafprozeß sinngemäß Anwendung. Zu diesen Vorschriften gehören die Bestim-mungen der Strafprozeßordnung über Zeugenvernehmungen, also auch Paragraph 70 Abs. 1 und 2 StPO: (1) Wird das Zeugnis oder die Eides-leistung ohne gesetzlichen Grund verweigert, so werden dem Zeugen die durch die Weigerung verursachten Kosten auferlegt. Zugleich wird gegen ihn ein Ordnungsgeld ... fest-gesetzt. (2) Auch kann zur Erzwin-gung des Zeugnisses die Haft ange-ordnet werden.

Dieser Gesetzeswortlaut hat den Inhalt, daß der Untersuchungsaus-schuß (und nicht irgendein Gericht) zur Erzwinng des Zeugnisses Haft anordnen kann. Der Untersuchungsaus-schuß hat für sein Verfahren insoweit die gleichen Rechte wie in einem Strafprozeß das Strafgericht. Der Untersuchungsausschuß hätte hiernach die Befugnis, gegen Lappas durch eigenen Beschluß selbst anordnen müssen und nicht nur, wie es den Berichten zufolge geschehen ist, einen „Antrag“ auf Anordnung der Beugehaft an das Amtsgericht stellen dürfen. Legt man die Gegenauffas-sung zugrunde, müßten die in Zu-sammenhang mit einem Untersu-chungsausschuß erforderlichen Zeu-genvernehmungen insgesamt von den Strafgerichten durchgeführt werden. Nach Artikel 44 Abs. 1 GG er-hebt der Untersuchungsausschuß selbst die Beweise, dazu ist er gerade eingesetzt. Auch für die Maßnahmen

Die begehrten Hochschulen

„Manches Aschenbrot ist viel besser als ein ramponierter Rat“, WELT vom 28. Oktober

Jürgen Böckling irrt, wenn er in seinem Beitrag über die Studie des Gießener Geographen Professor Dr. Ernst Giese über die Anziehungskraft und Wettbewerbsfähigkeit wissen-schaftlicher Hochschulen in der Bun-desrepublik von „einer Art ‚Negativ-Rangliste‘, die den Grad der Gefährdung aufgrund fortgeschrittenen un-terdurchschnittlichen Interesses an diesen Hochschulen absteckt“, schreibt und sich auf eine Auflistung bezieht, die mit I. Passau beginnt und mit 10. Saarbrücken endet. Giese und seine Mitarbeiter haben vielmehr auf-

grund der Dortmunder ZVS den so-genannten „Unfreiwilligen-Anteil“ dargestellt, also den Prozentsatz der-jenigen Studenten im ersten Fachse-mester, die gegenüber der ZVS eine andere als schließlich zugewiesene Ortspräferenz angegeben haben. Giese selbst schreibt dazu, daß der Ab-bau der Zulassungseinschränkungen dazu führen werde, „daß sich die Stu-dentenströme neu orientieren wer-den“. Und weiter: „Weniger attrakti-ve Hochschulen, die wesentliche Teile ihrer Studentenschaft durch die ZVS zugeleitet bekommen, werden darunter leiden.“

Jürgen Abel, Pressereferent Universität Bayreuth

Telefon und Gurkensalat

„Eine annehme, aber gänzlich nutzlose Spielerei“, WELT vom 25. Oktober

Die ersten Worte „Das Pferd frist keinen Gurkensalat“ stimmen zwar, sie wurden aber nicht von Reis ge-sprochen. In einem 1883 in London veröffentlichten Buch schreibt der Musiklehrer Heinrich Friedrich Pe-ter: „Zuerst versuchen wir es mit Singen, dann las Reis' Schwager aus einem Buch lange Sätze vor, die Reis laut für uns wiederholte. Ich sagte zu ihm: ‚Philipp, du kennst ja das ganze Buch auswendig‘, denn ich wollte

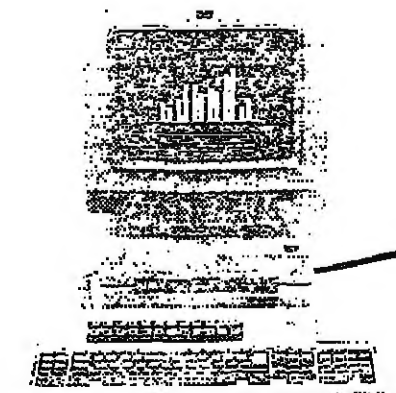
erst dann dran glauben, daß das Ex-periment so erfolgreich verlaufen war, bis er mir einen Satz wiederhol-te, den er mir sagen sollte. Deshalb ging ich in den Raum, in dem das Telefon stand, und sprach einige sinnlose Sätze wie ‚Die Sonne ist von Kupfer‘, was Reis als ‚Die Sonne ist von Zucker verstanden. Das Pferd frist keinen Gurkensalat‘, wovon er nur ‚Das Pferd frist‘ verstand. Alle glaubten, daß Reis' Erfindung eine große Zukunft eingeleitet habe.“

Karlheinz Spaeth, Düsseldorf

Die neue Finanzabteilung.

Die Tage endloser Budgetlisten, Um-satzstatistiken und Kontenbögen sind gezählt. Im neuen Büro werden alle Daten direkt am Bildschirm analysiert, bewertet, zusammengefaßt und auf Wunsch auch grafisch dargestellt. Das Ergebnis wandert ins elektronische Archiv. Und dort kann jeder Berechtigte mit den Programmen für die IBM Bürokommunikation alle Informatio-nen abrufen, die er für seine tägliche Arbeit braucht. Aber bitte, lesen Sie doch weiter.

IBM



Fortsetzung →

مكتبة ابن بطوطة

Neue Montags-Serie über einen Parfüm-Clan im französischen Grasse

Duftende Rache eines weißen Schafes

Man denkt an eine moderne Version des „Grafen von Monte Cristo“, man wittert einen Hauch von „Dolles“, man spürt den Duft, der an heißen Tagen über der südfranzösischen Parfümstadt-Grasse liegt, und bei den großartigen Bildern der Camargue denkt man an einen Western. Plötzlich wird die französische Superproduktion „Ausgestoßen“ zu dem durch Hauptdarsteller Charles Aznavour, der Auftritt des Chansonsängers in einer Fernsehserie ist eine Rarität.

In dem fünfteiligen „Ausgestoßen“ von Denys de la Patellière geht es um Liebe, Familienintrigen, einen Immobilienkandidat mit politischem Hintergrund, einen zu Unrecht Verurteilten, der nach zwanzig Jahren Exil in Venezuela als reicher Mann in die südfranzösische Heimat zurückkehrt. Gerechtigkeit fordert und sich rächen will.

Diesen Mann, Julien Mauris, spielt Charles Aznavour. Kein Zweifel, daß sein Erscheinen inmitten des Familien-Clans, der die Parfümindustrie zwischen Grasse und Marseille beherrscht, Spannung und Leidenschaft auslöst. Denn eigentlich gehört Julien nur noch dem Namen nach zu den Mauris, deren Geld im Parfüm, in Immobilien und in Pferden steckt. Der Clan wird beherrscht von Cosima (Judy Winter) - sie ist attraktiv, elegant und skrupellos, entstammt einer deutschen Industriellenfamilie. Der Kampf Cosimas gegen Julien kann beginnen.

Auf der Bühne der Musio-Hall erscheint uns Charles als kleiner, gehetzter, fragiler Mann, sagt Regisseur Denys de la Patellière. „Aber ich kenne ihn seit 25 Jahren, seit unserem gemeinsamen Film „Taxi nach Tobrouk“. Ich wollte einmal mehr beweisen, daß in dem Schauspieler Aznavour das Gegenteil steckt. In dieser Rolle kann er sich ausleben. Er geht als Sieger hervor. Ohne den Muskelprotz herauszukehren.“

Gedreht wurde die deutsch-französische Koproduktion im Sommer 1984 in Arles, Marseille, Paris, München und Venedig. In Südfrankreich war Aznavour in seinem Element. In Saint Tropez besitzt er eine Villa, wo er seit Jahren mit seiner schwedischen Frau Ulla und seinen drei jüngsten Kindern Kathya (16), Misha (14) und Nicolas (8) die Ferien verbringt. Zu den Dreharbeiten in der Camargue kam er jeden Morgen in seinem Dodge Camping-Car herange-

rast. „Wenn ich nach fünfjähriger Drehpause diese Fernsehrolle angenommen habe, dann nur aus Freundschaft zu Patellière und weil mir die Rolle des Julien gefallen hat“, sagt Aznavour. „In dieser Serie wird ein Stück Frankreich, wie es lebt und leidet, gezeigt. Das hat mich fasziniert. Außerdem liebe ich die Camargue.“

Frankreichs Fernsehpublikum war offenbar weniger von der französischen „Dallas“-Nachahmung begeistert, als die Serie vor einem Jahr ausgestrahlt wurde. „Wir hatten eine größere Einschaltquote erwartet“, heißt es bei FR 3.

Aznavour kann das nicht erschüttern. Gerade kann in Frankreich seine neue Platte mit elf Liebesliedern und Geschichten armenischer Emigranten auf den Markt. Im Pariser Kongreß-Palast ist für September 1987 ein Bühnen-Comeback geplant. In Frankreichs Kinos läuft seit Wochen der Film „Yiddish Connection“, für den der kleine Armenier das Drehbuch schrieb und in dem er die Hauptrolle spielt.

Eigentlich wollte er auch Regie führen. „Aber meine Hauptrolle war zu aufreibend“, erklärte er. Doch die Idee mit der Filmregie verfolgt den Allround-Künstler. Schon hat er das Drehbuch für einen nächsten Spielfilm mit Liza Minelli als Partnerin geschrieben. Die Liebesgeschichte von zwei berühmten Stars der Music-Hall möchte er selber in Szene setzen. „Okay, ich bin zwar schon Großvater und ein alter Komödiant. Aber ich bin auch ein junger Vater. Warum sollte ich nicht ein junger Filmregisseur werden?“, ulkt er.

CONSTANCE KNITTER



Abschmuck als Serienheld: Charles Aznavour



„Neil Diamond: Hello Again“ - ZDF, 23.25 Uhr

FOTO: SET

Ein Mann der siebziger Jahre swingt auch in den Achtzigern

Seiner sonoren, tiefen Stimme waren in den siebziger Jahren vor allem die Damen erlegen wie das Küken der Kobra: Neil Diamond, der 45jährige Wassermann aus Brooklyn, hatte 1971, seinem größten Jahr, fünf Songs oben in den Hitparaden und ein Jahr darauf drei Langspiellplatten auf einen Schlag in den US-LP-Charts stehen.

Titel wie „Solitary Man“, „Cherry, Cherry“, „You Got Me“ schon in den späten Sechzigern und später der Ohrwurm „I am ... I said“ waren Synonyme für den Familienvater mit der fast endlosen Kette von Hits in Folk-, Gospel- und Countryrock-Manier, und es bedurfte schon eines solchen Erfolgs-Abkommens, um einem Mainstream-Popmusiker wie ihm die hehre Arena des Los Angeles Greek Theatre zu öffnen, in der er gleich am Stück eine Woche lang gastierte. Und ein Jahr später, 1972, war er der erste Musiker der Rockzene, der im New Yorker Winter Garden Theatre sang - 20 Solo-Abende lang.

Kurzserie über Ziele im kleinen Grenzverkehr

Auf nach Quedlinburg

Stendal, Salzwedel, Quedlinburg, Nordhausen, Eisenach, Altmärk, Bodetal, Roßtrappe, Hexentanzplatz, Eichsfeld - Städte- und Landschaften aus Mitteldeutschland, kaum 50 Kilometer jenseits der Teilungsgrenze, und doch den meisten Bundesbürgern bestenfalls noch vom Hörensagen ein Begriff. Dabei sind sie seit dem Grundlagenvertrag von 1973 immerhin für die Bewohner der Grenzregionen per Tagesaufenthalt erreichbar. Doch nur gut zwei Millionen Mal - bei insgesamt rückläufiger Tendenz - haben sie seither diese Chance genutzt.

Ob es da ein Symptom für überdurchschnittliches gesamtdeutsches Engagement der Niedersachsen ist, daß jetzt zwei bessere Nachrichten aus Hannover sich trafen? 1985 führten 83 191 von ihnen nach drüben, in diesem Jahr bisher schon 85 000.

Acht Tage lang im September war ein Fernsehteam vom NDR-Studio Braunschweig zwischen der Altmark und Thüringen unterwegs, um mit erstmals für ein solches Vorhaben erteilter Ost-Berliner Genehmigung über den Bildschirm zur Nachahmung anzuregen. Der Ertrag wird von heute an bis Freitag jeweils fünf Minuten lang im ARD-regionalen Vorabend-Magazin „Hallo Niedersachsen“ gezeigt. Die Arbeit des Autors Achilles Franke steht im Angebot so einzig da, daß das sonntägliche ARD-Magazin der Woche, Bayern III sowie die NDR-Regionalfunkhäuser in Kiel und Hamburg Übernahme planen.

„Appetit machen“ will Franke zur lohnenden Kurzreise in den jenseitigen Teil Deutschlands. Manches von seinen Motiven angetane Raunen vor zwei Wochen bei der Presseverführung in Hannover versprach der Absicht Gelingen. Denn wenn, zum Beispiel, Niedersachsen alte Städte-schönheiten vertraut sind, der wird in den Bildern von Salzwedel an der historischen Salzhandelsstraße Lüneburg-Magdeburg, von den restaurierten Fachwerkschätzen Halberstadts, vom Wernigeröder Schloß, dem

Quedlinburger Dom oder zum Schluß der Wartburg das eine, über alle Spaltung hinaus zusammengehörige Land erkennen.

Die Folgen umfassen je eine mögliche Tagesreise. „Wie Postkartenmotiv“, erklärt Franke, seien die Kamerasteuerungen gewählt - als Anreiz zu näherem Kennenlernen. „Wir können in fünf Abendenminuten keinen Baedeker bieten.“ Das soll auch nicht sein. Besser, die Zuschauer machen sich selbst auf den Weg. Den Baedeker aber könnten sie schon mitnehmen, so viel gibt es wiederzuentdecken. Kaum 50 Kilometer jenseits der Grenze.

MICHAEL JACH

Hallo Niedersachsen - Regional in NS, etwa 19.15 Uhr, 1. Programm

Schardt für mehr Lebenshilfe

Seine Philosophie vom „menschlichen Fernsehen“, dessen Macher nie den Zuschauer aus dem Auge verlieren dürften, hält ZDF-Programmdirektor Alois Schardt für seine tägliche Herausforderung. Dabei gehe es, so sagte er in einem Gespräch, immer wieder um den Beweis gegenüber dem Seher, daß „das Fernsehen keine kalte Macht ist, die Sendungen nach dem Motto „Vogel friß oder stirb“ versetzt“. Schardt wird heute 80 Jahre alt.

Sein Konzept: Dem ZDF-Zuschauer nach vielen „als vermeintliche Fernsehspiele gezeigten bildhaften Leitartikeln“ vermehrt mit dem Angebot von Lösungsmöglichkeiten bei privaten Problemen. „Angste in einer immer nüchterner werdenden Welt zu nehmen“. Die Zielrichtung eines Programms mit persönlichem Gewinn für den Zuschauer hält Schardt auch im kulturellen Bereich für verwirklicht, wo das Fernsehen „Appetit machen kann auf andere Medien“.

Kurz vor der Verwirklichung steht ein Lieblingsprojekt Schardts: die Verfilmung des Alten Testaments. Sie wird vom ZDF in Angriff genommen mit drei Folgen der Geschichte Abrahams, unter der Regie des italienischen Regisseurs Franco Zeffirelli („Das Leben Jesu“).

Der Kontakt mit dem Zuschauer, der auch in Magazinen über Freizeit, Gesundheit und Wirtschaft gepflegt wird, ist nach Schardts Ansicht einer der Triumphe, dererwegen die öffentlich-rechtlichen Anstalten der privaten Konkurrenz „mit Gelassenheit“ entgegensehen können. (dpa)

1. ARD

9.15 Sonntagsmagazin
9.45 Rotgerber Großplage
10.00 heute
10.05 Mit gelbem heißen Tüsch (1)

10.50 Tagesschau
10.55 Der Felder (4)
11.00 Ein deutscher Fliegerangriff
11.05 Die Stille vor dem Sturm (4)
Menschen über 60
anschließend: Lustspiel
Fernsehspiel aus dem Autoren-
wettbewerb für Senioren

11.45 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
11.50 Tagesschau
11.55 Ausgestoßen (1)
Fernsehserie in fünf Teilen
Buch: Denys de la Patellière und
Boris Komoff
Mit: Charles Aznavour, Judy Winter,
Hans Clarin, Siegfried Rauch
Regie: Denys de la Patellière
Gesamt wird ... ein Bombenge-
schäft

12.00 Sketches
Mit Iris Berben und Diether Krebs
12.30 Tagesschau
12.35 Deutscher Spielfilm (1985)
Mit: Udo Lindenberg, Ingo Humpel
und Günter Lamprecht
Musik: Udo Lindenberg
Am Anfang ist es die große Liebe.
Ingo liebt Alex und hat mit einer
Tatzen abzuheben. Mit Alex will sie
in die Südde und nie wieder zu-
rück in unser Europa, das längst
überall ist. Alex steht das nicht
so. Todchen versucht, Ingo, das
Geld zu besorgen. Als sie zurück-
kehrt, ist er weg, spurlos ver-
schwunden.

13.00 Tagesschau
13.05 Nachgedanken

11.55 Bilder aus der Wissenschaft
12.10 Die Geschwindigkeit kommt zu spät
12.15 Prominenz
12.50 heute

14.00 heute
14.05 Einführung in das Mietrecht
9. Als Fest begann's
14.30 Tips für Aktiv
Mit Tieren leben
17.00 heute
Anschl.: aus den Ländern
18.15 Tele-illustrierte
17.50 Agents mit Wert
Unter falschem Namen
19.00 heute
19.30 Der Drücker
Fernsehspiel nach dem Roman
von Andreas Blechner
Regie: Uwe Frießner
Thomas Giesecke (22), genannt
Tommy, wird arbeitslos, muß sein
Motorrad verkaufen, um seine
Schulden zu bezahlen und landet
wieder im Kinderzimmer der elter-
lichen Wohnung. Um dort wieder
herzukommen, läßt er sich die
Vertreter für Zeitschriften-Abon-
nements innerhalb einer Drük-
ker-Kolonne anwerben.

21.05 WISO
Paragraphe - stoppen Verbrau-
chermärkte, Computer „schrott“
EG, Pensionierte Manager helfen
jungen Unternehmern. Tip: Zins-
entwicklung

21.45 heute-Journal
Anschließend: Politbarometer

22.10 Der letzte Weg
Vom Umgang mit dem Tod
Film von Thomas Wolf

22.25 Die stille Star
F. Steiner besucht Nobelpreisträ-
ger: Donald Glaser (Chemie 1950)

22.35 Neil Diamond - Hello again
Der Star und seine Lieder - mit
Carol Burnett und Stevie Wonder

0.10 heute

11.55 Welt des Filles - Filles der Welt
12.30 Homechannel
19.55 Drei aktuell
20.00 Horizonte
20.45 Sprechstunde
21.30 Drei aktuell
21.45 Magazin
22.30 Blickpunkt Ausland
No. 10 Downing Street (1)
23.15 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.00 Schwarzes Theater
18.55 Fury
19.00 Abendschau
19.50 Formal Film
20.15 heute
21.00 7 aktuell
21.15 Markt(1) und Planung
Verbrauchermagazin mit Zuschu-
erteilung 061 31 / 310 31)

21.45 Zweikampf
Film von Gert Steinheimer

22.10 Jazz am Montagabend
0.00 Nachrichten

BYERN
18.15 Hereinspaziert: Kultur
18.45 Rockshow
19.00 Live aus dem Alabama
Jugendprogramm
19.05 Formal Film
19.50 Freitod von Jugendlichen
20.45 Da geht dem Fisch die Puste aus
Ökologisches Porträt eines Sees
21.30 heute
21.45 Blickpunkt Sport
22.05 Z. E. N.
Zeichnungen von Käthe Kollwitz
22.50 Magazin

→ Bürokommunikation von IBM:

Der neue Reisedienst.

Wenn einer eine Reise tut, dann hat er ein paar Fragen: Wie sind zum Beispiel die Flugverbindungen? Wie steht der Dollar? Über Btx ist das mit einem entsprechenden IBM PC schnell beantwortet. Und die Anmeldung in der New Yorker Zweigstelle wird mit demselben PC per elektronischer Post von der IBM Bürokommunikation erledigt. Denn sie macht aus einem weltweiten Netz für die Datenfernverarbeitung auch ein weltweites Netz für Bürokommunikation.

IBM

13.00 Miki-ZIB
18.10 Bilder aus der Schweiz
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 P. L. K. - Peter Illmanns Treff
20.15 Sport-Zeit
21.15 Zeit im Bild 2
21.55 Kulturjournal
21.45 Rocky II
Amerikanischer Spielfilm (1979)
Mit Sylvester Stallone, Talia Shire

22.40 Kinowelt: Kino
Anschl. Nachrichten

18.05 RNF - Life
18.15 Augenclip
Internationale Pop-Szene

18.55 Hallo RTL
18.55 7 vor 7
19.22 RTL-Spiel
19.30 Das Tot der Pappeln
München

19.10 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Tödliches Versprechen
Französischer Spielfilm (1985)
Mit François Cluzet, Dora Doll, Da-
vid Giardelli
Regie: Eberhard Storek

22.05 RTL-Spiel
22.10 Nachrichten
22.20 Popeye und der Heringdiele
22.25 Open End
Cannes denn Werbung Sünde
sein? - Mit Gert Müller-Gerbes

23.10 Wetter/Horoskop/Bettupplari
23.30 Wallstreet Final

WEST
12.00 Telekolleg
18.30 Sonntagsmagazin
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Lindenstraße
Männerträn
20.45 Deutschland - Frankreich
Über alles
21.15 Was wir sind, werdet ihr sein
Auf einem Waldfriedhof
22.45 Flucht in die Wunder
Von Geksthem und Gurus
Anschl.: Nachrichten

NORD
18.50 Tagesschau
19.00 Taktische Gestalten (2)
Vom Weltkrieg zum Scharf
19.00 Band um das Zartebein
Vergilsmelanchie und Lorbeerkranz
19.14 Jede Nacht hat Pläne
Gelehrten genetischer Vererbung
20.00 Tagesschau
20.15 Fantasy vor der Wahl
Fragen an die Spitzenkandidaten
Telefon: 040 / 56 40 03 bis 05

21.45 Hobbyklub
Fensterkunst aus Biel und Glas
22.30 Das internationale TV-Kochbuch
22.45 Kalle Gunde im Urlaub
Amerikanischer Spielfilm (1972)
Regie: Robert Aldrich
0.30 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sonntagsmagazin

18.05 RNF - Life
18.15 Augenclip
Internationale Pop-Szene

18.55 Hallo RTL
18.55 7 vor 7
19.22 RTL-Spiel
19.30 Das Tot der Pappeln
München

19.10 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Tödliches Versprechen
Französischer Spielfilm (1985)
Mit François Cluzet, Dora Doll, Da-
vid Giardelli
Regie: Eberhard Storek

22.05 RTL-Spiel
22.10 Nachrichten
22.20 Popeye und der Heringdiele
22.25 Open End
Cannes denn Werbung Sünde
sein? - Mit Gert Müller-Gerbes

23.10 Wetter/Horoskop/Bettupplari
23.30 Wallstreet Final

Gegenüber Moskau geht Shultz in die Offensive

Zugeständnisse in der Menschenrechtspolitik gefordert

FRITZ WIRTH, Washington
In zwei bemerkenswert deutlichen und aggressiven Reden hat US-Außenminister Shultz am Wochenende das Thema der sowjetischen Menschenrechtsverletzungen und die Rolle der Syrer in dem verurteilten Bombenanschlag auf eine israelische Passagiermaschine angesprochen. Shultz stellte in der Frage der Menschenrechte ein direktes Junktim zwischen sowjetischen Zugeständnissen und Fortschritten in den übrigen Problembereichen her. Zum geplanten Anschlag auf die israelische Verkehrsflugmaschine im April dieses Jahres in London erklärte Shultz, daß es eindeutig klar sei, daß Syrien in Terroranschläge verwickelt sei. Es ist schlimm, so etwas feststellen zu müssen, sagte Shultz, doch man müsse es als eine Tatsache offen aussprechen. Wenn ein Land derartiges tut, isoliert es sich selbst von der zivilisierten Gesellschaft.

Die USA hatten vor zehn Tagen nach der Verurteilung des überführten Attentäters in London als erste Maßnahme für unbestimmte Zeit ihren Botschafter aus Syrien abgezogen. Shultz gab nun zu erkennen, daß weitere Maßnahmen geplant seien, die „wirksam sind“. Ich kann Ihnen versprechen, daß wir bereit sind, zu handeln, sagte er, ohne Andeutungen zu machen, in welche Richtung sich diese Maßnahmen bewegen werden.

Scharfe Kritik an Syrien

Shultz machte diese Ankündigung kurz vor der Freilassung der in Libanon entführten amerikanischen Geiseln David Jacobson. Man ging in Washington bisher davon aus, daß der Schlüssel zur Freilassung der sieben amerikanischen Geiseln in Libanon bei den Syriern liege, und daß das Schicksal dieser Geiseln bisher scharfe amerikanische Reaktionen auf die Rolle Syriens bei verschiedenen Terroranschlägen der vergangenen Jahre verhindert habe. Shultz' Äußerungen gegenüber Syrien sind die schärfsten, die zu diesem Thema seit Monaten von einem führenden amerikanischen Politiker gemacht wurden.

Kaum: weniger bemerkenswert ist seine scharfe Verurteilung der sowjetischen Menschenrechtspolitik. Die

Reagan-Administration ist damit seit Island zum ersten Mal gegenüber der Sowjetunion wieder in die Offensive gegangen, nachdem sie sich bisher im wesentlichen gegen die sowjetischen Vorwürfe verteidigen mußte, einen Erfolg in Island durch ihr Beharren auf dem SDI-Programm abgeblockt zu haben.

Die Kopplung der Menschenrechtsfrage an Fortschritte in anderen Verhandlungsbereichen, besonders im Abrüstungsbereich, deutet an, daß die Sowjets in der Begegnung zwischen Shultz und Schewardnadse in Wien am Donnerstag dieser Woche ihre Abrüstungspläne nicht so einseitig werden verfolgen können, wie es in Island der Fall war. Shultz gab dem Kreml eindeutig zu verstehen: Ohne eine erhebliche Verbesserung der Menschenrechts-Situation besteht keine Chance, daß der amerikanische Senat ein Rüstungsabkommen absegnen wird.

US-Vorschläge liegen vor

Zugleich jedoch machte Shultz - wie auch Präsident Reagan am Wochenende - klar, daß die Chancen zu einer Abrüstungslösung besser seien als jemals zuvor in den letzten 40 Jahren. Reagan erklärte in seiner wöchentlichen Rundfunksprache, daß man in Island einem historischen Abkommen nahegekommen sei, die strategischen nuklearen Waffen zu reduzieren, und daß die USA nach wie vor bereit seien, darüber zu verhandeln. Während die USA ihre Vorschläge von Island zur weiteren Diskussion bereits in Genf vorgelegt haben, stehen Moskaus noch aus.

Hauptziel der Gespräche von Shultz mit Schewardnadse in Wien wird der Versuch sein, eine Lösung im Bereich der Mittelstreckenraketen von der SDI-Frage abzukoppeln. Zugleich besteht Shultz jedoch darauf, daß eine derartige Lösung von Verhandlungen über massive Reduzierungen der konventionellen Streitkräfte und Waffen des Warschauer Paktes begleitet sein müsse. Insgesamt darf man davon ausgehen, daß die Bedenken und Vorstellungen der europäischen Alliierten in künftigen Mittelstreckenraketen-Diskussionen mit den Sowjets größeres Gewicht haben werden als es beim Island-Gipfel der Fall war.

Als Rau kam, schien den Genossen die Sonne

SPD läutet in Dortmund mit einem großen Deutschlandtreffen ihren Wahlkampf ein / Mehr als 200 000 Besucher

DW, Dortmund
Rund 200 000 Besucher hatte die Polizei bereits gegen 13.00 Uhr gezählt: In der Dortmunder Westfalenhalle eröffnete die SPD mit einem ganztägigen „Deutschlandtreffen“ gestern offiziell ihren Bundestagswahlkampf. Ein sichtlich aufgekratzer Bodo Hombach, Wahlkampfmanager von Kanzlerkandidat Johannes Rau, zog ein erstes Fazit: „SPD-Politiker, die glauben, die SPD habe resigniert und sei kampfmüde, sind durch die Teilnehmer besänftigt worden.“

In den sieben Hallen des Dortmunder Messekomplexes wurden an unzähligen Informationstischen, mit Filmen, Aktionen und Foren die sozialdemokratischen Wahlkampfargumente dargeboten. Kaffee und Kuchen, Kabarett, Spiele und Theater sorgten für die notwendige familiäre Genossenstimmung.

Dabei hatten strömender Regen und das Neue-Heimat-Debakel in den Tagen zuvor für viele schlechte Voraussetzungen gesorgt. Doch als Kandidat Rau im Laufe des Vormittags kam, schien wie auf Bestellung die Sonne. Als er durch die Hallen drängte, wurde er von seiner Popularität fast er-

drückt. Seinem Naturell und seiner Sprache gemäß prangte groß an der Hallenwand der Satz: „Schön, daß Ihr gekommen seid.“

Es war das erwartete Heimspiel für Rau. Vor mehr als einem Jahr hatte ein gleichartiger Probegalopp unter dem Titel „Nordrhein-Westfalen-Tag“ bereits die Einstimmung für den später überlegenen gewonnenen Landtagswahlkampf geliefert. „Mit Johannes Rau auf Platz 1“ stand nun wieder auf Transparenten und Flugblättern - wobei manchen in Erinnerung geraten sein mag, daß bei der letzten Bundestagswahl gerade zwischen Rhein und Ruhr die Genossen entscheidend an Stimmen verloren hatten.

Der Wahlkampf soll vor allem aggressiver sein

„Wie sollte Eurer Meinung nach die SPD bis zum 25. Januar den Wahlkampf führen?“ prangte in roter Schrift die entscheidende Frage an Mitglieder und Anhänger auf dem Boden der Westfalenhalle. Unter der Rubrik „Mir gefällt der Wahlkampf gut“ war kaum ein Kreuz zu entdecken. Aber die Vorübergehenden hat-

ten auf dem Wunschzettel angekreuzt: „Viel aggressiver“, „Viel kreativer“ und „Mehr auf den Bürger zugehen“.

Bei der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen mußte sich Bundesgeschäftsführer Peter Glatz seiner Haut erwehren. „Die SPD hat den stärksten Frauenanteil in ihrer Geschichte. Was hast Du persönlich dafür getan?“ wollte Moderatorin Karin Hempel-Spoos von Glatz wissen. Die Antwort ging im Gelächter unter: „Zu wenig“.

Mehr zu tun, versprach dann aber nicht nur Glatz. Neben Kanzlerkandidat Rau eilte auch der Bonner Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel seit dem Vormittag von Halle zu Halle, um Aufmunterndes an der Basis zu verbreiten. Parteichef Willy Brandt kam erst am Nachmittag zum Familientreffen der Sozialdemokraten, um auf einer Großkundgebung gemeinsam mit Rau und Vogel die Genossen phantastisch auf die heiße Phase des Winterwahlkampfes einzustimmen.

Über die Wirkung des Dortmunder Treffens auf die Parteimitglieder überall in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere in bezug auf die notwendige Motivation, wird man höchstens spekulieren können.

Die Anwesenden brauchten sich zumindest nicht über schlechte Verpflegung zu beklagen: Bei den Jusos wurde heiße Erbsensuppe geschöpft, die Arbeitsgemeinschaft der Frauen lockte mit Kaffee und Kuchen. Und die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen betätigte das Glücksrad. Als Gewinn winkte allerdings niemandem das Kanzleramt, sondern lediglich ein Stück Kuchen.

„Mit diesem Ansturm hat niemand gerechnet“

Daß das Ereignis, bei dem die SPD 600 Künstler auf neun Bühnen und 500 Aktivisten an mehr als 200 Ständen aufbot, medienwirksam in Szene gesetzt wurde, war nicht zu bestreiten. Bodo Hombach, gerade bei allgemeinen Funktionären der Partei trotz des Wahlerfolgs in Nordrhein-Westfalen vom vergangenen Jahr nicht unumstritten, fühlte sich jedenfalls bestätigt: „Mit so einem Ansturm hat niemand gerechnet. 2000 Meter Stellwände in den Hallen, 70 Kilometer Kabel und 20 000 laufende Meter Tapete waren also nicht umsonst herangeschafft worden.“

Neue Offensive der Contras

Schwere Kämpfe in Nicaragua nach Billigung der US-Finanzhilfe

AFF/Prtr, Managua
Im Norden von Nicaragua ist nach den Worten von Staatspräsident Daniel Ortega seit dem 24. Oktober eine Großoffensive der antisandinistischen Rebellen im Gange. Guerrillagruppen der von den USA unterstützten „Demokratischen Streitkräfte Nicaraguas“ (FDN) hätten versucht, von Honduras aus in nicaraguanisches Gebiet einzufallen. Bei fünfjährigen schweren Kämpfen habe es bei der sandinistischen Armee bis zum Ende Oktober bereits 21 Tote und 16 Verwundete gegeben. 80 Contras seien getötet und 40 verwundet worden. In den Kampfgebieten sind nach der Kampfbildung vier auf die Guerrilla-Bekämpfung spezialisierte Sonderbataillone im Einsatz.

Die Contras gaben unterdessen den Abschluß eines nicaraguanischen Hubschraubers bekannt. Dieser Darstellung widersprach aber das Verteidigungsministerium in Managua. Der Helikopter sei nicht abgeschossen worden, sondern bei schlechtem Wetter abgestürzt. Dabei habe es 21 Tote gegeben.

Die Verstärkung der Kampfhandlungen im Norden Nicaraguas erfolgte nur wenige Tage nach der endgültigen Billigung der amerikanischen Finanzhilfe für die Contras in Höhe von 100 Millionen Dollar. Der stellvertretende US-Außenminister für interamerikanische Angelegenheiten, Elliot Abrams, sagte am Wochenende in Montevideo, die Contras würden ihre militärischen Aktionen gegen die Regierung in Managua weiter verstärken, sobald sie die US-Hilfe entgegengenommen hätten. Die Unterstützung werde zu einer Lösung dieses Problems beitragen.

Abrams: „Die einzige Möglichkeit zur Herstellung der Demokratie in Nicaragua und der Befriedung Mittelamerikas besteht im wachsenden militärischen Druck auf Managua.“

„Polen braucht West-Hilfe“

Walesa fordert ein „neues gesellschaftliches Klima“

DW, Bonn
Der polnische Arbeiterführer und Chef der verbotenen politischen Gewerkschaft „Solidarität“, Lech Walesa, hat die Auffassung vertreten, daß es für sein Land ohne westliche Hilfe unmöglich ist, einen Ausweg aus unserer Wirtschaftsmisere zu finden.

In einem Interview mit dem Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ nannte Walesa als eine Voraussetzung für einen Ausweg aus der Misere, daß ein „neues gesellschaftliches Klima“ geschaffen werde, das den Erwartungen der Bevölkerung Rechnung trage.

Jeder Fortschritt in dieser Richtung, so Walesa, würde nicht nur von der polnischen Bevölkerung, sondern auch von der Welt gewürdigt werden.

Das kommende Jahr zwingt die Bevölkerung und die Regierung in Polen zur Suche nach „pragmatischen, pluralistischen Lösungen“. Sonst wird sich nach den Worten des

Friedensnobelpreisträgers von 1983 die „erschreckende wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise“ noch weiter verschärfen. Walesa plädierte daher für einen nationalen Dialog mit der Regierung. Dafür müsse die Opposition jene Barrieren beseitigen, die in der Sicht der Regierung in den vergangenen sechs Jahren einem echten Dialog und einer Verständigung im Wege standen.

„Extreme Meinungsunterschiede“ zwischen Befürwortern von legalen politischen Tätigkeiten und von Untergrundaktivitäten gibt es nach den Worten von Walesa mehr außerhalb der „Solidarität“ als in „unseren Reihen“. Walesa: „Das bedeutet natürlich nicht, daß wir uns alle einig sind.“

Er finde es gut, wenn verschiedene Wege zum selben Ziel „abgewogen“ würden. So müsse es auch in einer „politisch reifen Gesellschaft sein, wie es die polnische ist.“

Khadhafi bietet Palästinensern neue Basis an

AFF, Washington

Libyen hat seine Hilfe nach Angaben von Staatschef Khadhafi nach dem amerikanischen Luftangriff auf Tripolis und Benghazi „für alle Befreiungsbewegungen in der Welt verdoppelt“. In einem in der jüngsten Ausgabe der US-Wochenzeitschrift „U.S. News and World Report“ veröffentlichten Interview erklärte Khadhafi weiter, diese Hilfe werde fortgesetzt, selbst wenn die Vereinigten Staaten uns mit Atombomben angreifen. „Zugleich lud er die Palästinenser ein, sich des Landes als Ausgangsbasis für ihre Operationen zu bedienen.“

Der libysche Revolutionsführer zeigt sich erobert darüber, daß das amerikanische Volk „Präsident Reagan und seine Bande nicht für den Desinformationskandidat verantwortlich“ habe, der den Watergate-Skandal weit übertrieb. Khadhafi spielte dabei auf die Enthüllungen der „Washington Post“ an, nach denen die amerikanische Regierung im vergangenen Sommer bewußt falsche Informationen verbreitet habe, daß Libyen terroristische Anschläge gegen den Westen vorbereite. Dazu gehörten auch Meldungen über seine angebliche „Niedererschlagenheit“ nach dem US-Angriff, sagte Khadhafi.

Weddye in Tripolis schwer verletzt

dpa, Paris

Der frühere Präsident der afrikanischen Republik Tschad, Goukouni Weddye, ist nach Angaben von Vertrauten durch Schüsse in der libyschen Hauptstadt Tripolis lebensgefährlich verletzt worden. Der Präsident der im Tschad gestürzten Nationalen Übergangsregierung, der sich erst vor zwei Wochen im Radio über den von Libyens Staatschef über ihn verhängten Hausarrest beklagt hatte, sollte am Donnerstagabend von libyschen Soldaten zu einem Gespräch zu Khadhafi gebracht werden.

Als sich Weddye und zahlreiche Begleiter wehrten, kam es zu einer Schießerei, berichtete sein Kabinettschef Kailan Ahmet am Wochenende in Paris. Dabei wurden nach Ahmets Angaben vier Leibwächter und zwei Libyer getötet. Weddye sei schwer verletzt worden. „Ob er überhaupt noch am Leben ist, kann ich nicht sagen“, versicherte Ahmet. Nach seinen Angaben wurden außerdem 55 Personen, die Weddye politisch nahestanden, festgenommen.

Irland: Ändert Sinn Fein den Kurs?

AP, Dublin

Gerry Adams, der Präsident der Sinn Fein, des politischen Arms der verbotenen Untergrundorganisation Irish-Republican-Armee (IRA), hat die Partei zu einem Kurswechsel aufgefordert. Auf dem Jahreskongreß der Sinn Fein in der irischen Hauptstadt Dublin sprach sich Adams am Wochenende für eine Beendigung des Boykotts des Parlaments durch Sinn-Fein-Abgeordnete aus. Die Sinn Fein müsse aus der Isolation austreten, rief der Präsident aus. Die Zeit für einen Wandel sei gekommen.

War Pilot von Machel betrunken?

dpa/AFF, Johannesburg

Der Flugzeugabsturz in Südafrika, bei dem am 19. Oktober Mozambiques Präsident Machel und 33 Begleiter ums Leben gekommen waren, ist nach Angaben des südafrikanischen Außenministers Botha unter anderem auf veraltete Technik der sowjetischen Maschine und auf Fehlverhalten der sowjetischen Besatzung zurückzuführen. Botha erklärte, mindestens zwei Mann der fünfköpfigen Besatzung hätten bei dem Unfall unter Alkoholeinfluss gestanden. Zu Vorwürfen, daß Pretoria für den Absturz verantwortlich sei, sagte er: „Es gibt keinen Hinweis auf eine Explosion oder sonstige anormale Vorkommnisse, solange die Maschine in der Luft war.“

Bei Unruhen in Pakistan 20 Tote

AFF, Islamabad

Mehrere Abgeordnete des pakistanischen Parlaments haben gestern in Islamabad die Absetzung der „unfähigen“ Provinzregierung von Sind verlangt, nachdem es den Behörden dort nicht gelungen war, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Sie forderten die sofortige Einsetzung des Bundesrechts in der Provinz und verwiesen auf die verfassungsmäßige Verantwortung der Bundesregierung für die Sicherheit in einem solchen Fall. Bei gewalttätigen Ausschreitungen zwischen verfeindeten Bevölkerungsgruppen, eingewanderten Pakistanern und den aus Sind stammenden Mujahir, waren in Karatschi und Hyderabad am Wochenende mindestens 20 Menschen ums Leben gekommen.

Wahlkampf finale mit harten Bandagen

FRITZ WIRTH, Washington

Zwischen Kalifornien und New York hat am Wochenende das große Wahl-Crescendo begonnen. Die Kandidaten werfen ihre Reserven ins Gefecht, und Schauplatz und Schlachtfeld dieses letzten großen Paukenschlags sind die Fernsehschirme der Nation. Ein Hagel von Polit-Commercials prasselt auf die Bürger nieder, lange nicht alle von ihnen fair und nur wenige politisch erhellend. Viele Kandidaten beschäftigen sich mehr mit ihren Gegnern als mit ihren eigenen Wahlprogrammen.

Es ist das Ende eines nicht unbedingt erinnerungswürdigen, aber dennoch mit neuen Rekorden gesegneten Kongreß-Wahlkampfes. Es ist der teuerste in der Geschichte dieser Wahlen und zugleich der Fernsehintensivste. Die Erfolgsquote dieser Strategie der elektronischen Botschaften scheint nach allen bisherigen Voraussagen jedoch beklagenswert: Diese Botschaften sind beim Wähler offenbar nicht angekommen. Man erwartet eine der niedrigsten Wahlbeteiligungen in der Geschichte der Kongreßwahlen. Das bisherige Tief in diesem Jahrhundert lag bei 37,5 Prozent.

Appell zum Urnengang

Bisher profitierten in der Regel die Republikaner von niedrigen Wahlbeteiligungen. Die Strategien im republikanischen Wahlhauptquartier fürchten in diesem Jahr jedoch, daß sie die Leidtragenden dieses Verweigerungsstrends der Wähler sein werden. Und so überredeten sie Präsident Reagan kürzlich, eine seiner wichtigsten Rundfunkansprachen ausschließlich einem Appell zu widmen, zur Urne zu gehen.

Die strapazierten Wähler haben in einigen Staaten bis zu 20 verschiedene Stimmen abzugeben. Im Mittel-

punkt des Interesses jedoch steht eindeutig der Kampf um den Senat. Die Republikaner beherrschen ihn im Augenblick noch mit einer Mehrheit von 53 gegen 47 Stimmen. 34 der 100 Senatssitze stehen am kommenden Dienstag zur Wahl. 22 von ihnen gehörten bisher den Republikanern, zwölf den Demokraten. Die Demokraten müssen am Dienstag mindestens vier Senatssitze von den Republikanern gewinnen, um die Mehrheit im Senat zurückzuerobieren.

Die letzten Meinungsumfragen prophezeien - mit vielen Vorbehalten -, daß dies gelingen kann. Sie sagen als sicher eine Niederlage der Republikaner in Maryland voraus, dem Sitz, der bisher dem Republikaner Charles Mathias gehörte, und als wahrscheinlich einen Einbruch der Republikaner in Florida. Vier weitere republikanische Senatssitze - in Idaho, Nevada, North Carolina und North Dakota - gelten als stark gefährdet, während nur zwei demokratische Sitze - Missouri und Colorado - voraussichtlich an die Republikaner verloren gehen.

Das wäre ein Reingewinn von vier Sitzen, die den Demokraten zur Senats-Mehrheit genügen würden. Gelingt es den Republikanern jedoch, den Demokraten nur noch einen weiteren Sitz abzunehmen, wäre bereits ihre Mehrheit im Senat gesichert, denn bei dieser Patzsituation von 50 zu 50 Stimmen würde die Stimme des Vizepräsidenten Bush den Ausschlag zugunsten der Republikaner geben.

Um diesen einen Sitz ist in den letzten Tagen die große Schlacht zwischen beiden Parteien entbrannt. Es ist der Senatssitz des Demokraten Alan Cranston in Kalifornien. Sein Gegner Ed Zschau lag vor 14 Tagen in den Meinungsumfragen noch elf Punkte hinter Cranston. Am Wochenende jedoch war er bis auf einen Punkt an Cranston herangekommen.

Präsident Reagan widmete deshalb seine letzten Wahlenergien diesem möglicherweise entscheidenden Duell und attackierte Cranston in Anaheim scharf und rücksichtslos als jeden anderen demokratischen Kandidaten in diesem Wahlkampf.

Er nannte Cranston einen „Architekten des amerikanischen militärischen Niedergangs im letzten Jahrzehnt“. Er sei stets skeptisch oder manchmal sogar strikt dagegen, wenn es darum gehe, mit starken Maßnahmen die Sicherheit der Nation zu schützen. Sollte Cranston am Dienstag tatsächlich seinen Sitz verlieren, wäre es eine der größten Überraschungen dieser Wahl.

Trost für Republikaner

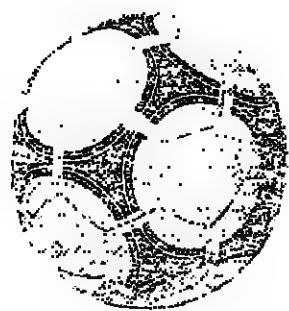
Die übrigen Wahlgänge stehen deutlich im Schatten der Schlacht um die Senats-Mehrheit. Im Kampf um die Mehrheit im Repräsentantenhaus sind die Siegchancen der Republikaner praktisch gleich Null. Die Mehrheit der Demokraten beträgt im Augenblick 253 zu 182 Stimmen. Nach einer alten Faustregel sind die Wahlschancen einer Regierungspartei im sechsten Amtsjahr ihres Präsidenten im Kampf um diese Kammer besonders schlecht. Sie verlieren im Durchschnitt bei den Wahlen unter diesen Umständen 41 Sitze. Der Trost der Republikaner: Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß sie am Dienstag nur zehn Sitze in dieser Kammer an die Demokraten verlieren, was man bei den Republikanern bereits als einen Erfolg werten würde.

Gut dagegen sind ihre Erfolgschancen bei den Gouverneurswahlen. Von den 50 Gouverneursämtern stehen am Dienstag 36 zur Wahl, von denen 27 den Demokraten gehören. Die Republikaner glauben, sie können den Demokraten zehn dieser Gouverneursämter wegnehmen.

Der neue Verteidiger.

Das Firmenteam tritt heute in einem schweren Fußballspiel an. Alle sind gespannt, was sich der Trainer einfallen läßt. Gerade hat er die Mannschaftsaufstellung mit den Programmen für die IBM Bürokommunikation verschickt, und der Rechtsanwalt des Unternehmens erfährt an seinem Bildschirm zum Beispiel, daß er als Verteidiger spielt. Ob das nur ein Zufall ist? Mehr Information über das neue Büro bitte telefonisch zum Ortstarif bei Hallo IBM 01 30-45 67 anfordern.

IBM

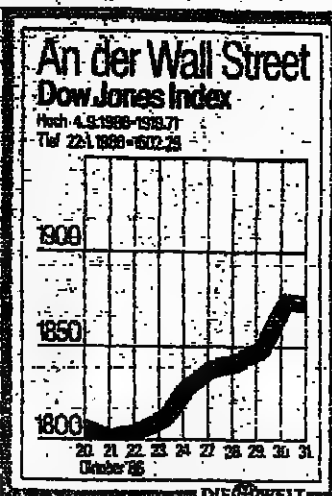


مكتبة ابن بطوطة

Nächste Woche geht's weiter.

Montag, 3. November 1986
Nr. 456

FÜR DEN ANLEGER



Währung: In einer gemeinsamen Erklärung haben sich die USA und Japan zu enger Zusammenarbeit am Devisenmarkt, bei der Sicherung von weltweitem Wirtschaftswachstum und beim Abbau von Handelsungleichgewichten verpflichtet. Dies ist nach Auffassung von Fred Bergsten, Direktor des Institute for International Economics, der erste Schritt zur Errichtung von Zielzonen für Wechselkurse. (S. 14)

Bundesbank: Heute wird eine Repräsentanz in New York eröffnet; eine weitere Vertretung wird in Kürze in Tokio eingerichtet.

Reutenmarkt: Nach der Dollar-Befestigung am Freitag laute die Erholung, die zur Wochenmitte eingesetzt hatte, schnell wieder ab. (S. 14)

Japan: Nach der Diskontsenkung haben sich die Geschäftsbanken des Landes vorläufig dazu entschlossen, ihre kurzfristige Prime Rate auf 3,75 (4,125) Prozent zu senken. Ein formeller Entschluss werde gefasst, sobald die Zinsen für Bank- und Postsparkassenguthaben neu festgesetzt werden.

Italien: Viele Banken bleiben heute wegen eines eintägigen landesweiten Streiks geschlossen.

WELTWIRTSCHAFT

VW: Im Werk bei Sao Paulo ist am Wochenende der letzte in Brasilien produzierte VW-Käfer vom Band gelaufen. Das erfolgreichste Auto aller Zeiten wird jetzt nur noch in Mexiko gebaut. In der Bundesrepublik war die Produktion schon 1978 eingestellt worden.

USA: Die Auftragslage der

Industrie sind im September im Vergleich zum Vormonat um 3,4 Prozent gestiegen; bei den Verbrauchsgütern ergab sich sogar ein Plus von fünf Prozent. Wie das Handelsministerium mitteilt, war dies die höchste Steigerungsrate seit November 1984 (plus 4,4 Prozent). Im August war die Rate nach revidierten Angaben um 0,9 Prozent gefallen.

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Kapazitäten: Eine höhere Auslastung in den konsumabhängigen Industriezweigen hat das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in München festgestellt. Im verarbeitenden Gewerbe waren die Produktionsanlagen im September zu 85,2 (Juni: 84,8) Prozent beschäftigt. Damit wurde fast der Höchststand von Ende 1985 (85,3) erreicht.

Loewe Opta: Das Unternehmen wird für Mitsubishi Electric Europe Tischtennis der Luxusklasse mit Stereotone und Videotext herstellen. Beide Firmen haben ein Abkommen zur Kooperation

beim Bau von Farbfernsehern geschlossen.

Polareid: Das Unternehmen meldet einen beachtlichen Aufschwung bei der Sofortbild-Fotografie. Der weltweite Umsatz sei im dritten Quartal 1986 um 32 Prozent auf 396,2 Mill. Dollar gestiegen.

Fiat: Die in der Biomedizin tätige Tochter Sorin Biomedica will auf dem US-Markt stärker Fuß fassen. Zu diesem Zweck wurden 53,8 Prozent der Aktien der US-Gesellschaft Clinical Sciences Inc. aufgekauft.

MÄRKTE & POLITIK

Hypotheken: Bauen ist von der Finanzierungsseite her zur Zeit sehr günstig. Billiger als die Hypothekenbanken aber sind die Lebensversicherer. (S. 14)

Nachschubverbot: Einen salomonischen Kompromiss hat die Gewerkschaft Stuttgart mit den baden-württembergischen Großbetriebsräten geschlossen. Sie wollen sich von 1988 an an die gesetzlichen Vorschriften halten. (S. 17)

Zahlungsmittel: Im dritten Quartal hat es in der deutschen Wirtschaft nach Beobachtungen der Wirtschaftsausschüsse "Schmelzpfang" eine Besserung gegeben. Besonders der Einzelhandel zeichnete sich durch gute Zahlungsdisciplin aus. (S. 14)

„Weißes Ware“: Der Handelskonzern Spar will das Angebot streichen. Das Handelsmarken-Sortiment soll erweitert werden. (S. 14)

Getränkemarkt: Der Staat sollte sich beim Problem Abfallaufkommen nicht einseitig auf die Getränkeverpackung konzentrieren, stellt das Münchner Ifo-Institut fest. (S. 17)

EG: Der Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments hat sich nach dreitägigen Beratungen in Brüssel nicht auf das Budget für 1987 zu einigen vermocht. Streitpunkt waren vor allem die Agrarsubventionen. Der Ausschuss will am 10. November in Straßburg erneut zusammentreten.

NAMEN



Blohm + Voss: Der langjährige Vorstandsvorsitzende der Werft, Dr. Michael Budzies, wird mit Wirkung vom 1. November durch

den Spitzenmanager des Mehrheitsaktionärs Thyssen AG, Dr.-Ing. Werner Bartels (Foto), abgelöst. Bartels soll seine Funktionen als Vorstandsvorsitzender der Thyssen Industrie AG und Mitglied des Vorstands der Thyssen AG Duisburg unverändert beibehalten. Bartels war schon in den siebziger Jahren Chef der größten deutschen Werft und Vorgänger von Budzies.

WER SAGT'S DENN?

Denken ist die schwerste Arbeit, es gibt. Das ist wahrscheinlich auch der Grund, daß sich so wenig Leute damit beschäftigen. Henry Ford

Dem deutschen Maschinenbau fällt die Wiederbelebung schwer

Verbandschef Paetzold zur WELT: Die Chancen für eine Erholung sind zu gering

JOACHIM WEBER, Hamburg
„Technisch ist der deutsche Maschinenbau im Augenblick auf dem richtigen Weg. Was jetzt wieder auf uns zukommt, das sind die Probleme an der Außenfront, zum Beispiel die wachsende Neigung zum Protektionismus in wichtigen Abnehmerländern“. Dies erklärte der neugewählte Präsident des Verbands Deutscher Maschinenbau (VDMA), Frank Paetzold, in einem Gespräch mit der WELT. Gerade den Maschinenbauern bereiten die Finanz- und Verschuldungsprobleme in den Kundenländern, aber auch Entwicklungen wie die „transatlantische Diskussion“ über richtige Rezepturen zur Stärkung der Konjunktur, einige Sorgen.

Dabei geht es nicht nur um die finanzielle oder auch politische Einengung der Absatzmärkte: „Wenn die Verfügbarkeit von Finanzmitteln für US-Unternehmen auf steuerlichem Wege erhöht wird, dann müssen wir das auch etwas tun, um wettbewerbsfähig zu bleiben“, fordert Paetzold. VDMA-Hauptgeschäftsführer Justus Fürstenau sekundiert: „Die Steuerreform muß schnell kommen und Akzente bei der Unternehmensbesteuerung setzen“.

Denn hier drückt den Maschinenbau nicht nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten der Schuh. Die stark mittelständische Branche (vier von fünf Unternehmen zählen weniger als 200 Beschäftigte) ist aus der Inflation der Soziallasten in den siebziger Jahren und dem Konjunktural zu Beginn der achtziger besonders gebeutelt hervorgegangen.

Als reiner Investitionsgüterhersteller war sie von der Investitionszurückhaltung im Gefolge schlechter Ertragsaussichten besonders betroffen. Ihre Nettoumsatzrenditen, Anfang der siebziger Jahre noch bei drei Prozent, waren bis 1980 auf rund ein Prozent zurückgegangen – mit entsprechenden Folgen für die Eigenkapitalausstattung.

Nach Paetzolds Ansicht haben die Unternehmen nach vier Jahren stetiger Wiederbelebung bis heute viel zu geringe Chancen, sich davon zu erholen, zumal es inzwischen auch schon wieder andere Erfordernisse gibt: „Es schmerzt schon, zu sehen, daß einem Unternehmen, selbst wenn es wirklich gutes Geld verdient, nach Steuern ganze 30 Prozent davon für die Expansion verbleiben“.

Auch die Möglichkeiten der Kapitalbeschaffung für mittelständische Unternehmen gehören darum zu den Problemkreisen, mit denen sich der VDMA in Zukunft verstärkt auseinandersetzen soll. Zudem gilt es, Begleitscheinungen der intensiven Wachstumsarbeit der vergangenen vier Jahre in den Griff zu bekommen.

Übernahme-Gerüchte um den Hapag-Lloyd-Konzern

Werden Veba und Bayer eine Schachtel übernehmen?

JAN BRECH, Hamburg
Seit langem ist bekannt, daß die beiden Großbanken Dresdner Bank und Deutsche Bank, die jeweils 40 Prozent des Grundkapitals von 120 Millionen DM an Hapag-Lloyd halten, nach neuen Partnern suchen, denen mindestens die Hälfte des Kapitals verkauft werden soll. Als Preis sind 150 bis 180 Mill. DM im Gespräch. Angestrebt wird eine „industrielle Lösung“ mit verschiedenen Partnern aus der Industrie und der verarbeitenden Wirtschaft.

Die federführenden Verhandlungspartner bei Hapag-Lloyd, Christoph von der Decken (AR-Vorsitzender und Vertreter der Dresdner Bank) sowie Eckart van Hoesen (Stellvertreter der AR-Vorsitzenden von der Deutschen Bank), sind diesem Vorhaben offenbar ein wesentliches Stück nähergekommen.

Dem Vernehmen nach liegen konkrete Angebote von Veba, aber auch dem Bayer-Konzern vor, jeweils 12,5 Prozent zu übernehmen. Ein Veba-Sprecher zur WELT: „Wir sind an einer Beteiligung von unter 25 Prozent interessiert“. Ob es noch weitere Angebote von anderen Unternehmen gibt, ist bislang nicht bekannt. Daß die Luftfransa, ebenso wie die Deutsche Bundesbahn, „Wunschkandidaten“ als Aktionäre bei Hapag-Lloyd sind, haben die Banken mehrfach bestätigt.

Bislang waren diese Pläne aber an politischen Einflüssen gescheitert. Entgegen den Meldungen vom Wochenende ist über die vorliegenden Absichtserklärungen offenbar noch nicht endgültig entschieden worden. Dies könnte damit zusammenhängen, daß inzwischen auch Oetker Interesse an einer Mehrheit bei Hapag-Lloyd bekundet haben soll. Dem Vernehmen nach liegt ein konkretes Angebot aus Bielefeld vor. Oetker gehört mit der Hamburg-Süd die zweitgrößte deutsche Linien-Reederei.

US-Konjunktur beflügelt Wall Street

Börsianer richten den Blick auf die Kongreßwahlen – Ruhe zum Wochenschluß

G. BRÜGGEMANN, New York
Das Geschehen an Wall Street in der abgelaufenen Woche ließ das Herz fast aller Börsianer höher schlagen. Die Kurse stiegen bei hohen Umsätzen auf breiter Front. Daß zum Wochenschluß Gewinnmitnahmen den Kursanstieg bremsen, war zu erwarten und wurde nur als Schönheitsfehler empfunden. Der Dow-Jones-Index stieg im Wochenvergleich um 45,65 auf 1877,81 Punkte. Auch die breiter angelegten Indices der NYSE und von Standard & Poors waren mit 140,42 (plus 3,16) und 243,98 (plus 5,72) deutlich höher.

Dennoch zeigte der Wochenverlauf zwei unterschiedliche Höhen. Wenn in den ersten Tagen der Woche vor allem jene Papiere die Phantasie der Anleger beflügelten, die tatsächlich oder auch nur in Gerüchten mit Übernahmen in Verbindung gebracht werden konnten, bestimmten von Donnerstag an volkswirtschaftliche Daten das Geschehen.

An diesem Tag wurde eine Reihe von Fakten bekannt, die auf eine schnellere Gangart der US-Wirtschaft regten nicht mehr an. Dafür mischte sich in das Verhalten der Börsianer ein neuer Faktor, der die Gewinnmitnahmen vom Freitag als etwas mehr als nur die Reaktion auf den vorhergegangenen Kursanstieg erscheinen läßt. An der Wall Street richtete man den Blick auf den morgigen Tag der Kongreßwahlen. Sollte der Wahlausgang die Position des Präsidenten stärken, ist mit einem neuen erheblichen Kursanstieg zu rechnen. Sollten indes die Demokraten das Vertrauen der Wähler gewinnen, würde das an Wall Street mit einiger Beunruhigung aufgenommen werden.

Zum Wochenschluß freilich gingen den Börsianern der Atem ein wenig aus. Die Diskontsenkung der Japaner blieb ohne Wirkung, weil sie weitgehend vorweggenommen worden war. Aber auch andere, wenn auch nur

mäßig positive Daten für die US-Wirtschaft regten nicht mehr an.

Darüber hinaus hat sich wieder einmal nicht viel bewegt. Die Indizes weisen entsprechend nur leichte Schwankungen auf. Gegenüber Ende September erhöhte sich der englische Reuter Index um 50 auf 1595,4 Punkte, der auf New Yorker Notierungen basierende Moody's Index gewann im Monatsverlauf 3,8 Punkte und stieg auf 916 Punkte.

PC auf dem Acker

Mk. - Verwunderlich ist das nicht, was der Landesverband des Niedersächsischen Landvolkes jetzt veröffentlicht hat. Danach sei „der Siegeszug des Computers“ auch in der Landwirtschaft kaum aufzuhalten. Personalcomputer würden selbst für kleinere Höfe interessant. Warum soll es in diesem Bereich auch anders sein?

Auch wenn das Image dem teilweise nicht entspricht, die Landwirtschaft ist keineswegs technologiefreudig. Im Gegenteil. Es wird sogar häufig über eine Übermechanisierung geklagt. Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) hat durch den Einsatz des Computers eine Zeitersparnis von bis zu 80 Prozent gegenüber der herkömmlichen handschriftlichen Aufzeichnung zum Beispiel in der Sauenhaltung ermittelt.

Buchführungspflicht für die Bauern: Mit detaillierten Angaben lassen sich Forderungen mit mehr Nachdruck untermauern.

Mißtrauen

SZ. – Das Börsendebüt von IVG und Schneider hat manche Anleger nachdenklich gestimmt. Warum bewilligt die Börse für Schneider einen Aufschlag von 32 Prozent auf den Emissionskurs und für IVG lediglich von zwei Prozent? Dies kann weder mit der Börsenlage, noch mit dem Zeichnungskurs oder unterschiedlicher Marktbeurteilung begründet werden. Viel näher liegt die Vermutung, daß die Anleger ganz generell Konglomeraten wie der IVG weniger zugetan sind als Unternehmen, die nur einer Branche angehören. Neben nicht gerade ermutigenden Erläuterungen mit stark diversifizierten Unternehmen dürfte eine Rolle spielen, daß es für einen Anleger oft schwierig ist, sich eine Meinung über die unterschiedlichen Tätigkeitsbereiche und deren Erfolgsaussichten zu bilden. Im übrigen mißtraut man einer Unternehmensphilosophie, die darauf ausgerichtet ist, durch Diversifikation das Risiko zu streuen.

Nur wenig Bewegung

Von KAREN SÖHLER

Zwischen Lachen und Weinen – so ist die Situation an den Rohstoffmärkten schon hinreichend beschrieben. Während die Verbraucher sich über den günstigen Einkauf freuen, beklagen die Produzenten seit Monaten die niedrigen Entgelte. Stimmt die Vorausschau des Hamburger Instituts für Wirtschaftsforschung, wird sich an dieser Konstellation auch im nächsten Jahr nicht viel ändern. Dann werden die Preise weiter auf niedrigem Niveau hin und her pendeln, ohne größere Ausschläge.

Denn dem Kautschuk-Rat gehen langsam die Mittel aus, um den Preis durch Stützungskäufe weiterhin zu stabilisieren. Außerdem ist das Fassungsvermögen des Ausgleichs- oder Regulierungslagers nahezu erreicht.

Würde in einem neuen Abkommen weder der Bufferstock erweitert, noch erhielte die Organisation neues Geld, wären ihre Handlungsmöglichkeiten in Zukunft sehr eingeschränkt. Diese Vorstellung lehnen die Produzenten ab. Malaysia, Indonesien und Thailand, auf die rund 85 Prozent der Kautschukproduktion entfallen, pochen auf eine starke Lenkung des Marktes. Das bedeutet aber, daß der Kautschuk-Rat für seine Stützungskäufe in Zukunft Kredite aufnehmen müßte, die ungenutzten Vorräte speisten sich. Der Fehler, den der Zinn-Rat beging, wiederholte sich also.

Denn es ist kaum anzunehmen, daß sich der Verbrauch von Naturkautschuk in Zukunft erhöht. Der synthetische lief dem Naturkautschuk schon vor Jahren den Rang ab. Inzwischen wird in der Industrie weltweit zu etwa 70 Prozent künstlicher und nur noch zu 30 Prozent Naturkautschuk verwendet.

Angesichts dieser Entwicklung wird die Nachfrage das Angebot noch lange unterschreiten. Deshalb wirken zwei weitere Forderungen der Produzentenländer ausgesprochen unklar. Sie wollen den Mittelpreis, an dem sich die erlaubten Preisschwankungen orientieren, um mehr als 30 Prozent erhöhen. Interventionen würden häufiger als jetzt notwendig, da der künstlich geschaffene Preis noch stärker von einem durch Nachfrage und Angebot entstandenen Preis abweichen. Zusätzlich verlangt vor allem Malaysia, der größte Hersteller, daß der Richtpreis nicht mehr zur Hälfte in Malaysia- und Singapur-Währung ausgedrückt wird, sondern ausschließlich in malaysischen Ringgit. Dadurch ergäbe sich zusätzlich eine Erhöhung, weil die malaysische Währung höher bewertet ist als der Singapur-Dollar.

Sinn machten diese Forderungen nur, wenn die Produzenten das Angebot erheblich verknäpften. Doch davon kann nicht die Rede sein. Thailand und Indonesien erhöhen sogar ihre Produktion, um die Verluste bei Zinn und Erdöl auszugleichen. Angesichts dieser Widersprüche haben die Mitglieder des internationalen Kautschukabkommens noch einen langen Weg vor sich, bis sie zu einer neuen Regelung finden.

Überdurchschnittliche Verluste mußte Erdöl hinnehmen – knapp 9 Prozent. Gefüllte Lager, eine Produktion, die den Bedarf übersteigt und anhaltende Zwietracht in der Organisation erdöllexportierender Staaten (Opec) führten zu dieser Abwärtsbewegung. Die Ablösung des saudiarabischen Ölministers Jamani Ende letzter Woche jedoch könnte den Weg für leicht steigende Ölpreise geebnet haben.

Darüber hinaus hat sich wieder einmal nicht viel bewegt. Die Indizes weisen entsprechend nur leichte Schwankungen auf. Gegenüber Ende September erhöhte sich der englische Reuter Index um 50 auf 1595,4 Punkte, der auf New Yorker Notierungen basierende Moody's Index gewann im Monatsverlauf 3,8 Punkte und stieg auf 916 Punkte.

Dennoch: Völlig ereignislos verlief der Oktober nicht. In Genf wurde wieder einmal über die Verlängerung des internationalen Kautschukabkommens verhandelt. Das alte von 1978 läuft zwar erst im Herbst 1987 aus. Da aber das Beitritts- und Ratifikationsverfahren Zeit raubt, sollte eine Einigung möglichst bald erreicht werden.

Die Scherereien mit Zinn hat jedoch die Industrieländer das Fürchten gelehrt. Solch ein Debakel wollen sie nicht noch einmal erleben. Deshalb wehren sich die Verbraucherländer, wobei die Europäische Gemeinschaft mit einem Anteil von 23,3 Prozent und die Vereinigten Staaten mit einem Anteil von 24,8 Prozent an der Gesamtimporten das größte Gewicht mitbringen. Gegen künstlich hochgehaltene Preise. Sie sind bemüht, eine Regulierung weitgehend den Marktmechanismen zu überlassen.

DIE SAUBERSTEN KOHLEKRAFTWERKE DER WELT

Deutsche Steinkohlenkraftwerke erfüllen die strengsten Umweltschutzaufgaben der Welt. Und nicht nur die neu gebauten Kraftwerke arbeiten sauber. Die älteren

Anlagen werden umgerüstet, schneller als vorgeschrieben, so schnell wie möglich. SICHER UND SAUBER.



Auf gleicher Wellenlänge?

Japan und USA wollen Wirtschaftspolitik abstimmen

Washington. Das Übereinkommen zwischen der amerikanischen und der japanischen Regierung über eine abgestimmte Wirtschaftspolitik, das am Freitag nachmittags gleichzeitig in Tokio und Washington bekanntgegeben wurde, ist in der US-Bundeshauptstadt unterschiedlich aufgenommen worden. Während Finanzminister James Baker, der das Übereinkommen mit seinem japanischen Kollegen Kiichi Miyazawa ausgehandelt hat, darin eine Möglichkeit sieht, den Weltmarkt zu stabilisieren und die Ungleichge-

erste Auswirkung die überraschende Diskontsenkung der japanischen Zentralbank angesehen wird, hat das Ziel, die Wirtschaft der Länder auf eine gleiche Wellenlänge zu bringen. Um das zu erreichen, haben die Japaner zugesagt, neben der Diskontsenkung weitere stimulierende Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Wirtschaft anzuheben. Dazu soll eine umfassende Steuerreform gehören. Außerdem will die Regierung in Tokio die öffentlichen Ausgaben um weitere 3,4 Milliarden Dollar erhöhen.

Als Gegenleistung haben die Amerikaner zugesagt, ihre Bemühungen um eine weitere Abwertung des Dollars aufzugeben. Der Dollar ist zur Zeit mit 160 Yen mit rund 40 Prozent geringer bewertet als vor reichlich einem Jahr, als er noch bei 240 Yen stand. Wie aus dem Finanzministerium in Washington zu hören ist, geht man davon aus, daß der Wechselkurs zum Teil im wesentlichen der wirtschaftlichen Lage entspricht.

In der Treasury wird angedeutet, man habe sich zumindest, was den Dollar und den Yen angeht, auf eine Zielzone verständigt. Dies bedeutet eine beachtliche Veränderung der amerikanischen Position zu diesem Thema. Die Festlegung von Zielzonen in der Größenordnung der gegenwärtigen Wechselkurse bedeutet nach Ansicht von Sachverständigen, daß die USA offenbar willens seien, auf absehbare Zeit ein größeres Handelsbilanzdefizit gegenüber Japan hinzunehmen. In Washington wird jetzt allgemein angenommen, daß sich die Aufmerksamkeit der Regierung nun wieder der Bundesrepublik zuwenden wird.

Weitere Wirtschaftsnachrichten auf der Seite 17

wichte der Handelsströme ein wenig auszugleichen, sehen die japanischen Politiker der oppositionellen Demokraten darin ein Manöver der Regierung, das auf die Kongresswahlen abzielt. Sie bezweifeln, daß es nachhaltige Wirkung auf die US-Wirtschaft haben wird.

Das Übereinkommen, als dessen Anzeiger

Nutzen Sie die BERUFS-WELT für Ihre berufliche Zukunft!

Interessante Berufs-Angebote finden Sie jeden Samstag in der BERUFS-WELT, dem großen überregionalen Stellenverzeichnis der WELT für Fach- und Führungskräfte.

DIE WELT

Bauimpulse durch niedrige Zinsen

Lebensversicherer machen derzeit die günstigsten Angebote - Gut ein Prozent billiger

HARALD POSNY, Düsseldorf. Der Bau von Eigenheimen und Eigentumswohnungen ist von seiner Finanzierung her zur Zeit so günstig wie seit Jahren nicht mehr. Das gilt nicht so sehr für Darlehen von Hypothekenbanken, wohl aber für Hypothekendarlehen in Verbindung mit dem Abschluß einer Lebensversicherung. Während die Hypothekenbanken in den letzten Monaten ihre Zinsen im Neugeschäft kontinuierlich angehoben haben, sind die aktuellen erstellten Hypothekenzinsen bei den deutschen Lebensversicherern ganz überwiegend auf ihrem schon niedrigen Stand geblieben. Traditionell liegen die Zinsen der Versicherer stets um einen Prozentpunkt unter denen der Mitbewerber am Hypothekenmarkt.

Von den Hypothekenbanken wird die Erhöhung ihrer Zinssätze mit der Entwicklung des deutschen Kapitalmarktes begründet, auf dem sie sich refinanzieren müssen. Die Versicherungen, die sich auf einen langfristigen Zufluß von Beiträgen verlassen können, weil die den Darlehensvertrag mit dem Abschluß einer Lebensversicherung koppeln, sind damit nicht in derlei Refinanzierungsnot.

Daneben befinden sich Versicherer mit anderen Finanzierern natürlich im Wettbewerb um den Kunden. Schließlich läßt sich auch das Hypothekengeschäft bei den Versicherern

regulieren. Läuft das Neugeschäft nicht so gut, senkt man den Zins oder hält ihn, während die Wettbewerber aus dem Bankbereich in jedem Fall erhöhen müssen.

Die wohl günstigsten Angebote auf dem Versicherungsmarkt machen derzeit die Barmenia und die Univera. Die Barmenia offeriert bei einer in Niedrigzinszeiten in jedem Fall vorzuziehenden Festlaufzeit von 10 Jahren einen Nominalzins von 6,5 Prozent und einen Auszahlungskurs von 99 Prozent. Das ergibt, bezogen auf die Festschreibungszeit, einen effektiven Jahreszins von 6,88 Prozent. Noch günstiger ist der effektive Jahreszins von 5,5 Prozent bei einer Auszahlung von 92 Prozent. Dabei kann unter Umständen das Disagio, der Unterschied zur vollen Auszahlung des Darlehens, steuerlich geltend gemacht werden.

Die Colonia Leben und die Deutsche Volksfürsorge Leben bieten mit einem Zinssatz von 6,75 Prozent bei 100 Prozent Auszahlung einen Effektivzins von 7,05 Prozent. Bei einem Nominalzins von 5,75 Prozent und einer Auszahlung von 92,75 Prozent liegen die Effektivzinsen bei 7,04 Prozent jährlich. Im Gegensatz zu den meisten Wettbewerbern bietet die Allianz Leben nur zwei Zinsversionen an: 6 und 7 Prozent Nominalzins und Auszahlungen von 92 beziehungsweise

99 Prozent ergeben bei 10jähriger Festschreibung 7,44 beziehungsweise 7,47 Prozent effektiven Jahreszins.

Die Hypothekenbanken bewegen sich bei ihren Nominalzinssätzen zwischen 6,25 und 7,65 Prozent. Die Deutsche Centralbank bietet bei 7,65 Prozent Nominalzins und 100 Prozent Auszahlung einen Effektivzins von 7,97 Prozent, bei 6,5 Prozent und 91,75 Prozent Auszahlung liegt sie sogar bei 8,06 Prozent effektiv. Die Rheinische Hypothekenbank hat unter anderem 6,25 und 7,6 Prozent bei 90,5 und 100 Prozent Auszahlung im Angebot. Das entspricht einem effektiven Zins von 7,99 und 7,91 Prozent.

Bei Hypotheken von Lebensversicherungen wird die Tilgung in der Regel ausgesetzt, so daß nur die laufenden Zinsen aus den Beiträgen der Versicherung gezahlt werden. Später wird dann die Hypothek in einem Betrag aus der fälligen Versicherungssumme getilgt. Meist bleibt dann für den Bauherrn noch eine steuerfreie Zahlung aus dem angesammelten Überschußguthaben.

Die Versicherungssumme ist, weil die Sonderausgaben meist ausgeschöpft sind, kaum mehr absetzbar. Nicht zu vernachlässigen ist jedoch, daß im Todesfall des Versicherten das Hypothekendarlehen sofort getilgt wird, so daß für die Hinterbliebenen keine finanziellen Belastungen aus der Immobilie entstehen.

Bessere Zahlungsmoral

Handwerksbetriebe mit der schlechtesten Disziplin

dpa/VWD, Frankfurt. Die Zahlungsmoral der deutschen Wirtschaft ist nach den Beobachtungen der Wirtschaftsauskunftei Schimelpfeng besser geworden. Eine Umfrage unter 5000 Unternehmen hat ergeben, daß sich im dritten Quartal aufgrund der günstigen Binnenkonjunktur sowohl die Rückführung gewährter Warenkredite als auch die Zahlungsweise verbessert hat. Besonders die rege Konsumnachfrage habe zum positiven Gesamtbild beim Zahlungsverhalten beigetragen.

So steigerte sich die Zahlungsdiscziplin von 66,8 Prozent auf 69,2 Prozent und damit um 2,4 Prozentpunkte vom zweiten zum dritten Quartal. „Langsam“, das heißt mit bis zu zwei Monaten Verspätung, führten 21,8 Prozent (22,3) der Unternehmen die Warenkredite zurück. Anteilsmäßig stärker sei die „schleppende“ Zahlungsweise zurückgegangen: Nur noch 7,3 Prozent (8,8) der Unternehmen zögerten Zahlungen mehr als 60 Tage über das Ziel hinaus. Die „ersten Beantstundungen“, eine Umschreibung gerichtlicher Schritte gegen säumige Zahler, halbierten sich nach der Umfrage von 3,3 Prozent im Vorquartal auf 1,7 Prozent. Zuletzt hat die Quote der „ernsten Beantstundungen“ vor fünf Jahren unter zwei Prozent gelegen.

In allen Hauptwirtschaftszweigen ist das Niveau der Zahlungsdiscziplin im dritten Quartal deutlich gestiegen, heißt es aufgrund der Umfrage. Im Vergleich zum Vorquartal hat sich besonders der Einzelhandel mit einer auf 72,1 Prozent gesteigerten Zahlungsweise ausgezeichnet (Zweites Quartal: 66,1 Prozent). Schlusslichter bei der Zahlungsdiscziplin waren die Handwerksbetriebe, bei denen die Verbesserung um 2,3 Punkte nur zu 65,3 Prozent reichte.

Im Kontrast zum freundlichen Gesamtbild der Konjunktur, das die erhobte Zahlungsweise unterstreicht, steht nach Einschätzung von Schimelpfeng die Konkurswelle. Mit rund 13 500 Firmeninsolvenzen (1985: 13 625) sei auch in diesem Jahr zu rechnen. Allerdings ließen sich erste Anzeichen feststellen, daß die Gesamtzahl der Konkurse und Vergleiche in diesem Jahr erstmals seit sieben Jahren geringfügig abnehmen könnte.

Die vielen Pleiten sind nach Darstellung der Wirtschaftsauskunftei auch eine Kehrseite des Gründungsbooms: Für 1986 werde mit mehr als 300 000 Neugründungen gerechnet. Demgegenüber dürften rund 270 000 Firmen den Markt verlassen, davon fünf Prozent wegen Insolvenz.

Boss wächst weiterhin kräftig

n. Stüttgart

Der renommierte Herrenmoden-Hersteller Hugo Boss AG, Metzingen, wartet nach wie vor mit einem kräftigen Umsatzwachstum auf. In den ersten neun Monaten des laufenden Geschäftsjahres 1986 stieg der Umsatz der Boss-Gruppe um 38 Prozent auf 337 Mill. DM. Das Stammhaus selbst kam nach weiteren Angaben in einem Zwischenbericht auf einen Umsatz von 325 Mill. DM (plus 39 Prozent). Dabei stieg der Exportumsatz um 48 Prozent auf 86 Mill. DM. In den beiden Bereichen der Konfektionsware und der Handelsware entwickelten sich die Umsätze, wie es heißt, „gleichmäßig gut“.

Die in den Umsätzen enthaltenen, aber nicht bezifferten Lizenzträge hätten sich gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. Auch der Auftragsbestand zeige eine weiterhin positive Entwicklung. Zum Ergebnis wird mitgeteilt, es entspreche den Erwartungen. Für 1986 habe Boss 16 (10) Mill. DM auf die 7,65 Mill. DM von den Gebrüdern Jochen und Uwe Hölz gehaltenen Stammaktien ausgeschüttet. Die 7,65 Mill. DM stimmrechtslosen Vorragsaktien sind erstmals für 1986 dividendenberechtigt. Die Gruppe zählte Ende September 1056 (910) Beschäftigte.

Ende der Niedrigpreise?

Der Handelskonzern Spar verabschiedet seine namenlosen Artikel: Vom kommenden Jahr an werden alle 73 „Sparsamen“ aus den Lebensmittel-Märkten mit der grünen Tanne verschwunden sein. Kurz zuvor hatte die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels gemeldet, daß der Umsatz der No-Names spürbar gesunken ist. Bahnt sich hier ein allgemeiner Ausstieg aus der Diskontpreis-Philosophie an, in die sich fast der gesamte deutsche Lebensmittelhandel Ende der siebziger Jahre hat drängen lassen?

Es scheint so: Nach einem vielversprechenden Start steuern die Namenlosen nur noch etwas mehr als zwei Prozent zum gesamten Umsatz des deutschen Lebensmittelhandels bei; in ihren besten Zeiten brachten sie es auf nahezu sechs Prozent. Gleichwohl kann kein Händler in diesem Gewerbe, wo der Wettbewerb mit harten Bandagen ausgetragen wird, auf Niedrigpreisstrategien verzichten.

Das wird man auch bei der Spar nicht tun, und deshalb verschwinden die „Sparsamen“ nur scheinbar. Wir werden ihnen ein neues Design verpassen und sie neu positionieren“, erläutert Spar-Hauptgeschäftsführer Gundolf Praast, und meint er, daß sie optisch an die Markenware angelehnt und mit einem zugkräftigen Packungstext versehen werden. So werden sie zu Eigenmarken, „und damit fahren wir ein Dauerniedrigpreisprogramm“.

Der Zweck ist eindeutig: Der Kunde soll mit der neuen Eigenmarke eine höhere Vorstellung von Qualität verbinden als mit den „Weißen“. Tatsächlich dürfte hier

einer der Gründe für die zurückgehende Bedeutung der No-Names zu suchen sein: Der Verbraucher hat eine gewisse Skepsis gegenüber deren Qualität entwickelt, und dieses gelegentlich zu Recht. Außerdem ist er inzwischen darauf gekommen, daß die von den Protagonisten der No-Names und von Verbraucherschützern in Umlauf gebrachte These, nach der Namenlose billiger sein könnten als Markenartikel, weil sie ja keine Werbung brauchen, ein Etikettenschwindel ist. Auch die Namenlosen können auf Markt-kommunikation nicht verzichten, wenn sie sich im Markt durchsetzen wollen, und tatsächlich haben alle Handelsunternehmen für ihre No-Names kräftig geworben.

Und hier findet sich ein weiterer Niedergang der Namenlosen: Sie waren als Waffe gegen Aldi erfinden worden. Doch um gegen die Aldi-Brüder anzukommen, muß ein Händler nicht nur niedrige Preise und gute Qualitäten bieten, sondern er muß auch einen Marketing-Aufwand treiben, den die Namenlosen mit ihren mickrigen Renditen gar nicht finanzieren können.

Der Ausweg liegt bei der Profilierung durch Handelsmarken, wie es jetzt die Spar versucht und im vergangenen Jahr Leibbrand mit „M“ vorgemacht hat. Dort hat man sich allerdings von den Namenlosen nicht verabschiedet. Und auch bei der Rewe sieht niemand einen Anlaß, die Weißen namens „Jah“ zu streichen. Von einem Rückzug des Handels aus den Niedrigpreis-Strategien kann also keine Rede sein; höchstens von einem Wechsel der Waffen. HANNA GIESKES

Nur wenig Bewegung

Rohstoffe	Börse	Einheit	Ende Oktober 1986	Ende Sept. 1986	Hoch 1986	Tief 1986
Kupfer	L	\$/t	917,25	934,25	1027,25	884,50
Zink	L	\$/t	824,50	815	830,75	402,25
Erdöl Brent	R	\$/bbl	12,80	14,05	26,45	8,07
Blei	L	\$/t	328,50	278,62	328,50	238,25
Aluminium	L	\$/t	804,75	833,75	843,50	721,50
Nickel	L	\$/t	3537,50	3572,50	3052,50	2499
Gold	L	\$/Unze	404	421,20	442	326
Silber	L	cts./Unze	565,60	552	621	485,30
Platin	L	cts./Unze	399,65	375,15	419,30	284,10
Weizen	C	cts./bu	283	285,25	370	242,75
Mais	C	cts./bu	171,37	178,75	258,75	152,87
Kakao	NY	\$/t	1948	2010,50	2305,50	1867,50
Kaffee	L	\$/t	2320	2394	2955	1592,50
Zucker	NY	cts./lb	6,35	5,03	9,38	4,51
Sojabl.	C	cts./lb	15,54	14,28	21,62	13,34
Baumwolle	NY	cts./lb	45,40	46,05	69,70	29,85
Schweißwolle	S	cts./kg	657,50	630	685	585
Kautschuk	L	p/kg	89	88	89,50	53,30

Indizes: Moody's (31.12.31=100) New York 916,00 912,40 982 899,40
 Reuters' (31.9.31=100) London 1594,40 1544,40 1863,40 1411,40
 'Zweite Abklingung L = London C = Chicago S = Sydney NY = New York
 R = Rotterdam
 *A-Index-Preis
 Zusammenge stellt von der Commerbank AG

SIE GEWINNEN

AB 10. NOVEMBER IN DER 123. ÖSTERREICHISCHEN KLASSENLOTTERIE

Warum gilt unter Leuten, die bei minimalem Risiko gerne hoch gewinnen, das Spiel mit österreichischen Klassenlosen als heißer Geheimtip?

2 JACKPOTS 'MADE IN AUSTRIA'

DM 2.857.000,-
DM 1.428.500,-

2 x DM 714.250,- 2 x 571.400,- 3 x 428.550,-
10 x DM 285.700,- 36 x 142.850,- 35 x 71.425,-
und noch weitere 56.015 Gewinne bis zu DM 42.855,-

STAATLICH GARANTIRT:

Auf je 2.000 Lose ein Spitzentrefen von 142.850 DM!
 Gewinnausszahlung in DM! Jeden Montag:
 Ohne jedes Wechselkursrisiko Das große Los der Woche in 6 Haupt- und 5 Zwischenklassen! für Sie!

PROKOPP DAS INTERNET. GRÖSSTE GLÜCKSINSTITUT DER ÖSTERR. KLASSENLOTTERIE
 Mariahilfer Str. 29, A-1061 Wien

Senden Sie mir zur 1. Klasse ausführliche Information und nachstehende Originallose:

Senden Sie mir für die 1. Klasse

10. 11. - 1. 12. 86

☐ Stück 1/4 Lose zu DM 50,-
☐ Stück 1/2 Lose zu DM 100,-
☐ Stück 1/1 Lose zu DM 200,-

ja, ich ziehe mit

☐ und bezahle heute für alle 6 Klassen
☐ für die 1. Klasse (weitere Zahlungen klassenweise)

Senden Sie mir für alle 6 Klassen

10. 11. 86 - 9. 4. 87

☐ Stück 1/4 Lose zu DM 300,-
☐ Stück 1/2 Lose zu DM 600,-
☐ Stück 1/1 Lose zu DM 1200,-

DM 12 - Pauschale und Zahlungsplan

Name _____
 Anschrift _____ Postleitzahl _____
 EINSCHREIBEN! Scheck hegt bei Barbetrag hegt bei Postanweisung folgt

HEUTE BESTELLEN • MORGEN GEWINNEN • HEUTE BESTELLEN • MORGEN GEWINNEN

Wir suchen Menschen

Die Aufgaben des Roten Kreuzes im Dienst für die Mitbürger wachsen. In der Sozialarbeit wie im Sanitätsdienst und in allen anderen Rotkreuzbereichen.

Wir Sie brauchen Sie

Helfen Sie uns durch Ihre ehrenamtliche Mitarbeit.

Abonnieren Sie DIE WELT

- Ihren täglichen Informationsvorsprung

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36, Telefon 040/34738 13

Bitte liefern Sie mir vom nächsterreichbaren Termin an bis auf weiteres DIE WELT zum monatlichen Bezugspreis von DM 27,10 (Ausland 37,10, Luftpost auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen

Vorname/Name: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Beruf: _____
 Vorw./Tel.: _____
 Datum: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift: _____

Lesenswert denn je **DIE WELT**

Sie haben das Recht, eine Abbestellungsbestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

Hotel Landhaus Höpen

Das Haus für anspruchsvolle Tagungen und Festlichkeiten. Verkehrsgünstig im Dreieck Hamburg-Hannover-Bremen (je 45 Min.) Fragen Sie uns, wir informieren Sie gern.

Karriere in Südostasien

Singapur, Malaysia und Indonesien sind die Schwerpunkte der Aktivitäten eines deutschen Handelsbüros. Sein Programm reicht von technischen Anlagen über hochwertige Gebrauchsgüter bis zu Düngemitteln und anderen Chemikalien. Führungsnachwuchsstraße aus Vertriebsmanagement und Verwaltung können durch Berufserfahrung und Engagement bis in die Führungsspitze des Unternehmens aufsteigen. Gutes Englisch ist Voraussetzung. Diese und viele andere interessante Stellenangebote finden Sie am Samstag, 8. November, in der BERUFS-WELT, dem großen Stellenverzeichnis der WELT. Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

Wahrsagerin Virchow

Tel. 0 52 21 / 1 04 24

Spielen Sie Roulette?

Tel. 0 52 21 / 5 15 97

Wer will denn gleich durch die Scheibe gehen? Erst garben, dann starten!

Heute Neu

Auto-Bild

Zubehör: Alles für KALTE TAGE

Damit Ihr Auto auch gut durch die kalte Jahreszeit kommt. AUTO-BILD testete praktisches Spezial-Zubehör für Herbst und Winter.

Europas größte Auto-Zeitung

Wirtschaft erlebt beispiellosen Boom

Ungebrochener Optimismus im „Duftenden Hafen“

Von JOCHEN HEHN

Der magische Glanz des nächtlichen Hongkong erstrahlt noch heller als sonst. Ein Superfeuerwerk zu Ehren ihrer königlichen Majestät Elizabeth II. tauchte den „Duftenden Hafen“ – so die Übersetzung des chinesischen Namens der Fünfsechsmillionen-Stadt – in gleißendes Licht und pflanzte sich, von den chromblitzenden Fassaden der hypermodernen Bank- und Geschäftsgebäude reflektierend, in den von Menschen quirlenden Straßen fort.

Für die einen war der Queenbesuch ein vorzeitiger, wehmütiger Abschied – ein Symbol für das bevorstehende Ende der britischen Kolonialherrschaft in der nur rund 1000 Quadratkilometer großen Enklave des Kapitalismus im Süden des kommunistischen China. Die anderen sahen darin ein Zeichen des Aufbruchs in eine neue Zukunft mit all ihren Unwägbarkeiten, Hoffnungen und Ängsten.

In Hongkong dürfte nun auch dem letzten gedämmert haben, daß seine Zukunft nicht mehr vom britischen Löwen, sondern vom chinesischen Drachen bestimmt wird. Doch sind die Briten immer noch präsent, und zwar noch für die nächsten zehn Jahre bis zum 1. Juli 1997, wenn die Kronkolonie Teil der Volksrepublik wird. Aber selbst danach wird Hongkong nicht automatisch eine volkrepublikanische Stadt wie Peking, Shanghai oder Kanton werden.

Die chinesische Regierung hat in der Vereinbarung zugesichert, daß die Bürger Hongkongs all die Freiheiten, die sie jetzt genießen, auch nach 1997 für einen Zeitraum von 50 Jahren zugestanden erhalten. Außerdem wird die Kronkolonie als „Sonderverwaltungsgebiet“ einen hohen Grad an Autonomie beibehalten. Die Rechte und Freiheiten werden in einem Hongkonger Grundgesetz verankert, das gegenwärtig von einer chinesisch-britischen gemeinsamen Verbandsgruppe ausgearbeitet wird.

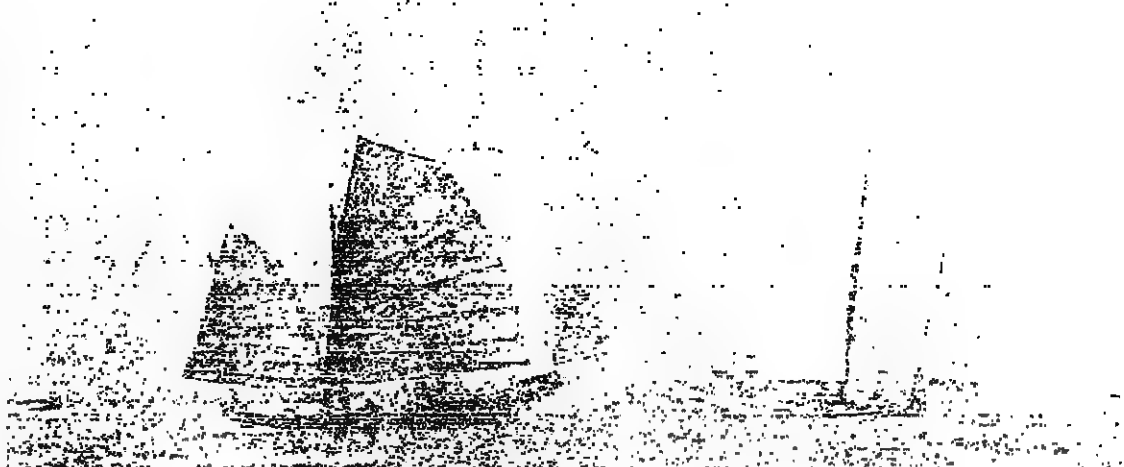
In einem vom Überlebenskampf und harter Konkurrenz geprägten Klima gewitzt und realistisch geworden, erliegen die Hongkonger jedoch nicht so leicht Beteuerungen und Versprechungen, auch wenn sie in

einem Vertragspapier niedergeschrieben und feierlich unterzeichnet worden sind. Vor allem bei jenen, die in den vergangenen Jahrzehnten als Flüchtlinge aus der Volksrepublik in das kapitalistische Paradies geströmt waren und dabei nicht selten ihr Leben aufs Spiel gesetzt hatten, sitzt das Mißtrauen gegenüber allem, was kommunistisch ist, noch sehr tief. Peking ist und bleibt für viele die große Unbekannte in ihren Kalkulationen für die Zukunft. An dieser Einstellung – im wesentlichen eine Vertrauensfrage – hat auch die Öffnung Chinas nach außen und der Demokratisierungsprozeß in der Volksrepublik nicht sehr viel ändern können.

Nimmt man jedoch den derzeitigen wirtschaftlichen Trend als Gradmesser für das Vertrauen der Hongkonger in die Zukunft ihrer Stadt, dann fällt es schwer, den skeptischen Stimmen Glauben zu schenken. Die Wirtschaft in Hongkong erlebt einen Boom ohne Gleichen. Der Aktienindex der Hang Seng Bank schnellte Ende Oktober auf 3350 Punkte, eine Zahl, die vor einem halben Jahr selbst Optimisten nicht für möglich gehalten hätten. Allein im September legte der Export der Kolonie stolze 30 Prozent zu und berechtigt nun zu Hoffnungen, daß die zurückhaltenden Prognosen über das Wirtschaftswachstum vom Jahresanfang erheblich übertroffen werden.

Selbst der sensibel reagierende Immobilienmarkt hat sich wieder gefestigt. Wer er vor und während der Verhandlungen um die Zukunft Hongkongs tief eingebrochen – Wertverluste von 60 Prozent waren gang und gäbe – und auch in den Monaten danach, je nach Stimmungslage, hohen Schwankungen unterworfen, so haben sich die Grundstückspreise prächtig erholt und auf diesem Niveau stabilisiert. Sie zählen jedenfalls wieder zu den höchsten der Welt. Dies gilt im übrigen auch für die Mieten, die den Vergleich mit London und Tokio nicht mehr zu scheuen brauchen. So muß man für eine Wohnung nach westlichem Standard – je nach Wohnlage – zwischen 7000 und 10 000 Mark Monatsmiete auf den Tisch blättern.

Auch die Tendenz, daß viele Unter-



Hongkong ist das drittgrößte Finanzzentrum der Welt. Dankschön vor der Skyline der Kronkolonie

nehmen ihre Exporterlöse für Investitionen im Ausland verwenden haben, scheint sich seit Anfang dieses Jahres wieder umgekehrt zu haben. Die Privatinvestitionen nehmen zu. Dies gilt nicht nur für spektakuläre Großprojekte wie den Bau eines zweiten Häfentunnels, sondern auch für kleinere Objekte. Kennzeichnend dabei ist, daß die schwindende Präsenz der Briten durch andere Ausländer wettgemacht wird, die offenbar großes Vertrauen in die Zukunft Hongkongs setzen. Dies gilt im besonderen für die Amerikaner, die in diesem Jahr zum erstenmal zahlenmäßig stärker in Hongkong vertreten sind als die Briten. Aber auch die Japaner, Kanadier, Australier, Europäer helfen die Lücken schließen, die die Abwandernden hinterlassen.

Trotz der verbleibenden, zehn-jährigen Frist hat Hongkong an Attraktivität offenbar nichts eingebüßt. Im Gegenteil. Die Kolonie bietet wichtigen und fündigen Geschäftsleuten immer noch die Chance, in kurzer Zeit ein Vermögen zu machen. Die Amortisationszeit liegt bei durchschnittlich fünf Jahren. Diese für westliche Maßstäbe phantastischen Gewinnaussichten erklären auch den ungebrochenen Bausektor.

Doch die magnetische Anziehungskraft Hongkongs liegt nicht nur in den günstigen Profitaussichten be-

gründet. Die Kolonie ist unbeschnitten das größte Finanzzentrum Asiens und nach New York und London sogar das drittgrößte der Welt. Bekannte Superluxe-Juwelen, Schmuckstücke, Hongkong ist der Welt größter Exporteur von Textilien, Spielwaren und Uhren. In seinem Luftverkehrsschlag liegt es an zweiter Stelle – nur hinter Frankfurt – und sein Containerhafen ist mittlerweile an die dritte Stelle in der Welt aufgerückt. Ebenfalls an dritter Stelle liegt es im Gold- und Diamantenhandel.

Nicht vergessen werden sollten die großen Steuervorteile, die Hongkong seinen Bewohnern bietet. Selbsthebel mit Ausnahme von Grundbesitz wie Alkohol und Tabakwaren – das Fehlen von Mehrwert-, Vermögens- und Gewerbesteuer sowie eine Einkommensteuer von nicht mehr als 18,5 Prozent machen das Leben un-
verderblich erträglich.

Der wirtschaftliche Aufschwung trägt natürlich dazu bei, die Zweifel an der Zukunft Hongkongs zu zerstreuen. Die britische Regierung in Hongkong ist dabei nach allen Kräften bemüht, dieses Klima zu fördern. Der Gouverneur weiß sich damit im Einklang mit den Interessen der chinesischen Regierung in Peking, die sich von einem blühenden Hongkong befruchtende Anstöße für ihr eigenes Modernisierungsprogramm erwartet.

Die Hongkonger, und hier vor allem die chinesischen Geschäftsleute, haben die Erwartungen Peking bisher sicher nicht enttäuscht.

Investitionen von Hongkonger Unternehmen in China zeichnen sich rund 60 Prozent aller Joint-Ventures verantwortlich. Das Interesse der Volksrepublik China am Fernostland Hongkong als einer der führenden Finanz- und Handelszentren der Welt dokumentiert sich vielfach am besten in seinen eigenen wirtschaftlichen Aktivitäten in der Kronkolonie. Bereits vor seiner Vereinbarung mit London über die Rückgabe Hongkong hat Peking in den letzten Jahren 60 Milliarden H.-Dollar in Milliarden Mark in Hongkong investiert.

Geschäftsleute aus der Volksrepublik China, mit dem Mitglieder des Kommunistischen Partei Chinas in der Tasche, konkurrieren heutzutage die besten Aufträge mit ihren kapitalistischen Landsleuten. Deutlich sichtbar ist das Zeichen der Volksrepublik Chinas Präsenz wird bald die neue Zentrale der Bank of China sein, die mit 316 Metern das höchste Gebäude der kapitalistischen Metropole Asiens werden soll und damit den vor kurzem erstellten, fast drei Milliarden Mark teuren Neubau der chinesischen Hongkong Shanghai Banking Corporation übertrifft – um ein einziges Stockwerk.

China Resources tappt Ressourcen der Welt an

Chinas Provinzen etablieren sich in der Kronkolonie

Die Namensschilder am Eingang des China-Resources-Gebäude auf der Victoria-Insel in Hongkong sind ein Hinweis auf die Vielzahl der neuen hier im Aufzug Chinas tätigen Unternehmen.

Die schrittweise Entwicklung begann 1978 mit der wirtschaftlichen Öffnung Chinas. Bis zu diesem Zeitpunkt beschränkte sich die wirtschaftliche Aktivität im wesentlichen auf die folgenden Organisationen:

- China Resources Company
- China Merchants Steam Navigation Co.
- Zweigbüro der Bank of China mit 2000 Mitarbeitern.

China Resources war als Vertreter der Außenhandelsorganisationen eine bedeutende Quelle für Deviseneinnahmen und nahm während der politischen turbulenten Zeit eine Schlüsselrolle ein, da direkte Kontakte schwer auszuhalten waren. Mit Bezug auf Hongkong war und ist ihre Funktion, chinesische Güter zu importieren und im Groß- und Einzelhandel zu vertreiben. Profit spielte keine Rolle und neue Käufer noch in einer Finanzkrise. „Priorität“ hat immer der Kunde und „weniger Gewinn, aber mehr Geschäft“, Deviseneinnahmen stehen im Vordergrund, wobei Exporte nach Hongkong mehr als ein Drittel beisteuern.

1979 wurde mit Gründung von Provinz- und Staatsunternehmen in Hong-

kong das Unternehmen China Resources gegründet. Nach umfangreicher Beratung wurde beschlossen, 80 Tochtergesellschaften zu gründen, die in allen Provinzen Chinas tätig sein sollten. In Hongkong wurde die Entwicklung eines Kapitalmarktes wieder gefördert. In Hongkong wurde die Entwicklung eines Kapitalmarktes wieder gefördert. In Hongkong wurde die Entwicklung eines Kapitalmarktes wieder gefördert.

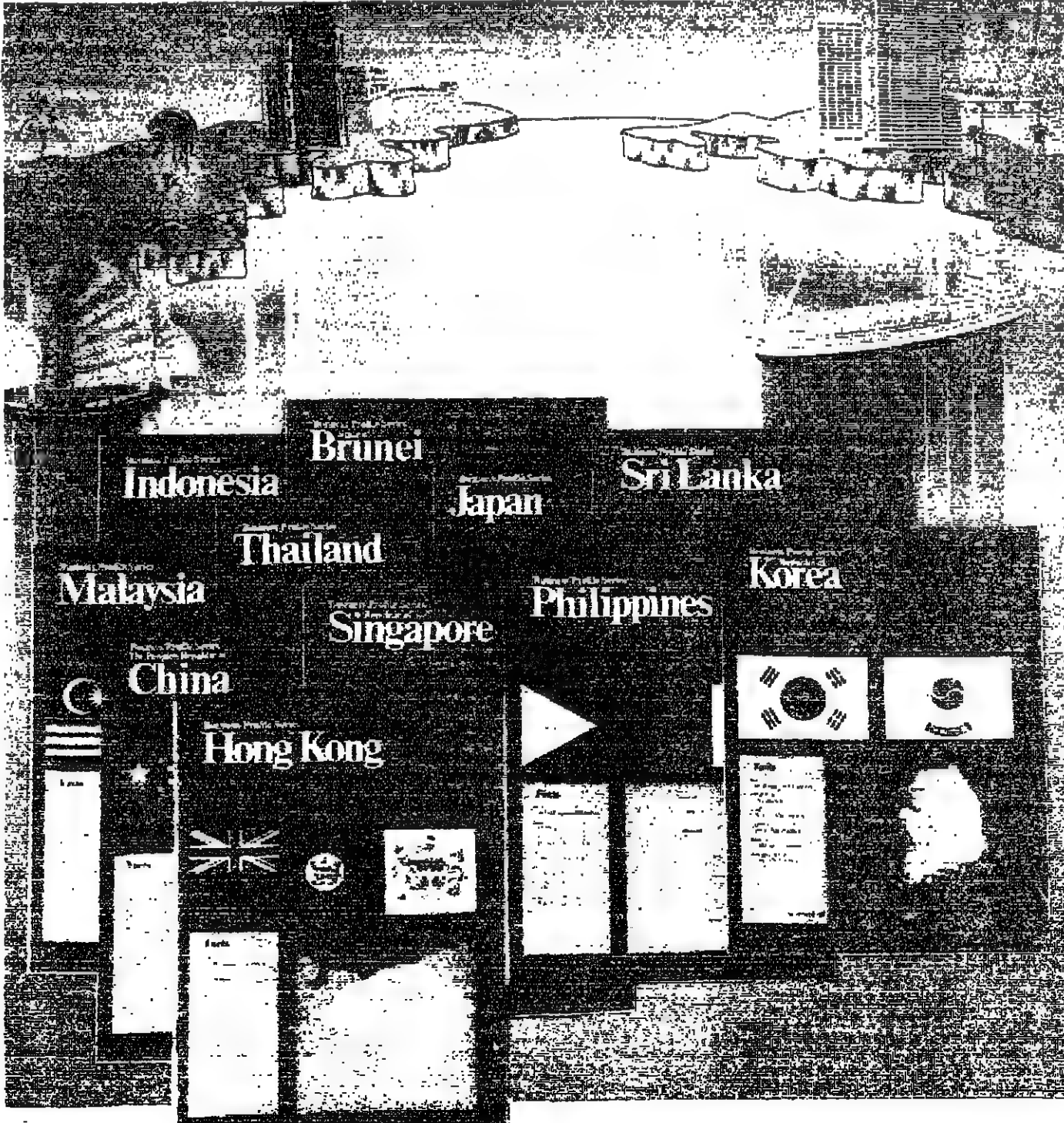
Traditionell verließen sich die Provinzen der Volksrepublik China auf die Handelsbeziehungen zu Hongkong, wie sie sich in Hongkong etabliert hatten. Die Provinzen Chinas sahen in Hongkong eine Überbrückung zwischen China und der Welt. Hongkong wurde als „Pforte“ zwischen China und der Welt gesehen. Die Provinzen Chinas sahen in Hongkong eine Überbrückung zwischen China und der Welt. Hongkong wurde als „Pforte“ zwischen China und der Welt gesehen.

Mit dem Beginn der Öffnung Chinas in den 1980er Jahren wurde Hongkong als „Pforte“ zwischen China und der Welt gesehen. Die Provinzen Chinas sahen in Hongkong eine Überbrückung zwischen China und der Welt. Hongkong wurde als „Pforte“ zwischen China und der Welt gesehen. Die Provinzen Chinas sahen in Hongkong eine Überbrückung zwischen China und der Welt. Hongkong wurde als „Pforte“ zwischen China und der Welt gesehen.

Allerdings haben die Provinzen Chinas in Hongkong eine Überbrückung zwischen China und der Welt gesehen. Die Provinzen Chinas sahen in Hongkong eine Überbrückung zwischen China und der Welt. Hongkong wurde als „Pforte“ zwischen China und der Welt gesehen. Die Provinzen Chinas sahen in Hongkong eine Überbrückung zwischen China und der Welt. Hongkong wurde als „Pforte“ zwischen China und der Welt gesehen.

Zuständigkeit von Finanzinstituten für China-Province

Stadt/Provinz	Finanzinstitut mit Sitz in Hongkong
Shanghai	Bank of China, Hongkong Zweigbüro, Min Sheng Bank, Ping An Bank
Tianjin	Harbin Commercial Bank, Ping An Bank
Dalian	Harbin Commercial Bank, Ping An Bank
Lianyungang und Jilin	Harbin Commercial Bank, Ping An Bank
Qingdao und Jilin	Harbin Commercial Bank, Ping An Bank
Qinhuangdao	Harbin Commercial Bank, Ping An Bank
Wenzhou und Ningbo	Harbin Commercial Bank, Ping An Bank
Guangzhou und Zhongshan	Harbin Commercial Bank, Ping An Bank
Beijing	Bank of China, Hongkong Zweigbüro
Fuzhou	China Development Finance Co. Ltd. and Ping An Bank
Shenzhen	Shenzhen Bank, Ping An Bank
Shantou	Shantou Bank, Ping An Bank
Zhuhai	Zhuhai Bank, Ping An Bank
Macao	China Banking Corporation and Ping An Bank
Hainan	Hainan Bank, Ping An Bank



Entdecken Sie neue Geschäftsmöglichkeiten.

Wenn Sie in Südostasien tätig werden wollen, sollten Sie zuerst mit der Hongkong Bank sprechen. Wir haben eine mehr als hundertjährige Erfahrung im internationalen Bankgeschäft und das Know-how, wie man neue Märkte erschließt. Wir sind in der Lage, Sie beim Entdecken und bei der Entwicklung von Geschäftsmöglichkeiten in Südostasien und in anderen Regionen zu unterstützen. Unsere Wirtschaftsberichte über Länder in Asien, die unsere detaillierten Marktkennntnisse widerspiegeln, sind nur ein Beispiel für die Dienstleistungspalette, die wir Ihnen anbieten können.

Mit mehr als 1.000 Niederlassungen in 55 Ländern, Schwerpunkt auf dem Mittleren und Fernen Osten, in Europa und auf dem amerikanischen Kontinent, bietet Ihnen die Hongkong Bank ein Spektrum von Bankdienstleistungen, die Ihnen dabei helfen, nicht nur neue Geschäftsmöglichkeiten zu entdecken, sondern diese auch in Erfolg umzusetzen. Wenn Sie sich für eine dieser Informationsbroschüren interessieren, wenden Sie sich bitte an eine unserer deutschen Niederlassungen: Neuer Jungfernstieg 20, 2000 Hamburg 36, oder Mainzer Landstraße 46, 6000 Frankfurt am Main 1.



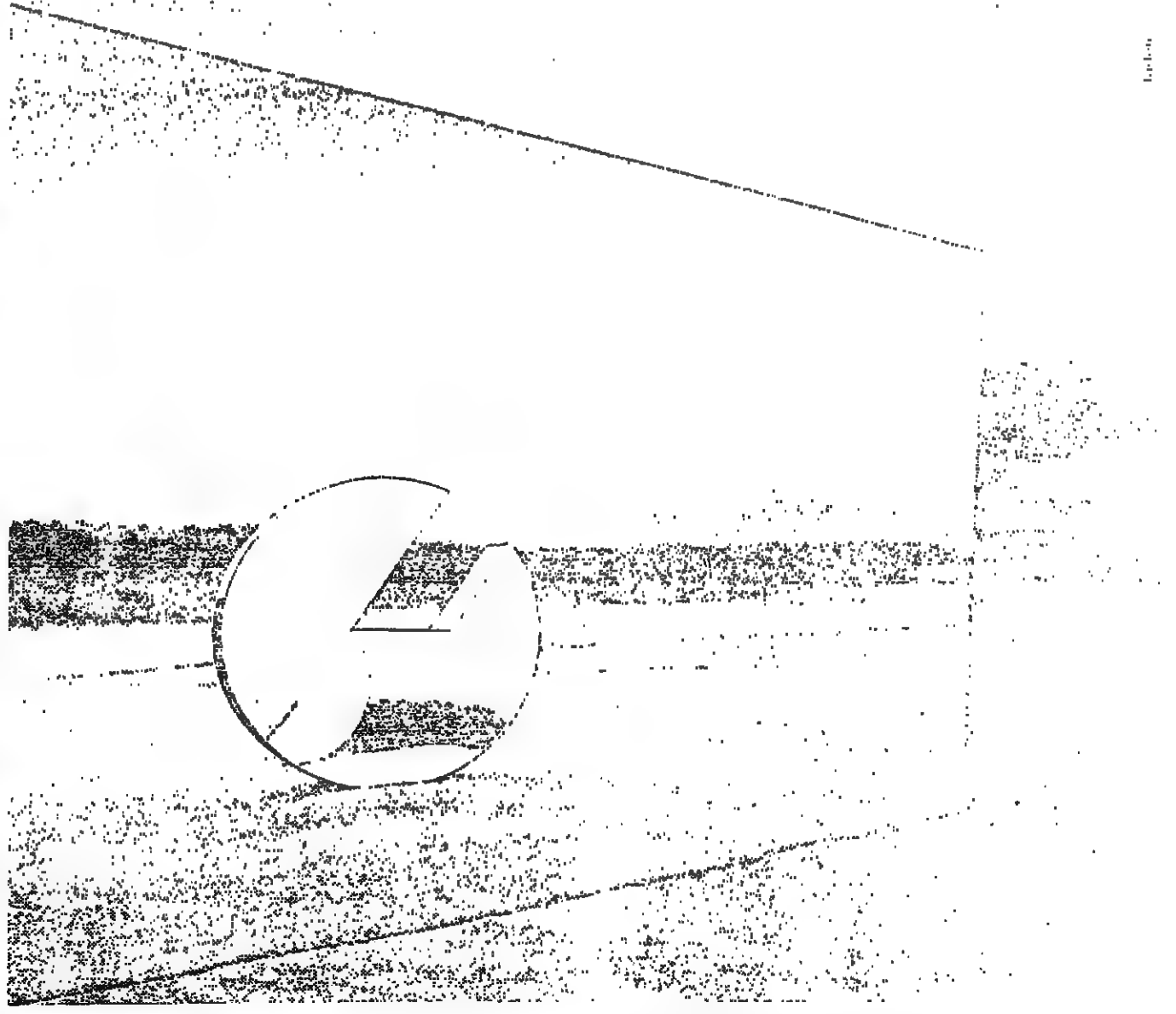
Hongkong Bank

The Hongkong and Shanghai Banking Corporation

Manne Midland Bank • Hongkong Bank of Canada • Hongkong Bank of Australia
The British Bank of the Middle East
Hang Seng Bank Limited • Wards Limited

Fast decisions. Worldwide.

KONSOLIDIERTES GESCHÄFTSVOLUMEN AM 31. DEZEMBER 1985 ÜBER U.S.-DOLLAR 69 MILLIARDEN



Fremde Märkte eröffnen neue Perspektiven. Entdecken wir sie gemeinsam.

Die zunehmende Verflechtung der internationalen Märkte zwingt zu großräumigem Denken. Ihr Bankpartner im Auslandsgeschäft braucht Informationsquellen rund um den Erdball, Erfahrung auf den internationalen Geld- und Kapitalmärkten, Fachwissen in allen Finanzbereichen. Die DG BANK bietet Ihnen ein universelles Leistungsspektrum und ein organisch gewachsenes Netz internationaler Verbindungen. So können beispielsweise unsere Stärke auch im ECU-Bereich nicht von ungefähr. Durch die UNICO-Bankengruppe sind wir mit Schwesterinstitutionen in den Ländern

verbunden, deren Währungen für den ECU besonders wichtig sind. Gemeinsam mit Ihnen analysieren wir Ihre Chancen und die Wege, sie zu nutzen. Finanzierung über Euro-Redit oder Swap, Anlagengeld, Kapitalbeschaffung über Anleiheemission oder Finanzplatzierung, Anlage in Festzins-DV-Markten oder Floating Rate Notes? On liegt die Lösung in der Summe verschiedener Instrumente, die landsübergreifend zu einem Paket gebündelt werden. Auch hier paralisieren sich die Leistungsfähigkeit der DG BANK, die kombinierte Stärke der UNICO-Partner und die Präzisionskraft der

genossenschaftlichen Bank, die über das gesamte Bankensystem hinweg das größte Einlageninstitut der Welt ist. Die DG BANK ist eine Bank für die Zukunft. Sie ist eine Bank, die die Chancen der Zukunft zu nutzen versteht. Sie ist eine Bank, die die Chancen der Zukunft zu nutzen versteht. Sie ist eine Bank, die die Chancen der Zukunft zu nutzen versteht.



DG BANK

Die Geschäftsbank mit der breiten Basis

China Resources

2 Fortsetzung von Seite 15

Wirtschaftlichen Motiven sieht die Bank in China ohne Zweifel eine politische Rolle an, um bis 1997 die Position der Quasi-Zentralbank Hongkongs, der Shanghai Banking Corporation, zu übernehmen und bei möglichen negativen Entwicklungen eine stabilisierende Rolle zu übernehmen.

Um Industrieprojekte in den Wirtschaftssonderzonen zu finanzieren und dabei über Überschneidungen zu vermeiden, wurde die Zuständigkeit unter 14 Schwesterinstitutionen aufgeteilt.

Verstärkt wird die Präsenz Chinas im Finanzbereich in Hongkong. Die Ka Wah Bank, die erhebliche Verluste in

Kauf nehmen mußte, wird mehrheitlich von der China International Trust and Investment Corporation übernommen. Chairman wird Jin Degin, früher Präsident der Bank of China, Peking.

Traditionell ist es China Merchants' Hauptaufgabe, die beträchtlichen über Hongkong laufenden Warenströme für China abzuwickeln, da die Infrastruktur des Landes große Mängel aufweist. Diversifiziert wurde seit 1978 in andere Bereiche wie Fabrikation, Immobilien, Tourismus sowie mit der Übernahme des Managements des Industrieparks Shekou in der Wirtschaftssonderzone Shenzhen.

J. KRACHT

Wirtschaftsorganisationen der VR China in Hongkong

Name	Zugehörigkeit
China Resources (Holding) Co.	Außenhandelsministerium
China Everbest Machinery Enterprises Co.	China National Machinery Equipment Import Export Corp.
China Merchants Steam Navigation Co. Ltd.	Verkehrsministerium
China Foreign Holdings Co. Ltd.	Staatsrat der VR China
China United Shipbuilding Co. Ltd.	Ministerium für Schiffbau
China International Trust Investment Corp.	Citic Peking
China Parent Agent (HK) Ltd.	ccpit, Peking
Guangdong Enterprises Ltd.	Provinz Kanton
Fujian Enterprises (Holding) Co. Ltd.	Provinz Fujian
Jidong (Hongkong) Ltd.	Provinz Sichuan
Zhong Shan Co. Ltd.	Provinz Jiangsu
Shenwen Trading Ltd.	Stadt Peking
Shanghai Industrial Investment Co. Ltd.	Stadt Shanghai
Tsin Lien Trading Co. Ltd.	Stadt Tianjin
Shum Yip Holdings Co. Ltd.	Wirtschaftssonderzone Shenzhen
Rea International Development Co. Ltd.	Norinco Peking

Distanz ist kein Argument mehr: Zukunftsmarkt Pazifik

In aller Munde ist heute der pazifische Wirtschaftsraum als der große dynamische Markt des ausgehenden 20. Jahrhunderts.

Wer sich mit dieser Region auseinandersetzt, muß sich erst einmal über die geographischen Dimensionen ein Bild machen. Die Region reicht in der Nord-Süd-Achse von Tasmanien, am südlichen Zipfel Australiens, bis nach Hokkaido, im Norden Japans. In der Ost-West-Dimension reicht sie von Neuseeland im Osten bis nach Zentralasien im Westen Chinas. Die Region ist besetzt mit unterschiedlichen Kulturen und allen Stufen wirtschaftlicher Entwicklung. Natürliche Grenzen sind trennende Ozeane.

In dieser alles andere als homogenen Region konzentriert sich die wirtschaftliche Potenz entsprechend ungleichmäßig verteilt. An der Spitze steht natürlich Japan. Es folgt in weitem Abstand Australien, dann kommen uns allen bekannte und vertraute Inseln politisch wirtschaftlicher Stabilität und kultureller Nähe – weil englischsprachig – Singapur und Hongkong.

Auch Taiwan, Südkorea und Malaysia haben in den vergangenen Jahren eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung durchlaufen. In diesen Märkten tun wir Europäer uns schon schwer, da für uns Strukturen und wirtschaftliche Abläufe kaum transparent und damit schwer zugänglich sind.

In jüngster Vergangenheit schiebt sich als potentieller Markt, aber auch als potentieller Konkurrent, China

unübersehbar in den Vordergrund. Für den Betrachter in Europa ist die Komplexität der Region insgesamt überwältigend. Eine uns geläufige Kultur, gekoppelt mit einem einigermaßen attraktiven Markt, bietet lediglich Australien. Japan sehen wir leider leicht als den übermächtigen Konkurrenten, gegen den in der Region anzutreten es aussichtslos erscheint.

Kleine Plätze, in denen uns zumindest Sprache, Administration und Strukturen geläufig sind, Hongkong und Singapur, sind als Märkte für sich relativ uninteressant.

Die Region ist traditionell von der deutschen Wirtschaft, von einigen Ausnahmen abgesehen, vernachlässigt worden. Unter dem Gesichtspunkt, daß für eine aktive Auseinandersetzung die kulturelle und geographische Distanz zu groß war, ist das verständlich, entbindet uns aber nicht von der Aufgabe, uns schnell umzuorientieren, wenn wir den Anschluß nicht verpassen wollen.

Anstöße zur Entwicklung in der Region kamen oft von außen:

– Da war zunächst einmal der Einfluß der Kolonisatoren, unter denen die Engländer eine herausragende Rolle spielten. Der englische Einfluß ist an vielen Plätzen sichtbar. Administrative und juristische Strukturen sind das Erbe.

– Amerika hat einen starken Einfluß. Einmal als Anrainer zum pazifischen Wirtschaftsraum. Außerdem hat die militärische Präsenz der USA in den

letzten Jahrzehnten die Region auch mitgeformt.

In zunehmendem Maße gewinnen Binnenmärkte eine Eigendynamik, die selbst als Katalysatoren für ein weiteres wirtschaftliches Wachstum wirken.

– Die zentrale Wirtschaftsmacht in der Region ist Japan. In der Zeit nach 1980 haben japanische Wirtschaftsinteressen stark zur Entwicklung der industriellen Infrastrukturen beigetragen. Zunächst handelte es sich vor allem um Engagements in der Rohstoffgewinnung. Später auch um Industrien, die sich insbesondere auch auf die Fertigung von Halbleitern konzentrierten, um damit die japanische Industrie zu versorgen.

– In vielen südostasiatischen Ländern der Region werden Handel und sich entwickelnde Industrien stark von chinesischen Minderheiten in der Bevölkerung getragen. Beispiele sind Indonesien, Malaysia, Thailand und die Philippinen. In Taiwan und Hongkong ist die Bevölkerung rein chinesisch und in Singapur dominant chinesisch.

– In der Vergangenheit, bis zum Sturz der Viererbande nach dem Tode Maos, hatte China mit der von dort ausgehenden politischen Unruhe eher als destabilisierender Faktor gewirkt. Das hat sich geändert. Die wirtschaftliche Ausrichtung Chinas wird zunehmend von einer pragmatischen und eher marktorientierten Entwicklung geprägt. Das bewirkt nicht nur

eine schnelle Entwicklung der chinesischen Binnenwirtschaft. China bekommt auch das Image größerer Berechenbarkeit. Damit wirkt China direkt und indirekt als Motor für wirtschaftliches Wachstum in der Region.

Unter Berücksichtigung dieser hier skizzierten Interessensströme und Einflußfaktoren bringt gerade der Standort Hongkong hervorragende Voraussetzungen mit sich. Wir haben Hongkong als Standort für die Erschließung der südostasiatischen Märkte unter den folgenden Gesichtspunkten gewählt:

– englische Administration, englisches Recht,

– quasi Freihandelszone und völlig freie Devisenwirtschaft,

– problemlose Kommunikation mit der Geschäftswelt und mit Mitarbeitern, da Englisch Geschäftssprache ist.

– optimale geographische und verkehrstechnische Lage in der Region.

– Hongkong als Testmarkt und als Schaufenster für die regionalen Märkte Südostasiens und Chinas.

– Hongkong als Chance für den Aufbau eines qualifizierten Mitarbeiterstammes, der in der chinesischen Kultur zu Hause ist, in Marketing und Vertrieb, in der Verwaltung, in der Produktion.

Das ist eine entscheidende Voraussetzung für die Erschließung regionaler Märkte, besonders aber Chinas; – Hongkong als Standort für eine Verbesserung der Warenversorgung in regionale Märkte.

– Hongkong als Brückenkopf für eine Übertragung des in Hongkong gewonnenen Know-hows in andere südostasiatische Märkte. Hongkong wird leider zu oft, insbesondere von der deutschen Wirtschaft, nur als Standort für Billigproduktion betrachtet. Das wird dem Platz Hongkong nicht gerecht. Hongkong sollte sein Standort für die Erschließung neuer Märkte in der pazifischen Region.

Ich tendiere zum Optimismus. Gleichgültig, wie die politische Entwicklung sein wird – und ich meine, der im Vergleich zu früheren Jahren jetzt sehr pragmatische wirtschaftspolitische Kurs Chinas sollte Anlaß zu Zuversicht geben – werden weder Hongkong noch China aufhören, Märkte und ein Faktor im Weltwirtschaftsgeschehen zu sein.

Wer von dem pazifischen Raum als dem großen Markt des 21. Jahrhunderts spricht, impliziert damit auch erwartete politische Stabilität in der Region. Die wäre mit einem Zurückfallen Chinas in chaotische Zustände wie die der Kulturrevolution kaum gegeben.

Sicherlich kann 1997 als Grund – oder Ausrede – für ein Nicht-Engagement angeführt werden. Jedoch sollte sich jeder, der sich ernsthaft mit dem Gedanken trägt, in der Region Fuß zu fassen, Hongkong als Standort in seine Überlegungen mit einbeziehen und sich möglichst vor Ort ein eigenes Bild machen. Das finanzielle Engagement kann zu Beginn klein sein.

D. v. d. LÜHE

Wie das Hong Kong Trade Development Council Sie beim Handel mit Hongkong unterstützen kann

Angenommen, Sie möchten sonnenbetriebene Bleistiftanspitzer importieren?

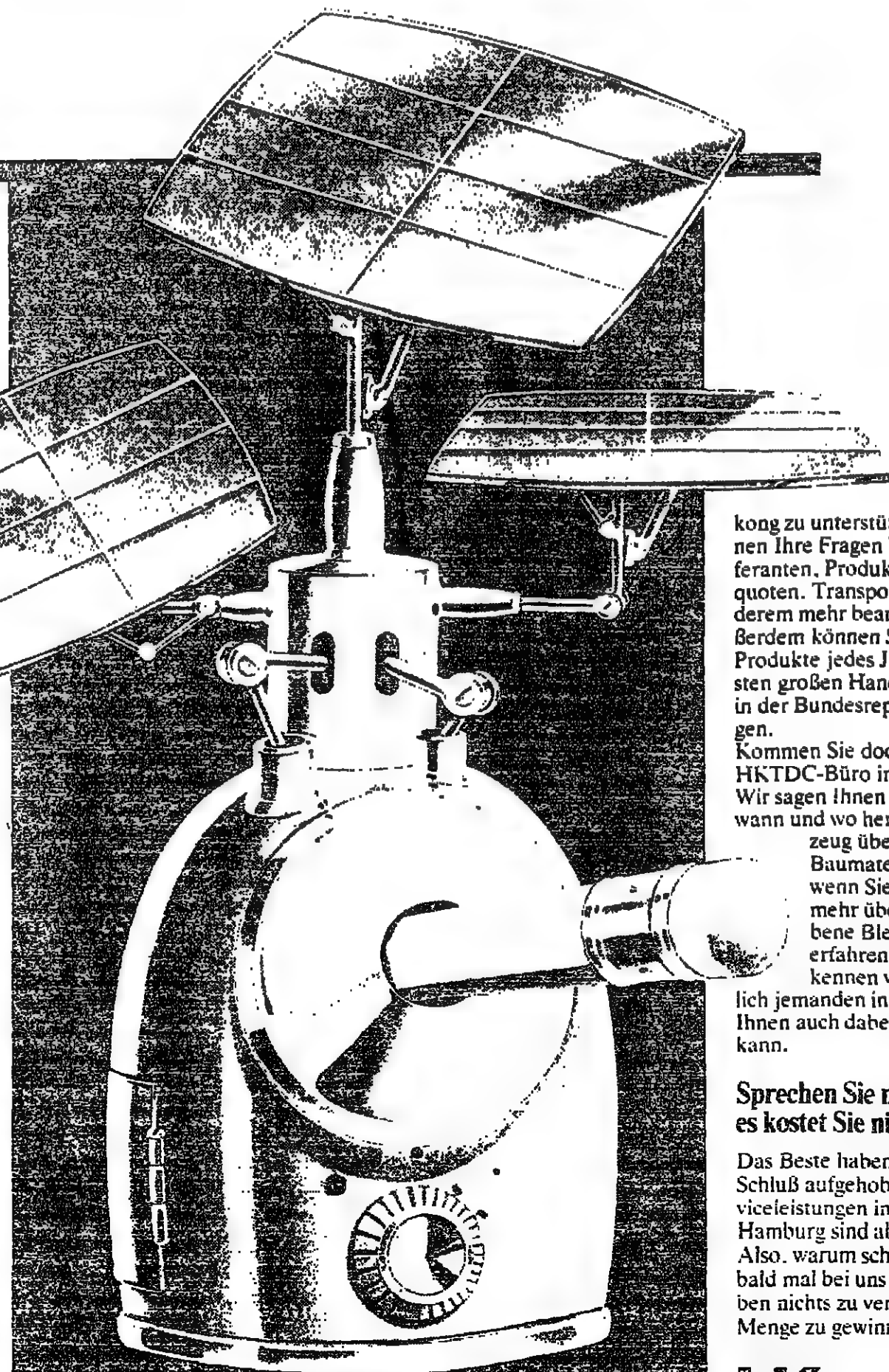
Oder Baumwollstrickwaren? Oder Weltraumspielzeug? Oder Mikroschaltungen? Ganz gleich, was Sie auch immer importieren möchten, Sie sollten zuerst mit dem Hong Kong Trade Development Council sprechen. Wenn das, was Sie suchen, in Hongkong besser, kostengünstiger und zuverlässiger hergestellt wird, warum sollten Sie sich dann an eine andere Adresse wenden?

Sprechen Sie zuerst mit dem HKTDC

Ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit weltweit ist, den Kontakt zwischen Importeuren wie Ihnen und geeigneten Produzenten und Exporteuren in Hongkong herzustellen. Unsere computerisierte Datenbank umfaßt über 22.000 Unternehmen, die Qualitätsprodukte in alle Welt exportieren. Wir können Ihnen aus dieser Riesenauswahl so viele Adressen wie nötig vermitteln, wenn Sie eine unserer 23 Niederlassungen in aller Welt besuchen.

Das HKTDC in Frankfurt und Hamburg

Hier in der Bundesrepublik Deutschland gibt es zwei HKTDC-Büros, die darauf warten, Sie bei der Anbahnung von Handelsbeziehungen zu Hong-



kong zu unterstützen. Wir können Ihre Fragen hinsichtlich Lieferanten, Produkten, Einfuhrquoten, Transport und vielen anderen mehr beantworten. Außerdem können Sie Hongkonger Produkte jedes Jahr auf den meisten großen Handelsmessen hier in der Bundesrepublik besichtigen.

Kommen Sie doch einfach in das HKTDC-Büro in Ihrer Nähe. Wir sagen Ihnen dann, wer wann und wo herstellt, von Spielzeug über Textilien bis zu Baumaterialien. Und – wenn Sie tatsächlich mehr über sonnenbetriebene Bleistiftanspitzer erfahren möchten, so kennen wir wahrscheinlich jemanden in Hongkong, der Ihnen auch dabei weiterhelfen kann.

Sprechen Sie mit uns... es kostet Sie nichts

Das Beste haben wir uns für den Schluß aufgehoben. Unsere Serviceleistungen in Frankfurt und Hamburg sind absolut kostenlos. Also, warum schauen Sie nicht bald mal bei uns vorbei? Sie haben nichts zu verlieren, aber jede Menge zu gewinnen.

HKDC Hong Kong Trade Development Council

Promoting Hong Kong trade worldwide

Frankfurt: Ullrichstraße 49, 6000 Frankfurt/Main

Tel.: (0 69) 72 16 55-7

Telex 4 14 705 COFRAD

Weiter-Büros in: Amsterdam, Barcelona, London, Manchester, Mailand, Paris, Stockholm, Wien, Zürich, Chicago, Dallas

Los Angeles, New York, Toronto, Panama, Tokyo, Osaka, Sydney, Dubai, Beijing, Hongkong

Hamburg: Hansstraße 1, 2000 Hamburg 13

Tel.: (0 40) 41 74 22

oder 41 74 42, Telex 2 14 352 CONIFA D

Weiter-Büros in: Amsterdam, Barcelona, London, Manchester, Mailand, Paris, Stockholm, Wien, Zürich, Chicago, Dallas

Los Angeles, New York, Toronto, Panama, Tokyo, Osaka, Sydney, Dubai, Beijing, Hongkong

Idealer Ausgangspunkt für Geschäfte mit Drittländern

Anläßlich des 37. Gründungstages der Volksrepublik China umriß der derzeitige Gouverneur von Hongkong, Sir Edward Youde, kürzlich das Verhältnis zwischen den beiden Ländern als eine Beziehung, die sich vor allem im Handels- und Wirtschaftsbereich immer mehr ausweitete und sich für beide Seiten zunehmend positiv auswirkte. Das heute drittgrößte Finanzzentrum der Welt (nach New York und London) ist wohl tatsächlich auch am besten dazu geeignet, einerseits Chinas Modernisierungsbestrebungen auf den meisten Gebieten tatkräftig zu unterstützen und andererseits als idealer Ausgangspunkt für das China-Geschäft von Drittländern zu fungieren.

Die Firmen, die die Besteigung des chinesischen Wirtschaftsberges wagen wollen, ohne sich den Frustrationen und Restriktionen auszusetzen, die ein direktes Engagement in China erfahrungsgemäß mit sich bringt, haben kaum eine Alternative.

Taiwan und Südkorea scheiden bereits aus politischen Gründen aus. Für eine Niederlassung Japan als Standort zu wählen, ist in vieler Hinsicht auch nicht opportun. Singapur ist einfach von der Volksrepublik China zu weit entfernt. Bleibt Hongkong mit seiner idealen geographischen Lage an der Südküste Chinas direkt angrenzend an das Delta des Perlfusses mit den vier Sonderwirtschaftszonen.

Vor 150 Jahren bereits hatte Hongkong im Handel mit China eine Schlüsselrolle inne, die entsprechend der chinesischen Außenpolitik freilich von unterschiedlicher Bedeutung war. Seit dem Umschwung zur „Open door policy“ im Jahre 1978 nimmt die Wichtigkeit dieser Rolle jedoch stetig zu.

Damals rangierte China unter den Handelspartnern des Territoriums noch an 37. Stelle (!), heute ist es Hongkongs zweitgrößter Markt für Eigenexporte. Der vielleicht interessanteste Aspekt des Wirtschaftsabwärtens von Hongkong ist die hohe Steigerung der Re-Exporte, wobei ein Drittel aller Waren an die Volksrepublik China geliefert wird. Außerdem ist Hongkong eine wichtige Quelle für Geldsendungen von Auslandschinesen, für die Kapitalverzinsung chinesischer Investitionen in Hongkong sowie die Einnahmen des nicht zu unterschätzenden Geschäfts mit dem Tourismus.

Für die Bundesrepublik Deutschland ist der Stadtstaat beispielsweise ein wichtiger Handelsumschlagplatz für die Waren von und nach China. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres beliefen sich Hongkongs Re-Exporte nach Deutschland auf eine Mrd. H.-Dollar, das sind 79 Prozent mehr als in der gleichen Periode des Vorjahres – China war dabei der wichtigste Lieferant. Andererseits wurden Produkte deutschen Ursprungs im Werte von einer Mrd. H.-Dollar in die gesamte Welt über Hongkong re-exportiert. Waren im Werte von 464 Mill. H.-Dollar gingen davon nach China.

Für Peking, unter dessen Regie die Kolonie ja bekanntlich 1997 fällt, bleibt die Übernahme eines reibungslos funktionierenden und wirtschaftlich florierenden Hongkong überaus wichtig; gegenwärtig ist es noch das ideale Versuchsgelände für seine zahlreichen Handelsoperationen. So belaufen sich Chinas Investitionen in der Finanzmetropole auf fünf Mrd. US-Dollar, wobei Banken, Versicherungs- und Schiffahrtsgesellschaften, aber auch der Immobilien- und Produktionssektor hierfür ausgewählt werden.

STEPHANIE STEPHAN

هكذا من الأول

„Verbraucher tragen das Recycling mit“

Stuttgart. Regierungspräsident Manfred Bulling, seit Jahresbeginn zuständig für die Gewerbeaufsicht in Nordwürttemberg, war auf dem besten Weg, als Wyatt Earp des Arbeitsschutzes in die Geschichte einzugehen. Monatlang hatte er die Brotindustrie seines Regierungsbezirks wegen ständiger Mißachtung des Nachtbäckverbots mit Razzien, Bußgeldverfahren und Zwangsgeldandrohungen überzogen.

Doch dann ruhten im schwäbischen Semmelkrieg plötzlich die Waffen. Und Bulling ließ sich auf einen in jeder Hinsicht einzugestanden Deal ein. Ein Teil der keimeswegs reuigen Sünder erklärte sich Ende letzter Woche bereit, einen „öffentlich-rechtlichen Vertrag“ zu unterzeichnen, in dem sie sich verpflichten, von 1988 an das seit 1916 existierende Bäckerarbeitszeitgesetz (BAZG) „in vollem Umfang zu respektieren“. Bis dahin bleibt das Auge des Gesetzes fest verschlossen, ob Bullings Paraphrase durch die

So kurios wie dieses Gentlemenagreement ist auch die Rechtslage. Anders als andere Wirtschaftszweige, die nach Belieben die Nacht zum Tag machen können, hat die Arbeit in der Backwarenindustrie zwischen 22 Uhr abends und vier Uhr früh zu ruhen. Einst sollte der Bäcker mit dem Morgenrot aufstehen und die Nachtarbeit durch physischen Ausbeutung durch den Meister geschützt werden. Heute freilich gilt dieses Nachtbrotverbot nicht nur für den Handwerksbetrieb um die Ecke. Es knebelt auch Brotfabriken wie die Großbackstuben, die werte Mehlsaat auf. Seine Behörde verschickte 57 Bußgeldbescheide und verhängte für den Wiederholungsfall insgesamt 70 000 Mark Zwangsgeld. Stuttgarts Regierungspräsident mußte aber auch erkennen, daß hier ein Gesetz nicht nur aus „Jux und Tollerei“ übertreten wurde. „Die Firmen haben glaubhaft versichert“, erklärte er Ende letzter Woche, „daß eine sofortige volle Anpassung an die Vorschriften praktisch die Vernichtung ihrer Betriebe zur Folge hätte“.

Die allerdings hatte sich nie an das Verbot gehalten. Ohne schlechter Gewissen gibt Firmenchef Wilhelm Künzle zu, weil das „von Flensburg bis zum Bodensee so üblich“ gewesen sei. Aber auch ohne gravierende Folgen. Die Behörden liegen es still.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Wildungen: Karl Wiesenmann; **Berlin-Charlottenburg:** Friedrich Josef Dirsen; **Bersenbrück:** Harms Textildruck u. Versand Betriebsges. mbH. Neuenkirchen bei Palettenbau GmbH, Germersheim; **Mainz:** BODEN-WERFT Grundstücksvermietungs- u. Co. Objekte Hamburg-Elbe; **Neustadt/Wstr.:** Nachf. d. Gisela Herzig geb. Berndt.

[illegible]

Lebhaftes Hypogeschäft

München (52). – Ein recht lebhaftes Hypothekengeschäft konnte in den ersten vier Monaten dieses Jahres festgestellt werden. Es betraf hauptsächlich Darlehen in Nürnberg AG, Nürnberg, verzeichneten. Hier konnten Darlehen über 733 (596) Mill. DM zugesagt werden. Jedoch verursachte das schwache

Frage mit Nachdruck. Dem Ratstag wer Sünden wider die Regeln der Wirtschaft hält, der Autor ein unpraktikables Konzept für deren Erneuerung entgegen: Dezentralisierung und Entbürokratisierung, Verbilligung der Arbeit durch Abbau der Lohnnebenkosten, Abschaffung der Lohn- und Einkommensteuer, die Erhebung einer differenzierten Produktsteuer.

[illegible]

**Unsere Spezial-Container
sind auf Ihre Produkte zugeschnitten.**

Sicherheit und Zuverlässigkeit sind unsere Qualitätsmerkmale. Für besondere Ladung haben wir besonderes Equipment: 17 verschiedene Containertypen, für sperrige Fracht ebenso wie für Kühlgut, Schüttgut oder Flüssigkeiten. Für alle Produkte liefern wir Ihnen die benötigten Container auf die Minute, wann, wo und wie oft Sie wollen. Genau nach Maß. Wir machen Ihre Transportprobleme zu unseren.

Eine Zusammenarbeit mit uns lohnt sich. Gerade dann, wenn unser persönliches Engagement und gründliches Zupacken verlangt werden. Wir wollen für Sie arbeiten. Fordern Sie unsere Leistung!



Hapag-Lloyd
Die richtige Lösung

FUSSBALL-BUNDESLIGA / Bayer Leverkusen entthronte den Meister Bayern München nach einem Superspiel - Was ist bloß mit dem VfB Stuttgart los?

3 Fünf der 37 Tore des 12. Spieltages erzielte allein der Kaiserlicher Frank Hartmann - und dies ausgerechnet gegen seinen bisherigen Verein Schalke 04. Den Rekord auf diesem Gebiet hält aber weiterhin Dieter Müller, der 1977 sechs Treffer zum 7:2 des 1. FC Köln über Werder Bremen beisteuerte. In der aktuellen Tor-Schützenliste führen Frank Mill und Herbert Waas mit je acht Treffern. Drei Tore erzielte Rudi Völler, der wie Wolfram Wuttke und Karl-Heinz Sührer mit insgesamt sieben Treffern auf Rang drei liegt. Unmittelbar dahinter folgt Frank Hartmann mit insgesamt sechs Toren.

Der Düsseldorf Manfred Bockenfeld wurde als achter Spieler der 24. Bundesliga-Saison des Feldes verwiesen. Der frühere Nationalspieler wurde in Nürnberg von Schiedsrichter Norbert Brückner aus Darmstadt wegen Tötlichkeit an Nürnbergs Torwart Manfred Müller vom Platz gestellt. Als fünfter Spieler ist der Mannheimer Roland Dickgießer aufgrund von vier gelben Karten für ein Spiel gesperrt. Bei einem Foul des Berliners Riedle erlitt Kölns Mittelfeldspieler Uwe Bein zum dritten Mal innerhalb eines Jahres einen Bänderriß. Er muß voraussichtlich bis Februar pausieren.

Die Staatsanwaltschaft Nürnberg hat im Zuge ihrer Ermittlungen gegen den ehemaligen Hauptsponsor des Bundesligaklubs Blau Weiß 90 Berlin, die Nürnberger Agentur Härtfelder, zwei Haftbefehle erwirkt. Den beiden Beschuldigten, der Agentur-Chefin Cornelia Härtfelder und dem ehemaligen Blau-Weiß-Manager Konrad Kropatschek, wird vorgeworfen, sich seit Juni 1982 in betrügerischer Absicht und unter falschen Angaben Darlehen in Höhe von mindestens 4,3 Millionen Mark beschafft zu haben. Der Berliner Klub hatte den Sponsor-Vertrag vor einem Jahr gekündigt.

Nach zwölf Spielen: Bremen hält Anschluß

	H	A	H	A	H	A	H	A	H	A	H	A	H	A	H	A	H	A	H	A
1. Leverkusen	12	8	1	3	28:10	17:7	18:3	12:0	10:7	5:7										
2. Hamburg	12	7	3	2	24:12	17:7	16:4	12:0	8:8	5:7										
3. München	12	6	5	1	22:13	17:7	14:9	9:5	8:4	8:4										
4. Bremen	12	7	3	2	26:18	17:7	16:7	10:2	10:11	7:5										
5. K'laum	12	5	5	2	23:13	15:9	15:6	10:2	8:7	5:7										
6. Stuttgart	12	4	5	3	20:15	13:11	14:5	9:3	6:12	4:8										
7. Bochum	12	3	7	2	15:14	15:11	9:4	9:3	6:10	4:8										
8. Frankfurt	12	3	6	3	15:14	12:12	12:5	9:5	5:9	3:9										
9. Uerdingen	12	4	4	4	17:19	12:12	12:9	9:3	9:19	5:9										
10. Schalke	12	5	2	5	22:27	12:12	15:8	8:4	10:14	3:9										
11. Dortmund	12	4	3	5	27:19	11:13	15:7	7:5	7:10	4:8										
12. M'gladbach	12	3	5	4	20:17	11:13	7:5	7:5	10:15	4:8										
13. Köln	12	4	3	5	17:16	11:13	7:5	7:5	7:15	1:11										
14. Mannheim	12	3	4	5	17:21	10:14	10:6	9:5	7:15	2:10										
15. Nürnberg	12	2	3	7	18:24	9:15	12:11	7:5	6:13	2:10										
16. Homburg	12	2	3	7	8:24	7:17	7:6	6:6	1:18	1:11										
17. Berlin	12	1	5	6	12:30	7:17	8:13	5:7	4:17	2:10										
18. Düsseldorf	12	1	1	9	14:37	5:19	9:13	5:7	5:24	0:12										

Ergebnisse 12. Spieltag
München - Leverkusen 0:3 (0:1)
Nürnberg - Düsseldorf 4:3 (2:0)
Frankfurt - Waldhof 2:1 (2:0)
Bremen - Uerdingen 5:1 (2:1)
Hamburg - Dortmund 4:2 (2:1)
K'laum - Schalke 5:1 (2:1)
Köln - Blau Weiß 90 1:1 (1:1)
M'gladbach - Stuttgart 4:0 (1:0)
Bochum - Homburg 0:0
Zum neunten Mal kamen in dieser Saison mehr als 200 000 Zuschauer zu den neun Spielen. Die Gesamtzahl erhöhte sich auf 2,5 Millionen - das sind 100 000 mehr als im Vorjahr. Mit 47 000 Besuchern war das Münchner Olympiastadion am besten gefüllt.

„Die Ablösesumme“, sagte Bayern Münchens Präsident Fritz Scherer, „ist für uns kein Problem“. Doch nach der 0:3-Heimniederlage ihres Teams gegen Bayer Leverkusen sind sich Scherer und Münchens Manager Uli Hoeneß ihrer Sache gar nicht mehr so sicher. „Wer weiß“, sagten beide, „ob Herbert Waas jetzt überhaupt noch nach München kommen will?“ Gestern hörte sich der 23jährige Nationalstürmer aus Leverkusen, dessen Vertrag zum Saisonende ausläuft, ein erstes Angebot der Münchner „in aller Ruhe“ an. Kommen zur Entscheidung nun auch andere Überlegungen hinzu?

Mayer-Vorfelder ist nicht mehr von Coordes angetan

5. WERER, Mönchengladbach
Nach dem Trainer Egon Coordes zu Saisonbeginn den Dienst bei seinem neuen Arbeitgeber VfB Stuttgart antrat, hatte der von Bayern München entlassene Udo-Latek auf der VfB-Jahreshauptversammlung, Einsatz, Disziplin und Ordnung, sagte er da, seien künftig die Prinzipien seiner Mannschaft, getreu dem Schwabenland. Dieser Satz hat den Mitgliedern, und ganz besonders Präsident Gerhard Mayer-Vorfelder, natürlich riesig gefallen. Und in der Euphorie des Augenblicks waren alle bereit zu vergessen, daß es im Vorfeld der Coordes-Verpflichtung ja doch einige Schwierigkeiten gegeben hatte.

Der neue Trainer war nämlich nicht bereit, Willi Entenmann, den Volkshelden der letzten Saison, der als Notbehelfer für den entlassenen Otto Baric eingesprungen war und der den VfB zu einer tollen Siegesserie geführt hatte, als Assistent zu akzeptieren. Coordes wollte den Laden alleine in Schwung bringen. Spätestens nach dem Stuttgarter 0:4 bei Borussia Mönchengladbach ist er vom Regen in die Traufe geraten. Die Mitglieder-Pans ließen in ihrer Enttäuschung keine Zweifel darüber offen, wenn sie die klare Niederlage in erster Linie anlasten. Sie inszenierten machtvoll die Chöre mit dem sich ständig wiederholenden Schlicht-Text: „Coordes raus“. Zudem entrollten sie ein Riesenapfelband, auf dem stand: „Wir wollen Willi“. Gemeint war selbstverständlich Entenmann.

Ob er sich durch die schwache Bilanz der vergangenen Wochen, der VfB siegt zuletzt am 20. September gegen Düsseldorf, unter Druck gesetzt fühlte, ob er nicht gar um seinen Job bangte, wurde Coordes in der Pressekonferenz nach dem Spiel gefragt. Und er antwortete grantig: „Da müssen Sie nicht mich, sondern den Präsidenten fragen.“ Der war ins Bockelbergstadion nicht mitgereist.

Ribbecks Psychobehandlung: Er zwiebelte Stars zum Sieg

ULFERT SCHRÖDER, München
„Wo ist dieser ... komm Du ...“ Anstelle der drei Punkte folgten im Originalton jeweils fröhlich-flapsige Beschimpfungen. Udo Lattek lud seinen Kollegen Erich Ribbeck zur Pressekonferenz. In „relativ guter Laune“, wie er selber mitteilte.

Offenbar ertrug Lattek die Blamage leichter und gelassener, weil sie ihm vom Freund zugeflogt worden war. Lattek-Kenner jedenfalls staunten. Nach solchen Spielen, nach solchen Niederlagen kriegte Lattek normalerweise den stechenden Blick und spuckte Gallies wie ein Racheengel des Satans.

Doch nun mimte er das Lämmchen. Wie schnell dieser Hausmann doch sei. Mein lieber Mann. In den Laufdrüsen mit seinen Leuten, auch mit Nachweil, sei der Eindruck entstanden, als träten die Bayern auf der Stelle. Überhaupt. Diese Leverkusener, das sei ja eine Klasse-Mannschaft. Lattek schwärmte.

Eigentlich über nichts geredet

Uli Hoeneß schaute trübe in den Regen. „Solche Sonntage hasse ich. Sonntage nach Niederlagen.“ Es ging auf zwölf Uhr mittags und Hoeneß hatte soeben ein spätes Frühstück mit Herbert Waas gehabt.



Nach seinem Treffer gegen den VfB Stuttgart war Günter Thiele nicht mehr zu halten. Er kletterte am Zaun hoch und trommelte wild auf der Trommel seines Gladbacher Fans. Die Zeiten scheinen sich für ihn bei den Gladbachern gebessert zu haben. Zu Beginn lief er für den früheren Düsseldorf bei seinem neuen Verein gar nicht so gut. Nachdem der Mittelstürmer aber sechs Kilo abgenommen hat, trifft er wieder das Tor.



Ist das eine Freude beim neuen Tabellenführer der Bundesliga. Ausgelassen fallen die Bayer-Spieler übereinander her. Herbert Waas (unten) ist die Glückseligkeit im Gesicht geschrieben. Trainer Erich Ribbeck will dennoch nichts vom Titel wissen. Nach der Leistung der Bayer-Elf von München, so stellte Bayern-Manager Uli Hoeneß fest, ist Leverkusens Tiefstapolei nicht mehr länger zu akzeptieren.

Über Glat hat Hoeneß dann auch mit Waas kein Wort gewechselt. „Und was die sportlichen Perspektiven anlangt, hatte ich mich einem solchen Spiel nicht viele Argumente. Schließlich sind die Leverkusener auch eine Mannschaft der Extra-Klasse.“

Delta fliegt nach über 100 USA-Städten. Von Küste zu Küste.

Von New York bis Texas, von Florida bis Kalifornien fliegen Sie mit Delta durch die USA. Buchen Sie Delta-Flüge nach Atlanta. Oder von Frankfurt nach Dallas/Ft. Worth. In beiden Städten haben Sie bequeme Anschlussflüge nach 100 Städten in ganz USA.

Und auch ab New York und Boston hat Delta regelmäßigen täglichen Service in fast alle

Städte der USA.

Wenden Sie sich an Ihr Reisebüro. Oder rufen Sie Delta direkt an. Die Tel.-Nr. in Frankfurt (069) 25 60 30, in München (089) 1299061, in Stuttgart (0711) 2262191. Delta-Reservierungsbüros sind in der Friedensstraße 7, 6000 Frankfurt/Main, Maximiliansplatz 17, 8000 München, Königstraße 1b, 7000 Stuttgart. Flugplanänderungen vorbehalten.

DELTA.

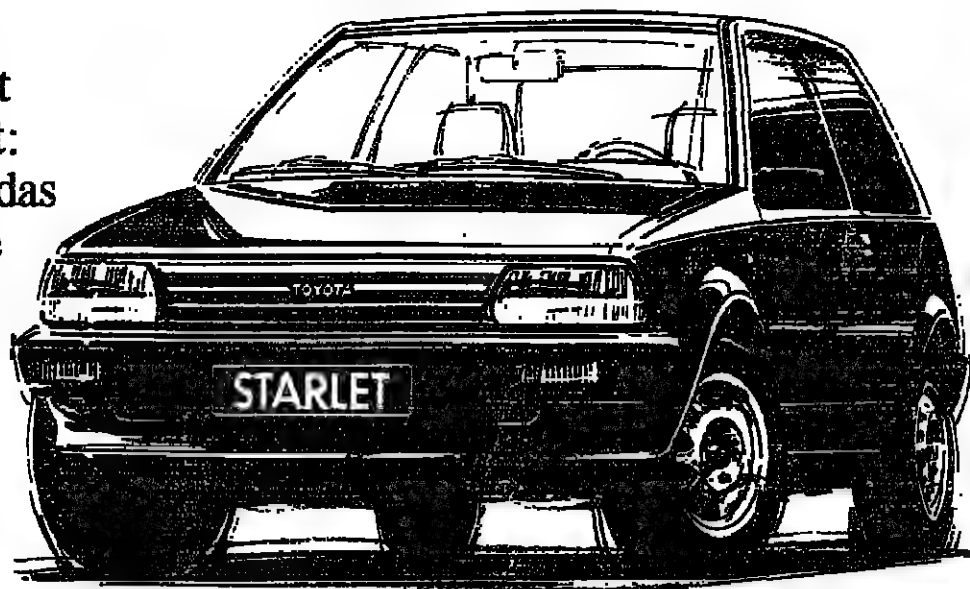
The Airline Run By Professionals.

USA-Flüge auch ab Paris, London und Shannon, Irland.

كندا من أجل

Jetzt schalten. Und den vollen Steuervorteil sichern.

Mit dem Starlet S schnappen Sie dem Finanzamt auch in Zukunft die Mäuse weg. Genauer gesagt: DM 750,- Steuern in 2 Jahren und 8 Monaten. Denn das kleine Kraftpaket produziert dank Toyota Euro-Kat die Leistung von 74 PS/55 kW auf besonders umweltfreundliche Weise. Und so sportlich, wie sein 12-Ventiler mit 1,3 l Hubraum zur Sache geht, ist auch die Ausstattung. Mit Sportsitzen, Lederlenkrad, Drehzahlmesser, 5-Gang-Getriebe und sportlichem Design. Ab DM 16.070,-*.



Toyota Btx: *40063 #

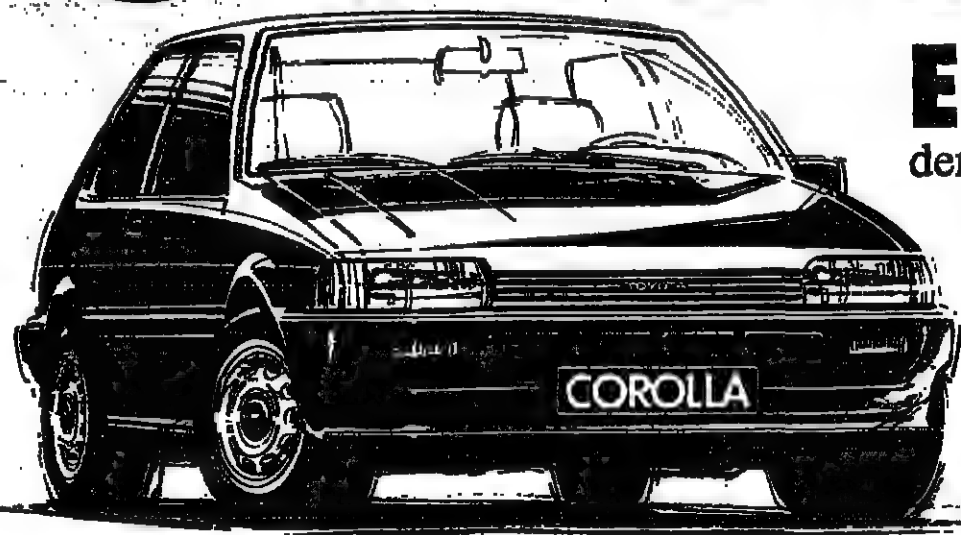
KATS VON

TOYOTA.

MÄUSE

VOM STAAT.

**VOLLER STEUER-
VORTEIL BEI
ZULASSUNG BIS
31. 12. 86**



Eine weitere Möglichkeit, dem Staat die Mäuse abzu-
jagen: Corolla Compact SR. Auch er mit Euro-Kat,
der Ihnen in 2 Jahren, 8 Monaten bis zu DM 750,- Steu-
ern erspart. Passend zur Dynamik seines 12-Ventilers
mit 74 PS/55 kW: Frontantrieb, 5-Gang-Getriebe,
Drehzahlmesser. Ab DM 15.970,-*. Auch in den
anderen Fahrzeugklassen bietet Toyota attraktive
Steuersparer - als Kat- oder Diesel-Motoren. Deshalb
nicht abwarten. Sondern jetzt zum Toyota Händler.
* Unverbindliche Preisempfehlung plus Überführung.

TOYOTA

*Wenits ist
unmöglich*

BMZ

FUSSBALL-KULISSE / Auftritt von Manfred Müller (39) im Nürnberger Tor bleibt einmalig - Mitleid nach Bockenfeld-Platzverweis

Fünf Tore von Frank Hartmann - jedes sollte Manager Assauer und Schalke 04 tief treffen

Von ULLA HOLTHOFF

Ein Drehbuchautor hätte das Geschehen besser arrangieren können: Was dem Kaiserslauterner Mittelfeldspieler Frank Hartmann (38) am Samstag gelang, kann nicht einmal mit dem Begriff Zufall treffend beschrieben werden.

Beim 5:1 über den FC Schalke 04 war er der einzige Kaiserslauterner Torschütze, erzielte alle fünf Treffer gegen die Mannschaft, in der er selbst noch in der vergangenen Saison gespielt hatte. Fünf Tore als Antwort auf die eigene, wochenlange Erfolglosigkeit. Tor für Tor eine Befreiung von Frust und Ärger. Die Erleichterung wuchs mit der Höhe der Kaiserslauterner Führung.

In fünf Toren entluden sich die Enttäuschungen und die Zweifel der vergangenen Wochen und Monate. Und das ausgerechnet gegen seinen ehemaligen Verein, der in seiner mühsamen Situation gründlich beigetragen hatte. „Schalke war immer mein Lieblingsverein, schon von Jugend an“, sagte Frank Hartmann gestern in einem Gespräch mit der WELT. „Ich wäre da nie weggegangen. Aber als es um meinen neuen Vertrag ging, haben sie mich hängen lassen.“

Nach sechs wechselhaften Jahren beim 1. FC Köln war Frank Hartmann im Dezember an Schalke verkauft worden. Damals ein mitteldaristischer, noch dazu unbeständiger Bundesligaspieler. Dementsprechend gering war sein Gehalt. Es bewegte sich im unteren Drittel des Schalke-Gehaltsgefüges.

In der vergangenen Saison aber entwickelte sich Frank Hartmann in Schalke zu einem wichtigen Stammspieler, erzielte als Mittelfeldspieler mit 13 Saisonoren mehr Treffern als mancher Stürmer in der Bundesliga und bat deshalb am Ende der Saison um Gehaltserhöhung. „Schließlich habe ich Frau und Kinder, an die ich denken muß. Da konnte ich nicht einfach zu allem ja sagen.“

Statt der Gehaltserhöhung gab es Ärger mit Manager Rudi Assauer (42). Hartmann „hatte 50.000 Mark mehr im Jahr gefordert. Normalerweise einigt man sich dann bei der Hälfte und darauf wollte ich hinaus.“ Doch Assauer blieb hart. Frank Hart-

mann einigte sich mit Kaiserslautern. Und Assauer war sauer. „Eines Tages hat er meine Abwesenheit ausgenutzt und sich bei meiner Frau beschwert“, sagt Hartmann, der immer noch empört ist über das Verhalten des Managers. „Er wusste, daß sie im neunten Monat schwanger war und keine Aufregung vertrug. Aber er hat sie am Telefon richtig fertiggemacht. Ich wäre unverschämte, was mir überhaupt einfiel, mich so zu benehmen, usw. Dabei hat sie doch gar nichts damit zu tun.“

Nach diesem Anruf hat Frank Hartmann tatsächlich erwogen, den Manager wegen Nötigung zu verklagen.

Doch dann hat er seinen Frust auf sportliche Weise geregelt: Fünf Tore gegen Schalke - das waren auch fünf Tore gegen Manager Assauer. Obwohl er sagt: „Ich habe am Samstag nicht nur gegen Assauer gespielt, sondern hauptsächlich für Kaiserslautern. Denen wollte ich zeigen, daß ich was kann, weil die hier schon alle zweifeln.“

Das anfängliche Mitleid mit dem Derbisspieler Neuzugang, der in dieser Saison erst ein Tor beim Spiel in Frankfurt geschossen hatte, war in Kaiserslautern zuletzt in Ablehnung umgeschlagen. Brigitte Hartmann (25) mochte schon gar nicht mehr ins Stadion gehen, weil sie die abfälligen Bemerkungen über ihren Mann auf der Tribüne nicht mehr ertrug. Am Samstag hing im Stadion sogar ein Transparent mit der Aufschrift: „Hartmann verrecke“. Schalke Fans hatten es gespannt.

Diese Art der Negativ-Motivation und die Hilfe von Trainer Hannes Bongartz (35) gaben Frank Hartmann Kraft für seine willensstarke Energieleistung. „Ein anderer Trainer hätte längst gesagt: Setz Dich erst mal auf die Bank, vielleicht läuft es dann wieder.“ Aber der Hannes Bongartz hat mich am Samstag vor dem Spiel in den Arm genommen und gesagt:

„Heute machst Du ein Tor. Wenn Du heute nichts machst, dann machst Du überhaupt nichts mehr.“ Beim Training am Donnerstag hatte Bongartz schon mit den anderen Stammspielern Jürgen Groh (30), Wolfram Wuttke (24) und Dieter Trank (27) geredet und sie gebeten: „Beim Frank Hartmann läuft es im Moment noch nicht so richtig. Ihr müßt ihm jetzt helfen und für ihn auch mal die Mitte frei machen, damit er nicht immer nur an der Außenlinie klebt.“ Das sind neue Töne in der Bundesliga, wo die Trainer in der Vergangenheit erfolglose Spieler allzu häufig durch Strafen zur Leistungssteigerung zwingen wollten.

Konsequenzen aus seiner persönlichen Situation zog gestern in Nürnberg Schatzmeister Peter Karg (39). Er ist einen Tag nach dem 4:3-Sieg im Abstiegskampf gegen Fortuna Düsseldorf von seinem Amt zurückgetreten. Gegen Karg hat die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth ein Ermittlungsverfahren wegen Veruntreuung in seiner Eigenschaft als Treuhänder in Zusammenhang mit der Abrechnung verschiedener Bauherren-Modelle eingeleitet. „Ich rechne auf keinen Fall mit einer strafrechtlichen Verurteilung, aber ich will den Verein vor Schaden bewahren“, sagte Karg und schloß gleichzeitig eine Rückkehr ins Präsidium aus.

Eine längerfristige Rückkehr in die Mannschaft des 1. FC Nürnberg hat auch Torwart Manfred Müller (39) unmittelbar nach seinem Comeback ausgeschlossen. „Das soll ein einmaliger Einsatz bleiben“, sagte Müller. „Ich habe das nur aus einer Notlage heraus gemacht. Am kommenden Samstag müßte Rainer Stumpner eigentlich wieder fit sein.“ Schon vor zwei Jahren hatte Manfred Müller seine aktive Laufbahn als Fußball-Profi beendet. Weil aber die drei Torwarte Herbert Heider (27), Andreas Köpke (24) und Rainer Stumpner (23) ver-

letzt oder gesperrt sind, zog Manfred Müller am Samstag die Handschuhe noch einmal an. Immerhin besitzt er immer noch eine Spielberechtigung für den 1. FC Nürnberg.

Die psychische und physische Anspannung war für ihn trotz seiner jahrelangen Bundesliga-Erfahrung beim Wuppertaler SV, dem 1. FC Nürnberg und Bayern München ungeheuer groß. Vor dem Spiel war er „unheimlich nervös“, nach dem Spiel „begeistert“, fast nur noch aus Zerrungen. Fast eine Dreiviertelstunde brachte der Masseur, um die verkrampfte Muskulatur halbwegs zu entspannen.

Schließlich hatte Manfred Müller erst in der vergangenen Woche wieder mit dem Training begonnen. Seine Tätigkeit als Torwart-Trainer in Nürnberg ist körperlich nicht so belastend, als daß er sich eine bundesliga-reife Form erhalten könnte. Schließlich ist das Torwart-Training für ihn nur noch eine Nebentätigkeit. Im Hauptberuf ist Manfred Müller jetzt selbstständiger Unternehmer, Inhaber und Gründer der Firma MM-Film. Gemeinsam mit dem Münchner Kameramann Bernd Elser (43) produziert er Sportfilme, Lehrfilme und aktuelle Reportagen, die als Video-Kassetten vertrieben werden oder in den Sportsendungen von RTL-plus und SAT 1 gesendet werden.

Erst gestern Abend lief in RTL-plus wieder ein Beitrag von Manfred Müller. Ein Film über zwei Torwart-Oldies, die einst bei demselben Verein gearbeitet haben: Ein Porträt über Manfred Müller und Rudi Kargus (34), der noch vor zwei Jahren in Nürnberg spielte und am Samstag mit seiner neuen Mannschaft Fortuna Düsseldorf zu Gast an seinem alten Arbeitsplatz im Stadion an der Noris war. Enthaltene in dem Beitrag waren auch die Szenen aus der 85. Minute, als Manfred Müller den Platzverweis des Düsseldorfer Verteidigers Manfred Bockenfeld (26) provozierte. „Eigentlich hat er mir nur den Finger umgebogen“, sagt Müller und war kleinlaut. „Nachdem der Schiedsrichter Elfmeter gepfiffen hatte, wollte er mir den Ball aus den Händen reißen, aber ich hab' ihn festgehalten. Das macht man in dem Geschäft so. Daß es dafür gleich einen Platzverweis gab, tut mir leid.“



Manfred Müller in Siegerpose: Mit 39 Jahren kehrt er noch einmal in die Bundesliga zurück und konnte jubeln. FOTO: SAADER



Ein rotloser Rudi Kargus: Die Rückkehr des 34 Jahre alten Torwart-Oldies war nicht von Erfolg gekrönt. FOTO: SAADER



Im strömenden Regen ging Rudi Völler auf Torjagd - dank seiner Treffer darf Werder Bremen wieder hoffen. FOTO: DPA

2. Liga

Hannover 96 zu Hause unbesiegt

dpa, Hannover

Hannover 96, Spitzenreiter der zweiten Fußball-Bundesliga, bleibt zu Hause eine Macht. Zum Schluß geriet der 3:2-Erfolg über Rot-Weiß Essen zwar noch etwas in Gefahr, dennoch konnte die Mannschaft von Trainer Wähling bereits den siebten Sieg im siebten Heimspiel feiern. Einziger Wermutstropfen: Am ersten Novembertag sahen nur 11.987 Besucher zu - für Hannover ein ungewöhnliches Bild und Minusrekord dieser Saison.

Insgesamt 20 sogenannter Fans unter den Zuschauern wurden nach dem Spiel in Hannover von der Polizei festgenommen. Wie ein Polizeisprecher mitteilte, werden sich vier Jugendliche aus Hannover wegen Körperverletzung und Widerstands sowie zwei Besucher wegen Drogenhandels verantworten müssen.

Eine Gruppe von 66-Anhängern aus Bremen bestieg nach Spielschluß den Zug nach Bremen und brach ihn nach etwa 500 Metern mit einer Notbremssung zum Halten. Polizeibeamte nahmen die Jugendlichen in Gewahrsam.

DIE ERGEBNISSE

Saarbrücken - Aschaffenh.	4:3 (1:0)
Solingen - St. Pauli	3:3 (1:0)
Ulm - Wattenscheid	3:1 (0:1)
Stuttgart - Freiburg	3:0 (1:0)
Karlsruhe - Darmstadt	4:0 (2:0)
Hannover - Essen	3:2 (0:0)
Salzburger - Bielefeld	1:1 (0:0)
Kassel - Köln	1:0 (0:0)
Oberhausen - Braunschweig	1:0 (0:0)
Osnabrück - Aachen	0:2 (0:1)

DIE TABELLE

1. Hannover	14	12	0	2	31:14	24:4
2. Aachen	14	9	2	3	20:9	20:6
3. Osnabrück	14	8	3	3	24:18	19:9
4. Stuttgart	14	8	1	5	32:23	17:11
5. Saarbrücken	14	6	5	3	23:18	17:11
6. Karlsruhe	14	6	4	4	28:21	18:13
7. Darmstadt	14	5	4	5	30:16	18:13
8. Ulm	14	5	3	6	20:19	15:13
9. Oberhausen	14	7	1	6	23:23	18:13
10. Freiburg	14	5	5	4	19:20	18:13
11. St. Pauli	14	5	4	5	24:21	14:14
12. Wattenscheid	14	4	5	5	24:21	14:14
13. Solingen	14	4	1	9	25:28	18:18
14. Braunschweig	14	4	4	6	21:27	18:18
15. Aschaffenh.	14	4	3	7	20:27	11:17
16. Köln	14	3	5	6	20:29	11:17
17. Essen	14	3	4	7	24:26	10:18
18. Bielefeld	14	1	7	6	12:21	9:19
19. Kassel	14	2	3	9	15:31	7:21
20. Salzburger	14	1	3	10	14:34	9:23

DIE VORSCHAU

Freitag, 11.11., 20 Uhr: Essen - Karlsruhe, Aachen - Stuttgart. Samstag, 11.11., 14.30 Uhr: Aschaffenh. - Salzburger, Freiburg - Oberhausen, St. Pauli - Köln, 15.30 Uhr: Braunschweig - Ulm, Darmstadt - Saarbrücken, Sonntag, 11.11., 15 Uhr: Wattenscheid - Kassel, Solingen - Hannover, Bielefeld - Osnabrück.

Der zwölfte Spieltag: Aufstellungen und Vorschau

Nürnberg - Düsseldorf 4:3 (2:0)
Nürnberg: Müller, Reuter, Gläse, Lieke, Bruns, Schwaib, Lieke, Bruns, Schwaib, Geyer (62, Günter), Wagner, Philippowski, Zekstein. - Düsseldorf: Kargus - Jakobs - Weid, Wollwitzer - Bockenfeld, Kaser, Duseid (77), Büttel, Thomas, Schimpelmann - Jensen, Demandi (75, Freitz). - Tore: 1:0 Reuter (13, Foulelfmeter), 2:0 Eckstein (18, 2:1 Jensen (46, 3:2 Jensen (52, 4:3 Stenzel (73, 4:3 Eckstein (82), 4:3 Weid (86, Foulelfmeter). - Gelbe Karten: Jakobs (2), Thomas, Weid (3). - Rote Karte: Bockenfeld.

Frankfurt - Mannheim 2:1 (2:0)
Frankfurt: Gundlach - Berthold - Körbel, Kruas - Sievers, Müller, Kraus (62, Falkenmeyer), Möller (78, Mischel), Binz - Fritz, Smolarek. - Mannheim: Zimmermann - Sebert - Dickgeiser, Kohler - Tiskanis (46, Gaudi), Scholz, Quasius, Berbers (82, Trieb, Neun - Bührer, Walter). - Tore: 1:0 Binz (8, 2:0 Berthold (13, 2:1 Dickgeiser (72). - Gelbe Karten: Kraus (2), Smolarek (2), Dickgeiser (4), Sebert (3).

Bremen - Verdingen 3:1 (2:1)
Bremen: Burdinski - Sauer - Kutzop,

Ottens - Schaff, Wolter (84, Hansen), Hermann, Votava, Meier (74, Noruschar) - Völler, Ordewitz - Uerdingen: Völler - F. Funkel - W. Funkel, Wöhrin - Dampgen (88, van de Loo), Bommer, Edvalsson (48, Kirchhoff), Klinger, Buttgerit - Bierhoff, Kuntz. - Tore: 1:0 Völler (8, 1:1 W. Funkel (27, 2:1 Völler (30, 3:1 Völler (52, 4:1 Votava (65), 5:1 Votava (80).

Hamburg - Dortmund 4:3 (2:1)
Hamburg: Hain - Jakobs - Kaitz, Plessers, Hamp - Kroth, von Heesen, Justiz - Gründel, Okonski, Schmüller (58, Balzli). - Dortmund: de Beer - Pagelsdorf - Kutowski, Hupe - Lusch, Zorc, Spyria (48, Storck, Raducanu, Belmer - Simmes (63, Anderbrügge), Dickel. - Tore: 0:1 Dickel (4, 1:1 Okonski (8, 2:1 Okonski (27, 3:1 Justiz (74, 3:2 Dickel (76, 4:2 Balzli (86).

München - Leverkusen 0:3 (0:1)
München: Pfaff - Augenthaler - Eder, Plüger - Nachreith, Flick, Mathias, Breime, Rummenigge (75, Kögl), Wöhrth, Lunde (48, Matthy) - Leverkusen: Vollborn - Hörster - Zanter, Reinhardt - Götz, Schreier, Roitz, Hausmann, Hinterberger - Wase, Tschä - Tore: 0:1 Götz (13, 0:2 Hausmann (79, 0:3 Götz (87).

Köln - Berlin 1:1 (1:1)
Köln: Schumacher - Steiner - Prestin, Wollitz - Geis, Olsen (81, Janßen), Bein (85, Hädler), Engels, Lehnhoff - T. Al-

Jota, K. Alofs. - Berlin: Mager - Haller - Heilmann, Schmidt - Schlegel, Vandereycken, Feiler, Schuler, Flad - Yula (48, Riedel), Mattem. - Tore: 1:0 K. Alofs (11, 1:1 Yula (45).

K'lauren - Schalke 5:1 (2:1)
K'lauren: Ehrmann - Dusek - Moser, Majewski, Roos - Hartmann, Wuttke (75, Schupp), Groh, Allevi - Trank (82, Roos), Köhr - Schalke: Macak - Hanes - S. Thüker, Kruse - Roth, Opitz, Dietz, Thon (80, Sistrup), K. Thüker - Wegmann, Regenbogen. - Tore: 1:0 Hartmann (19, 2:0 Hartmann (22, 3:1 Wegmann (28, 4:1 Hartmann (33, 4:1 Hartmann (73, 5:1 Hartmann (90).

M'gladbach - Stuttgart 4:0 (1:0)
M'gladbach: Kamp - Bruns - Winkbold, Borowka - Kraus, Drehsen, Bakalor (75, Brandts), Lienen, Frontzeck - Rahn, Thiele (82, Criesl). - Stuttgart: Immel - Beierlorzer - Strehmel, Buchwald - Schäfer, Pask (71, Sunk), Hartmann, Zietech, Müller - Klusmann (82, Schmidt), Mertke. - Tore: 1:0 Rahn (44, 2:0 Thiele (64, 3:0 Borowka (61, 4:0 Criesl (80).

Bochum - Hamburg 0:0
Bochum: Zundick - Kempe - Oswald, Kree - Heilmann, Senatelli, Schulz (85, Legat), Lameck, Wolk - Wehl (82, Wegmann), Lelfeld. - Hamburg: Scherer - Wojcicki - Beck, Dooley - Leborg (78, Bastian), Freiler, Buncel, Franken, Ehrmanntraut - Müller, Schäfer.

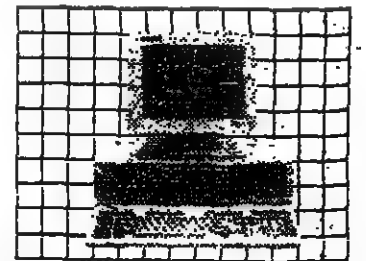


Die Vorschau
Freitag, 7. 11., 20 Uhr:
Dortmund - K'lauren (4:2)
Samstag, 8. 11., 14.30 Uhr:
Homburg - Frankfurt (1:1)
15.30 Uhr: Berlin - Leverkusen (0:0)
15.30 Uhr: Mannheim - München (0:0)
Köln - Nürnberg (3:1)
Düsseldorf - Hamburg (3:1)
Schalke - M'gladbach (2:2)
Stuttgart - Bremen (2:1)
Verdingen - Bochum (3:2)
In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

„Liebe Unternehmer. Wenn wir den auspacken, können Sie Dateien noch rationeller anpacken.“



Hier ist das Olystar 60. Der Personalcomputer, der Ihnen Sachbearbeitern ein entscheidendes BITchen Arbeit erspart. Vom Olympia-Team.



Der mehrplatzfähige Olystar 60 weiß was Sache ist, wenn Sachbearbeiter kalkulieren, planen, fakturieren oder buchen müssen. Außerdem erstellt dieser industriekompatible Personalcomputer Statistiken und Grafiken und erledigt so ganz nebenbei die normale Bürokorrespondenz. Klar, daß unser Olystar 60 durch umfangreiche Software (unter den Betriebssystemen MS-DOS und Prolog) problemlos und professionell in der Anwendung ist. Wenn Sie sich ein entscheidendes BITchen Arbeit ersparen wollen, wählen Sie (0 44 21) 78 22 22. Dann erfahren Sie, wie rationell und angenehm ein Sachbearbeiter-Arbeitsplatz sein kann.

OLYMPIA
Bürotechnik der AEG

سكيا في الامم

Montag, 3. November 1986, Nr. 256 - DIE WELT

TURNEN

Querelen
beigelegt

Im Turn-Lager der Frauen bleibt alles beim Alten. Die neuerlichen Querelen zwischen der Bundesfachwartin Ursula Hinz (Berlin) und dem Bundestrainer Ehepaar Vladimir und Elena Prokorkin (Moskau) sind beigelegt. Prokorkin hatte am 27. August und am 18. Oktober aufgrund der Auseinandersetzungen jeweils mündlich seine Kündigung ausgesprochen.

Fazit der mehrstündigen Streitrunden von Frankfurt: keine Kündigung.

Anzeige

Das Geheimnis für Energie und Ausdauer sind Kaktus- und Vitaminpräparate! Darum: NUDELN!! Von Natur aus gut. ...

3 GLOCKEN

durch den Cheftrainer, keinen Rücktritt der Funktionärin. Unter der Leitung des Bundessportwartes Hans-Jürgen Zacharias erklärten beide Seiten ihre Bereitschaft zur weiteren konstruktiven Zusammenarbeit. Wichtig war, daß wir zusammenarbeiten, trotz aller Hektik Mißverständnisse ausgeräumt und die Aufgaben der Beteiligten noch einmal modifiziert haben", resümierte Zacharias die Gesprächsrunde, an der auch die Eltern der sieben im Frankfurter Leistungszentrum lebenden Nationalrieger-Turnerinnen teilnahmen.

Im Klartext heißt das: Ehepaar Prokorkin ist für die sportlichen Aufgaben allein verantwortlich. Die Fachaufsicht führt Ursula Hinz. Für die Betreuung der Nachwuchsturnerinnen werden voraussichtlich schon zum 1. Januar Norbert und Rodica Kuhn unter Vertrag genommen. Der derzeitige Berliner Landestrainer nimmt den Platz des inzwischen ausgeschiedenen Stefan Bogdan ein. Seine Frau wird Bundes-Honorartrainerin.

Mit diesem personellen Stab soll nun eine störungsfreie und optimale Vorbereitung im Hinblick auf die Weltmeisterschaften 1987 in Rotterdam und die Olympischen Sommerspiele 1988 in Seoul gewährleistet sein.

TENNIS / Boris Becker erreichte sein drittes Grand-Prix-Finale innerhalb von drei Wochen - Geldbuße und Sperre für John McEnroe

„Solange ich gewinne, kann ich auch zwölf Monate hintereinander spielen“

Ein weiterer Glanzpunkt in einer jungen Karriere: Innerhalb von drei Wochen hat Wimbledonssieger Boris Becker sein drittes Tennis-Grand-Prix-Finale erreicht. Nach den beiden Siegen in Sydney und Tokio schlug der 18-jährige im Halbfinale des mit 225 000 Dollar dotierten Turniers von Paris den Franzosen Henri Leconte nach hochklassigem Spiel mit 6:2, 3:6, 6:3. Gestern traf er im Finale auf den 24-jährigen Spanier Sergio Casal, der den Amerikaner Tim Mayotte 6:1, 3:6, 6:3 bezwang. (Das Ergebnis des Endspieles lag bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht vor.)

Leconte ist hier zu Hause. Ihn zu bezwingen wird sehr schwer, hatte Becker vor dem Halbfinalspiel gesagt. Und tatsächlich mußte der Leimener Präzisionsarbeit bei höchstem Tempo leisten, um den französischen Weltangst-Sieben vor 15 000 Zuschauern im ausverkauften Pariser Sportpalast erneut in die Knie zu zwingen. In Wimbledon hatte Becker Leconte bislang zweimal geschlagen, 1985 im Viertelfinale, in diesem Jahr im Halbfinale.

„Es war sehr schwer, bei der Lautstärke des Publikums die ganze Zeit konzentriert zu sein. Nach dem zweiten Satz hatte ich keine Zweifel, zu gewinnen“, sagte Becker hinterher und lobte den Gegner. „Es war das beste Spiel, das Leconte bisher gegen mich gemacht hat.“ Das empfand auch der Franzose selbst so: „Ich habe heute besser gespielt als in diesem Jahr im Halbfinale von Wimbledon. Da war ich nur einen Satz lang gut, heute die ganze Zeit.“ Dennoch mußte sich Leconte seinem Gegner beugen, hatte beispielsweise „die größten Schwierigkeiten beim Return, weil kein anderer ihn mit soviel Risiko spielt wie Boris“. Henri Leconte faszt: „Wenn ich mit ihm mithalten will, muß ich physisch stärker werden.“

Über seinen Überraschungsgegner im Finale, Sergio Casal, sagte Becker: „Er hat nichts zu verlieren und kann frei aufspielen.“ Dann charakterisierte er seinen Gegner, die Nummer 100 der Weltrangliste, so: „Er ist ein Spieler, der alles kann, aber nichts besonders gut. Er hat keinen Killer-Schlag.“ Dennoch, so meinte Becker, hätten dem Spanier die Siege über Mayotte und vor allem John McEnroe sicher großes Selbstvertrauen gegeben.

Casal war als Qualifikant in das Hauptfeld der 32 Spieler gelangt. Er ist der einzige Spieler, gegen den Boris Becker in einem Davis-Cup-Spiel unterlag, im letzten Jahr in der ersten Runde in Sindelfingen. Bei den US-Open bezwang der Leimener den Spanier allerdings in der dritten Runde glatt mit 7:5, 6:4, 6:2.

Auch nach dem Turnier von Paris bleibt Becker kaum Zeit zum Luftholen. Heute und morgen wird der 18-jährige im italienischen Bologna gemeinsam mit dem Amerikaner John McEnroe, dem Franzosen Yannick Noah sowie den Altstars Björn Borg, Ilie Nastase und Adriano Panatta zugunsten von Gianluca Rinaldi spielen. Die frühere Nummer zwei der italienischen Rangliste hat vor einiger Zeit einen schweren Autounfall erlitten und ist seitdem querschnittsgelähmt.



Routinierte Geste des Triumphs: Boris Becker

Becker springt in Bologna für den Weltranglisten-Ersten Ivan Lendl ein, der kurzfristig wegen einer Verletzung absagte. Damit wird seine ohnehin schon kurze Pause bis zum Turnier in der Londoner Wembley-Arena (10. bis 16. November) noch kürzer. „Ich bin froh, wenn das hier vorbei ist“, hatte Becker schon in Paris geklagt, „müde war ich eigentlich schon Ende letzter Woche in Tokio.“ Seit dem Davis-Cup-Abstiegsspiel Anfang Oktober in Essen ist er nahezu ununterbrochen im Einsatz.

Und doch steht der eigentliche Höhepunkt des Jahres noch bevor. Beim Masters-Turnier in New York (1. bis 7. Dezember) will er nach der inoffiziellen Weltmeisterschafts-Krone greifen, die ihm Lendl Anfang dieses Jahres knapp verwehrt.

Am 22. November wird Becker 19 Jahre alt. Er aber fühlt sich jetzt schon älter. „Das Alter zwischen 17 und 23 habe ich sozusagen übersprungen.“ In die Zukunft will er gar nicht erst schauen, denn: „Die Gegenwart ist hart genug.“ Das aber war wohl mehr scherzhaft gemeint, denn Becker glaubt selbst, er könne zwölf Monate hintereinander spielen, „solange ich gewinne“.

Nach dem Masters der Streß für dieses Jahr immer noch nicht vorbei. Gleich in der Woche darauf will Becker in Stuttgart seinen bereits zweimal gewonnenen Titel beim Young-Masters-Turnier verteidigen. Diese Meisterschaft für Spieler unter 22 Jahre hatte er Anfang 1985 in Birmingham gewonnen, im Januar dieses Jahres siegte er in Berlin. Anschließend geht Becker dann endlich zum wohlverdienten Urlaub - Ski-laufen in den Alpen.



Ausertscher auf und neben dem Spielfeld: Im Spiel gegen den Spanier Sergio Casal stemmte sich John McEnroe (Foto) vergeblich gegen die Niederlage, danach beschimpfte er den Schiedsrichter

John McEnroe, das Schiedsrichterproblem
und die stille Hoffnung auf die Technik

John McEnroe, gerade erst erfolgreich zu einem Comeback nach längerer Turnierpause gestartet, setzt seine Hoffnungen auf Gerechtigkeit jetzt in die Technik: „Die Schiedsrichter sind so schlecht. Sie erfüllen nicht ihre Aufgabe. Vielleicht erfindet ja endlich eine Maschine, um diese Leute zu ersetzen.“ Anlaß dieser Schelte war die Leistung des britischen Unparteiischen Jeremy Shales bei McEnroes 3:6, 6:7-Niederlage gegen den Spanier Sergio Casal im Viertelfinale beim Grand Prix von Paris.

Während der Amerikaner nach dem Match ernsthaft und ruhig über mögliche Konsequenzen für die Zukunft nachdachte, war seine Wut auf dem Platz wieder einmal außer Kontrolle geraten. „Sie werden nie mehr ein Spiel von mir leiten“, hatte McEnroe den „schlechtesten Schiedsrichter, den ich je erlebt habe“, angeschrien und noch einige saftige Beleidigungen folgen lassen.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Thomas Karlberg, der schwedische Oberschiedsrichter des Turniers, verhängte 8000 Dollar Geldstrafe gegen den 27-jährigen Amerikaner. Dieser Verlust wird den vielfachen Millionär McEnroe kaum ernsthaft belasten, wohl aber die Tatsache, daß er damit eine Sperre in Kauf nehmen muß. Denn McEnroe hat nun 8850 Dollar Strafe innerhalb eines Jahres angesammelt. Bei 7500 Dollar aber wird ein Spieler automatisch für drei Wochen gesperrt. Oder für sechs Wochen, in denen er zwar keine Grand-Prix-Turniere, wohl aber Schaukämpfe bestreiten darf.

Für McEnroe ist es bereits das vierte Mal, daß er pausieren muß. Zum letzten Mal hatte es ihn erwischt, als er beim Turnier von Stockholm vor einem Jahr wutentbrannt mit seinem Schläger auf eine fast volle Getränkedose drohte und dabei einige Herrschaften in der königlichen Loge bespritzte.

Die neuerliche Zwangspause trifft McEnroe besonders hart, da er nun sein Ziel, noch beim Masters-Turnier Anfang Dezember in New York mitzuspielen, nicht mehr erreichen kann. In der Grand-Prix-Rangliste liegt er auf Rang 18; nur die ersten acht dürfen bei dieser inoffiziellen Weltmeisterschaft spielen. Seit acht Jahren fehlt McEnroe damit zum ersten Mal bei diesem Turnier, das er dreimal gewonnen hat.

Dennoch ist er mit 1986 zufrieden. „Das war ein gutes Jahr für mich. Allerdings nicht so sehr, was Tennis angeht.“ Für die Zukunft hat er sich einiges vorgenommen. Er wolle wieder ganz nach vorn, sagte McEnroe, und - sich „nicht mehr von den Schiedsrichtern provozieren lassen“. Dabei haben schon einige eifrig überlegt, wie ein erboster John McEnroe auch gegen vollelektronische Unparteiische vorgehen könnte. Einfach den Stecker ziehen ... (dpa)

GALOPP

Helikon
vor Hydros

KLAUS GÖNTZSCHE, Mülheim: Bräutliches Ende in der Traditionsprüfung um das Silberne Band der Ruhr (41 000 Mark, 24 000 Mark dem Sieger, 4000 m) gestern vor fast 10 000 Zuschauern auf der Galopprennbahn am Mülheimer Rasthof. Mit fast vier Längen Vorsprung siegte der dreijährige Hengst Helikon mit Jockey Erwin Schindler vor seinem um ein Jahr älteren Bruder Hydros mit Lutz Mäder. Den dritten Platz belegte der Schweizer Gast Soguro mit Urs Suter vor dem Mitfavoriten Mantelano mit Peter Alafi.

Helikon und Hydros stammen aus der Zucht des Gestüts Birkenmoor in Visselhövede in der Lüneburger Heide, ihre Mutter ist die Stute Hallig. Besitzer von Helikon ist Götz Meyer von Rackendorf aus Bremen, beide Pferde werden in Köln von Bruno Schütz trainiert.

Das Alexander-Rennen in Frankfurt gewann überlegen mit vier Längen die Favoritin Muas aus dem Gestüt Röttgen mit Dave Richardson. Bei den Abend-Rennen am Samstag in Dortmund (Wettumsatz: 530 000 Mark) gelang dem schon zwölfjährigen Hengst Bergpanther beim 88. Start seiner langen Laufbahn der 23. Sieg, insgesamt hat der Galopper Methusalem 269 206 Mark gewonnen, sein Trainer ist Reiner Werning in Dortmund-Wambel.

50 Rennen haben die Pferde des 24-jährigen Andreas Wöhler aus Bremen bereits gewonnen, obwohl der Sohn des am 14. März 1986 verstorbenen Trainers Adolf Wöhler überhaupt noch nicht im Besitz einer normalen Trainerlizenz ist. Er führt gemeinsam mit Futtermeister Dieter Davids den Stall auf der Bremer Rennbahn mit einer Sondergenehmigung, derzeit nimmt er am Trainerlehrgang teil.

Seine Pferde stellte er in Bremen (Umsatz in acht Rennen: 287 987,50 Mark) aber in Topform vor, dreimal führte er den Sieger vom morastigen Gelände, mit Birjama gelang ihm der Jubiläumssieg.

Das letzte Rennen in Bremen gewann die 27-jährige Regina Molenda aus Köln im Sattel von Argo. Sie wird Vicki Furler als Championess ablösen, in Bremen gelang der Angestellten des Galoppverbandes bereits der 27. Saisonsieg.

Der vierjährige Hengst Smaragd wurde bis vor einigen Monaten auch noch von Andreas Wöhler betreut, doch dann beorderte Besitzerin Margrit Wetzels aus Hamburg ihn zu Trainer Theo Griepner nach Köln-Bath. Am Samstag gewann Smaragd mit dem schon 47-jährigen Jockey Manfred Prinzinger im Sattel in München-Riem das Sprint-Memorial (35 000 Mark, 20 000 Mark dem Sieger, 1800 m) überlegen vor Royal Rock's und Alia's Rocket.

SPORT-NACHRICHTEN

Golf: Junioren führen

Bogota (GAB) - Gemeinsam mit Dänemark und je 441 Schlägen führen die beiden Hubbelruther Golfamateure Ekkehard Schieffer (280) und Ralf Thielemann (223) überraschend vor der letzten Runde des internationalen Mannschafts-Wettspiels um den „Copa el Rincon“ in Bogota (Kolumbien). In der Einzelwertung rangiert der Deutsche Juniorenmeister Schieffer mit seinen 218 Schlägen an zweiter Stelle hinter Yoshiro Ito (Japan) 217.

Hübner auf Remis-Kurs

Tilburg (dpa) - Der deutsche Großmeister Robert Hübner (Porz) setzte beim internationalen Schachturnier in holländischen Tilburg die Serie seiner Remis-Spiele fort. Hübner trennte sich von Timman (Holland), wie schon gegen Karpow und Korstmoel, mit einem Unentschieden.

Sperr: Souveräner Sieg

Königssee (sid) - Der WM-Fünfte Michael Sperr gewann auf der Kunstseisbahn am Königssee die erste interne Viererbob-Qualifikation des Deutschen Bob- und Schlittensportverbandes (DBSV) für die neue Saison. Sperr verwies in 2:29,80 Minuten Ralf Kurpjun (2:30,33) und Peter Schliwa (2:30,40) auf die Plätze zwei und drei.

Spandau: Final-Chancen

Berlin (dpa) - Die Wasserfreunde Spandau 04 haben eine gute Chance, das Finale im Wasserball-Europapokal der Landesmeister zu erreichen. Die Berliner bezwangen den jugoslawischen Meister VK Kotor im Hinspiel mit 7:2.

Vucak verunglückt

Kassel (sid) - Das 19 Jahre alte Fußball-Talent von Hessen Kassel, Marijan Vucak, verunglückte einen Tag vor seiner Premiere in einer Meisterschafts-Begegnung mit seinem Wagen tödlich. Der Mittelfeldspieler unterschrieb erst vor 14 Tagen einen Profivertrag und sollte gestern gegen Fortuna Köln von Beginn an spielen.

US-Damen überlegen

London (dpa) - Beim 58. Duell um den Wightman Cup gewannen die amerikanischen Tennis-Damen in London zum 48. Mal gegen England. Nach drei Einzel-Erfolgen wurde der Gesamtsieg mit der 4:0-Führung durch das 6:3, 5:7, 6:3 im ersten Doppel von Bonny Gadusek/Kathy Rinaldi gegen Annabel Croft/Sara Gomer schon vorzeitig sichergestellt. Der Endstand lautete 7:0.

Nottingham bleibt vorn

London (sid) - Nottingham Forest besiegte am 13. Spieltag der ersten englischen Division Sheffield Wednesday mit 3:2 und liegt mit 26 Punkten

zwei Zähler vor Arsenal London. Arsenal setzte sich im Stadt-Duell beim Charlton Athletic mit 2:0 durch.

Every Way disqualifiziert

Malland (sid) - Deutschlands Ausnahme-Traber Every Way erlitt beim „Gran Premio“ auf der Bahn in Mailand schon im Vorlauf eine Disqualifikations-Niederlage. In diesem mit 600 000 Mark dotierten Rennen wurde der dreijährige Hengst 50 Meter vor der Startmarke behindert und galoppierte. Es erfolgte kein Neustart.

Hiemer muß pausieren

Düsseldorf (dap) - Eishockey-Nationalspieler Jörg Hiemer fällt voraussichtlich bis zum Ende des Jahres aus. Der Stürmer der Düsseldorfer EG zog sich im Bundesligaspiel gegen Schwenningen einen Muskelriß im Oberschenkel zu.

Nur von der Groeben

Tokio (sid) - Europameister Alexander von der Groeben gewann beim internationalen „Kano Cup“ der Judo-Kämpfer in der All-Kategorie durch einen Sieg über den Weltmeisterschafts-Dritten Khabil Bikaschew (UdSSR) Bronze. Dies war zugleich die erste Medaille für den Deutschen Judo-Bund.

Kiefer zertrümmert

Kortrijk (UPD) - Mit einer schmerzhaften Niederlage gegen Titelverteidiger Jean-Marc Renard (Belgien) endete für den englischen Herausforderer Najib Daho der Traum vom Gewinn der Box-Europameisterschaft. Dem gebürtigen Marokkaner wurde in der fünften Runde der Kiefer so zertrümmert, daß er im nächsten Durchgang aufgab.

Rowdies hinter Gitter

Budapest (dpa) - Zwei Fußball-Rowdies sind von einem ungarischen Obergericht zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Sie wurden beschuldigt, am 6. September im Budapest Stadion eine Massenschlägerei angezettelt zu haben.

Claudia Leistner Zweite

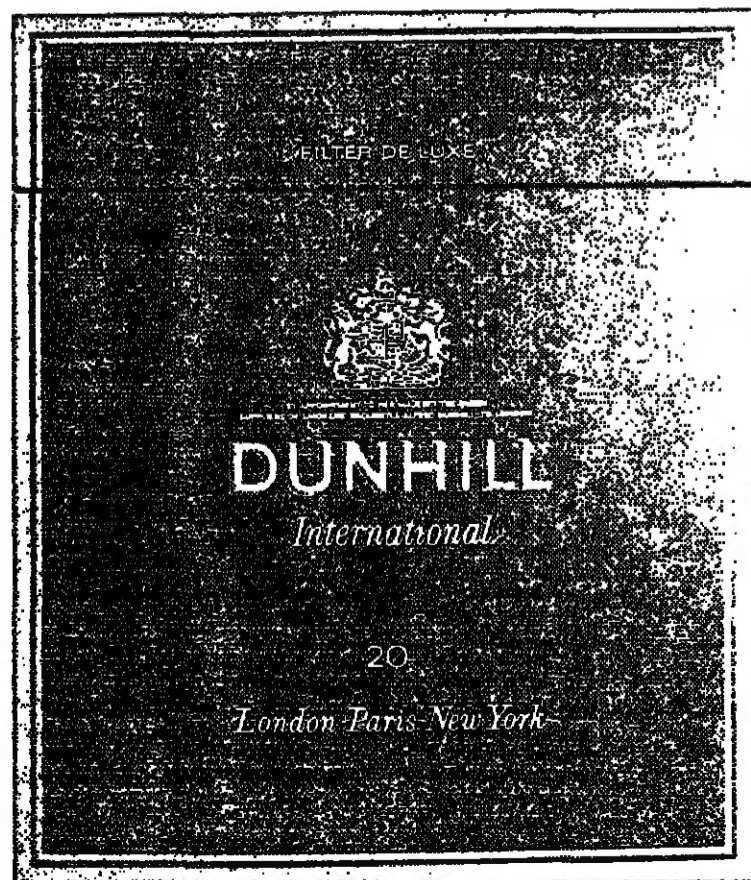
Regina (sid) - Die deutsche Eiskunstlauf-Meisterin Claudia Leistner belegte beim „Skate Canada“ in Regina den zweiten Platz. Nach Pflicht- und Kurzprogramm lag die Mannheimerin noch auf dem dritten Platz.

Krishnan überraschte

Hongkong (sid) - Der 25 Jahre alte Inder Ramesh Krishnan kam beim mit 200 000 Dollar dotierten Tennisturnier in Hongkong zum fünften Grand-Prix-Sieg in seiner Karriere. Im Endspiel besiegte er als Nummer 37 der Weltrangliste den 24-jährigen höher geführten Linkshänder Andres Gomez aus Ecuador mit 7:6, 6:0, 7:5.

DUNHILL INTERNATIONAL

Dunhill hat sich erlaubt,
Ihnen etwas
entgegenzukommen.



Die klassische Dunhill-Qualität gibt es jetzt auch im Cigaretten-Automaten, natürlich nicht in jedem.

Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 1,0 mg Nikotin und 14 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DIN).

Pankraz, Pilgrim und die Muttersöhnchen

Das Imperium schlägt zurück, wenn auch mit einem Papierhammer. Der „Retter der Männer“, Volker Elis Pilgrim, geht in seinem neuesten Buch gegen den Vorwurf der Feministinnen an, daß alle Übel dieser Welt, Mord und Totschlag, Krieg, Trübsal und unerfüllte Liebe ausschließlich von den Männern kämen. Nein, ruf Pilgrim, nicht alle Männer sind an allem schuld, sondern nur ein Teil der Männer, nämlich die „Frauenmänner“, die über ihre Kindheit hinaus mutterfixiert geblieben sind, die wohlbekannten Muttersöhnchen. Hitler war ein Muttersöhnchen, Stalin war ein Muttersöhnchen, Napoleon, Cäsar, Friedrich der Große, Bismarck, Dschingis Khan, Mao – sie alle waren Muttersöhnchen. Die Frauen müssen sich folglich an den eigenen Nase zupfen. Hätten sie ihre Söhnchen nicht allzu resolut vernachlässigt, wären aus ihnen keine Schlichter geworden.

Da hat man also wieder mal zum Diskutieren, die evangelischen Akademiker können sich freuen. Schade nur, daß Pilgrims Buch so schlecht ist; man muß sich genieren, es zu zitieren. Es ist ganz aus der linken Kravallwelt heraus geschrieben, es geht ihm vor allem darum, den amerikanischen Präsidenten Reagan und den polnischen Papst Wojtyla als notorische Muttersöhnchen und somit als „potentielle Hauptbeschlichter der Gegenwart“ hinzustellen. Im übrigen handelt es sich um ein sogenanntes Schlüsselbuch: Eine Menge pikarer Einzelheiten aus der Kindheitsgeschichte und aus dem Liebesleben oder Nichtliebesleben berühmter Männer werden zusammengetragen und in denunziatorischer Absicht mit bedeutungsträchtigen Ausdrücken oder Fragezeichen versehen. Empfindlichen Lesern hebt sich der Magen.

Immerhin, die hier waltende Wut ist so vehement, daß sie schnell über das bloße Schlüsselbuch hinausgeschwungen wird. Um Pilgrim hinbleibt, entdeckt er bald nur noch Muttersöhnchen, vor allem in der Kunst. Richard Wagner war eines und Franz Schubert, Robert Schumann und Johannes Brahms, Hölderlin, Nietzsche, Büchner, Petrarke, Schopenhauer, Heine, Kafka, Musil, Broch, Adorno, Pasolini, Rainer Werner Fassbinder. Allen diesen Korymben wird ihr Muttersöhnchen-Dasein ausdrücklich angeliebt; sie seien dadurch zu egoistischen Monstern geworden, die eiskalt über frustrierte Freunde und leer gebliebene Betten hinweg zum Ruhme eilten.

Ganz besonders böse wird unser Eiferer, wenn er auf ein Muttersöhnchen trifft, das seelisch zwar völlig „verunzelt“ ist, die Mitwelt aber erfolgreich darüber hinwegzutäuschen versteht. Thomas Mann z. B. sei ein solches gewesen. Ruhm und Geld, und schuldlos sein, das seien die drei Punkte, die er sich zum Lebensziel gesetzt habe. Und seine Tochter, vergähle seinen Söhnen den Weg zur eigenen selbstbestimmten Sexualität.

Die Punkte des Buches kommt jedoch im Kapitel „Jesus und die Wundenmänner“. Auch der Grün-

der der christlichen Religion, so erfahren wir nun (und sind kaum noch überrascht), gehört in die Kategorie Muttersöhnchen, ja er verkörpert geradezu das Muttersöhnchen par excellence. Das ganze Christentum mit seiner sexuellen Verkleinerung und seinem geheimen Blutverwandtschaft. Vom leiblichen Vater offenbar total vernachlässigt, habe Jesus ausschließlich bei Mutter Maria Schutz und Wärme empfangen, und seine „Rache“ sei später, ganz im Stile der Muttersöhnchen, das leere Bett und die Postulierung des blutigen Opfers als des einzigen Weges zum Heil gewesen.

Soweit Pilgrim. Pankraz versagt es sich, den Mann selber auf die Couch zu legen und etwa danach zu fragen, inwieweit seine Warnungen vor den allzu vernünftigen Mitteln möglicherweise schlichtem Neid entspringen. Festzuhalten bleibt, daß es Pilgrim auf keiner Seite seines Buches gelingt, die männlichen und tatenförmlichen Feministinnen-Perspektive zu relativieren. Seine Botschaft: Väter, bleibt bei euren Söhnen und laßt sie nicht zu Muttersöhnchen degenerieren! entspricht ja ganz der üblichen Gesellschaftsmoral, gegen die die Feministinnen gerade angehen.

Dabei weiß die traditionelle Gesellschaftsmoral sehr wohl, daß es sehr oft „Muttersöhnchen“ sind, d. h. Männer mit einem psychosomatischen Tick oder „Mangel“, die in Literatur und Kunst, Theologie und Politik zu den größten Taten auflaufen. Nur jene Muscheln können Perlen hervorbringen, die in ihrer normalen Entwicklung irgendwo gestört wurden. So folgt man vernünftigerweise der Einsicht, die Paul Valéry folgendermaßen formulierte: Die Menschheit hat nur Bestand durch das Normale, aber sie wird nur vorangebracht durch das Übernormale.

Zwar besteht jede gute Gesellschaft auf dem allgemeinen Respekt vor der Moral der „Ungeordneten“, doch ist sie im eigenen Interesse klug genug, für die „Gestörten“ Sublimierungs-Freiräume zu schaffen und diese auch zu schützen. Von den „Gestörten“ wird in der Regel nicht einmal ein derart angestrengtes Verdrängen und Sich-Zusammennehmen verlangt, wie es Thomas Mann in seinem eigenen Fall für angebracht hielt. Nur ein wenig Dezent ist gefordert, die Lebensliebe in homoopathischen Dosen gewissermaßen.

Die Feministinnen hingegen (und zusammen mit ihnen „Psychologen“ wie Volker Elis Pilgrim) wollen das komplizierte Gebäude aus simplen sexuellen Normalität herunterreißen und damit Krieg und Gewalt aus der Welt schaffen. Was sie in Wirklichkeit aus der Welt schaffen, sind die kulturellen Perlen, die buchstäblich vor die Säue geworfen werden sollen. Mag sein, diese Leute hatten alle einen Vater, der sich ordentlich um sie kümmerte. Enaktsöhne und Enaktsöhne sind sie gleichwohl.

Pankraz

Chris de Burgh Wie friedlich fließt der Fluß!

Punkt 21 Uhr ging das Licht endlich wieder aus, nachdem das Vorprogramm den 5000 in der ausverkauften Kieler Ostseehalle zwar nicht gerade auf den Geist gegangen war, sie aber gleichwohl auch nicht zu Begeisterungstürmen hingerissen hatte. Sie alle waren, ganz klar, einzig und allein gekommen, um ihrem Idol Chris de Burgh zu huldigen, jenem in Argentinien geborenen 38jährigen Iren, dessen überwiegend gefühlvolle, eigentlich gar nicht so „andere“ Rockballaden jetzt auch bei uns eine feste, riesige Anhängerschaft mobilisieren.

Klein und etwas verloren wirkend, steht er auf der riesigen Bühne. „Last night“, eine eher de-Burgh-typische Nummer, bringt das Publikum so gleich auf Touren. Es folgen mehr oder minder wohlklingende weitere Songs, zum Teil aus der neuen LP. Bei den sogenannten Balladen erleuchtet jedes Mal ein wahres Meer von Wunderkerzen die weite Halle. Eine Stimmung fast wie Weihnachtsen!

Ein Extralob an die Adresse der Begleitband (Gitarre, Bass, Wi-Keyboards, Schlagzeug), die die Stücke nicht nur pflichtschuldig herunterspielt, sondern stets bemüht ist, sich am qualitativ hohen Standard der Schallplatten der Burghs zu orientieren. Und auch die Toningenieurin im Hintergrund sind erstklassig. Satt klingende Instrumente und geben der im Grunde ja alles andere als voluminö-



Rockballaden fürs Gemüt: Der Sänger Chris de Burgh. FOTO: DFB

sen Stimme des kleinen Mannes mit den großen Liedern den nötigen Halt. Nach der dritten Zugabe „Where peaceful waters flow“ („Am friedlichen Fluß“) verläßt so mancher die Halle mit einer heimlichen Träne im Knopfloch. Wie de Burgh in Interviews zum Ausdruck bringt, versucht er den Zuhörern in seinen Liedern, „Bilder“ vorzulegen, die sie betrachten und nach eigenem Gutdünken verwenden können. Zumindest teilweise glaubt er auch daran, daß von ihm geschriebene Songs die Welt zu verändern vermögen. Ach Gottchen, dann verändert mal schön! In Kiel gab es vorerst nur Musik, keine Spur von Weltveränderung.

Aber die Tournee ist ein gewaltiger Erfolg, daran kann es keinen Zweifel geben. Von Kiel aus geht es weiter in zwanzig Städte der Bundesrepublik. Die nächsten Stationen nach Kassel (das heute und morgen dran ist), sind Düsseldorf (6. und 7. Nov.), Köln (8. und 9. Nov.), Hamburg (11. Nov.), Münster (12. Nov.) und Bremen (13. Nov.). JÜRGEN STEINHOFF

Banales und Fatales bei Steckels Start in Bochum: „Stürmische Überfahrt“ und „Die Nibelungen“

Der Terror ist kein blindes Schicksal

Frank Patrick Steckel in Bochum: Der Peymann-Nachfolger hatte schon vor dem Saisonstart versichert, daß er in seichten linken Gewässern zu schwimmen gedanke. So nahm man die Ankündigung der deutschsprachigen Erstaufführung von Tom Stoppards Komödie „Stürmische Überfahrt“ zumindest vom Titel her als Kompensationsandrohung. Und Steckels eigene Inszenierung von Friedrich Hebbels Trauerspiel „Die Nibelungen“ mußte man nach entsprechenden Interview-Außerungen (Nibelungen gleich RAF) wohl als Sublimierungsversuch prognostizieren.

Nun, schon die besagte „Überfahrt“ erwies sich als wenig stürmisch. Das ziemlich banale Werkchen, überdies allzu deutlich Franz Molnars schon 1926 entstandenen „Spiel im Schloß“ nachgedichtet, erzählt die Reise eines Entertainment-Teams von England nach New York, und zwar ganz ohne Sturm.

Unterwegs wird ein neues Stück geprobt, das freilich noch kein Ende hat. Dieses Ende wird dann sozusagen vom Leben nachgeliefert: Um die bevorstehende Vermählung der beiden Hauptbeteiligten zu retten, wird ein Seitensprung als Theaterprobe ausgegeben. Und dadurch bekommt das Stück seinen tieferen Sinn: Die Wirklichkeit wird Theater, und als Theater verändert sie ihre Wirkung.

Das ist nun freilich derart an den Haaren herbeigezogen, daß man manchmal schon wieder unfreiwillig lachen muß. Ein Kellner, der sich als genialer Stückeschreiber erweist (sehr akrobatisch: Armin Rohde), muß immer dann schwanken, wenn das Schiff ruhig gleitet; und er muß immer dann aufrecht gehen, wenn das Schiff gewaltig schwankt.

Der betrogene Liebhaber, Komponist und designierter Darsteller (Stefan Hunstein) leidet wegen irgendeiner Mutterkomplexes an Sprachhemmung, das heißt, seine Antworten kommen mit zeitlichen Verzögerungen von bis zu zwei Jahren (warum nicht auch im Stück?). Außerdem bricht er seine nationale Identität mit schrecklichem französischem Akzent. Und der Mann, der diesen geplanten Künstler bei dessen Braut zeitweilig aussucht, ist ein alternder Mime, der junge Liebhaber nachspielt (Willem Menne).

Man sieht: Lauter Realitätsbrüche von geistreichender Art. Nur die Dame, um die das Spiel sich dreht (Volker Liebreich: Nicole Heesters), ist ziemlich eindeutig eine schlimme Schauspielerin.

Nun kann man sich das auf angelsächsischen Bühnen mit Pep und flotten Tänzen noch ganz attraktiv vorstellen, obwohl es einem auch dort schwerfallen müßte, über so was zu



In dumpfer Archaik gefangen und total der Erde ausgeliefert: Wolf Reel als Hagen von Tronje in der Bochumer Aufführung von Hebbels Nibelungen. FOTO: KLAUS LEFEBVRE

lachen: „Du hast mir mein Herz entrisen wie den trockenen Martini die Olive!“ In der Version des eigens aus Ost-Berlin nach Bochum geholten Regisseurs B. K. Tragelehn wirkte das allerdings wie ein Versuch der 50er Jahre, die 20er Jahre wiederzubeleben.

Singen kann in Bochum schon mal gar keiner. Und die Tanzgirls würden man in New York noch nicht mal zur Beisetzung eines englischen Möpse verpflichtet. Die rutschen über das Möbel auf dem schlingenden Schiff werden zum unfreiwilligen Symbol des ganzen Abends. Wie singen sie doch so schön schlecht? „Wir können überall hin! Vorwärts und rückwärts oder im Kreis/Ganz gleich.“

Nach soviel Salzburger Nockerln anderntags dann das deutsche Eisbein mit viel, viel Sauerkraut. Frank Patrick Steckel hat Friedrich Hebbels „Deutsche Tragödie“, die ja eigentlich aus drei abendfüllenden Stücken besteht, auf eine Spieldauer von knapp vier Stunden zusammengestrichen. Und das noch nicht einmal vorrangig deswegen, weil er es dem Publikum zumutbarer machen wollte.

Nein, Steckel hatte von vornherein im Sinn, aus den „Nibelungen“ einen unentzerrbaren Schicksalslauf zu entwickeln.

Motive, individuelle Charaktere, retardierende Momente, mögliche Entscheidungs-Alternativen – das alles interessiert ihn nicht. Wenn der Vorhang aufgeht, ist das Ende schon völlig gewiß: Auf einer riesigen, diagonal in die schwarze, leere Bühne gezogenen Schräge sitzen die Burgunder, vereinzelt, verloren, hingetroffen, brütend, schweigend, mit einem Wort: endzeitlich (Bühnenbild: Susanne Raschig).

Die Leute sind in aschgraue Decken gehüllt – nur Hagen trägt Schwarz. Sie hocken am Boden wie dumpf fühlende Tiere. Sie schweigen nach jedem Satz mindestens volle dreißig Sekunden lang. Sie träumen von Geistern, Drachen, Zwergen. Und eben von der unbesiegbaren Brunhild. Die Entscheidung, sich ihrer mit Hilfe Siegfrieds zu bemächtigen, ist keine Entscheidung, sondern der blinde Vollzug dieses archaischen Sagen- und Mythendieses.

Dem entspricht es, daß Steckel die Domszene, in der Kriemhild aus El-

fersucht mit dem Gürtel prahlt, den Siegfried aus Brunhilds Schlafgemach mitnahm, zusammengestrichen hat auf die bloße Mitteilung: Brunhild erfährt nur die Tatsache, daß Siegfried ihren Ehemann vertreten hat. Das genügt. Diese Welt unreflektierter erdhafter Gefühle läßt sich auf Finessen nicht ein.

Im zweiten Teil, wenn die Burgunder zu Etzels Hof kommen, sitzen sie nicht mehr auf der Erde, sondern auf Podesten. Der Drang des Blutes bedient sich des Verstandes, nicht aber der Vernunft. Die Schräge wird steiler – es geht schneller dem Abgrund entgegen.

Immerhin, dieses Konzept entfaltet manchmal durchaus Wirkungskraft. Aber auf die Dauer ist es nur monoton und quälend. Es läßt ja keine Charaktere zu. Es sucht vorgeblich Katharsis, schafft aber nur Ausweglosigkeit. Die Darsteller sind Archetypen (weswegen wir sie keiner Einzelkritik unterziehen).

Alles in allem: In Bochum fließt zuviel Blut, aber zu wenig Hirnstrom. Ist Terror denn Schicksal? Viel Beifall, aber keine Antwort.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Baltasar-Gracián-Preis für Augusto Del Noce

Was heißt Metapolitik?

Der vom Kreis um die Zeitschrift „Criticón“ (München) getragene Baltasar-Gracián-Preis für konservative Denker und Autoren ist letztes Jahr erstmals verliehen worden. Seine Vergabe an den Schriftsteller Gerd-Klaus Kaltenbrunner (bis dahin trotz seiner Bekanntheit erstaunlicherweise nicht prämiert) hatte Sinalwirkung: Der Wiener erhielt bald darauf zwei weitere hochdotierte Preise – den Wildgans-Preis und den Adenauer-Preis.

Man war gespannt, an welche konservative „Denkfamilie“ die Auszeichnung diesmal gehen würde. Caspar von Schrenck-Notzing, treibende Kraft hinter dem Preis, überraschte durch Ausweisung des Blicks auf die internationale Ebene: Er entschied sich für den italienischen Politikprofessor und Senator Augusto Del Noce. Das war gut gezielt, weil diesem Emeritus der Universität Rom nach Meinung der Italien-Kenner ein Hauptverdienst am Zurückdrängen des kommunistischen Einflusses im italienischen Kulturleben zukommt.

Was man in der Laudatio über Del Noce zu hören bekam, war denn auch erstaunlich. In seinen (noch nicht ins Deutsche übersetzten) Hauptwerken „Der katholische Kommunismus“ und „Der Selbstmord der Revolution“ begrüßte er sich nicht mit der üblichen Freiheitsrhetorik. Das Originelle an seinem Anti-Kommunismus ist, daß er unsere Konsumgesellschaft als Adaption des Westens an den Kommunismus interpretiert. In dieser adaptierten Form sei der Kommunismus weitaus gefährlicher, als wenn er uns unmarkiert entgegnetre.

Als Gegenmittel empfiehlt der ita-

lienische Philosoph eine Konzentration auf die „Metapolitik“, nämlich auf das, was unterhalb der offiziellen politischen Ereignisse an sozial-wirtschaftspolitischen Alltag anfällt und nach Gestaltung verlangt. Del Noce hoffnungen beruhen auf der Wirkung einer „kulturellen Gegenbewegung“, die religiös inspiriert ist, in einem Christentum, das die Trennung von Religion und Politik aufhebt.

Lange Jahre stand Del Noce mit seiner Auffassung im italienischen Kulturleben weitgehend isoliert da. Doch dann setzte sich die Einsicht durch, daß ihm an der Überwindung der Hegemonie des Kommunismus im italienischen Kulturleben eine entscheidende Rolle zukommen ist, wie Laudator Schrenck-Notzing ausführt. Del Noce erhalte den Gracián-Preis, weil er seine Ideen unerschrocken sowohl im Parlament wie auch im Tagesgetümmel vertritt, in seinen Kolumnen in der Zeitung „Il Tempo“ wie im italienischen Senat, in den er 1983 von den Christdemokraten gewählt wurde.

Die beiden Festredner der stark besuchten Feier im Münchner Montelapalms-Palais waren Geistesverwandte des katholischen Philosophen. Der Medizinprofessor Wilfried von Studnitz (Universität München) brach eine Lanze für die Privatuniversitäten. Der zweite Redner, der jugendliche Philosophieprofessor und Spaemann-Schüler Peter Koslowski, ist selber ein Vertreter einer solchen Privatuniversität. In Witten-Herdecke leitet er das studium fundamentalis. Sein Beitrag bestand darin, in kühnem Bogen die vielzitierte „Postmoderne“ als eine christliche Domäne zu vereinnahmen. ARMIN MOHLER

Neu im Kino: Jim Jarmuschs Film „Dawn by law“

Bob hat alles im Griff

Eine köstliche Trouville im letzten Festival-Trübel von Cannes war „Dawn by Law“, der zweite Film des 33jährigen New Yorkers Jim Jarmusch, der für seinen Erstling „Stranger than Paradise“ 1985 in Cannes den Kritikerpreis erhalten hatte. Dismal erzählt Jarmusch, wiederum in Schwarzweiß und unzuverlässig auf alte James-Cagney-Filme anspielend, die wider Erwarten äußerst komische Geschichte dreier Sträflinge, die aus dem Gefängnis von New Orleans ausbrechen und hilflos verirrt durch die Sümpfe von Louisiana waten.

Die drei Helden sind der arbeitslose Discjockey Zack (Tom Waits), der Mochtegenzuhälter Jack (John Laurie) und der italienische Tourist Roberto, genannt Bob (Roberto Begnini). Sie sind alle drei unter unglücklichen Umständen in den Knast geraten und sitzen im Grunde zu Unrecht. Zack nahm einen 1000-Dollar-Job an, sollte ein Auto aus andere Ende der Stadt fahren – nicht ahnend, daß eine Leiche im Kofferraum lag. Jack fiel Intrigen der Konkurrenz zum Opfer und warb irrtümlich eine Minderjährige für den Strich an. Und Roberto hat aus Versehen jemanden mit einer Billiardkugel erschlagen.

Die drei Zellengenossen gehen nicht gerade liebenswürdig miteinander um, vor allem der kleine Italiener wird von ihnen ungnädig an die Wand gedrückt, was den jedoch nicht hindert, immer wieder naiv und zumorg auf den Plan zu treten. Und er schafft es tatsächlich, die Kumpels zu zerstreuen. Er ist es auch, der den Tunnel findet, der sie in die Freiheit führt. In den Sümpfen, in denen die Kamera mit einer Fülle von Grautönen und mit dem schwachen Zwielicht des Morgengrauens spielt, durchleben die drei eine abenteuerliche Odyssee, verfolgt von Bluthunden, erschreckt von Krokodilen und Giftschlangen.

Doch nicht nur die Sümpfe, sondern auch das nostalgische New Orleans, gefilmt von Wim Wenders' Kameramann Bobby Müller, zeigt sich hier „at its best“. Es gibt lange Kamerafahrten vorbei an Wellblechhütten, leeren Fabriken, Tankstellen, schmiedeeisernen Ballustraden, Pfahlbauten und französischen Grabmälern: Mal triste und dann wieder bestürzend schöne Ansichten. Die ei-

gentlich Stärke des Films aber sind seine hinführenden Mimen, vor allem Benigni, der Stegreifkomödiant aus Italien mit der Allüre und der Gestik eines Stummfilmkomikers. Sein italo-amerikanisch sorgfältig für umwerfende Pointen.

Ohne den cleveren, durch nichts zu erschütternden Bob wären Jack und Zack in den Sümpfen gewiß verhungert und verwestet. Er findet auch jene kleine italienische Imbissbude „Luigi's Tin Top“, wo die drei sich



Liebe auf den ersten Blick: Roberto Begnini und Nicoletta Braschi. FOTO: DIE WELT

endlich einmal wieder richtig satt essen können. Sie wird von der hübschen Nicoletta (Nicoletta Braschi) bewirtschaftet, in die sich Bob Hals über Kopf verliebt. Bei Pasta und Pizze entschließt er sich, bei ihr zu bleiben. Jack und Zack ziehen weiter, um sich an der nächsten Weggabelung ebenfalls zu trennen.

Ob Jack, Zack und Bob der Sprung in die Freiheit endgültig geglückt ist oder ob der Arm des Gesetzes sie bald schon wieder einholt, läßt der Film offen. Und mit dieser Ungewißheit spielt ja auch der Titel des Streifens. „Dawn by law“ heißt wörtlich: vom Gesetz unterdrückt, hat im Straßen-Slang jedoch genau die gegenteilige Bedeutung und bezeichnet jemanden, der die Situation voll im Griff hat. Der Zuschauer hofft ohne Frage auf letzteres: auf ein Happy-End für diese herrlichen prallen Typen, die man nicht so schnell vergessen wird. DORIS BLUM

JOURNAL

Chinesen über Deutsche, Deutsche über Chinesen

DW. Stuttgart
„Wechselseitige Bilder“ ist die neueste Ausgabe der „Zeitschrift für Kulturaustausch“ überschrieben, die vom Institut für Auslandsbeziehungen in Stuttgart (Charlottenplatz 17, Einzelpreis 7,50 Mark) herausgegeben wird. Sie ist diesmal den kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und China gewidmet. So stellen Autoren beider Länder China in deutscher Sicht und Deutschland aus chinesischer Sicht dar und untersuchen das Bild Chinas in der deutschen und Deutschlands in der chinesischen Literatur unseres Jahrhunderts. Den Abschluß bilden Übersetzungen aus dem Chinesischen, wobei auffällt, wie oft die Mauer in Berlin als Thema erscheint.

Zwei Twain-Erzählungen werden veröffentlicht

AFP, Kansas City
Ein bisher unveröffentlichtes Manuskript von Mark Twain, das im Juni in der Universität Berkeley entdeckt wurde, wird in den kommenden Monaten in der Literaturzeitschrift „Missouri Review“ abgedruckt. Bei dem 35 Seiten langen Manuskript handelt es sich um zwei Erzählungen, die nach Ansicht des Anglisten Robert Sattelmeyer, der die Texte entdeckt hatte, deutlich vom realistischen Werk Twains abweichen: „Sie zeichnen ein ziemlich düsteres Bild von der menschlichen Natur und dem menschlichen Leben.“ Das war wahrscheinlich auch der Grund, warum die Nachlassverwalter Mark Twains sie nicht in die Twain-Werkausgabe hatten aufnehmen wollen.

Landschaften aus dem Von-der-Heydt-Museum

epl. Kaiserslautern
„Die Landschaft“ – die unter diesem Titel aus den Beständen des im Umbau befindlichen Wuppertaler Von-der-Heydt-Museums zusammengestellte Ausstellung (s. WELT vom 7. August) ist nach Bielefeld und Baden-Baden jetzt bis 30. November in der Pflanzgalerie Kaiserslautern zu sehen. Anhand von hundert Meisterwerken aus fünf Jahrhunderten vermittelt sie ein umfassendes Panorama der europäischen Landschaftsmalerei von den Niederländern des 16. Jahrhunderts bis zu den Abstraktionen der Gegenwart und wird begleitet von einem vorzüglichen Katalog zum Preis von 39 Mark.

Global Media Award für Claus Jacobi

DW. Berlin
Der „Global Media Award“ des „Population Institute“ in Washington wurde Claus Jacobi für sein Buch „Uns bleiben 100 Jahre“ (Ullstein Verlag, Berlin, 156 S., 28 Mark) zugesprochen. Der Band, der sich mit der Bevölkerungsexplosion und den Ressourcen unseres Planeten für die Ernährung einer immer größeren, täglich um 215 000 Personen wachsenden Menschheit befaßt, steht in Deutschland seit seinem Erscheinen im Frühjahr auf der Bestseller-Liste der 30 meistverkauften Bücher. Deshalb muß der Verlag jetzt bereits die 4. Auflage drucken.

Stalin als „Kronzeuge“ gegen Revisionismus

ist. Prag
Stalins Thesen über die „Reinheit“ des Marxismus-Leninismus sind auch heute im Kampf gegen den Revisionismus und Reformismus in der Ideologie wichtig. Diese Auffassung vertreten die KP-Theoretiker Edward Erazmus (Polen) und Ladislav Hrzal (CSSR) in einem Artikel, der in der Prager Zeitschrift „Filosoficky Casopis“ veröffentlicht wurde. Die als Dogmatiker geltenden Parteidoktrinen greifen vor allem die Ansichten der Prager Philosophen Karel Kosik und Ivan Svitak an, die 1968 zu den schärfsten Kritikern der dogmatischen Philosophen im Ostblock gehörten.

MUSIK-KALENDER

- München, Nationaltheater; Vesak/Mahler: Der Tod in Venedig (Ballett) (ML: Köhler, Ch.: Vesak, B.: Svoboda)
- Münchenglöckchen, Opernhaus; Haydn: Die unverhoffte Begegnung (ML: Bell, R.: Pese)
- Wien, Kammeroper; Chailly: Die lahle Sängerin (U): ML: Zauer, R.: Zuber)
- Frankfurt, Opernhaus; Wagner: Siegfried (ML: Gielen, R.: Berg, Haus, A.: Manthey)
- Bonn, Werkstatt; Davies: Der Leuchtturm (ML: Dorn, R.: Stern)
- Zürich, Opernhaus; Mozart: Die Zauberflöte (ML: Harnoncourt, R.: B.: F. Fonelle)
- Karlsruhe, Staatstheater; Casado: Lorca (Ballett)
- Wuppertal; Bachante (bis 30. 11.)
- Braunschweig; Tage neuer Kammermusik (bis 27. 11.)
- Wiesbaden, Staatstheater; Puccini: La Bohème (ML: Schürmer, R.: Quets, B.: Teepe)
- Mannheim, Nationaltheater; Dinescu: Der 35. Mai (U): ML: Runnicles, R.: Zwipf)
- Wien, Staatsoper; Massenet: Werther (ML: Davis, R.: Samaritan)

Geiselnahme aus verschmähter Liebe

Nach Nervenkrieg stürmte Spezialeinheit die Wohnung

AP, München

Nach einem Nervenkrieg, der sich über den ganzen Samstag und die Nacht zum Sonntag hinzog, erschloß die Polizei gestern mittag den 45 Jahre alten Geiselnahmer, der seine 23 Jahre alte Exfreundin mit einer Waffe bedroht hatte, beim Sturm auf die Wohnung in München-Schwabing. Die Geisel blieb nach den Angaben eines Sprechers der Münchner Polizei „fast unverletzt“, steht aber unter Schock.

36 Stunden nach Beginn der Geiselnahme stürmten um 11.24 Uhr Beamte eines Sonderereinsatzkommandos das Appartement. Die Polizei hatte von Beginn der Geiselnahme an auf eine günstige Gelegenheit für einen Angriff gewartet. Diese, so verlautete aus Polizeikreisen, bot sich bei einer Essensübergabe. Der Geiselnahmer hatte für sich und sein Opfer Nahrungsmittel verlangt, die ihm die Polizei auch zubilligte. Bei der Übergabe des Essens durch ein Fenster schlugen die schwerbewaffneten SEK-Beamten zu, die alle mit kugelsicheren Westen ausgerüstet waren.

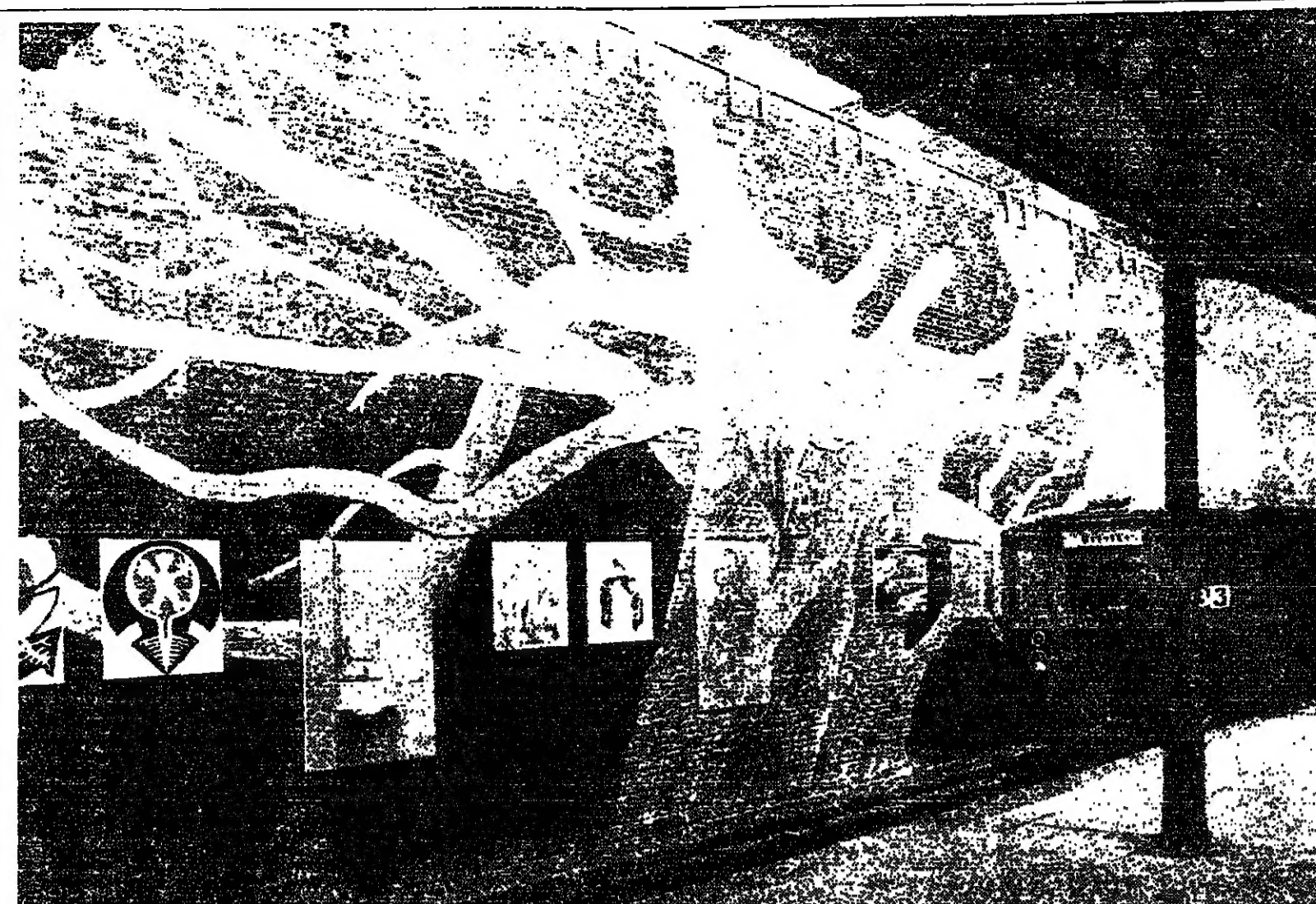
Sie warfen eine Blindgranate durch das Fenster ins Appartement und im selben Augenblick drangen die Spezialbeamten durch das Fenster und die Tür gleichzeitig in die Wohnung ein. Der Geiselnahmer, ein arbeitsloser Heizungsinstallateur, wurde erschossen. Seine 23jährige ehemalige Freundin erlitt neben einem leichten Schock „nur einen Kratzer“, so ein Sprecher. Ein Polizeisprecher bezeichnete den Geiselnahmer

als „besonders gefährlich, aggressiv und hartnäckig“. Der Mann hatte noch am Vormittag ein Ultimatum gestellt, demzufolge ihm bis Montag 12.00 Uhr ein Fluchtauto mit Telefon, ein unbewaffneter Fahrer und eine Million Mark Lösegeld bereitgestellt werden sollten.

Nach Angaben der Polizei hatte das Drama am Freitagabend verhältnismäßig harmlos angefangen. Der 45jährige hatte zunächst versucht, seine ehemalige Freundin zur Rückkehr zu überreden. Zusammen mit einem zweiten Mädchen fuhr er mit ihr in sein Appartement. Dort entwickelte sich die Auseinandersetzung zu einer Geiselnahme aus verschmähter Liebe. Der Geiselnahmer bedrohte die beiden jungen Frauen, von denen eine schließlich gegen Mitternacht das Appartement verlassen konnte. Sie alarmierte die Polizei.

Im Laufe des Tages schoß der Geiselnahmer sechs Mal aus seinem Appartement, um Polizei und Journalisten auf Distanz zu halten. Dem Geiselnahmer wurde ein Feldtelefon in die Wohnung gelegt. Über die Leitung standen Beamte des psychologischen Dienstes des Münchner Polizeipräsidiums in ständigem Kontakt mit dem Mann.

Die Polizei, die mit rund 240 Beamten schichtweise am Tatort war, brachte sowohl die Mütter des Geiselnahmers wie auch die der Geisel und eine andere weibliche „Bezugsperson“ zu dem Appartement. Auch deren Versuche, den Mann zur Aufgabe zu bewegen, blieben erfolglos.



Für Wirbel sorgte das Wandgemälde im Berliner S-Bahnhof Savignyplatz

FOTO: DPA

Die Einladung zu nächtlichem Treiben kam von Berlins Bau- und Kulturdezernat Georg Wittwer und dem Direktor Joachim Piefke von den Berliner Verkehrsbetrieben. Das Vorprogramm in der Nacht zum Sonntag war für 22.30 Uhr angesetzt, der Höhepunkt für 2.30 Uhr. Doch die Daten signalisieren nicht Sünde, sondern Kunst – eine nächtliche Sause mit den Museen, angereichert mit Suppe, Songs und Sonderzug.

Angesagt war die Einweihung des Wandbildes „Weltbaum II“, des jüngsten Geisteskindes von Ben Wargin. Dieser übt sich seit mehr als 25 Jahren in mancherlei Rollen und Berufen, die ihm neben regelmäßigen Bravos und Buhs von allen Seiten auch das Bundesverdienstkreuz eingetragen haben. Eigentlich ist er Künstler und Galerist, doch noch lieber sieht er sich als Baumpate, der

In Nacharbeit den Weltenbaum gemalt

Berlin und den Rest der Welt nähen und transportieren sie durch das nächtliche Berlin. Vorbei am S-Bahnhof Tiergarten, in dessen Nähe Wargin 1975 den ersten Weltenbaum auf die 20 x 30 Meter große Giebelwand eines vom Abriss bedrohten Hauses malen ließ. Das Haus steht noch immer, das Bild, bereits eine Inkunabel der Öko-Bewegung, bedarf indes dringend der Restaurierung. Nach drei Stationen schon Endstation: der S-Bahnhof Savignyplatz. Hier steht die von Wargin für die Kunst ausgesuchte Brandmauer. Das bedeutet für den Aschaffenburg

ger Maler Siegfried Rischar und seine Helfer Nacharbeit zwischen den letzten und den ersten Zügen. Nur wenige Stunden also, so daß sich die gesamte Arbeit über ein Vierteljahr hinzog.

Aus Stamm und Geist des riesigen „Weltbaum II“ winden sich Schlangen, starre Gesichter mit angstvoll aufgerissenen Mündern, aber tröstlich wiegt auch eine Mutter ihr Kind. Darunter in Höhe der S-Bahn-Fenster Emailbilder nach Vorlagen bekannter Namen wie Anatol, Anlauf, Beys, Grass und Bubenik, sowie in Zement gehauenes Sprachgut von Heuss bis Brecht, von Schiller bis Jünger. „Werden – Sein – Vergehen“ heißt das Motto für das 105 Meter lange und sieben Meter hohe Ensemble, für das der Senat immerhin 300 000 Mark beigesteuert haben soll. HEINRICH KÖNIG

WETTER: Aufheiterungen

Lege: Ein Zwischenhoch sorgt für ruhiges Wetter. Am Abend greift ein atlantisches Frontensystem auf den Nordwesten Deutschlands über.

Vorhersage für Montag: Im Nordwesten zunehmende Bewölkung, etwas Regen. Temperaturen nahe 11, nachts um 5 Grad. Im Süden auflockernde Bewölkung, kaum noch Niederschlag. Temperaturen um 7, nachts um null, am Erdbecken bis minus 3 Grad. Im übrigen Deutsch-

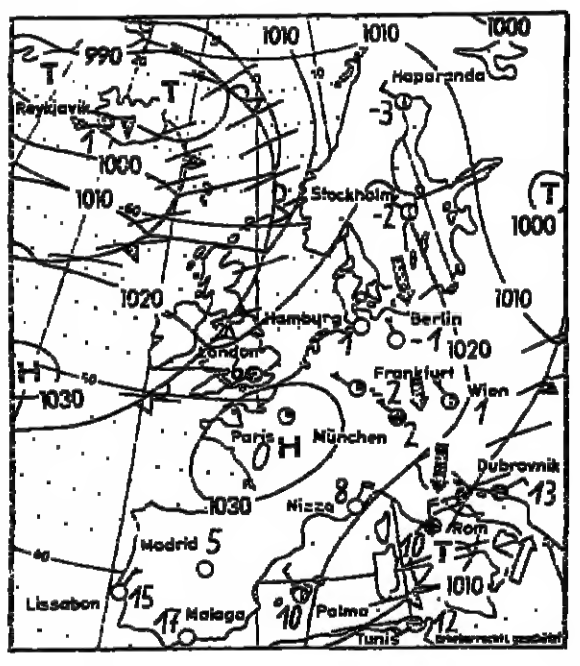
land wolkig mit Aufheiterungen und niederschlagsfrei. Temperaturen nahe 10, nachts nahe null und am Erdbecken Frost um minus 2 Grad.

Weitere Aussichten: Im Norden leicht unbeständig und etwas milde, sonst ruhiges Hochdruckwetter mit Nachtfrost.

Sonnenaufgang am Dienstag: 7.19 Uhr, Untergang: 16.51 Uhr; Mondaufgang: 10.38 Uhr, Untergang: 17.44 Uhr (MEZ: zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 3. Nov., 2 Uhr

Wettervorhersage für den 3. Nov., 2 Uhr. Die Karte zeigt die Wetterlage in Europa mit verschiedenen Wetterfronten und Hoch- und Tiefdruckgebieten. Die Temperaturen sind in Grad Celsius angegeben.



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:											
Berlin	9	be	Libeck	9	be	Faro	21	be	Ostende	9	be
Bielefeld	9	be	München	9	be	Genf	17	be	Palermo	20	be
Braunlage	3	be	Münster	1	Rs	Florenz	8	bd	Paris	10	be
Bremen	3	be	Nürnberg	10	be	Heidelberg	10	be	Peking	15	be
Dortmund	8	be	Regensburg	6	R	Hongkong	25	be	Prag	10	be
Dresden	8	be	Siegen	11	be	Istanbul	14	be	Rhodos	19	be
Düsseldorf	11	be	Stuttgart	9	be	Kairo	28	be	Rom	18	be
Erfurt	6	be	Saarbrücken	9	be	Köln	10	be	Salzburg	10	be
Essen	9	be	Siegen	11	be	Konstanz	8	be	Singapur	28	be
Feldberg	3	be	Ulm	11	be	Kopenhagen	8	be	Split	17	be
Freiburg	9	be	Wuppertal	11	be	Korfu	20	be	Stockholm	3	be
Frankfurt/M.	10	be	Zugspitze	-4	S	Las Palmas	22	be	Strasbourg	11	be
Garmisch	6	be	Ausland:				Tel Aviv	23	be		
Greifswald	9	be	Algier	22	be	Tokio	15	be			
Hamburg	9	be	Amsterdam	10	be	Tunis	18	be			
Hannover	9	be	Alben	17	be	Valencia	11	be			
Kaiserlautern	11	be	Brüssel	10	be	Venedig	11	be			
Kassel	7	be	Berlin	9	be	Warschau	13	be			
Kempten	4	be	Belgrad	13	wl	Wien	7	R			
Kiel	9	be	Bordeaux	12	be	Zürich	7	be			
Köln	9	be	Bozen	8	be	in d. bezeichn. be = beider; R = rechts; S = links; be = beider; R					

Selbstmord der „Bräute Gottes“ schockiert Japan

dpa, Tokio

Sieben „Bräute Gottes“ haben sich am Samstag nach dem Tod ihres Sektenführers in Brand gesteckt. Ein Spaziergänger fand die verkohlten Leichen am Strand nahe der westjapanischen Stadt Wakayama. Die Frauen, zwischen 25 und 67 Jahre alt, hatten Seiji Miyamoto (61) geschworen, daß sie im Fall seines Todes unverzüglich „ins Königreich Gottes zurückkehren“. Am Freitag war Miyamoto an einer Lebererkrankung gestorben. 1950 hatte er seine „Kirche der Freunde der Wahrheit“ gegründet. Die sieben „Bräute Gottes“, mit denen er zusammenlebte, überschrieben ihm im Frühjahr dieses Jahres ihr gesamtes Vermögen.

17 Tote in Chemiefabrik

AFP, Varna

Bei einem Unfall in einer bulgarischen Chemiefabrik nahe der Stadt Varna am Schwarzen Meer sind am Samstag 17 Menschen getötet und 19 verletzt worden, meldete die bulgarische Nachrichtenagentur BTA. Aus der in Wien empfangenen Nachricht geht nicht hervor, um was für einen Unfall es sich in Devnya handelte. Am Freitag hatte das Politbüro der KP beschlossen, dem Ministerrat eine neue Leitung der staatseigenen chemischen Industrie vorzuschlagen. Die bisherige Führung sei den Problemen nicht gewachsen.

Heineken-Entführung: Das Ende einer kuriosen Odyssee

HELMUT HETZEL, Den Haag

Nach Angaben ihres Anwaltes sind sie eigentlich nur nach Holland zurückgekehrt, weil sie Heimweh hatten. Doch in Wahrheit endete mit der nun durch Frankreich erfolgten Auslieferung der beiden mutmaßlichen Heineken-Entführer Cor van Hout und Willem Holleeder eine kuriose Odyssee. Drei Jahre lang war es den beiden Männern, die verdächtigt werden die Drahtzieher der spektakulären Entführung des Biermillionärs Alfred „Freddie“ Heineken gewesen zu sein, mit der sie 1983 insgesamt 34 Millionen Gulden Lösegeld erpressten, gelungen, die niederländische Justiz an der Nase herumzuführen.

Drei Jahre lang verbrachten die beiden meistgesuchten Männer der Niederlande nach ihrer Verhaftung in Paris in französischer Auslieferungshaft. Die letzten fünf Monate davon logierten sie sogar in einem noblen Hotel vor den Toren der französischen Hauptstadt unter Hausarrest, scharf bewacht von der französischen Polizei.

Und zwischendurch durften van Hout und Holleeder mit einem eigens für sie von der Pariser Regierung bereitgestellten Jumbo-Jet auch noch einen Abstecher auf die Karibik-Insel St. Martin unternehmen. Hier auf der karibischen Urlaubinsel, die je zur Hälfte zu Frankreich und den Niederlanden gehört, sollten die beiden mit einem Trick auf holländisches Hoheitsgebiet abgeschoben werden. Doch die ausgeklügelte Aktion miß-

lang, weil das Vorhaben vorab bekannt wurde.

Daraufhin ging das französische-niederländische Auslieferungs-Hickhack weiter. Der Grund für die verzwickte juristische Situation war ein Anachronismus. Denn unmittelbar nach der Verhaftung der beiden Verdächtigen hatte Den Haag deren Auslieferungen in Paris beantragt. Doch die eifrigen holländischen Justizbeamten hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Sie hatten nämlich übersehen, daß zwischen beiden Ländern noch immer ein aus dem Jahre 1896 datierender Auslieferungsvertrag in Kraft war. Ein Vertrag, der das Delikt Entführung nicht kannte.

Inzwischen aber lag ein neues EG-weit geltendes Auslieferungsabkommen der französischen Volksvertretung zur Ratifizierung vor. Dieses Gesetz passierte nun die französische Nationalversammlung. Nur Stunden später lag den Franzosen bereits ein neues Auslieferungsvertrag aus Den Haag vor. Diesmal hatten die Holländer Erfolg.

Inzwischen sitzen die beiden Hauptverdächtigen in Holland wieder hinter Schloß und Riegel und warten auf ihren Prozeß. Ihnen droht eine bis zu 14jährige Gefängnisstrafe. Das Verfahren soll in Kürze eröffnet werden und wird in der niederländischen Öffentlichkeit mit Spannung erwartet. Denn man erhofft sich eine Antwort auf die allgemein interessierende Frage: Wo sind die restlichen neun Millionen des Lösegeldes aus der Heineken-Entführung geblieben?

Basel: Folgen des Brandes noch nicht abzusehen

AP, Basel

Die Folgen des Großbrandes beim Chemiekonzern Sandoz, der am Samstag den Großraum Basel und die angrenzenden Gebiete Baden-Württembergs und des Elsasses in Atem hielt, sind noch nicht abzusehen. Zwar gab die Schweizer Polizei bekannt, es seien nur sehr geringe Schadstoffmengen in die Luft entwichen, doch lagen bis gestern noch keine Angaben über das Ausmaß der Verschmutzung des Rheins vor. Mit Chemikalien verseuchtes Löschwasser war in den Fluß gelangt, dies wiederum hat zu einer Fischsterben ausgelöst. Die Färbung des Rheins zog sich bis nach Mannheim hin.

Über die Ursache des Brandes, der kurz nach Mitternacht in einer 8000 Quadratmeter großen Lagerhalle des Konzerns ausgebrochen war, herrscht ebenfalls noch Unklarheit. Nach Angaben der Firmenleitung verbrannten rund 800 Tonnen Chemikalien, darunter Insektizidvergiftungsmittel und Quecksilber. Über der Brandstelle bildete sich eine stinkende Gas- und Rauchwolke, die Stickoxid und Schwefeldioxid enthielt und eine ätzende Wirkung auf die Atemorgane hatte. Die Bevölkerung war über Rundfunk aufgefordert worden, die Fenster zu schließen und in den Häusern zu bleiben. Für die gesamte Basler Region wurde Katastrophenschutz alarmiert. Der französische Umweltminister Cernigon beschwerte sich über die verspätete Informationspolitik der Nachbarländer.

Volle Kassen und lange Staus an Allerheiligen

AP, Frankfurt

Zwischen Stau und Stille erlebten viele den 1. November. Während in den überwiegend katholischen südlichen Bundesländern Feiertagsruhe herrschte, brach in den Einkaufsstraßen vieler Städte in Hessen und Niedersachsen ein mittleres Chaos aus. Einkaufslustige aus Nordrhein-Westfalen und dem Süden nutzten hier den langen Samstag. Vielerorts wurden die Innenstädte für Autos unpassierbar. In Wiesbaden waren die Parkhäuser bereits am frühen Vormittag besetzt. Auf der Autobahn 843 von Mainz nach Wiesbaden staute sich der Verkehr teilweise bis nach Mainz zurück.

Masken gegen Abgase

dpa, Rom

Roms Verkehrspolizisten bekommen Schutzmasken gegen die von Abgasen verpestete Luft der italienischen Hauptstadt. 3000 der 4900 Schutzleute hätten Interesse an der Initiative bekundet, teilte die Gewerkschaft der Beamten mit.

Einbruch in Horbach-Villa

AFP, Chateaufort-du-Pape

In der Nacht zum Samstag ist in das verriegelte Haus des Schriftstellers Michael Horbach in Chateaufort-du-Pape eingebrochen worden. Wie die Polizei mitteilte, wurden nur wertlose Gegenstände gestohlen. In der gleichen Nacht erlag Horbach in einem Masserli Krankenhaus seinen Verletzungen, die er sich am Montag offenbar bei einem Selbstmordversuch zugefügt hatte. Zuvor hatte er nach dem bisherigen Stand der Ermittlungen seine Ehefrau Alexandra Cordes erschossen.

Tod kam mit dem Telefon

AFP, Kairo

Aus Freude darüber, daß er nach 15 Jahren endlich den beantragten Telefonanschluß erhalten sollte, ist ein 50 Jahre alter Ägypter am Samstag an einem Herzschlag gestorben. Die Kairoer Presse berichtete, der Musiker Adel Attaya Mostafa sei beim Untersuchen des Anschlußformulars plötzlich tot zusammengebrochen.

105 Rinder verbrannt

AFP, Mülhausen

Ein ehemaliger Feuerwehrpraktikant ist am Wochenende in Dürmenach bei Mülhausen festgenommen worden, nachdem er seinen sechsten Brand gelegt hatte. Dismal wurden 39 Rinder getötet; seit 1985 waren durch die Brandstiftungen des 20jährigen bisher bereits 68 Stück Vieh umgekommen.

Von Lokomotive erfasst

dpa, Hannover

Auf einem unbeschränkten Bahnübergang an einer Bundesbahnstrecke bei Schwarmstedt ist am Wochenende ein Wohnmobil von einer Lokomotive erfasst worden. Die vier Autosinsassen wurden dabei zum Teil schwer verletzt.

Erschütternder Aufruf

SAD, London

Linda Lovelace (37), die Anfang der 70er Jahre in Porno-Filmen wie „Deep Throat“ auftrat und seit Jahren als Hausfrau in New York lebt, ist schwer krank. Bei einer Untersuchung für die geplante Amputation beider Brüste – Ursache dieses Leidens könnten Silikonspitzen sein, mit denen sie sich vor 15 Jahren den Busen vergrößern ließ – wurde zusätzlich eine Hepatitis diagnostiziert. Weltweit ist sie in der Öffentlichkeit als „Pornostar“ bekannt. Sie hat sich um Spenden für die 420 000 Mark teure Lebertransplantation auf.

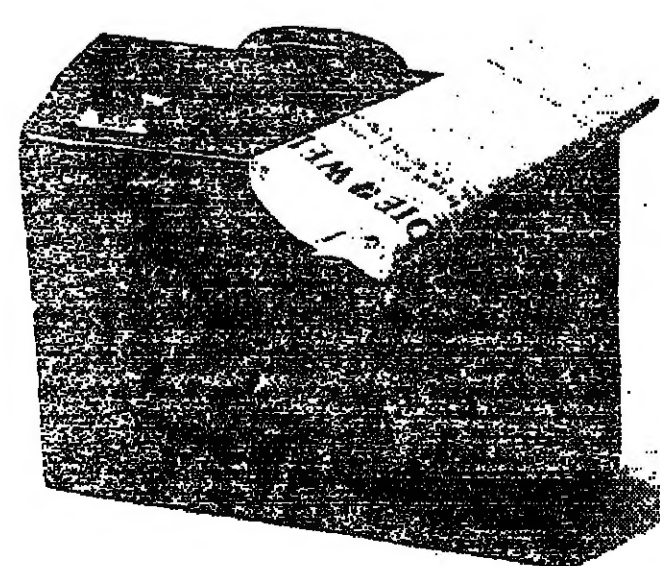
ZU GUTER LETZT

Seine Zerstretheit brachte den New Yorker Floyd Flow hinter Gitter. Der 24jährige war lediglich wegen Schußwaffenbesitzes zu einem Gerichtstermin geladen worden. Während einer Leibesvisitation fiel Floyd Flow dann eine Papiertüte aus der Tasche – die Beamten fanden darin 76 Ampullen der Droge Crack.

Unser Dankeschön für Sie wenn Sie für die WELT einen neuen Abonnenten gewinnen

DIE WELT

12 neue Abonnenten kann den Aufruf innerhalb von 10 Tagen freizeitige Abmeldung genügt schriftlich widerrufen bei DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30.



Pilotenkoffer „Traveller“

Dieser Pilotenkoffer paßt nicht nur unter den Flugsitz. Er bietet auch Platz für das Chef-Büro auf Reisen. Zwei große Aktenordner lassen sich bequem darin mitnehmen. Rundum robust – aus echtem Leder. Effektvolle Narbung. Aufwendige Verarbeitung. Zahlenschlösser, Ledergriff. Lederinnendeckel mit Leder-Ausweissche und Schlaufen für Schreibutensilien. Maße: ca. 44,5 x 32 x 18,5 cm. Wahlweise in Schwarz oder Bordeaux. Koffer in Bordeaux mit Seitenaufentasche. Maße: 42 x 30 x 18 cm

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30	
Prämien-Gutschein	Bestellschein
<p>Ich bin der Vermittler. Ich habe einen neuen WELT-Abonnenten gewonnen (siehe nebenstehenden Bestellschein). Als Belohnung dafür wünsche ich</p> <p>den Pilotenkoffer</p> <p>Vorname/Nachname: _____</p> <p>Strasse/Nr.: _____</p> <p>PLZ/Ort: _____</p> <p>Vorw./Tel.: _____ Datum: _____</p> <p>Der neue Abonnent gehört nicht zu meinem Haushalt. Die Dankeschön-Premie steht mir zu, wenn das erste Bezugsgehalt für das neue Abonnement beim Verlag eingegangen ist.</p> <p>Unterschrift des Vermittlers: _____</p>	<p>Ich bin der neue WELT-Abonnent. Bitte liefern Sie mir die WELT mindestens 12 Monate ins Haus. Der geringste Abonnementpreis beträgt im Inland monatlich DM 27,30 (antilige Versandkosten und Mehrwertsteuer eingeschlossen). Die Abonnement-Bedingungen ergeben sich aus dem Impressum der WELT. Ich war während des letzten halben Jahres nicht Abonnent der WELT.</p> <p>Vorname/Nachname: _____</p> <p>Strasse/Nr.: _____</p> <p>PLZ/Ort: _____</p> <p>Vorw./Tel.: _____ Datum: _____</p> <p>Unterschrift des neuen Abonnenten: _____</p> <p>Ich habe das Kennz. diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen (rechtzeitige Abmeldung genügt schriftlich zu widerrufen bei DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30).</p>

سكينة الحارثي